

kürbiskern

B 20094 F

LITERATUR

Parwel Wassiljew: Aus einem Lenin-Gesang

Lew Ginsburg: Jenseitige Begegnungen

Rolf Haufs: Der Linkshänder

Dieter Puder: Gedichte

E. Krumbholz: Wann der Mensch zum Sitzen kommt

Erwin Kurz: Ein General

KRITIK UND KLASSENKAMPF

25 Jahre danach

Max Hölz: Anklagerede

„Bismarck: Im Kampf ums Reich“

J. R. Becher: Zu unseren Kulturaufgaben 1944

Aktionsgemeinschaft SPD/KPD München 1945

Fritz Selbmann: Conditio sine qua non

C. Schubler: Zum intern. Revolutionskonzept

M. Geismeyer: Deutscher Imperialismus i. d. Klemme

Über die Comisiones obreras

J. Theobaldy: Die Freiheit für Bobby Seale

J. Schleifstein: Zu Peter Weiss' Trotzki-Bild

Schluß mit dem KPD-Verbot

No. 3820

kürbiskern

Literatur und Kritik

Herausgegeben von
Walter Fritzsche, Friedrich Hitzer,
Oskar Neumann, Hannes Stütz

Damnitz Verlag München

INHALT

LITERATUR

Pawel Wassiljew: Aus einem Lenin-Gesang nach Weisen der Kasachen und Kirgisen 355

Lew Ginsburg: Jenseitige Begegnungen 357
Rolf Haufs: Der Linkshänder 374
Dieter Puder: Gedichte 379
Eckart Krumbholz: Wann der Mensch zum Sitzen kommt 382
Erwin Kurz: Ein General 390

KRITIK UND KLASSENKAMPF

25 Jahre danach 395
Max Hölz: Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft 398
 „Bismarck: Im Kampf ums Reich“ 419
Johannes R. Becher: Zu unseren Kulturaufgaben (1944) 426
 Aktionsgemeinschaft SPD/KPD München 1945 430
Fritz Selbmann: Conditio sine qua non 438

*Conrad Schubler: Zur Notwendigkeit eines internationalen
 Revolutionskonzepts* 449
Michael Geismeyer: Der deutsche Imperialismus in der Klemme 470
 Bericht über die Comisiones obreras 481
Jürgen Theobaldy: Die Freiheit für Bobby Seale 492
Josef Schleifstein: Zu Peter Weiss' 'Trotzki-Bild' 495
Hans Lamm: An den „kürbiskern“ 504

DOKUMENTATION

Laufbursche geht, Prolet geht nicht 508

Macht endlich dem KPD-Verbot ein Ende 515

Anmerkungen 518

Pawel Wassiljew
 Aus einem Lenin-Gesang

AUS EINEM LENIN-GESANG nach Weisen der Kasachen und Kirgisen

Wollte man versammeln in eins
 alle Wolfsgefräßigkeit —
 wollte man vereinen in eins
 alle Fuchstücke —
 wollte man zusammentun
 alle Schlangengehässigkeit —
 tät man doch nicht herstellen
 die wölfische Gefräßigkeit,
 nicht darstellen die fuchsische Tücke,
 nicht vorstellen allen Vipernhaß,
 wie sie eigen sind
 den Beis und Mullas.

Den fetten Hammel fraßen die Beis;
 uns ließen sie die Knochen vom Mahl!
 Die Beis sofften Airam und Kumys;
 uns ließen sie die Neige—
 das Nachgebliebne!
 Die Mullas drückten ihre Schmutzhände
 uns auf die Augen;
 Einsicht in die Wahrheiten
 verschlossen uns die Mullas.

Wollte man versammeln
alle Bitternis der Steppen —
wollte man vereinen
alle Lauge der Salzseen —
tät man doch nicht herstellen

die Bitterkeit,
die erlitten hat
der Feldarbeiter und Knecht.

Aber es trat heran
an das Kasachenvolk
Lenin,
unser Vater und Lehrmeister
Lenin.

Und der sprach:
„All die Werkleute sind Brüder;
und deren Widersacher sind
nur der Bei und der Mulla.“

Und die Sonne ging uns auf!

Nachgedichtet von Hugo Huppert

Lew Ginsburg
Jenseitige Begegnungen

Um den zehnten November 1968 erhielt die Redaktion des Pressedienstes der „Demokratischen Aktion“ nacheinander zwei Briefe. Der erste Brief trug die Überschrift „Das Gebet“ und hatte folgenden Wortlaut: „So, du dreimal verschissene Dreckskanaille, hier melde ich mich wieder. Für das, was dein Klüngel, der sich anmaßend ‚Demokratische Aktion‘ nennt, getan hat, werden wir dich schon zur Rechenschaft ziehen, die nicht unblutig sein wird, das darfst du mir ruhig glauben. Für Leute wie dich schleifen wir schon unsere Messer, damit sie am Tage X schon scharf und die ganze Operation schneller geht. Ihre saubere ‚Demokratische Aktion‘ ist ein Agglomerat von Tagedieben und asozialen Früchten, deren Nest einmal tüchtig ausgeräuchert gehört.

Hochachtungsvollst
Franz X. Meier“

Unten — an der Stelle der Unterschrift — war ein großes Hakenkreuz gemalt, zusammengesetzt aus mehreren kleinen Hakenkreuzen.

Der zweite Brief, von der gleichen Hand geschrieben, war unmittelbar an den verantwortlichen Herausgeber des Pressedienstes adressiert: „Adolf Hitler! Wir sind nur dir ergeben. Zu dieser Stunde möchten wir unseren Eid erneuern: auf dieser Erde glauben wir nur an Adolf Hitler! Wir glauben, daß der Nationalsozialismus und nur er die rettende Idee für unser Volk ist. Wir glauben, daß es einen Herrgott im Himmel gibt, der uns geschaffen hat, der uns führt, der uns lenkt und der uns sichtbarlich segnet. Und wir glauben, daß dieser Herrgott uns Adolf Hitler gesandt hat, damit Deutschland für alle Ewigkeit ein Fundament werde.“

Die Redaktion konnte den Briefschreiber ermitteln — es war ein neunzehnjähriger Gymnasiast. Vom Direktor des Gymnasiums befragt, erklärte Meier im Beisein seiner Eltern, die regelmäßige Lektüre der Deutschen National- und Soldatenzeitung habe seine geistige Sicht mitgeprägt. Außerdem stellte sich heraus, daß Meier, laut Mitteilung des Direktors, „zu den eifrigsten Anhängern der NPD gehörte“.

Von alledem hatte die „Demokratische Aktion“ unverzüglich die Öffentlichkeit als von einer äußerst beunruhigenden und bezeichnenden Tatsache informiert, jedoch hinzugefügt, die „Demokratische Aktion“ habe sich entschlossen, von einer gerichtlichen Verfolgung des neunzehnjährigen Meier abzusehen, um ihm den Abschluß der Höheren Schule nicht zu verbauen.

Ich schrieb diese Dokumente ab, deren Photokopien mir der Herausgeber des Blattes kurz zuvor als eine Art „Münchner Andenken“ überreicht hatte, und in Gedanken überlegte ich schon, wie ich sie in meinen späteren Arbeiten verwenden könnte. Max äußerte die Vermutung, Meiers Briefe seien am ehesten wohl der dumme Streich eines psychisch unausgeglichene Jugendlichen, und man solle mit Verallgemeinerungen nicht voreilig sein.

„Offen gestanden“, meinte er, „bin ich nicht ganz sicher, ob diese Drohungen einen realen Boden haben. Soweit sind wir wirklich noch nicht. Ich selbst bin bis jetzt nicht ein einziges Mal irgendeinem dieser Typen von der NPD begegnet und habe auch nicht das geringste Verlangen danach. Aber mit Rücksicht auf Sie, lieber Freund, bin ich bereit, einen gewissen Herrn B. hierher einzuladen, von dem mir ein Bekannter erzählt hat. Herr B. ist nämlich Mitglied des Landesvorstandes der NPD Bayern und Referent für politische Bildung, außerdem mit Himmlers Tochter verheiratet.“

Am nächsten Tag um fünf Uhr rief Max, wie vereinbart, Himmlers Tochter an, sie bat jedoch kühl und reserviert, nach einer halben Stunde wieder anzurufen, da ihr Mann noch nicht gekommen sei. Um halb sechs erreichten wir Herrn B. schließlich, brauchten aber lange, um ihn zu überreden und ihn über meine Person aufzuklären. Max betonte immer von neuem, ich wäre „ein bekannter Übersetzer Schillers, Goethes und unserer ganzen Nationalliteratur“, die „geistiger Besitz der Russen“ geworden sei, und ich wünschte einzig und allein, „alles aus erster Hand zu erfahren“. Dann besprachen sie noch lange, wie Herr B. zu uns fahren sollte, ich notierte dabei:

„Vielleicht würden Sie so liebenswürdig sein ... Das Taxi hin und zurück wird selbstverständlich bezahlt ... Alle Fahrtkosten übernehme natürlich ich ... Meine Schwester macht Tee und Kaffee, Sie können also bei uns zu Abend essen ...“

Alles, was Max sagte, war offenbar wesentlich für Herrn B., man mußte ihn mühsam überreden und bitten wie einen berühmten, aber launischen Professor, der zu einem Kranken gerufen wird. Mochte sein, daß er in seiner Partei tatsächlich eine bedeutende Stellung hatte.

Indessen versuchte Herr B. am anderen Ende der Leitung äußerst genau das Ziel meines Besuches zu klären, ob ich nicht von „Moskauer Machthabern“ beauftragt wäre, ihm nachzuspüren ... Das kam mir einigermaßen unbegreiflich und lächerlich vor: Weshalb brauchte er in München die „Moskauer Machthaber“ zu fürchten? ...

Schließlich drückte Herr B. die Bereitschaft aus, um sieben Uhr zu kommen. Wir hatten längere Zeit auf ihn zu warten, freuten uns über unsere Findigkeit, genossen im voraus das interessante Gespräch und überlegten uns die Fragen. Und ich mußte daran denken, was der Name seines Schwiegervaters für die Menschen meiner Generation und für Millionen Menschen in der ganzen Welt bedeutet hatte, obwohl das alles jetzt scheinbar nicht mehr von Bedeutung war.

Und dennoch mußte der Geist seines „Schwiegervaters“ hier anwesend sein, schon deshalb, weil die Begegnung in München stattfand und es sich um die NPD handelte, wodurch alles einen ganz besonderen Sinn erhielt.

Er kam um sieben nicht, wir warteten noch etwa eine halbe Stunde und riefen bei ihm an. Eine etwas heisere Frauenstimme antwortete kühl und klar:

„Mein Mann ist eben weggegangen.“

„Nein, das ist aber gar nicht schön von ihm“, sagte Max gekränkt. „Ein wohl-erzogener Mensch darf sich nicht verspäten.“

Der Tisch war gedeckt: Tee in einer Tonkanne, Gebäck, getrocknete Datteln.

Wir hörten Schritte auf der Treppe, Max ging ins Vorzimmer. Ich machte die Tür einen Spalt auf und sah einen hochgewachsenen hageren Herrn mit flachem geschorenem Hinterkopf; er wandte mir den Rücken zu und kämmte sich vor dem Spiegel. Dann drehte er sich um, sah mich und streckte mir mit einer leichten Verbeugung und angewinkeltem Arm höflich lächelnd die Hand entgegen.

Er war ziemlich jung, hochaufgeschossen und irgendwie flach, mit kurz geschnittenem Haar, bescheiden und ordentlich angezogen — in einer karierten Tweedjacke und ausgetretenen Schuhen. An der rechten Hand trug er einen schmalen Ehering, den Finger mit diesem Ring drückte er während unseres ganzen Gesprächs gedankentief mal an die Schläfe, mal an die rosige Wange. Über sein Gesicht huschte verhalten und lässig ein verlegenes Lächeln.

In meiner Absicht lag, ihn für das Gespräch zu gewinnen, deshalb begann ich die Unterhaltung so: Ich interessiere mich für deutsche Literatur und Geschichte, dieser Sache habe ich sozusagen mein ganzes Leben gewidmet, jetzt bin ich allerdings schon siebenundvierzig Jahre alt ... Hier warf er großmütig ein, das wäre noch nicht sehr viel, nur fünfzehn Jahre älter als er. Dann hörte er mir von neuem mit Ernst und voller Wachsamkeit zu. Die Namen der Dichter jedoch, die ich übersetzt hatte, flößten ihm Achtung ein, er erwies sich als gebildeter Mensch, schien es jedenfalls zu sein. Als ich schließlich den Namen Paul Gerhards nannte, eines Dichters aus dem 17. Jahrhundert, fing er sogleich an, den Anfang eines Chorals von Bach auf Gerhards Worte vor sich hinzupfeifen.

Ich sagte zu ihm, mich interessierten deutscher Nationalgeist und Nationalcharakter, und ich hätte bei meinen Deutschlandstudien natürlicherweise den Wunsch, alle Eigenheiten der deutschen Verhältnisse, worin seine Partei jetzt eine nicht unerhebliche Rolle spielte, gründlich kennenzulernen.

Er nickte, unterbrach mich jedoch mit der Bemerkung, daß wir Russen die Rolle seiner Partei offensichtlich überschätzten; sie habe bis jetzt keine ernstzunehmenden Chancen für einen Wahlsieg oder wenigstens eine Beteiligung an der Regierung. Das sei eine Sache der fernen Zukunft, und obwohl er glaube, daß seine Partei das von ihr gesetzte Ziel einmal erreichen könne, werde das nicht so bald eintreten, jedenfalls nicht zu Lebzeiten der heutigen Generation. Offenbar werde das Los des Siegers seinen Kindern zufallen, wenn nicht sogar erst den Enkelkindern.

Ich habe vergessen, zu erwähnen, daß er zu mir gleich zu Anfang des Gesprächs in durchaus fehlerlosem und klarem Russisch gesagt hatte, wir könnten das Gespräch, wenn ich wollte, in Russisch führen. Er habe Russisch gründlich studiert, als er noch in „Mitteldeutschland“ lebte, sieben Jahre lang habe er die „Prawda“ abonniert gehabt, jetzt aber, überlastet mit Parteiangelegenheiten und seinem Studium an der Universität, das er in diesem Jahr abschließen wolle, um Rechtsanwalt zu werden, habe er das Russische etwas vernachlässigt.

Wir saßen uns gegenüber an einem langen Tisch. Er trank Tee und verzehrte mit großem Anstand das vorher vereinbarte Abendessen.

Ich hatte ihm also gesagt, daß ich mich für deutschen Geist und deutsche Gegenwart interessierte und deshalb das Ziel und die Aufgaben seiner Partei kennenlernen möchte, ohne mich dabei auf die Mitteilungen der Presse verlassen zu müssen. Außerdem hätte ich im Verlauf meiner literarischen Arbeit, die mit der jüngsten Vergangenheit zusammenhinge, einem Prozeß gegen eine Gruppe von SS-Leuten in der Sowjetunion beigewohnt.

Er blickte mich schnell an und sagte: „Das Verfahren gegen Christmann?“ * Damit bewies er genaue Kenntnis über den konkreten Charakter meiner Interessen. Ich bejahte es und erklärte, mich beschäftige das Problem der Naziverbrechen, die — ob wir es wollten oder nicht — nicht vergessen werden könnten; bis heute seien unsere Beziehungen davon in bestimmter Weise geprägt, ich sei deshalb begierig, den Standpunkt seiner Partei auch zu dieser Frage zu erfahren. Schließlich machte ich ihn darauf aufmerksam, daß ich nicht die Absicht hätte, über ihn in den Zeitungen zu schreiben, und für den Fall, daß unser Gespräch in einer meiner Arbeiten einen Platz fände, würde ich ihn unter anderem Namen bringen, ihn zum Beispiel Wagner nennen.

„Ja, Wagner — das ist sehr gut“, sagte er mit einem Lächeln. „Wagner ist ein guter Name, ich liebe Wagner sehr . . .“

„Und mit Vornamen nenne ich Sie — Gottlieb! Einverstanden?“

Er schüttelte den Kopf:

„Nein, Gottlieb stammt von dem Wort Gott, ich bin aber ein überzeugter Gegner der Religion.“

„Aber ich kann Sie doch nicht Friedrich nennen! Das würde zu banal klingen.“

„Warum denn banal?“ Er war verwundert. „Friedrich ist ein guter deutscher Name. Der Name gefällt mir . . . Friedrich Wagner . . .“

Jetzt war die Reihe an ihm, und er fing schnell, doch mit unerschütterlicher Überzeugung zu sprechen an.

Zunächst wolle er betonen, daß die Fragen, die ich angeschnitten hätte, tatsächlich von grundsätzlicher Bedeutung seien. Die Frage des nationalen Bewußtseins gewinne jetzt in der ganzen Welt äußerste Wichtigkeit — nicht nur in Deutschland, sondern zum Beispiel auch in Amerika, wo reinrassige Amerikaner,

im Bestreben, die Reinheit ihrer Rasse zu bewahren, in einen schweren Konflikt mit den amerikanischen Negern verwickelt seien. Das gleiche geschehe auch in Rhodesien und in der Süd-Afrikanischen Republik . . . Die Nation sei übrigens ein äußerst komplizierter Begriff, der sowohl ethnographische als auch psychologische und biologische Faktoren mit einschließe . . .

„Rassenfaktoren?“

„Wenn Sie wollen, auch Rassenfaktoren. Das muß man unbedingt berücksichtigen. Ich kann zum Beispiel nicht einen Schriftsteller deutsch nennen, der deutsch schreibt, aufgrund seiner Abstammung aber und seiner biologischen Veranlagung nicht in der Lage ist, den Geist der Nation, deren Sprache er gebraucht, auszudrücken. Ausnahmen sind natürlich möglich, aber . . .“

„Da Sie von Ausnahmen sprechen, meinen Sie wahrscheinlich Heine?“

„Sehen Sie“, sagte er ernst, „Heine ist eine außergewöhnlich widerspruchsvolle Erscheinung. Als gebürtiger Rheinländer und sensibler Mensch hatte er sich in hohem Maße die Merkmale des deutschen Geistes angeeignet. Beweis dafür ist seine ‚Lorelei‘, die das deutsche Volk übernommen und in seinen nationalen Schatz mit eingeschlossen hat. Trotzdem hat Heine es nicht vermocht — anders konnte es gar nicht sein! — seine Abstammung zu überwinden, und jene Werke, in denen diese Seite seiner Natur zum Vorschein kommt, sind uns fremd geblieben . . . Ich bin in der Poesie nicht sehr gut bewandert, möchte deshalb ein Beispiel anführen, das mir näher liegt, und zwar den hervorragenden Komponisten Mendelssohn-Bartholdy“. Er pfiff einige Takte. „Können wir seine — ich betone — hervorragende Musik als deutsch betrachten? Ich glaube, auf keinen Fall . . . Folglich duldet die Nationalkultur ebenso wie die Nation selbst keine Beimischungen . . . Welcher Nation ein Mensch angehört, wird nur durch den Bestand seines Blutes bestimmt! Selbst wenn Sie sich Ihrer Erziehung oder Ihrer Weltanschauung nach tausendmal als ‚Deutscher‘ empfinden, können Sie es trotzdem nicht sein, wenn nicht in Ihren Adern deutsches Blut fließt! . . .“

„Wollen Sie damit etwa sagen“, fragte ich, „die Parole Ihrer Partei sei — Deutschland den Deutschen?“

„Gewissermaßen ja. Das wird aber, ich wiederhole es, noch lange nicht der Fall sein.“

„Wenn das aber einmal sein wird, wenn Ihre Partei an die Macht kommen wird, was werden Sie dann praktisch mit den Menschen nichtdeutscher Abstammung tun?“

„Ideal wäre es, wenn Sie Deutschland freiwillig verlassen würden. Jede Nation soll ihr eigenes Haus haben, ihr nationales Quartier . . . Bitte, Ihr könnt uns besuchen, geschäftliche Verbindungen eingehen, mit uns zusammenarbeiten, drängt Euch aber nicht in die Sphäre ein, die Euch von Natur aus unzugänglich und fremd ist . . .“

„Wenn aber nun die sogenannten ‚Nichtdeutschen‘ nicht bereit wären, Deutschland freiwillig zu verlassen, müßten Sie sie mit Gewalt loswerden? Wie Hitler?“

* Siehe Kürbiskern 4/67

„Sehen Sie“, sagte er nach kurzem Überlegen, „die gegenseitigen Beziehungen zwischen Hitler und den nichtdeutschen nationalen Gruppen innerhalb Deutschlands hatten zwei Stadien, zwei Phasen: Die erste Phase war die Trennung, die zweite — die Rache. Das erste Stadium begann schon lange, bevor die Nationalsozialisten an die Macht kamen, das zweite etwa um 1941. Die Ursachen des ersten Stadiums habe ich Ihnen gerade dargelegt. Als national denkender Deutscher konnte Hitler sich nicht mit der übertriebenen großen Rolle der Juden abfinden, die sie sich in der deutschen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur angeeignet hatten. Und da war er auf seine Weise, d. h. in der Theorie, im Recht. Das zweite Stadium — die Rache — wurde durch andere Ursachen hervorgerufen und führte zu unheilschweren Folgen, deren grauenhafte Verkörperung Auschwitz war. Das war die Rache für die Zersetzungsarbeit, die Juden — als Kommunisten und Sozialdemokraten (er wiederholte gedankenlos die gängige Naziformulierung) — gegen den Nationalsozialismus führten. Die Hauptursache war aber — und das ist dokumentarisch nachgewiesen! — der Druck der amerikanischen jüdischen Kapitalisten auf Roosevelt, ihr Drängen nach der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland. Aus diesem Grund griff Hitler zu den härtesten Maßnahmen.“

„Die auch unschuldige Kinder, Greise, Frauen betrafen? ...“

„Nun ... Die namentliche Feststellung der wirklich Schuldigen hätte zuviel Zeit beansprucht und wäre praktisch unter den Kriegsverhältnissen unmöglich gewesen. Auf diese Weise wurde leider die ganze Nation verantwortlich gemacht ... Ich möchte übrigens bemerken, daß sich meine Partei in keiner Weise auf die eine oder andere Maßnahme des Dritten Reiches bezieht, so daß diese Frage eher die Vergangenheit betrifft als die Gegenwart. Sie werden aber doch nicht bestreiten — denn auch das ist dokumentarisch nachgewiesen, — daß Hitler genügend Gründe hatte, die deutschfeindlichen Völker zu bestrafen. Nehmen wir zum Beispiel die Polen. Es ist doch allzu bekannt, daß die Polen vor dem Krieg die deutsche Minderheit, die in Polen lebte, grausamsten Mißhandlungen, manchmal bis zum Mord, aussetzten. Demzufolge ist bei Verletzung der ethischen Grundsätze durch die eine Seite die andere berechtigt, Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen ...“

Er sprach gleichmäßig und klar, legte die bekannte provokatorische Version der Operation von Gleiwitz dar, als würde er das „Examen in Nazismus“ ablegen.

Er fuhr fort:

„Aber wir sind weit von unserem Thema abgewichen. Sie interessiert doch nicht die Vergangenheit, mit der wir gar nichts zu tun haben, und die jeder von uns auf seine Art und Weise beurteilen kann, sondern die Gegenwart. Nun also, mit der Gegenwart verhält es sich so: Unsere Partei ist als Folge einer bestimmten Reaktion auf die Erniedrigung entstanden, die die Sieger des Zweiten Weltkrieges und ihre Helfershelfer in Gestalt der heutigen Regierung der deutschen Nation zugefügt haben. In der Ära Adenauer gelang es noch, hauptsächlich dank

seiner Persönlichkeit, die deutsche nationale Würde irgendwie zu wahren. Jetzt sind wir im Grunde genommen völlig wehrlos geworden. Denn einerseits demütigen uns die westlichen Verbündeten, indem sie uns nicht für gleichberechtigte Partner halten, andererseits sind die Sowjetunion und der Weltkommunismus bestrebt, wiederum mit stillem Einverständnis der Westmächte, die Spaltung Deutschlands durch ihre Schöpfung, die sogenannte DDR — die Ostzone —, zu verewigen. Das Ziel, das wir verfolgen, unser nächstliegendes Ziel, besteht in der Wiedervereinigung Deutschlands, in der Schaffung eines würdigen deutschen Vaterlandes ...“

„Selbstverständlich innerhalb der rechtmäßigen Grenzen?“ fragte Max hoffnungsvoll, betrübt darüber, daß sein Gast zu redselig wurde und „die Regeln des Anstandes“ verletzte.

Herr B. sah Max nachsichtig an und präziserte beiläufig:

„Ja, ja, in den Grenzen von 1937“.

„Welche Staatsordnung würden Sie in ihrem Deutschland einführen?“

Der Minister in spe, vorläufig noch Student, antwortete:

„Da unsere Pläne in der nächstliegenden Zeit kaum zu verwirklichen sind, wäre es verfrüht, darüber zu sprechen“.

Er kam auf den Geschmack und fing an, mir das Programm seiner Partei gewissenhaft, in doktrinärem Ton darzulegen:

„Die NPD ist aus aktivem Widerstand gegen die kommunistischen Dogmen entstanden, die davon ausgehen, daß der Mensch eine Umerziehung durch Enteignung seines Privateigentums erfahren soll. Wir dagegen sind davon überzeugt, daß der Mensch unter allen Bedingungen unverändert bleibt, mit den ihm zugehörigen angeborenen Eigenschaften und dem natürlichen, d. h. angeborenen Streben nach Besitz. Dieser Drang ist unüberwindlich, es ist niemandem gelungen, damit fertigzuwerden. Gleichzeitig sind wir entschiedene Gegner der kapitalistischen Ausbeutung und treten für vernünftige Verteilung der Gewinne innerhalb der nationalen Gemeinschaft ein ...“

Er bat um noch etwas Tee und sagte:

„Gestatten Sie, zum zweiten Teil Ihrer Fragen überzugehen, zur sogenannten persönlichen Verantwortlichkeit ... Meine Partei lehnt die Verfolgung ehemaliger NS-Täter zur Gänze ab, obwohl wir uns über die Schwere der Straftaten im Klaren sind. Es handelt sich dabei nicht um die Deckung ehemaliger Nazis, sondern um das Schicksal der Nation. Was hat es für einen Zweck, eine Menge Menschen der Verfolgung auszusetzen — die NS-Verbrechen hatten Massencharakter, — die gezwungen waren, ihre Pflicht zu erfüllen? Was hat es für einen Wert im nationalen Sinn, die Zahl der Verurteilten zu mehren, Menschen in einen Prozeß der Vergeltung gegen ihre eigenen Landsleute zu verwickeln, den Zwispalt unter den Menschen der gleichen Nation zu vertiefen? Kriegsverbrechen lassen sich überhaupt schwer abschätzen. Wer kann die Opfer der Bombenangriffe auf Dresden zusammenzählen oder den Gebietsverlust berechnen, der

Deutschland als Folge des sowjetischen Sieges zugefügt wurde? Gibt es ein Maß für die Grausamkeiten, die Tschechoslowaken und Jugoslawen an Deutschen begangen haben? Wir halten es nicht für notwendig, jetzt in diesen Verbrechen zu wühlen, und sind bereit, guten Willen zu zeigen und unseren Feinden vieles zu vergeben. Gibt es denn eine reale Möglichkeit, die konkrete Schuld konkreter Personen, Angehöriger ihrer Zeit, festzustellen? Nur unsere Schwäche zwingt uns dazu, den Siegern zuliebe Monsterprozesse zu veranstalten, die unsere Nation zersetzen und bei der jungen Generation den Glauben an die Väter untergraben ... Wollen wir lieber in die Zukunft blicken und sie auf eine neue Weise gestalten, unter Berücksichtigung früherer Fehler ...“

Ich beschloß, mich in keine Diskussion mit ihm einzulassen, er sollte die Möglichkeit haben, sich restlos auszusprechen, und ich fragte ihn nur, wie er dem Problem der Jugend gegenüberstehe.

Darauf antwortete er, er halte die heutigen jungen „Linken“ für verdreht, für Psychopathen, die von der „Weltrevolution“ schwärmten, wiederum nur, weil sie den nationalen Boden unter den Füßen verloren hätten.

„Und wie ist die Einstellung der jungen Menschen Hitler gegenüber?“

„Am ehesten gleichgültig. Teils wegen Desinformation, teils aus Gedankenfaulheit ... Aber Hitlers Zeit ist vorbei und zwar unwiderruflich.“

Zum Schluß des Gesprächs fing er an zu klagen, wie schwer es seine Partei habe, welchen Verfolgungen, welcher Hetze sie ausgesetzt sei ...

Der „Referent für politische Bildung“, eingeladen, einen „Privatvortrag“ zu halten, betrachtete seine Mission als erfüllt und blickte auf die Uhr.

Wir standen auf. Er zog den Mantel an, setzte die Pelzmütze in Form eines Schiffchens auf und ging — lang, hager, künftiges Mitglied einer künftigen Regierung.

Beim Abschied fragte er Max, ob dieser ihm nicht einige Lehrbücher, die er brauchte, mit Rabatt verkaufen würde.

Er hatte einen kleinen Sohn — Himmels Enkel. Ich habe gehört, wie er vor der Heimfahrt seine Frau anrief, liebevoll mit ihr sprach und mit dem Sohn zärtlich tat ...

Wir beschlossen, ihn nach Hause zu bringen in der Hoffnung, er würde uns zu sich einladen, und wir würden auf diese Weise seine Frau kennenlernen.

Unterwegs sprachen wir über russische Literatur. Dostojewskij mag er nicht, Tolstoj auch nicht, Gogol findet er amüsant, Michail Sostschenko ebenso. Dafür liebt er Tschairowskij sehr, im Auto sitzend fing er an, den Anfang der Sechsten Symphonie vor sich hinzupfeifen, mit der Hand den Takt schlagend ...

Dann erzählte er uns, er habe seine frühe Jugend in der DDR verbracht, sei Mitglied der FDJ gewesen, habe mit „Widerwillen“ Bechers Lieder gesungen und sei 1954 in den Westen gegangen ...

Am Stadtrand von München, vor einem langgestreckten vierstöckigen Haus ließen wir ihn aussteigen. Irgendwo oben war ein Fenster noch hell. B. blickte hin-

auf, winkte jemandem mit der Hand, dann dankte er uns für den angenehmen Abend und den herrlichen chinesischen Tee. (Am anderen Tag stellte sich heraus, daß Max versehentlich statt Tee Lorbeerblätter aufgebrüht hatte.)

In Anbetracht der späten Stunde hatte er uns natürlich nicht zu sich eingeladen.

„Auf Wiedersehen, Herr Wagner!“

Am nächsten Tag kam er wieder; Max hatte ihm telephonisch mitgeteilt, die Bücher, die er brauchte, stünden zu seiner Verfügung, natürlich kostenlos, und wir könnten sie bei ihm vorbeibringen. B. lehnte diese Liebenswürdigkeit ziemlich hochfahrend ab und sagte, er würde die Bücher um fünf Uhr selbst abholen: offenbar wurde er sich seines Wertes bewußt, vor allem aber wollte er nicht, daß wir seiner Frau begegneten.

Er kam wie gestern mit Verspätung. Ich sah ihn etwas genauer an. Diesmal erschien er mir nicht mehr so mager: Die starke Nase hing über seinen nicht großen Mund, er war glattrasiert, mit rosigen Wangen, wohlgenährt. Auch seine Schuhe, die ich gestern für ausgetreten hielt, waren einfach schwarze Halbschuhe von beachtlicher Größe. Er hatte zugleich etwas von einem Beamten, einem „illegalen“ Faschisten und einem ewigen Studenten an sich.

Unser Gespräch sollte nicht lange dauern, beanspruchte aber über eine Stunde.

Natürlich bat B. wieder um etwas „chinesischen Tee“, und wieder wurde die Tee-kanne aus Ton gebracht. B. füllte die Tasse, nahm einen Schluck und fand, der gestrige Tee habe besser geschmeckt (dieses Mal war es wirklich chinesischer Tee). Dann interessierte ihn, ob ich zusätzliche Fragen hätte. Heute war er nicht so freundlich und gesprächig wie gestern.

Ich begann mit der Frage, wie ihm zumute war, als er in der DDR lebte und Mitglied der FDJ war: mußte er da nicht ein Doppelleben führen?

„Wissen Sie“, sagte er kalt, „ein Doppelleben brauchten wir — darunter auch ich — nicht zu führen, denn schon als Kind war ich, ebenso wie meine Eltern, ein überzeugter Antikommunist. Wir stammen aus Pommern, und erst der Einmarsch der Russen hatte uns genötigt, in Thüringen, in der Nähe von Erfurt, Zuflucht zu suchen. Mein Vater war Großkaufmann, unser ganzes Vermögen wurde natürlich beschlagnahmt. Die westdeutsche Regierung zahlt mir jetzt eine winzige Entschädigung — etwa sieben Prozent. Aber diese bescheidene Summe gibt mir die Möglichkeit, meine Parteiarbeit mit dem Studium an der Universität zu vereinen ... Als überzeugter Antikommunist also hatte ich nicht das geringste Gefühl von Persönlichkeitsspaltung, weil alle mir nahestehenden Menschen ebenso Antikommunisten waren. Wir lebten nur in der Erwartung, daß die Amerikaner kommen und uns befreien würden. Ende der vierziger Jahre schien das noch real ...“ Er lächelte sarkastisch. „Wir waren überzeugt, unser Verbleiben unter kommunistischen Verhältnissen würde nur kurz sein, und man brauchte sich nur äußerlich den Bedingungen anzupassen, um sich keine Unannehmlichkeiten zu machen. Damals stand meine Familie vor der Alternative: die offene Grenze in Berlin auszunützen, um endgültig nach dem Westen übersiedeln,

oder die Ankunft der Amerikaner abzuwarten. Wir zogen die zweite Möglichkeit vor mit Rücksicht darauf, daß ich erst die höhere Schulbildung mitbekommen sollte; zuerst nützte ich die Vorteile, die mir in dieser Hinsicht das kommunistische Regime bot — wozu hat es sein überlegenes Ausbildungssystem? — und dann, mit dem Abschlußzeugnis in der Hand, wählte ich die Freiheit.

Ich galt als vorbildlicher Schüler, kam voran in Russisch und wurde sogar als Dolmetscher bei den sogenannten ‚Freundschaftsbegegnungen‘ mit den Soldaten der sowjetischen Garnison herangezogen. Das verschaffte mir die Möglichkeit, den Gegner besser kennenzulernen. Ich studierte den ‚Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU‘, der in gedrängter Form die ganze kommunistische Doktrin enthält, abonnierte regelmäßig die „Prawda“ sowie die „Komsomolskaja Prawda“ und beherrschte schließlich den kommunistischen Wortschatz soweit, daß ich mich völlig mühelos mit den sowjetischen Militärs verständigen konnte. Sie werden sich sicher daran erinnern, daß 1951 in Berlin das Weltjugendfestival abgehalten wurde. Als Aktivist wurde ich zu den Festspielen delegiert. Am Tag demonstrierten wir in blauen Blusen und mit blauen Fahnen an den Tribünen vorüber. Sobald es Abend war, riß ich die verhaßte Uniform herunter und machte mich auf den Weg nach Westberlin. Da waren Kinos zu unserer Verfügung, die westliche Filme zeigten, und Tanzklubs, außerdem versorgte man uns mit antikommunistischer Spezialliteratur auf Dünndruckpapier. Das alles wurde nach Ostberlin geschmuggelt und dort unter den Teilnehmern des Festivals verteilt...

1954 war ich endlich im Westen... Ich möchte bemerken: ich bringe meine Ablehnung des Kommunismus zum Ausdruck, setze ihn aber in keiner Weise mit dem russischen Volk gleich. Hier in München habe ich enge Kontakte mit den russischen Menschen von der NTS, und ich wende mich gegen die Mitglieder meiner Partei, die eine Zusammenarbeit mit diesen Menschen aus nationalistischen Überlegungen heraus ablehnen. Dogmatismus könnte nur schaden...

Die Augen halbgeschlossen, nahm er einen Schluck Tee und sah mich wieder an. Ich beobachtete ihn mit großem Interesse.

Max, der bis jetzt geschwiegen hatte, schaute ziemlich trostlos drein. Er war wohl selbst nicht mehr froh, diese Begegnung herbeigeführt zu haben, die keinerlei Möglichkeit für „gegenseitige menschliche Verständigung“ übrigließ. Und deshalb versuchte er schwach, um und man muß sagen, etwas hilflos, „einige Berichtigungen“ anzubringen. Im ganzen aber betäubte ihn das Gespräch, das jetzt in seinem Zimmer stattfand, in hohem Maße. Als Verleger, befaßt mit einer so guten Sache wie dem Büchermachen, einer vermeintlich ganz unpolitischen Sache, war er gewohnt, nur Menschen um sich zu versammeln, die ihm geistig nahestanden, und sah sich jetzt wieder Willen als Urheber eines ihm unangenehmen politischen Disputs.

„Herr B.“, sagte er mit Verdruß, „Sie verurteilen den Kommunismus, aber Sie haben bis jetzt kein einziges Wort des Tadels am Nationalsozialismus gefunden,

der für uns Deutsche ein nationales Unglück und eine Schande gewesen ist...“ Himmlers Schwiegersohn wandte sich weniger an Max als an mich, und antwortete gelassen:

„Das ist eine schädliche Theorie, die meine Partei entschieden ablehnt. Der Nationalsozialismus hatte trotz seiner Irrtümer und Nachteile eine Reihe positiver Seiten. Hitler hatte dem deutschen Volk Arbeit verschafft und die Jugend unter straffe Disziplin genommen, er verhalf der deutschen Wirtschaft zum Aufstieg und begann schließlich einen blutigen, opfervollen Krieg, um die Menschheit vor dem Kommunismus zu retten...“

Ich fragte: wenn der Hitlerismus einen gewissen rationalen Kern enthielt und wirklich irgendeinen Nutzen bringen konnte, wieso kam es, daß die besten Männer Deutschlands das Land verließen oder die Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus ablehnten? In Wirklichkeit hatte keiner von den bedeutenden Deutschen mit Hitler zusammengearbeitet...

Er sah mich wehmütig an:

„Wen meinen Sie mit bedeutenden Deutschen?“

„Nun, Thomas Mann, Einstein, Ossietzky, Stefan Zweig, Feuchtwanger, Ricarda Huch, Brecht, Hauptmann...“

Er fing an zu lachen.

„Keinen der von Ihnen Genannten würde ich zu den bedeutenden Deutschen zählen. Thomas Mann ist im Grunde genommen der langweiligste Schriftsteller, geben Sie doch zu, daß Sie ihn selbst nicht gelesen haben... Hauptmann war wohl nicht mehr ganz bei Trost. Die übrigen waren überhaupt keine Deutschen. Kann man denn Thomas Mann mit Dwinger, mit Kolbenheyer, mit Hans Grimm vergleichen? Ihre Vorstellungen von der deutschen Literatur sind zu meinem Erstaunen äußerst beschränkt. Zu der Zeit, als Thomas Mann Deutschland verließ, waren die Auflagenzahlen seiner Bücher katastrophal im Sinken begriffen, Dwinger dagegen wurde millionfach verkauft. Und Ossietzky war einfach ein Journalist, ein Zeitungsschreiber, man gab ihm aus antideutschen Überlegungen den Nobelpreis, der dadurch völlig entwertet wurde...“

Es war sinnlos, mit Herrn B. zu streiten. Hier konnten weder Autorität noch Argumente einen Eindruck machen, nicht die augenfälligsten Tatsachen, nichts außer Gewalt. Das war ihm klar, und in seinem Bewußtsein war die einzige Waffe in jedem, sogar in einem literarischen Streit, die Gewalt.

Die Umgangssprache eines deutschen Intellektuellen unterscheidet sich im ganzen wenig vom Schriftdeutsch. Bei Herrn B. fehlte dieser Unterschied völlig. Während er sprach, veränderte sich weder sein Tonfall noch sein Gesichtsausdruck. Nur einmal bemerkte er scharf, mit schiefem Lächeln oder leisem Zähneknirschen, die Antikommunisten hätten das gleiche Recht auf „physische Beseitigung“ des ideologischen Gegners, wie die anderen auch.

Ich fragte, ob er fähig wäre, eine solche „Beseitigung“ persönlich durchzuführen. Er wippte mit dem Fuß in seinem übergroßen Schuh, lächelte trocken und sagte:

„Von Natur aus bin ich kein böser Mensch, aber solche Begriffe, wie Güte, Menschlichkeit an und für sich, rein begrifflich, existieren für mich nicht. Ich bin vor allem ein Kämpfer, und wenn ich mich in eine Polemik mit dem Gegner einlasse . . .“ Er schwieg eine Weile und fügte dann hinzu: „Nein, ich werde niemals ein Liberaler sein. Das ist mir klar . . .“

Millionen Menschen sind umgekommen, hier aber, in München im November 1968, saß mir gegenüber Himmlers Schwiegersohn, Fortsetzer seines Geschlechts, seiner Sache. Er war kalt, leidenschaftslos, straff. Er legte die Doktrin seiner Partei dar. Was ihn am meisten kennzeichnete, war wohl die starre, gefühllos-kalte Überzeugung, mit der er über die furchtbarsten Dinge sprechen konnte.

Max wollte die Lage entschärfen und wandte sich an B. mit einem ziemlich unpassenden und mißglückten Scherz:

„Nein, es ist doch gut, daß Sie sich kennengelernt haben. Wenn einmal Krieg ausbrechen würde und die Deutschen Moskau besetzten, dann hätte Ginsburg in den oberen Kreisen einen einflußreichen Bekannten. Und umgekehrt, wenn die Russen München besetzen, finden Sie in Ginsburg einen Beschützer . . .“

B. antwortete ernst:

„Wenn die Russen München besetzen, werde ich nicht mehr am Leben sein.“

Ich wollte allzugern erfahren, wie sich Himmlers Tochter geben würde. Warum hat B. ausgerechnet sie geheiratet: aus Liebe, zufällig, aus Prinzip oder aus einer Art von psychologischem Masochismus? Und ich fragte, ob er seinen verstorbenen Schwiegervater für einen Verbrecher hielte.

Er schüttelte leicht den Kopf:

„In keinem Fall . . . Er hatte seine eigene Tragödie . . . Das ist eine viel zu komplizierte Angelegenheit . . .“

Plötzlich war er beunruhigt:

„Ich hoffe, Sie halten Ihr Wort und werden meinen wirklichen Namen nicht preisgeben. Im Privatleben unterhalten wir keine Kontakte zu Menschen, die uns fremde Ansichten haben. Deutschland hat uns für eine wichtige Sache auserwählt. Um dieser Sache willen sind wir manchmal gezwungen, uns vorübergehend auf Verbündete zu stützen, zum Beispiel auf Amerikaner, mit denen wir jedoch fertigzuwerden hoffen. Doch im privaten Kreis, im Alltag verkehren wir nur mit den *Unsrigen* . . .“

Wir gingen kalt, fast feindselig auseinander.

Das Gebäude der Münchner Staatsanwaltschaft mit seiner schwarzen, von Grünspan durchsetzten Kuppel erinnerte von außen an einen Tempel — an einen Justizpalast, typisch für alte deutsche Städte. Ich war schon dabei, in meinem Kopf einen prächtigen Satz für einen Bericht abzufassen: „Etwas mittelalterlich Düsteres wehte von diesen Mauern, die die altgermanische finstere Themis beherbergten . . .“, da befand ich mich unerwartet in einem hellen modernen Ge-

bäude, das eher einer Zeitungsredaktion glich: lange, geräumige Korridore, von runden Bullaugenlampen beleuchtet; halbgeöffnete Türen der Arbeitszimmer, drinnen am Telefon, an den Schreibmaschinen — junge Angestellte in modischen Pullovern; ein junger bärtiger Mann in rotem Jumper, über einen mit Papieren überladenen Schreibtisch gebeugt . . . Allerdings, zwei, drei Besucher, die trostlos wie in einer Zahnpoliklinik vor der einen oder der anderen Tür saßen, störten etwas diesen lebensfrohen Stil . . .

Der Oberstaatsanwalt — ein stattlicher Mann mit gelichtetem Haar, etwas über die Fünfzig hinaus — empfing mich mit zurückhaltender Liebesswürdigkeit, sachlich, jedoch ohne die geringste Äußerung irgendeiner Feindseligkeit, obwohl ich ihm wahrscheinlich recht viel Ärger bereitet habe mit meinen Aufsätzen. Er sagte, der Fall Christmann wäre mit ernststen Schwierigkeiten verbunden und jede Hilfe seitens Moskaus äußerst wünschenswert.

Er ließ den stellvertretenden Staatsanwalt kommen — einen sorgfältig frisierten und ebenso sorgfältig gekleideten rotblonden Herrn, ein schneeweißes Tuch in der Brusttasche des Jacketts, einen kostbaren Ring am vom Rauchen gelben Finger (der Oberstaatsanwalt war eher nachlässig gekleidet — ein großer, etwas weit hängender Rock, zerknitterte Hosen), — und nachdem sich der stellvertretende Staatsanwalt eine Zigarette angezündet hatte und Ringe in die Luft blies, setzte er mich nicht ohne Aplomb, in einem Ton, in dem er mit den Geschädigten, den um Gerechtigkeit und „Schadenersatz“ Nachsuchenden zu sprechen gewohnt war, davon in Kenntnis, daß die Staatsanwaltschaft alle notwendigen Maßnahmen zur Feststellung der Wahrheit getroffen habe, Christmann selbst jedoch fahre fort, jede persönliche Beteiligung an den Greuelthaten zu leugnen, er gebe lediglich die allgemeine Leitung des Sonderkommandos zu, sowie seine Teilnahme an Kampfkaktionen gegen Partisanen . . .

Ich stellte die gleiche Frage wie im Januar: ob nicht allein die Stellung, die Christmann innegehabt habe, Beweis genug sei? Man wisse doch genau, womit sich die Sonderkommandos beschäftigt hätten, und die „SS 10-a“ sei keinesfalls eine Ausnahme gewesen. Ich sprach über die unzähligen Schädel und Skelette, die ich bei Exhumierungen im Umkreis von Krasnodar, Noworossijsk und Anapa gesehen hatte.

„Das sind alles Kurorte“, sagte ich. „Stellen Sie sich folgendes Bild vor: ein Bagger fährt heran, und plötzlich tauchen aus der Erde, die mit Weingärten, Blumen, mit Grün bedeckt ist, durchschossene Schädel, Skelette auf. Wo man auch hineinsticht — überall Schädel und Skelette, als wäre dort ein riesiger Friedhof, hunderte von Kilometern weit . . . Sind das etwa keine ‚Beweisstücke‘ für Christmanns Schuld? Aber das Furchtbare daran ist, diese ‚Beweisstücke‘ waren einmal Menschen . . .“

„Ganz richtig“, antwortete der Oberstaatsanwalt, „sie sind einmal Menschen gewesen, und das alles ist entsetzlich. Niemand haßt die SS-Leute so wie wir Deutschen, weil sie unsere ganze Nation mit Schande bedeckt haben. Viele Nach-

kriegsprobleme hätten wohl mit geringeren Schwierigkeiten gelöst werden können, wenn nicht diese Verbrechen wären, die das Bewußtsein der ganzen Welt erschüttert haben. Aber Gericht ist Gericht, und die Schädel, von denen Sie sprechen, bedeuten an und für sich noch gar nichts. Es ist wichtig festzustellen, wem diese Schädel gehörten und was Christmann damit zu tun hatte. Selbst dann, wenn er diese Menschen persönlich ermordet oder Befehle für ihre Vernichtung gegeben hätte, sind wir verpflichtet festzustellen, wer diese Menschen waren . . .“ Mir war nicht ganz klar, worum es ging, und der stellvertretende Staatsanwalt erklärte mir:

„Das Gesetz unterscheidet zwei Arten von Tötung: ‚Totschlag‘ und ‚Mord‘. Der sogenannte ‚Totschlag‘ — die Vernichtung von Partisanen, Mitgliedern der Untergrundbewegung, Diversanten, Saboteuren — wäre durch die Verjährungsfrist verfallen. Das alles ist zu Ende, und somit entfällt eine Erörterung darüber überhaupt.“ Er betonte das mit einer heftigen Handbewegung. „Etwas anderes ist ein Mord. Darauf erstreckt sich die Verjährung nicht.“ Er lächelte sanft und streichelte mit einer abgerundeten Bewegung die Luft, als liebevoll er diesen „Mord“, der ihm durch das Gesetz noch nicht entzogen ist und der noch ihm „gehört“.

„Was bedeutet ‚Mord‘?“ fragte ich, da im Wörterbuch sowohl „Totschlag“ als auch „Mord“ das gleiche bedeuten: Tötung.

„Ein Mord“, versuchte der Oberstaatsanwalt zu erklären, „ist ebenfalls Totschlag, ebenfalls Tötung, nur aus niedrigen oder eigennützigen Beweggründen begangen, aus Lust am Töten oder auf besonders grausame Art und Weise . . .“

„Daraus folgt, daß das Erhängen von Partisanen keine Tötung ist, die auf besonders grausame Weise, aus niedrigen Beweggründen begangen wurde. Doch aus welchen Beweggründen — aus niedrigen oder ‚hohen‘ — haben die Nazis Tausende von Patrioten, Kämpfer der Widerstandsbewegung, darunter auch Kinder, die sich an dem Kampf gegen die Okkupanten beteiligten, zu Tode gequält und hingerichtet?“

Der stellvertretende Staatsanwalt steckte sich eine neue Zigarette an, und nach einer langen Pause antwortete er:

„Sie sprechen von jugendlichen Untergrundkämpfern . . . Aber dieses Problem hat zwei Seiten. Die sogenannten ‚jugendlichen Patrioten‘ befaßten sich mit Sabotage, mit Brandstiftungen, manchmal sogar mit Spionage. Man kann verstehen, daß diese Kinder für Sie Nationalhelden sind. Auch wir sind bereit, uns vor ihrem Andenken zu verneigen. Doch für einen Christmann waren diese Kinder Feinde, und er verfuhr mit ihnen, wie er gegen die Feinde in einem Kampfgebiet vorgehen sollte. Versetzen Sie sich für eine Minute in die Rolle als Christmanns Verteidiger, und Sie werden diesen Sachverhalt sofort beachtenswert finden. Sie verstehen jetzt, wie schwierig es ist, die Schuld des einen oder anderen Verbrechens zu qualifizieren . . .“

„Ich möchte trotzdem, daß Sie den Unterschied begreifen“, sagte der Oberstaats-

anwalt. „Wird ein Mensch umgebracht, nur weil er zum Beispiel Jude oder Zigeuner ist, dann ist das Mord. Wenn aber ein Kommunist umgebracht wird, der deutschfeindlicher Tätigkeit überführt worden ist (es ist unwichtig, wer es ist, es kann sogar ein Deutscher sein), dann ist das ein typischer Totschlag. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, bietet die Einstufung von Tötung derselben Zigeuner, die beim Herumstreunen in der Kampfzone mitunter Spionage zu Gunsten des Gegners getrieben haben, juristisch besondere Schwierigkeiten. Kurz gesagt, bedeutet ‚Mord‘ das Töten aus religiösen, rassistischen oder ähnlichen Motiven, wobei diese mit keinerlei bewußten deutschfeindlichen Handlungen seitens der Betroffenen in Zusammenhang stehen. Zum Beispiel Vernichtung der Menschen im Ausmaß von Völkermord oder Ermordung von Geisteskranken, nicht als vollwertig anerkannten Kindern, Greisen usw.“

„Gut. Im Krasnodarprozeß tauchte ein Fall von Erschießung Kriegsgefangener auf. Wie ist das zu verstehen: als Mord oder als Totschlag?“

„Es kommt darauf an, aus welchen Gründen sie erschossen wurden.“

„Nur einfach deshalb, weil diese Menschen völlig entkräftet waren und nicht mehr im Lager arbeiten konnten . . .“

„Ach“, sagte müde der Oberstaatsanwalt, „wie aber können Sie beweisen, daß sie keine Saboteure waren? . . .“

Ich sagte, für Tausende und Abertausende von Witwen, Waisen und Müttern, die Christmanns Geschichte kennen, sei es unfassbar, daß sich das Verfahren gegen ihn so viele Jahre hinziehe . . . „Schließlich stirbt Christmann noch, ehe das Ermittlungsverfahren gegen ihn abgeschlossen ist.“

„Würden Sie das für so schlimm halten?“ fragte der rotblonde Staatsanwalt und blinzelte mir kaum merklich zu. „Wenn er eines schönen Tages stirbt, finden Sie das so betrüblich? Ein toter Faschist mehr — das ist meiner Meinung nach für uns und für Sie gar nicht so schlecht . . .“

„Es geht nicht um Rache. Die Menschen verlangen nach Gerechtigkeit . . .“

„Ach!“ Beide Staatsanwälte fingen an, die Geduld zu verlieren. „Wir haben Ihnen doch erklärt, daß die Gerechtigkeit — und juristisch gesagt bedeutet das die Feststellung der Wahrheit — in diesem Fall gerade die Hauptschwierigkeit darstellt. Wo sind die Menschen, die bestätigen können, daß Christmann persönlich an Kindererschießungen beteiligt war? Ich kenne solche Leute nicht. Wo sind die Befehle, die seine Unterschrift tragen? Wir haben sie nicht zu unserer Verfügung. (Dieser Staatsanwalt hätte ein hervorragender Verteidiger werden können.) Ich kann nicht vor das Gericht treten ohne ausreichende Beweise: die Verteidigung würde mich einfach umrennen . . .“

Von neuem kamen wir auf das Beweismaterial zu sprechen, das aus Moskau eingetroffen war, sowie auf die Notwendigkeit, zusätzliche Untersuchungen an Ort und Stelle durchzuführen.

„Wenn Sie unsere Bitte an den Generalstaatsanwalt der UdSSR übermitteln könnten, würden wir Ihnen sehr verbunden sein . . . Wir werden Ihnen einen

Brief mitgeben ... Obwohl es eigentlich besser wäre, das auf amtlichem Wege zu erledigen ...“

„Wann glauben Sie denn, die Ermittlungen abschließen zu können?“

„Nicht eher als in einem Jahr. Glauben Sie aber bitte nicht, daß wir die Hände in den Schoß legen ... Erinnern Sie sich an die Liquidierung des Kinderheimes in Jeisk? Natürlich, Sie haben ja selbst darüber geschrieben! In diesem Fall gibt es also keine Unklarheiten: Kinder sind Kinder ... Wir haben eine erfreuliche Nachricht für Sie: eine Ihrer Figuren — ein Mitarbeiter Christmanns — sitzt bei uns schon hinter Gittern ... Nebenbei bemerkt, eine recht widerwärtige Gestalt ... Ende nächsten Jahres findet der Prozeß statt ...“

Ich stellte mir den Prozeß plötzlich lebhaft vor. Auf der Anklagebank werden wohl Christmann, Trimborn („nebenbei bemerkt, eine recht widerwärtige Gestalt“) und Dr. Görtz sitzen, der im Sonderkommando für das Gasauto zuständig war und die Erschießung der Juden in Taganrog und die Liquidierung der tuberkulösen Kinder in Jeisk leitete. Dem letzten Vorgang, als dem eindrucksvollsten, wird in dem Prozeß zentrale Bedeutung zukommen. Ich weiß im voraus, worüber der Staatsanwalt sprechen wird: über die unschuldigen Opfer, über das Gewissen und die Ehre der Nation, die diese Menschen verbrecherisch befleckt haben. Er wird über Menschlichkeit sprechen und über jene Aktion an einem Herbsttag 1942 in Jeisk (das er auf deutsch Jaisk aussprechen wird und das ihn überhaupt nicht berührt) und über abstrakte „Jaisker Kinder“.

Ich stelle mir diesen Prozeß vor, der viele Monate dauern wird, und auch wie der alte Trimborn (der damals nicht alt war), wie dieser alte Mann die Sache in die Länge ziehen wird und wie die Verhandlungen wegen seiner Krankheit aufgeschoben werden, wie er Gedächtnislücken demonstrieren wird, um dann schließlich zu erzählen, daß er tatsächlich den Befehl gab, die Gasautos, die er „ehrlich“ für Autobusse hielt, mit Menschen vollzuladen, daß aber der Befehl, den Schlauch an den Auspuff anzuschließen, nicht von ihm erteilt wurde. In keinem Archiv sei ein solcher Befehl zu finden, und wenn die Kinder umgekommen sind, so ist das deshalb geschehen, weil jemand anderes den Schlauch an den Auspuff angeschlossen hat, vielleicht waren es die Fahrer, er ist es aber wirklich nicht gewesen ...

Und wenn man diese Fahrer sogar ausfindig machte, so werden sie sagen, daß nicht sie es waren, die den Schlauch anschlossen, das tat irgendjemand von der Bewachungsmannschaft: Fahrer schließen keine Schläuche an, Fahrer fahren das Auto auf vorgeschriebener Strecke, wen sie aber fahren und was im Wageninneren vor sich geht — damit haben sie nichts zu schaffen. Dann bekommt der Verteidiger das Wort, und er wird von der geschichtlichen Schuld der Menschheit sprechen und von den Bombenangriffen auf Dresden, von Hiroshima und Nagasaki, er wird die Zahlen der Opfer der beiden Weltkriege nennen, und in

diesen Zahlen werden die zweihundertundvierzig kleinen Kinder aus der Stadt Jeisk untergehen ...

Görtz wird in seinem Schlußwort davon sprechen, wie er nach dem Kriege lebte und womit er sich beschäftigte, von seiner Arbeit als Vertreter einer pharmazeutischen Handelsfirma, was aber Jeisk betrifft, so kann er das überhaupt nicht gewesen sein, weil er von Beruf Arzt, Mediziner ist, und als Arzt habe er eine derartige Aktion nicht leiten dürfen. Christmann aber wird sagen, daß zu der Zeit, als er nach Krasnodar kam, alle Aktionen gegen die Zivilbevölkerung schon abgeschlossen waren, und daß er nur gegen die Partisanen gekämpft hat.

Und nachdem das Urteil verkündet ist (wenn das nur kein Freispruch wird), schickt man die drei alten Männer für ein paar Jahre ins Gefängnis, der Gerichtsdienster räumt den Zuschauerraum, und alle werden es langweilig finden, weil sie alles dessen schon entsetzlich überdrüssig sind. Und es wird als absurd erscheinen, daß sich Dr. Christmann und Dr. Görtz — eigentlich gebildete Menschen — aus unverständlichen Gründen, einer fremden Laune unterworfen, mit derart gemeinen Dingen abgegeben haben. Und alle werden sagen: schuld ist der Krieg, der blinde Gehorsam, die Notwendigkeit, sich Befehlen zu beugen. Und jemand wird einen andern fragen: „Und wie hätten Sie sich verhalten, wenn man Ihnen den Befehl gegeben hätte?“ Und der andere wird sagen: „Ich weiß es nicht“. Und alle gehen auseinander mit dem Gefühl einer leichten Befriedigung darüber, daß ihnen nichts dergleichen befohlen wurde ... Und wenn sich in diesem Saal alle die heute versammeln würden, mit denen ich mich getroffen habe, und auch die, mit welchen mir eine Begegnung noch bevorsteht, — alle, aber auch alle würden sie der Meinung sein, daß sie selbst mit dem vorliegenden Fall Gott sei Dank gar nichts zu tun haben, denn sie haben so etwas wirklich nicht gewollt, und an allem ist sicherlich Hitler schuld.

Doch selbst wenn es gelänge, Hitler auferstehen zu lassen und ihn in diesen Saal zu bringen, würde er wahrscheinlich sagen, er habe nie in seinem Leben den Ortsnamen „Jeisk“ gehört, geschweige denn einen Befehl für die Vernichtung des Kinderheimes in Jeisk gegeben, es sei möglich, daß Kaltenbrunner darüber Bescheid wisse. Und alle werden denken: ach, wer soll sich da noch auskennen, so viele Jahre sind vergangen, das alles hat schon keinen rechten Sinn mehr. Und nur mein „Friedrich Wagner“ wird sagen, dieser Gerichtsprozeß sei für Deutschlands Feinde vorteilhaft, die Richter und die Regierung ließen sich von den Feinden ihrer Heimat am Gängelband führen. Und wenn es möglich wäre, jene Jeisker Kinder wieder lebendig zu machen, so würden sie verwirrt um sich blicken und keinen dem Ansehen nach wiedererkennen, weil im Lauf von sechsundzwanzig Jahren alle furchtbar gealtert sind, und nur sie selbst sind für immer die Kinder geblieben, die sie damals waren ...

Rolf Haufs Der Linkshänder

Ein Foto

Das Haus hat ein spitzes Dach. Das Dach ist zerschossen. Auf dem Speicher liegen Ziegelscherben. Auf der Leine hängt Wäsche. Wir klettern auf das Dach und sehen in den Garten hinunter. Im Garten liegt ein Blindgänger. Es ist Mai. Mein Vater ist im Krieg. An der Mauer der Kabelfabrik steht *V eins V zwei V drei V vier England wir kriegen dir*. Meine ältere Schwester klettert bis an den Schornstein. Sie sieht in den Schornstein hinein und ruft, schwarz ist der Schornstein schwarz schwarz schwarz. Meine jüngere Schwester sagt, ich trau mich nicht, und sagt, ich werde ganz schwindelig und wenn ich auf den Blindgänger falle, gehen wir alle in die Luft und die Vogelgräber auch. Wir sehen in die Luft und schauen den Mai an. Ich öffne meine Splitterschachtel und lege die großen Splitter zu den großen, die kleinen zu den kleinen. Das ist mein Lieblingssplitter, sage ich, den tausche ich nicht. Mein Lieblingssplitter glänzt in der Sonne. Der ist aus Silber, sage ich. Echt? fragt meine jüngere Schwester. Ganz echt, sage ich. Dann mußt du ihn abgeben, sagt meine jüngere Schwester. Vögelchen, sage ich. Meine ältere Schwester steht jetzt freihändig neben dem Schornstein. Ein Flugzeug! schreit sie, da! ein Flugzeug. Wir heben unsere Köpfe und sehen ein Flugzeug über der Kabelfabrik. Sofort in den Keller, rufe ich. Das ist doch nur ein Aufklärer, ruft meine Schwester zurück, und sagt es und wäre vor Schreck bald gefallen, als die Sirene losheult ganz in der Nähe. In den Keller! rufe ich noch einmal und packe meine Splitterschachtel und meine jüngere Schwester, und wir rennen die Treppe hinunter in den Keller. Wenn man sie pfeifen hört, sagt ein Mann, ist es nicht schlimm. Wenn sie treffen, sagt der Mann, hört man sie nicht mehr pfeifen. Sie pfeift — Pause — krach! Sie pfeift — Pause — Pause — krach! Sie pfeift — Pause — Pause — Pause — krach! Das war in der Nähe, ruft jemand. Nein, sagt der Mann, je länger die Pause ist, desto weiter ist der Einschlag. Er steht auf und stellt die Türhebel nach. Es ist wie auf einem Schiff, sagt er. Die Frau, die hinter dem Kanonenofen sitzt, hat ihr Strickzeug fallen lassen und bewegt sich nicht. Die Wände beginnen zu reißen. Staub und Mörtel rieseln auf den Boden. Als es draußen still wird, steht der Mann, der alles weiß, auf, nimmt die Luftluke heraus und horcht auf die Straße hinaus. Die ganze Stadt, ruft jemand, die ganze

Rolf Haufs: Der Linkshänder

Stadt ist hin. Die werden immer frecher, sagt der Mann, jetzt bombardieren sie schon tagsüber. Meine Mutter hat uns über den Kinderwagen gezogen, in dem mein Bruder liegt. Mein Bruder hat ein Geschwür auf der Nase. Mein Bruder schläft. Wenn wir sterben müssen, sagt meine Mutter, dann alle zusammen. Die Toten liegen auf dem Marktplatz. Sie sehen gar nicht schwarz verbrannt aus, sagt meine ältere Schwester, nur still sind sie, ganz still. Heinzchen Abels und Mützchen Vits werden nicht mehr wiederkommen, sagt Lehrer Gillesen. Wir schreiben ein Diktat. Ein froher Tag. Die Sonne scheint so hell. Wir haben alle Fenster aufgemacht und singen. Unser Lehrer spielt die Geige. Auf einmal klopft es an die Tür. Heini hat es gleich gehört. Jetzt klopft es noch einmal, ganz laut und schnell. Nun hören es alle. Herein! sagt der Lehrer. Es ist die Frau des Postmeisters. Herr Lehrer, ruft sie, mein Mann läßt sagen, der Führer kommt durch unser Dorf! In zehn Minuten ist er hier!

Die Stadt.

Die Stadt ist unbedeutend. Die Landschaft ist unbedeutend. Der Fluß ist unbedeutend. Die Menschen heißen Jansen, Vits, Könen, Goebbels, Junkers, Mühlen, Pungs, Schnell, Stöcker. Mein Vater starb im Herbst. Er lag auf dem Bett und wollte die Zeitung lesen. In der Stadt gibt es Schulen, wie in jeder anderen Stadt, Sportvereine, wie in jeder anderen Stadt, Kaufhäuser und Tankstellen, wie in jeder anderen Stadt, Gärten und Friedhöfe, wie in jeder anderen unbedeutenden Stadt. Die Stadt hat eine Sparkasse. Die Stadt hat ein Rathaus. Die Kuppel des Rathhausturmes ist abgebrannt. Die Stadt hat ein Stadtwappen. Die Stadt hat ein Denkmal. Wer in die Stadt zieht, muß so sein wie alle in der Stadt. Wer in der Stadt leben will, muß so leben wie alle in der Stadt. Die Woche hat sechs Tage, am siebten Tage ist sie tot. Die Straßenbahn fährt durch tote Straßen in tote Viertel. In den Häusern wohnen Ehepaare. Die Ehepaare sitzen in Sesseln. Er hebt die Hand, sie hebt die Hand, die Hände berühren sich. Sie schreit auf, er steht auf, geht weg in seinen Verein. Die Stadt hat eine Brauerei. Die Stadt hat einen berühmten Sohn. Die Stadt war zerstört. Sie haben die Stadt wieder aufgebaut. Sie haben die Straßen der Stadt breiter gemacht. Sie werfen sich in die Brust und gehen durch ihre breiten Straßen. Wenn ich durch die Straßen der Stadt gehe, verstelle ich mich. Ich nehme eine andere Hautfarbe an. Meine Ohren legen sich nach hinten. Meine Haare werden kurz und scheiteln sich. Mein Gang richtet sich auf. Ich bin freundlich. Ich rede mit dem Caféhausbesitzer. Ich rede mit dem Frisör. Ich rede mit den Leuten im Büro. Ich rede mit dem Gärtner. Ich rede mit dem Pfarrer. Ich rede mit dem Hausbesitzer. Ich rede mit dem Taxichauffeur. Ich rede mit dem Wirt an der Brücke. Ich rede mit dem Straßenbahn-schaffner. Ich rede mit dem Kellner. Ich rede mit dem Bäcker und seiner Frau. Ich rede mit dem Mittelstürmer der Fußballmannschaft. Sie sind abgestiegen. Sie

sind wieder aufgestiegen. Sie haben sich zwei Jahre lang gehalten. Sie sind wieder abgestiegen. Sie steigen nun wieder auf. Die Stadt hat sechs Kirchen. Ich gehe mit dem Mittelstürmer um sechs Kirchen herum. Die Kirchen machen Lärm. Wir treffen sechs Personen auf dem Weg in sechs Kirchen. Die Personen sind schwarz gekleidet. Die Personen gehen schnell. Sechs Kirchen mal zwölf Apostel ergibt zweiundsiebzig Gastwirte. Wir haben einen langen Tag vor uns. Der Tag beginnt in der Ebene und endet im Gebirge.

Ein Foto.

Die Klasse steht kniet sitzt auf dem Schulhof des Gymnasiums. Es ist Sommer. Die Klasse steht kniet sitzt in kurzen Hosen und aufgekrepelten Ärmeln. Hermann, achter von links stehend, hält die Hände auf dem Rücken. Tritium- und Deuteriumtrennfaktoren bei der elektrolytischen Wasserstoffabscheidung. Peter, dritter von links sitzend, hat die linke Hand auf die Schulter von Karl, vierter von links sitzend, gelegt. All denen, die schon Kinder haben, brauche ich nicht mehr zu sagen, daß so ein kleines Wesen viel Arbeit, aber noch viel mehr Freude macht. Karls Hände sind eingezwängt zwischen Peter und Alfred. Als Redakteur beim Fernsehen sehe ich die Möglichkeit, gleichzeitig etwas Künstlerisches zu schaffen mit allen durch die Technik bedingten Kompromissen. Helmut, zweiter von links neben dem Direktor stehend, hält die Hände wie Hermann auf dem Rücken. Mein Garten besteht zum Teil aus rotem Granit. Die Böschungen habe ich mit Tannen und Kiefern bepflanzt. Willi, zweiter von rechts knieend, hat die rechte Hand auf sein rechtes Knie gelegt. In der Schule habe ich mir ein paar Ämter angeeignet, und schließlich ließ ich mich auch von der Bundeswehr für Englisch-Lehrgänge fangen. Dieter, vierter von rechts sitzend, hält die rechte Hand hinter Willis Rücken versteckt. Wegen der unterschiedlichen Lieferfristen traf ein Teil unserer Möbel mit Verspätung ein. Ich stehe rechts außen und halte die Hände wie Hermann und Helmut auf dem Rücken. Ich habe hohe Schuhe an. Ich habe Kniestrümpfe an. Mein Haar ist mittellang. Meine Ohren sind deutlich zu sehen. Meine Schultern hängen weit nach vorn. Der Vater sagt du mußt gerade gehen. Die Mutter sagt geh gerade. Die Tochter die jüngere Tochter der Sohn sagen du gehst wie ein Opa. Ich stehe auf und knalle die Tür. Idioten Blödhammel ekelhafte Geradegeher ich nehme den Stock mit den aufgenagelten Wanderplaketten Teutoburger Wald Niederwalddenkmal Deutsches Eck Kahler Asten Hornsgrinde Mummelsee Maria Laach ich lege den Stock quer auf den Rücken, drücke ihn gegen die Schulterblätter und laufe im Flur auf und ab, erst langsam, dann schneller und schneller und immer fester auftretend, bis der Hausbesitzer mit dem Besen gegen die Decke klopft. Im Wohnzimmer ist geputzt. Niemand darf das Wohnzimmer betreten. Ein sonniger Sonntagnachmittag steht bevor.

Die Probleme meiner jüngeren Schwester.

Meine jüngere Schwester schreibt mir, sie denke nicht darüber nach, ob sie glücklich sei. Manchmal geht meine jüngere Schwester ins Kino. Der Mann meiner jüngeren Schwester ist seit sieben Monaten unterwegs. Er schreibt regelmäßig. Meine jüngere Schwester schreibt mir, sie habe einen Film gesehen, in dem ein gut aussehender Verbrecher zu Reichtum gekommen sei, weil er seine Konkurrenten immer rechtzeitig umgebracht habe. Doch glaube sie einfach nicht daran, daß dies das kapitalistische System sei. Meine jüngere Schwester ist groß und schlank. Sie hat langes helles Haar. Ihr größter Kummer ist, daß sie keine Kinder bekommt. Als ich sie einmal fragte, ob sie Bücher lese, sagte sie, dazu habe sie keine Zeit. Montags, sagt sie, ist Basteltag, Dienstags gehe ich zum Frisör. Mittwochs ist Gymnastik. Donnerstags fahre ich zu meiner Freundin. Freitags ist Basteltag. Und dann ist schon Wochenende. Der Mann meiner jüngeren Schwester ist kleiner als meine jüngere Schwester. Jeden Morgen, ob auf dem Schiff oder zu Hause, mixt er sich einen Drink. Er trinkt den Drink in langen Zügen. Dann schlägt er sich mit der Hand auf den Schenkel und ruft: ist das nicht ein prima Drink! Wenn er gute Laune hat, mixt er sich nach dem ersten Drink einen zweiten Drink. Danach geht er, wenn er auf dem Schiff ist, hinaus auf die Brücke und schnauzt einen Matrosen an, oder er geht, wenn er zu Hause ist, in die Küche und kneift meiner jüngeren Schwester in den Hintern. Der Mann meiner jüngeren Schwester raucht Pfeife. Er ist ein prima Kerl. Meine jüngere Schwester schreibt, sie wolle in nächster Zeit zum Arzt gehen, sie sei doch gesund und möchte nun endlich ein Kind bekommen.

Ein glühendheißer Tag.

Heute, am 21. November, denke ich anders darüber. Ich bin aufgewachsen in einer Großstadt. In den Außenbezirken einer Großstadt. Genau genommen, in einer Dreizimmerwohnung. Im dritten Stock rechts. Mein Vater war arbeitslos. Mein Vater war Fotoamateur. Ich mußte nicht hungern. Ich kam in die Schule. Ich las Abenteuerromane. Ich hatte wenig Umgang. Ich bekam keine Lehrstelle. Ich lernte Metallfacharbeiter. Ich hatte keine Freude an dem Beruf. Ich ging zur Kriegsmarine. Es war das, was ich erwartet hatte. Ich lernte fremde Länder kennen. Dann war es aus. Ich war froh, als der Krieg vorbei war. Ich war nicht verwundet. Ich kam zurück in die alte Heimatstadt. Ich gründete ein Geschäft. Ich stürzte mich mit Begeisterung auf die Arbeit. Mein Vater hatte Geburtstag. Das Geschäft ging schlecht. Ich wollte nicht, daß meine Angehörigen leiden mußten. Ich begann, die Geldbeschaffung illegal zu betreiben. Ich kam zu der Auffassung, eine Sparkasse auszurauben. Ich hatte eine Pistole in der Tasche. Ich hatte das Nummernschild gefälscht. Ich war froh, als beim ersten Mal etwas

dazwischen kam. Ich hatte den Mut, so etwas zu unternehmen. Ich hatte alle Wege sorgfältig abgefahren. Ich hatte Stricke dabei. Ich hatte Leukoplast dabei. Ich hatte einen Schraubenschlüssel in der Tasche. An jenem Tag fuhr ich los. Die Kasse befand sich an einem kleinen Marktplatz. Wie es sich ergab, stand ich zwei Stunden dort. Ende Mai in einer glühenden Frühsommersonne. Ich ging hin und her. Dann ging ich hinein. Ich erinnere mich nicht mehr genau. Der Gang über den kleinen Marktplatz in der glühenden Sonne. Der Kassenbeamte war von großer kräftiger Gestalt. Dem machte der Schlag überhaupt nichts aus. Er schlug zurück und trommelte auf mich ein. Ich hatte das Gefühl, der bringt dich um. Aber ich wollte mich nicht umbringen lassen. Dann schoß ich. Es handelte sich um eine aufgebohrte 6 mm Schreckschußpistole. Aber das hatte überhaupt keine Wirkung. Dann griff ich eine zweite Pistole. Das war eine 7,65 mm automatische Pistole. Ich sah nicht mehr, wie der Mann zusammenbrach. Ich konnte endlich aus dem Kassenraum herauslaufen. Ich war völlig erschöpft. Als ich erkennen mußte, daß ich verhaftet war, wollte ich es nicht wahrhaben. Ich sprang auf und versuchte, an meine dritte Pistole zu kommen, die ich an meinem Körper versteckt hatte. Es kam zu einem Gefecht. Die meisten riefen, hängt ihn auf. Daß ich gemeint war, konnte ich nicht fassen. Ich hatte zwei Männer erschossen. Die aufgebrachte Bevölkerung schlug mit Fäusten gegen den Polizeiwagen. Ich habe erst hier in der Strafanstalt erkennen müssen, daß die Polizeibeamten mir das Leben gerettet haben. Ich schäme mich, auch auf die Gefahr hin, daß es keinen Menschen gibt, der mir das glaubt. Ich wurde selbstverständlich zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Seitdem verbringe ich mein Leben in diesem Haus.

LEHRBEISPIEL

neues
ist nicht nur
eine sache der vernunft

die kinderhände
die einen vogel malen sollen
malen viele einzelheiten

federn und taubenfüße

wie man einen vogel malt
lernen sie danach
aus malbüchern

die federn werden gelassen
die tauben fallen fort
so geht man weiter
wie es im buche steht

alle
zeichnen jetzt
diese neuen
vorlage-vögel

WURM

hier wo: im dorf
ein gerücht das andere kennt
und jeder seines nachbarn gesicht
macht man sich keine gedanken
über den wurm in den eigenen häusern

immer noch gerade
verlaufen die diktaturen
der alten ordnungen
und bieten dem fortschritt die stirn

dem neuen fällt es schwer
sein recht wahrzunehmen
und hinter den steinen bewahrt die zeit
gerümpel und altes gerät

wenn das klima umschlägt
hallt aus kellern und winkeln
das echo von gleichgültigkeit
gegenüber größeren zusammenhängen

über den dächern
zeigen die fernsehantennen
eine andere welt
die in den stuben
ausgeschaltet bleibt

niemand will sehen
wie das weitergeht
nur der wurm achtet darauf
in neuen häusern zu wohnen
wenn er die alten abgebrochen hat

VERDÄCHTIGUNG

sie kamen und suchten
in den straßen zur linken
suchten sie jemand

der seinen fensterrahmen
nicht in den farben
der gesetzlichen gesetze
gemalt hatte

sie kamen und suchten
und fanden nichts
und sagten
nichts für ungut
wir tun nur
unsere pflicht

aber als er
ihnen nicht
die hand gab
machte ihn das
verdächtig
und sie öffneten
mit gewalt
seine rechte

und fanden nichts
und sagten
nichts für ungut
wir tun nur
unsere pflicht

und als er
seine linke zur faust ballte
machte ihn das
verdächtig
und sie wurde geöffnet
mit gewalt

und sie fanden nichts
und sagten
nichts für ungut
wir tun nur
unsere pflicht

dann konnte er
wieder gehen
und nahm
in seinen händen
die leere mit fort

Eckart Krumbholz
Wann der Mensch zum Sitzen kommt
oder Vorwärts und Durchhalten

*Ich bin gesund und Schreibe dieses unter
toten und lebendigen*

Blücher am 19. August 1813

*Ich kan alleweil nich still sitzen und
nich die zene zußamen Beißen, wan eß
Sich um das Vatterlandt und die freyheit
Handelln duht. Lasst das Lauße- und
scheiß Zeugh von Diplomathiker zu Allen
teuffeln faren . . .*

Blücher am 10. Februar 1813

Und ob ihrs glaubt oder nicht, ich besitze einen bauffälligen Stuhl, auf dem Gebhard Leberecht von Blücher einmal gesessen haben mag. In Hiddensee, Vitte am Norderende, lebten irgendwelche Nachfahren der ehemals großen Familie Blücher, mittelbar durch sie gelangte ich in den Besitz des Stuhls — vielmehr der Stühle, denn ursprünglich waren es deren zwei — davon später. Nur von einem kann hier hauptsächlich Rede geführt werden, von dem, der jetzt mir gehört. Vielleicht — dem Besitzerstolz sei die voreilige Abschweifung nachgesehen — ist es zufällig jener, auf dem er 1806 saß und in Ansehung der Weltstunde klierte: „Hier ist alles verloren; wir sind verraten und verkauft.“ Nun also mag man recht erlauben, was der Stuhl für eine Kostbarkeit sein könnte, aber bitte keine finstereforschenden Blicke und keinen Neid, meine Lieben . . . Eigentlich sollte es dem Chronisten, zu dem ich mich zutraulich verstehe, leicht sein, für jedermann gehörig und erhellend zu schildern, was es mit dem Stuhl auf sich hat und was mit mir, seinem Eigentümer. Die Wahrheit freilich verhält sich heiklich zweideutiger. — Von Napoleon, mit dem Blücher während der glorreich erkannten Zeit seines Lebens oft rabiats ins Gemenge geriet, ist bekannt, daß ihn der Maler David einmal emphatisch unterrichtete: „Hoch zu Roß mit dem Degen in der Hand mitten im Schlachtgetümmel will ich Sie malen!“ Napoleon verzog apart die Brauen: „Hoch zu Roß mit dem Degen in der Hand im Schlachtgetümmel gewinnt man nichts mehr. Malen Sie mich auf dem Stuhl sitzend und pausenlos nachdenkend.“ Damit wäre ich wieder beim Stuhl, allerdings bei Napoleon, nicht bei Blücher. Aus dem geschilderten Vorkommnis mag man immerhin die Nachteile des Anekdotengenres erlauben. Es verflacht und spitzt die Dinge in verballhornender Manier zu, was der Mitwelt kaum lieb sein kann, ausgenommen hämischen Gemütern (aber wer möchte sich heutzutage mit denen einlassen); also bleibt es vielfach nur der Halbbildung und Unterhaltung der Nachwelt

Eckart Krumbholz: Wann der Mensch zum Sitzen kommt

gefällig. Wenn Napoleon mit den Jahren des Kaiserreichs immer weniger Zeit und Weile fand, auf dem Stuhl zu sitzen und pausenlos nachzudenken, so ging es Blücher nicht anders. Nur, ihm hat das Sitzen auf dem Stuhl kaum je behagt, ihn bestimmten die Zeitläufe auf den Stuhl, er mußte dann sitzen. Hier das gewohnte bärtige Vaterbild schrötig und körnig; siehe, in die Hände habe ich dich gezeichnet: „Drüben hielt der Alte auf seinem Schimmel, heftig rauchend. Das Fußvolk marschierte mit ‚Hurrah‘ vorbei. Als die schwarzen Husaren kamen, ihre Pferde am Zügel führend, rief er ihnen zu: ‚Vorwärts, Kinder, und gut ausgehalten!‘“ Das 1813, Blücher selbst 71 Jahre alt, damals ein biblisches Alter. Aber so einwandfrei ist das Vaterbild nicht, wie es im Nachhinein erscheint. Rauchen im Freien zählte als Vergehen, erfüllte teilweise sogar den Tatbestand des Landfriedensbruches. Nicht genug des Unstatthaften. Vielfach trug er die leuchtend rote Husarenuniform, die längst ungebräuchlich war und deshalb ständig Verdruß bei Hof erregte. Den Eindruck verbesserte schwerlich ein grüner, breitrempiger Damenhut, den er als Lichtschutz aufstülpte, sofern er an Augenentzündung litt. Erforderte es die Etikette, behängte er sich mit Orden und verglich sich dann mit einem „alt Kuschpferd“. Schließlich konnten ihm die meisten europäischen Monarchen keine mehr verleihen, er hatte alle. An seine zweite Frau, Amalie, geb. von Colomb, sein „herzliebste Malchen“, mit der er glücklich lebte und die wohl fast 30 Jahre jünger war als er (nach dem Tod seiner ersten Frau hatte er verschiedentlich neue Verbindungen durch die allzu freimütige Schilderung seiner beträchtlichen Schwächen und Spielschulden gegenstandslos werden lassen), an Malchen also, der er immer genaue Rapporte über alles, was ihm widerfuhr, zukommen ließ und der er sogar Napoleons beschädigten Wagen zum Geschenk machte, schrieb er 1815, als er doch noch einen neuen Orden bekam: „Nun weiß ich wahrlich nicht mehr, wo ich alle Ordens und Kreuzer hinhängen soll.“

Er hielt auch Reden. Berühmt ist die vor französischen Deputierten: „Messieurs“, sprach er gerafft und wandte sich an seinen Adjutanten: „Nun, Goltz, machen Sie das übrige.“ Fielen Reden lang aus, waren sie immer noch kurz: „Kerls, ihr seht aus wie die Schweine! Aber ihr habt die Franzosen geschlagen. Damit ist's aber nicht genug! Ihr müßt sie heute wieder schlagen, sonst sind wir alle angeschissen. Also frisch druff, Kinder! Da kann er die schönsten Schmiere kriegen!“ Er — ist natürlich Napoleon.

Als Blücher an der Katzbach gemeldet wurde, Napoleon stünde in seinem Rücken, ein Gerücht, das sich bewahrheitete, aber der Krieg befand sich miserabel und die Monarchen gaben bereits wieder alles verloren und stritten, und die militärischen Befehlshaber stritten, und Unruhe und Bestürzung breiteten sich im schlesischen Heer aus, das gegen die Truppen des Marschalls Ney angetreten war, da rettete er die Lage, indem er aufgeräumt einen Satz knurrte, der schnell die Runde machte. „Steht er mir im Rücken“, knurrte er nämlich, „so ist's mir recht angenehm, da kann er mich geradewegs am Arsch lecken.“ Ei Gott! Wie gesagt,

die Situation zeigt ihn keineswegs auf dem Stuhl, sondern hoch zu Roß als *Marschall Vorwärts* — dabei ging er oft genug zurück. Dies ist völlig in der Ordnung. Es gehört nun einmal zum Soldatenberuf, zu fliehen, sich zu verkriechen, in Deckung zu gehen. Vorwärts ist nicht schlechthin geradliniges Vorgehen; wenn das so einfach wäre. „Ich bin gesund und sehr vergnügt, daß ich dem großen Mann (gemeint ist Napoleon) eine Nase angedreht habe. Er soll wütend sein, daß er mich nicht zur Schlacht hat bringen können.“ So Blücher, schalkhaft frohlockend wenige Tage vor der Schlacht an der Katzbach. — Die Früchte des Kampfes, des Sieges ernten, wer möchte das nicht, mögen sie noch so enttäuschend sein. Der Kampf ist unumgänglich, da täusche sich niemand.

Nun aber der Stuhl, mein ausgezeichnete Gegenstand. Ursprünglich besaß ich, wie gesagt zwei, zusammengehörig und doch verschieden, wie es den Drechsler, der sie gebaut hat, eben ankam. Warum soll ein Stuhl aussehen wie der andere, Hauptsache es läßt sich sitzen. Den zweiten verschenkte ich einer Freundin, die mich darum drängte, und aus eigener Hingezogenheit, den stabileren. Denn an beiden hatte der Zahn der Zeit nicht schlechthin genagt, sondern gefressen, und mir schien fraglich, ob ein aufs Praktische gerichteter Sinn gleiche Gefühle für museale Pietät, für ehrwürdiges Überdauern und Aushalten zu erübrigen vermöchte wie ich selbst. Er entzückte sie kurze Zeit, wurde dekorativ in der Ofenecke auf rotem Teppichgrund drapiert. Dort stand er majestätisch und brüchig urwelhaft. Dann wollte sie die Rarität mit sämtlichen Vorzügen und Bequemlichkeiten eines modernen Sitzmöbels vereint wissen, was eine Kateridee ist und hoffärtig. Wohl heißt es beim Dichter: „Den lieb ich, der Unmögliches begehrt“, aber dabei ist schwerlich ein altes Gestühl von Blücher gedacht und das soll auch nicht bedeuten: Entsagung und Verzicht, vielmehr Vernunft und Maß, ohne diese läßt sich nicht leben. Sie nahm den Stuhl auseinander, was schwierig gewesen sein muß, er war ja bei aller Wackligkeit doch fest, das gibt es, wacklig und doch fest, und fuhr die Teile nach Thüringen zu einem Tischler. Der konnte damit nichts anfangen oder spürte wenig Lust zu solcher Beschäftigung. Die Freundin ist mir aus den Augen gekommen, es steht zu befürchten, die Stuhlteile sind fortgeworfen. Nun bin ich offenbar der einzige hier, der einen Stuhl von Blücher besitzt. Wie schrieb Blücher 1807 an seinen Freund, Professor Sprickmann in Münster: „O, möchte ich doch noch vor meinem Ableben die ganze Welt in Feuer und Flammen sehen, so dürfte ich an diesem Schauspiel mich im Leben noch einmal und zuletzt ergötzen können. Glauben Sie mir, mein inniger Freund, die Welt ist nichts besseres wert als zu verbrennen, sie ist zu schändlich und die Menschen größtenteils zu große Unholde geworden.“

Mein Blücherstuhl ist ähnlich dem verschenkten, zerlegten, fortgeworfenen und den 10 oder 12 anderen (sicher standen sie einmal in Reih und Glied um einen Tisch oder an einer Wand) und die zwei und nun der eine, das sind Übriggebliebene. Gestänge mit Reliefschnitzerei, welches unten in ein Fischgrätenmuster übergeht, begrenzen die über anderthalb Meter hohe Lehne beiderseits.

Dazwischen, seitengleich in Wellenstilisierung geschnitzt, der mit einem schmalen, roßhaargestopften Lehnepolster bestückte Mittelsteg; das Lehnepolster ist wie die auslandende Sitzfläche mit feinem Stickereistoff bezogen. Und wie der Stickereistoff aussieht: Jeweils zwei ineinandergeschachtelte Achtecke, abwechselnd tiefrot und sanft gelbgrün — dunkelgrün beide gerändert. Das Innere des kleineren Achtecks birgt eine stilisierte Fischblase, gelbgrün und rot gefleckt. In den Quadraten, die beim Aneinanderreihen von Achtecken entstehen, schwimmen — ja schwimmen — grüne Seesterne. Habt ihr verstanden? Wie denn nicht? Ein kompliziertes, dekoratives Muster, das einfach wirkt und die Schönheit des salzigen Meeres beeindruckend vor Augen führt. Gekrönt wird die Lehne von drei sich im Holzrelief türmenden Wellenkämmen, die in der Mitte eine Muschel samt einer Perle im Muschelfleisch tragen. Die Stuhlbeine weit vorbauchend, dann zurückschwingend und in halber Höhe durch Streben verbunden, laufen in breiten, platten Füßen aus. Schön? Schön. Nun nähere ich mich wieder dem Ausgangspunkt, fühle mich erneut versucht, dem Gedanken nachzuhängen: Wann saß Blücher möglicherweise auf dem Stuhl . . .

Natürlich war er nicht immer Marschall und Fürst, er war ja auch einmal 3, 7 und 16 Jahre alt. Das stimmt durchaus, er kam als jüngstes von neun Kindern in die Welt, draufgängerischer Sohn eines Rostocker Landjunkers; des verabschiedeten hessischen Rittmeisters Christian Friedrich von Blücher. Zum Landwirt bestimmt, beendete er 14jährig den Schulunterricht und übersiedelte in das Haus seines Schwägers nach Rügen; Rügen gehörte damals Schweden. Von dort unternahm er Ausflüge nach Hiddensee und Schapprode. Mit 16 tanzte ihn, er brannte zu den schwedischen Husaren durch, zwei Jahre später geriet er in preußische Gefangenschaft. Und so kam er unter die Preußen; ein Husar namens Landeck und ein anderer namens Pfennig stritten später um den Ruhm, Blücher mit den Worten gefangen zu haben: „Wart nur Bübel, werd di schon schlachte!“ (Der Dialekt erklärt sich, indem beide österreichische Landsleute, wacker für Preußens Farben fochten). Die aberwitzig angekündigte Schlachtung entfiel, so mag denn die bemühte Betrachtung, die sich an die Existenz meines Stuhles knüpft, ihren Lauf nehmen: Blücher avancierte durch Beziehungen zum preußischen Cornett. Trug die hohe Filzmütze mit dem silbern gestickten Totengerippe und der Inschrift: „Vincere aut mori“, siegen oder sterben. Treffliche Inschrift! Von Blücher hieß es außerdem, er trüge drei große W im Wappen: Wein, Weiber, Würfel. Als er in Fragen der Beförderung Friedrich II. vertrotzt zu widersprechen wagte, wurde er ein dreiviertel Jahr arretiert, dann hinausgeworfen: „Der Rittmeister Blücher ist seiner Dienste entlassen, er kann sich zum Teufel scheren.“ Nun endlich mag er auf dem Stuhl zum Sitzen gekommen sein. Widmete sich über 14 Jahre lang den Gütern und seiner ersten Frau Karoline, geb. von Mehling, welche die von ihm unablässig betriebene Wiedereinstellung zur Armee (er schrieb wohl 10 Eingaben) zu hindern suchte, völlig unnütz übrigens, denn ihr Gebhard Leberecht war nicht von seinem Vorhaben abzubringen. „Warum ist er nicht im Dienst

geblieben, das ist seine Schuld“, antwortete etwa Fritz, auch: „ist nichts“ oder die Antwort blieb ganz aus. Karoline konnte das nur recht sein. „Nein, ich will meinen Mann behalten. Was soll aus mir und der Wirtschaft werden?“ Der gleichen äußern Frauen denn nun. Vorübergehend genoß Blücher den Ruf eines Musterwirts. Dabei saß er, ich denke mir's, auf dem Stuhl, las: — *Nicht in den Ozean der Welte alle / Will ich mich stürzen* — Klopstock, denn er liebte Klopstock außerordentlich, hatte ihn wohl auch persönlich kennengelernt, rauchte Pfeife und spielte, sobald er Karten in die Hände bekam, allerlei Glücksspiele, mindestens acht Stunden hintereinander: Whist, Quinze, Piquet, verspielte strikte seine Einnahmen. *Halleluja! Halleluja! Der Tropfen am Eimer / Rann aus der Hand des Allmächtigen auch!* Er saß auf dem Stuhl wie auf dem Pferd, die Lehne zwischen den Beinen. Demnach war der Stuhl, beispielsweise mein Stuhl, eine Art Ersatz fürs Sitzen auf dem Pferd und das Glücksspiel ein Ersatz für — wie soll ich sagen — fürs Kriegführen und ein Nervenkitzel. Trotzdem erklärte er „bei den jetzigen hochaufgeklärten Zeiten das Soldatenmetier“ für „das elendste“. Ein Schlauberger da auf dem Stuhl, der demonstrativ seine Anhängerschaft zu den aufklärerischen Freimaurern, namentlich zur Loge „Zu den drei Weltkugeln“ herauskehrte. Das ausschweifende, provinzlerische Husarendeutsch, das er sprach und schrieb, wurde klassisch durch das, was es gescheit artikulierte. Als Blücher nach Fritzens Tod wieder zur Armee einrückte, vom Stuhl aufstand, schaffte er, wo er zu befehlen hatte, die Prügelstrafe ab und trug bei, das Soldatenlos zu erleichtern, er verkürzte die Dienstzeit, erhöhte den Sold, verbesserte die Behandlung. So erklärt sich, daß, als er 1806 bei Ratkau kapitulieren mußte, er außergewöhnliche Gründe nannte: „Ich kapituliere, weil ich kein Brot und keine Munition mehr habe.“ Der französische General Rivaud meinte liberal, er möge diese Worte nur vor oder hinter seinem Namen auf der Kapitulationsurkunde anfügen — ganz wie es ihm beliebe. Und der Fürst von Ponte Corvo, der die Kapitulation entgegennahm, bestätigte begütigend: für seinen Ruhm und seine Regierung habe er genug geleistet. — Freilich, was für eine Regierung! Unnötig, Worte darüber zu verlieren. Blücher kam wieder zu Stuhl, zwischendurch mußte er aufstehen, vor ihm — *Löwe oder entzündetes Kraut* —, vor Napoleon, sie beschimpften und respektierten einander stets. 1807, unmittelbar nach der Niederlage, nannte ihn Blücher „einen großen Mann. Ein verfluchter Kerl, so charmant, daß ich gar nicht mit einem Haß gegen ihn dachte.“ Napoleon unterhielt sich eine Stunde allein mit ihm, drückte ihm zweimal die Hand und äußerte Freude, „den bravsten preußischen General kennenzulernen“. Dann konnte er sitzen. Zeitungen lesen lehnte er ab: „Das riecht nach Toten.“ Als Folgen der Kriegsstrapazen und — wie er befürchtete — als Gottesstrafe ob des sündigen Allotrias seiner Jugend, bildete er sich Schwachheiten ein, meinte ernstlich, mit einem Elefanten schwanger zu gehen, auch, daß die Franzosen seine Dienerschaft bestochen hätten, den Fußboden so zu heizen, daß er sich die Füße verbrennen müsse, darum saß er mit angehobenen Beinen auf dem Stuhl. Saß er auf

jenem, den ich jetzt habe, werden ihm die derben Streben in halber Höhe sehr zustatten gekommen sein. Oder er sprang auf, führte wilde Faustkämpfe mit einem eingebildeten Gegner, dacht gar, sein Kopf sei versteinert und verlangte herzlich, ihn mit dem Hammer zu zertrümmern. Das kommt davon, wenn man öde und lahm auf dem Stuhl sitzt und wie Blücher zeitweilig nur von schwarzem Kaffee lebt. Er magerte ab zum Skelett. Im übrigen versuchte er, den preußischen König für einen Volkskrieg zu gewinnen, weshalb er bei Hofe für verrückt galt; er unternahm allerlei Aktionen auf eigene Faust, bis er Napoleon fürderhin untragbar erschien und man ihn von seinem Posten entfernte. An seinen ehemaligen Adjutanten, den Grafen von Coltz, berichtete er angelegentlich: „Des morgens treibe ich meine Geschäfte und dann genieße ich unter Freude das Leben, Karten biege ich nach alter Weise . . . Aber denken Sie sich die Scheiße! man hat dem König weiß gemacht, meine Verstandskräfte hätten gelitten.“ Wohlmeinende Mitwelt. Gut, daß der Befreiungskrieg kam und er dem König drohen konnte: „Majestät, es gibt noch eine Festung in Spandau“, er, der Marschall Vorwärts, Marschall Perod. Die russischen Fußvölker taufte ihn so, die seines häufigen Rufens „Vorwärts!“ und dessen Sinnes inne geworden waren. Unter den Kosaken ging längst die Mär, er sei am Don geboren und Kosak und nur durch besondere Widrigkeiten seiner Jugend nach Preußen verschlagen. Wie er die Russen durch einen Dolmetscher populär anredete, ist korrekt überliefert, selten viel anders als bei Wartenburg und immer mit gewaltiger Stimme: „Ihr alten Moskowiter, ihr habt euren Feinden noch nie den Rücken gekehrt! (Großes Hurrah) Ich werde mich an eure Spitze setzen, und ihr sollt die Kerls, die Franzosen, angreifen! Schwere Not! Ich weiß. Ihr werdet ihnen heute nicht den Rücken zeigen. Pascholl!“ (Unendliches Hurrah).

Zu Blüchers Augenentzündung kamen als Malheur ein Nieren- und Leberleiden und ständig kleinere und größere Verwundungen. Malchen etwa rapportierte am 4. Mai 1813 aus Borna: „Ob ich gleich drei Kugeln erhalten und noch ein Pferd erschossen, so ist doch alles nicht so gefährlich und ich bin und bleibe in voller Tätigkeit. Satisfaktion habe ich genug, denn ich habe den Herrn Napoleon zweimal angegriffen und beidemale geworfen. Die Schlacht ist so mörderisch gewesen, daß beide Teile erschöpft waren. Ich habe einen Schuß im Rücken, der mich sehr schmerzt, die Kugel bringe ich Dich mit.“ Da wird sich Malchen aber gefreut haben. Am 29. Juni 1813 schrieb er an seinen Generalquartiermeister Gneisenau: „Landwehren Sie man immer druff. Ich hör viel Guts davon“ und: „Es ist in aller Hinsicht notwendig, daß wir zusammen sind, vorzüglich aber, daß ich jemand habe, den ich meinen Kummer vertrauen kann und der mich bei den vielen Kränkungen, die mich so unverschuldet treffen, uffrichtet.“ Und der Alte konnte am 14. Januar 1814 die unglaublichen Worte zu Papier bringen: „Der Marschall Schwarzenberg (der Befehlshaber des Hauptheeres) ist ein braver Mann, aber er hat drei Monarchen um sich.“ Geradheit und unbefangene Treuherzigkeit, verbunden mit listiger Schläue, durchtriebener Verschmitzt-

heit und dem Willen zur Selbstbehauptung, zum Aus- und Durchhalten. Das von Blücher befehligte schlesische Heer, das zahlenmäßig schwächste, wurde bald zum Herz und Hirn der verbündeten Armeen, zerstritten mit jenen Kräften, die rein oligarchischer Interessen halber in Waffen gingen.

Als er nach der Schlacht von Belle-Alliance Napoleons Hut, Persepektiv, Mantel und Degen eingehändigt bekam, ließ er sich behaglich hören: „Obgleich er mich einen besoffenen Husaren geheißt, so ist er doch ein ganz tüchtiger Mann.“ Dinge haben halt alle zwei Seiten — mindestens. Das entdeckte er auch beim Champagnertrinken: „Ist es nicht jammerschade“, ächzte er wohligh, „daß man gegen ein Volk muß Krieg führen, das einen so herrlichen Trank braut? Man sollte denken, das müßten die allerbesten Menschen sein, aber o Gott, o Gott!“ Später, bei Klopstocks Witwe, trank er 14 Jahre alten Kapwein auf das Andenken Klopstocks, den er traulich seinen Freund hieß. Zu Offiziersfesten erschien er manchmal nachts im Nachthemd, auf einen Knüppel gestürzt, wenn er es in den Federn nicht aushielt, und neckte seine Liebliche, indem er ihnen die Spitze des Holzes scherzend in den Leib bohrte. Also saß er wieder auf dem Stuhl, und zuweilen wurde der nun überall Gefeierte trübsinnig. „Wenn ich was gelernt hätte, was hätte da nicht aus mir werden können. Ja, sonst wäre ich ein anderer Kerl geworden, das könnte ihr mir glauben, aus mir hätte was werden können.“ Ha, da bin ich endlich beim Thema! Er hätte auf dem Stuhl sitzen müssen, und es bestünde berechtigte Aussicht, es wäre der Stuhl, den ich jetzt besitze. Beklommenheit und Zweifel plagten den alten Mann: „Ich fürchte, daß ich 25 000 Mann aufgeopfert habe, ohne daß es uns irgend einen Nutzen bringt.“ Keinesfalls lag es in seinem Ehrgeiz, Fürst zu spielen. „Wider allen meinen Widerspruch hat man mich zum Fürsten kreierte; ich habe mich geben müssen, weil man behauptete, es müsse dies der Nation wegen geschehen. Die Nation hat mich ihren Beifall als Blücher zugerufen. Wenn ich das hungrige Heer deutscher Fürsten vermehre, werde ich dadurch bei meinen Zeitgenossen gewinnen? Nein, gewiß nicht, aber was soll ich machen?“ Darüber nachzudenken, bot sich zwischen Whist, Quinze und Piquet Gelegenheit. Momentaufnahme beim Spiel mit seinem Leibhusaren Schwenke und seinem Adjutanten Nostitz: „Schockschwerenot Mistvieh! Schwenke, Geld! Nostitz, nicht so zaghaft. Immer drauflosgaloppiert!“ Ein Gutes zeitigte der Fürstenstand immerhin, zumal Blücher wohl vermögend, hochbezahlt und Besitzer vieler Güter, dennoch durch Glücksspielerei alle Minuten „arm wie Hiob“ war. So spuckte er sich, seiner Frau in einem Schreibbrief zu melden: „Liebes Malchen! Nach meinem Tod erhältst Du auf Lebenszeit eine Pension, daß Du als Fürstin leben kannst.“

So muß ich enden mit der Schilderung eines Stuhls, auf dem Blücher einmal gesessen haben mag. Aber ende ich hier? Gehupft wie gesprungen: noch nicht. Irgendwelche Erben meldeten sich aus Westdeutschland, als nach 1945 die alte Frau von Blücher das Zeitliche segnete. Es dauerte verschiedene Jahre, bis ein 300 Jahre alter Schrank und manches andere, das inzwischen auf den Boden

geschoben wurde, an die Eigentümer gelangte. Auf die Stühle verzichteten die Erben, offenbar sahen sie keine Möglichkeit, sie wieder instand zu bringen. Inzwischen hatten neue Bewohner allerlei alte Möbel sinnvoll aufgefrischt, tüchtig mit weißer Lackfarbe die schadhafte Politur vergessen gemacht, zunutze des eigenen Gebrauchs wie zu dem der Feriengäste. Einiges wurde auf den Mist gekarrt, anderes an einen Dresdner Architekten verschenkt, der über Sommer manchmal in der Mühle in Vitte haust. Die Stühle wollte der Architekt auch nicht. Ich war 1963 Feriengast in dem Haus am Norderende, kam rechtzeitig, bevor die Stühle zerhackt wurden, und zahlte, damit das Ganze gleichsam einiges geschäftsmäßiges Ansehen bekäme: 10 Mark. Die Stühle, schwer und sperrig, wuchtete ich (mit einer eigens zu diesem Zweck angeschafften Wäscheleine verschnürt) zum Hafen Vitte und vom Hafen Stralsund zum Bahnhof Stralsund, eingedenk der Blücherschen Maxime: „Aber ich wußte auß erfahrung, daß man die Früchte eines Siges nur durch un auß gesetztes vervollgen recht benützen muß.“ Dort trennte ich mich schweren Herzens, versicherte sie als Frachtgut auf 3000 Mark, damit sie unversehrt Berlin erreichten, was ich Kleingläubiger vernehmlich sagte. Der Schalterbeamte lächelte — soll meine Überzeugung etwas gelten — mitleidig, ob er den Wert der 3000 Mark anzweifelte, ob er ein Mißtrauen, das die Seriosität seiner Institution in Frage stellte, belächelte? Die Stühle langten während meiner Abwesenheit zu Hause an. Die Transporteure, inspiriert durch die Versicherungssumme, harrten so lange bei der Wirtin Spillerchen aus, bis sie ein gehöriges Trinkgeld aufzählte. Natürlich war eine Lehne angebrochen, ein Stück von einem Fuß ab. Meine Wirtin vermutete noch sentimental, ich wollte heiraten, meinte, dies seien sichtlich Hochzeitsstühle, davon konnte nicht die Rede sein. Einen Tischler, der meinen verbliebenen Stuhl reparieren kann, habe ich bis jetzt nicht gefunden, ich zweifle, ob das je gelingt.

Aber unstreitig besitze ich das Fragment eines Stuhls, auf dem er gesessen haben könnte, wenn er nicht auf dem Pferd saß, der Staatsrat und mehrfache Ehren doktor Gebhard Leberecht von Blücher, Fürst und Feldmarschall und wirklicher Offizier der Armee, Träger des schwarzen Adlerordens, des Großkreuzes des eisernen Kreuzes mit einem besonderen Stern, des Bathordens 1. Klasse, des Elefantennordens, des Großkreuzes des Guelfennordens, des kurhessischen Löwenordens, des niederländischen Militär Wilhelm Ordens, des Maria Theresia Ordens, des russischen Andreas Ordens, des russischen Georgen Ordens 1. Klasse, des Besitzers zweier russischer und eines englischen juwelenen Ehrendegens für Tapferkeit, des Ritters des schwedischen Seraphinen Ordens, des spanischen St. Karls Ordens, des Großkreuzes des Hausordens zum weißen Falken, des Großkreuzes des württembergischen Militär Verdienst Ordens, des Großkreuzes des militärischen Karl Friedrich Verdienst Ordens ...

Und so weiter und so fort und ...

Und das kann nicht jeder behaupten, der einen Stuhl besitzt.

Mein Gott! — Sie fuhren uns kreuz und quer spazieren, als wären wir Sonntagsausflügler, als wären wir nur mal mitgekommen, gesunde Luft zu schnupern. Der Wind sauste uns um die Ohren, und einmal sahen wir die Gegend von oben und gleich darauf dieselbe von unten, und dann kam wieder eine neue Gegend, weil das alles dort so hügelig war. Und die Menschen, die keine Uniformen anhatten, winkten uns zu und taten so, als ob sie sich riesig freuten uns hier oben auf den Wägen zu sehen — mit einem Posten vorne drauf. Der neben mir sagte: „Feine Sache, das!“ Erst wußte ich gar nicht, was er damit sagen wollte. Später bekam ich dann spitz, daß er zuletzt beim Kompanietroß gewesen war. Au-a! Die Kerle hatten doch unseren ganzen Kram mit Pferden und Planwagen oder mit einem Packesel nach vorne gebracht, und da wußte ich denn auch, warum er ‚feine Sache‘ gesagt hatte, denn alle Kompanielänge brauste da ein Wagen oder donnerte ein riesenlanges, fahrbares Vehikel an uns vorbei, als könnten die einen Krieg mit Kraftfahrzeugen oder Motorenstärken gewinnen. Eigentlich war das mit uns allen sehr rasch gegangen. Am Morgen noch sprang der Hauptmann in den Graben und sagte so etwas, wie: „Aushalten Jungens, aushalten! Und gebt ihnen Zunder!“ Doch Valentin, unser Korporal, machte ein mieses Gesicht, so, als hätte er auf einen faulen Zahn gebissen, zog sein Maul schief und redete was, daß sie im nächsten Dorf ein halbes Dutzend ohne langes Federlesen aufgeknüpft hätten, wegen Fahnenflucht — oder so. „Gauner, Schreibstubenpatrioten, — den Hals sollte man ihnen umdrehen“, knurrte er und machte dabei eine Bewegung mit der Hand, wie mit dem Griff von einem Wasserhahn. Er meinte dabei aber nicht die, die an den Bäumen hingen.

Der Korporal riskierte viel mit seinem Gesicht, denn der Hauptmann hatte noch ein ziemlich bösesartiges Aussehen von wegen dem Malheur vom Vortag, — mit dem Matrosen. Hatten sie uns da einen Haufen Burschen von der Fliegerei und den Schiffen geschickt. Und wie sie da so standen, mit ihrem Schießseisen in der Hand, und mit zugezwinkten Augen in den entscherten Lauf schielten, und so taten, als ob sie mit den Dingen umzugehen verstünden, dabei aber jeder eine komplette Ausrüstung für drei Kriegshelden mit sich herumschleppte, gab das ein Geäffe bei uns, — zum Totlachen. Als dann die ganze Korvette vor der Front an einem Fließchen zum Baden ging und die nackten Seemänner einer nach dem andern abgeknipst wurden, und die wenigen, die Lunte rochen, wie blinde Mäuse im Gelände herumhoppsten, da hatte der Alte, der die Wassermänner mit dem

Fernglas beobachtete, den letzten Nerv verloren. Seitdem war ihm nichts recht zu machen. Ein Glück, daß er das, was der Korporal erzählte, nicht hören konnte. Das war gut so, — denn der mürrische Hauptmann hätte für ihn eine Menge Bäume gefunden.

Mittags dann hatte die Abteilung neben uns auf einen kleinen Hund geschossen, der im Vorfeld herumhüpfte. Nachher behaupteten sie, sie hätten nicht auf den Hund geschossen, sondern auf ein paar Soldaten, die dort gesehen worden waren. Unser Hauptmann glaubte ihnen aber nicht und brabbelte von Munitionsverschwendung. Das müssen aber doch Soldaten gewesen sein, denn ein wenig später schon hatten wir unseren Kram los und ein Posten trieb uns durch einen Wald und rannte uns ohne Unterlaß seinen Gewehrkolben ins Kreuz, weil wir ihm zu langsam gingen. Unser Hauptmann war aber nicht dabei.

Wie wir es nahmen, war das alles verflucht traurig. Sie pferchten uns auf ein offenes Fahrzeug und da saßen wir nun, einer neben dem anderen. Die, welche keinen Platz zum Sitzen bekamen, stützten ihre Hände auf unsere Schultern, und wir hatten gar keine Gedanken mehr, denn wir wußten wirklich nicht, was jetzt kommen sollte.

Mit einem höllischen Tempo schafften sie uns nach hinten. Gott, war uns seltsam zumute. Ein baumlanger Neger saß am Steuer und der fuhr so, daß wir dauernd einmal nach vorne und dann wieder an die Planken geworfen wurden, daß die Knochen nur so krachten.

Nach einer Weile luden sie uns vor einer Dorfschenke einen Major und einen Zivilisten mit einer Tasche auf. Wir konnten uns gar nicht denken, was sie mit dem Zivilisten wollten und fingen zu meckern an. Der Wachtposten hob sich von einem Bein auf das andere, grinste blöde und lutschte an seiner Zigarette. Bis dann einer rätselte: „Der mit dem Zivil ist vom Volkssturm“. Da kicherten wir denn alle und feixten uns was. Der mit dem Zivil schnitt ein paar Grimassen, stülpte seinen Mantelkragen hoch und wußte nicht, wo er seine Hände lassen sollte. Für einen Moment sah er hübsch schrullig aus. Der Major sah verdammt böse drein und sein Bärtchen unter der Nase wurde immer dünner, weil er die Oberlippe komisch langzog. Aber bald tat er so, als ob er uns zulächeln wollte. Das war wohl das erstemal, daß wir einen Major lächeln sahen, und das war verständlich, daß er das nicht auf Anhieb konnte.

Der Wagen, auf dem wir saßen, fuhr nun eine Straße lang, die einen Haufen Löcher hatte, und das nahm uns fast die ganze Luft weg und hatte nichts mehr mit Sonntagsausflug zu tun. Der mit dem Zivil schien ein ziemlich alter Knacker zu sein und als er seinen Hut wegen dem Wind abnahm, bemerkten wir eine feine, runde Glatze. Das Hoppsen vertrug er schon gar nicht, denn er wurde immer grüner im Gesicht. Aber auf seine Tasche paßte er auf, als wären Eier drin. Auf die Eier in der Tasche und die Glatze hatten wir es nun abgesehen, und wir rissen Witze, daß uns vor Lachen die Augen tropften.

Kurz vordem die Karre hielt und wir abgeladen wurden, wurde der Major

unangenehm und meinte, nachdem er mit dem Zivil getuschelt hatte: „Ob wir wohl mit dem dummen Scherzen aufhören wollten. — Habt ihr denn überhaupt keinen Respekt vor einem alten General, der eine Menge Schlachten geschlagen hatte, — Ritterkreuzträger, — Deutschkreuzträger, äh, äh.“ Das sagte er gerade da, als wir über einen großen Stein fuhren und das nahm uns nun vollends die Luft. „Ein General?“ fragten wir alle und sperren die Mäuler auf, als hätten sie uns den lieben Gott persönlich aufgeladen. „Ein General? Habt ihr gehört? Ein Ge-ne-ral? — Wo hat er denn das Gold, das Lametta, der General? An der Nase soll einer sehen, daß dies ein General ist. Vielleicht hat er das Ordenskissen in der Tasche? — Juppheidi, was für eine Ehre, Herr General.“

Wo die Karre hielt, hatten sie eine Reihe Posten aufgestellt. Wir sahen gerade noch, wie der Major dem General vom Wagen half und ihm die Tasche abnahm. Schon wurden wir eine brüchige Stiege hinaufgetrieben, zu einem verstaubten Getreidespeicher. Wir hockten uns an einem Berg Korn hin und siehe da, es stelte der Major mit dem General an, — purpurrot, mit einem nervösen Zucken um die Mundwinkel. Sie setzten sich über uns auf den Berg Korn hin und bald nestelte der General in seiner Tasche herum.

In der Tasche waren aber keine Orden, auch keine Uniformteile und auch keine Kriegsländkarten oder sonstiges Werkzeug für einen General, sondern schlicht und einfach was zum Futtern. Was uns am meisten aufbrachte, daß er nun mit einem schiefen Blick zu uns zu essen anging. Alle hatten wir einen großmächtigen Hunger und aßen von dem harten Korn, auf dem wir saßen, da wir nicht eine Krume Brot retten konnten und da hockte der General, nahm dauernd etwas aus der Tasche, schob es in den Mund und kaute, was nur das Zeug hielt. Sogar der Major bekam Hungeraugen. Und wir sahen nur so, ohne was anderes als das Kauwerkzeug unseres Generals zu sehen und wußten erst gar nichts zu sagen, bis dann einer zu singen anging: „Wer will unter die Soldaten, der muß haben ein Gewehr . . .“ Einige lachten dazu. Aber es wurde nichts richtiges mit dem Lachen, weil uns irgendwie zum Heulen zumute war. Ein paar fingen wieder zu feixen an und warfen mit Redensarten herum, aber bald guckten wir uns alle an und fielen mit einem Wortschwall über den General her. Es unkte uns gewaltig, daß der Mensch mit einer Serie Schlachten und den schönen Orden ein Schlachtfest und einem Berg von Korn feierte. „Gesundheit, Herr General, — wünschen wohl zu speisen, Herr General, — schmeckt es, Herr General!“ riefen wir im Kreise. „Ans Fressen hat er zuletzt gedacht, unser General, — unser General ist ein feiner General!“ Der General verzog sein Gesicht, stülpte sich den Hut tiefer in die Stirn und über seinen Rücken sagte der Major zu Valentin, dem Korporal: „Unteroffizier, sorgen Sie dafür, daß die Männer mehr Disziplin halten!“ Und Valentin sah sich zuerst in der Reihe um, so, als wolle er uns den Boden schrubben lassen, musterte uns mit seinen kleinen Mäusen, als würde er gleich links schwenkt, — marsch! kommandieren und zog seine Stirn in Falten. Aber als er in unseren Visagen gar nichts anderes mehr wahr-

nehmen konnte, als Augen, die nach der Tasche schielten und Nasen, die sich zu rümpfen begannen, wurde seine Stirn immer glatter und seine Lippen immer voller. Er nahm eine Handvoll Korn, bekam ein besoffenes Leuchten in die Augen und ehe er das Korn in den Mund schob, machte er: „Bäh, bäh . . .“, wie es kleine unartige Kinder plärren und sagte: „Nichts mehr mit Krieg, aus mit dem Scheißkrieg, Ende mit euch Antreibern“, und einer der Matrosen äffte: „Nichts mehr mit dir General, — anpissen tun wir dich, General!“

Da er mit dem Korn immer abrutschte, setzte sich der General obenauf auf den Berg und der Major saß da, wie eine Henne, die auf ihr Junges achtgab. Einige Brocken Brot und ein Stück Käse bekam er dafür aus der Tasche ab, und den beiden wurde das nicht angenehm, daß wir gar nichts anderes zu tun fanden, als mit wässerigen Augen auf den stinkenden Käse zu glotzen und immerfort von hinten und vorne den Kornberg zu belagern. Einer Herde Pavians gleich hockten wir nun um die beiden und kreischten wie die Möven um ein Schiff, das aus dem Hafen auslief. „Kannst uns auch was abgeben, Herr General“, sagte einer, und der General machte ein saures Gesicht und sah den Major an und der Major sah zum Wachtposten und der Wachtposten schien müde zu sein, da er die Augen geschlossen hatte. Der General hielt dem Bettler ein Stück von dem Käse hin und einen Brocken Brot und sagte: „Die ganze Meute kann ich natürlich nicht füttern, — versteht sich doch!“ Meute sagte der. Da packte uns die Wut und wir stampften durch das Korn nach oben, entrissen dem General die Tasche und einer von uns gab dem General einen Stoß, daß er rücklings vom Berge fiel und der Major sah ängstlich zu uns herüber, als wir uns um die Tasche balgten und ärgerlich nach der Seite wo sein General lag und polterte: „Schweineerei, verdammte Schweineerei, sowas!“

Wir leerten die Tasche aus und da fanden wir Käse und ein angebissenes Stück von einer Hartwurst, einen ganzen Schinken und einen angebrochenen Laib von einem frischen Bauernbrot. Unten in der Tasche lag ein Kistchen mit Zigarren und tatsächlich die Orden mit den Bändern dazu. Der, welcher vorher den General angebettelt hatte, ging zum Wachtposten und handelte das Geschmeide für ein Päckchen Zigaretten und eine Büchse mit gehacktem Fleisch ein, während der Major dem hingefallenen General die Getreidekörner aus den Schuhen und Wollsocken schüttelte.

Der General hatte sich barfuß aufgerichtet, krepelte seine Hosenbeine hoch und wollte eine Ansprache an uns halten. Wir ließen ihn quatschen, lachten dazu und fraßen uns die Wampen voll. Wie er nun so dastand, im Mantel, und dort, wo sonst die blankgewaschenen Stiefeletten zu sehen waren, nur ein Paar dünne, blauäderige Stachelbeerbeine hervorkamen und mit nassen Lauten auf seine freßlustige Soldateska zeterte, da sah er recht menschlich aus, doch, doch, er sah geradezu aus wie ein Mensch, so wie ein richtig zorniger alter Mann. Die selben langen, grauen Unterhosen hatte er an, so wie wir sie an hatten. Er mußte vergessen haben, daß er aus Zinn sein sollte und mit Blei und Dynamit zu

hantieren befahl, um Menschenkolonnen auszumanöverieren und abzuschlachten. Mit dieser Kunst, die er konnte, hatte selbst Gott keine Hände!

Unterdessen war der Major zum Wachtposten gerannt, wollte die Orden wieder haben und redete auf ihn ein. Aber der Wachtposten saß mit seinen langen Beinen ausgestreckt auf einem Schemel und wußte nicht recht, was er mit dem Major anfangen sollte. Schließlich ließ er den Major die Treppe herunterlaufen und der kam dann später mit einem Offizier mit braunen Lederhandschuhen zurück. Der Offizier sagte zum General: „Mitkommen Sie!“ Der General zog seine Socken und Schuhe wieder an, suchte die leere, ausgeplünderte Tasche und stieg mit dem Major und dem Offizier die Treppe hinunter. Dabei fuhr er sich mit der Hand am Gesicht vorbei, um den Qualm seiner Zigarren und der eingehandelten Zigaretten wegzuschlagen. — Und da saßen wir nun, mit runden, satten Bäuchen, einer neben dem anderen.

Wir wußten immer bald, wieso was so sein muß, weil wir die Augen aufrissen und die Ohren steif hielten, und wir hatten zusammen viele Augen und Ohren. Aber nun fanden wir keine Erklärung dafür was jetzt kommen sollte.

25 Jahre danach

General Schnez nennt es, „die Katastrophe von 1945“. Für uns ist es der Abschluß des katastrophalsten Abschnitts deutscher Geschichte, das Ende der faschistischen Diktatur und des Hitler-Krieges, zugleich die Chance des Neubeginns auf anti-imperialistischen, demokratischen Grundlagen.

Daß diese Chance hier nicht verwirklicht wurde, bestimmt die Wirklichkeit der Bundesrepublik von 1970. Damit bleibt noch und wieder der antiimperialistische Kampf, der Kampf um Frieden, mehr Demokratie, mehr Arbeiterrechte, mehr soziale Sicherheit auf der Tagesordnung. In diesem Sinn sind die folgenden Seiten Dokumenten der deutschen Arbeiterbewegung gewidmet, Stationen und Wegzeichen ihres antiimperialistischen Kampfes.

Am Anfang steht die Rede, die *Max Hölz* vor dem Sondergericht gehalten hat, nicht zu seiner Verteidigung, sondern als Ankläger gegen die Barbarei des Militarismus und der Monopolmacht. Es geht nicht darum, wer mit jedem Wort zu jeder Zeit recht gehabt hat. Historisch recht gehabt hat immer die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung. Ihre Entwicklung in Theorie und Praxis ist zugleich ein Lern- und Erfahrungsprozeß, er führt über Höhen und durch die Tiefe der Niederlage von 1933. Und wieder entstehen daraus neue Erkenntnisse, neue Kampfformen.

Wilhelm Pieck erklärte in seinem Schlußwort auf der Brüsseler Konferenz der KPD vom 15. Oktober 1935: „Wir haben einen gemeinsamen Feind, wir haben ein gemeinsames Ziel, wir müssen gemeinsam kämpfen — darin besteht die Grundlage unseres Verhältnisses zur Sozialdemokratie... Wir müssen jeden Versuch, die Einheitsfront als Werbeaktion für die KPD, als Gelegenheit zur Entlarvung sozialdemokratischer Führer zu betrachten, zurückweisen und jeder formellen Behandlung der Einheitsfrontangebote und jeder schematischen Gegenüberstellung der Einheitsfront von oben und von unten entgegentreten und jede Geringschätzung der sozialdemokratischen Arbeiter energisch bekämpfen. Nur wenn wir so in unseren eigenen Reihen eine völlige Umstellung in unserem Verhältnis zur Sozialdemokratie herbeiführen, werden wir auch Erfolg bei der Schaffung der Einheitsfront haben“. Im April 1936 schrieb der Sozialdemokrat *Rudolf Breitscheid*, der Linie des Prager Manifests der SPD folgend, in sei-

nem Artikel „Einheitsfront für Frieden“: „Ich stelle alle Schwierigkeiten, die sich im Laufe eines halben Menschenalters zwischen den beiden proletarischen Organisationen aufgerichtet haben, in Rechnung. Aber sollte es denn wirklich unmöglich sein, daß sich die Vertreter von hien und drüben ohne Voreingenommenheit zusammentun, um ein Einverständnis über die Behandlung des Problems herbeizuführen, das das ernsteste und furchtbarste der nächsten Zukunft ist? Die Zeit drängt. Jeder verlorene Tag ist ein Gewinn für die Kriegstreiber. Die Verantwortung derer, die nicht alles daran setzen, um einen starken Wall gegen den Krieg zu errichten, wird immer größer. Nennt es Volksfront, nennt es Einheitsfront, nennt es wie Ihr wollt! Name ist Schall und Rauch. Es kommt auf den Entschluß und die Tat an“.

Der Widerstand gegen Hitler wurde stärker, aber die Kraft reichte nicht aus, das ernsteste und furchtbarste Problem zu lösen, den Krieg zu verhindern. Die Eskalation der imperialistischen Eroberungspolitik, getarnt hinter den Phrasen vom Frieden, abgedeckt mit der Versicherung vom jeweils „letzten territorialen Anspruch in Europa“ und vom Westen her begünstigt durch die gemeinsame antisowjetische Frontstellung, führte über den „Anschluß“ Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei zum Überfall auf Polen, und dann immer weiter bis zum Raub- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Dort ging die Blitzkriegsstrategie des deutschen Generalstabes unter — in den Schlachten vor Moskau, bei Stalingrad, im Kursker Bogen. Es sollte das Ende Hitlers, des SS-Terrors, der Macht der Wehrwirtschaftsführer werden, aber nicht der Untergang des deutschen Volkes und Staates — dafür arbeitete in diesen Kriegsjahren das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ an den Fronten, in den besetzten Gebieten, in der Heimat, mit Lautsprechern zwischen den Schützenlinien, mit der Waffe in der Hand an der Seite sowjetischer Partisanen und französischer Kämpfer des Maquis, mit illegalen Flugblättern und Broschüren, wie dem Tarndruck „Bismarck: Im Kampf um das Reich“. Dafür riskierten deutsche Antifaschisten ihr Leben, um ihren von faschistischem Herrenmenschen-Wahn und panischer Angst vor dem Kommunismus verblendeten Landsleuten wenigstens jetzt noch, fünf Minuten vor zwölf, die Freiheit des Handelns zurückzugewinnen und den Blick nach vorn, auf ein Anderes Deutschland zu öffnen. Dafür sprach *Johannes R. Becher* im Sommer 1944 vor dem Zentralkomitee der KPD in Moskau.

Konnten solche Gedanken, konnte diese Politik nur dort verwirklicht werden, wo seit 1945 die Sowjetarmee als Besatzungsmacht stand? Gewiß war es dort leichter, aber die Vertreter der SPD und der KPD — als Beispiel steht hier München — zeichneten in den Monaten nach der Befreiung einen Weg vor, der auch im Westen und Süden gemeinsam gegangen werden konnte und der gemeinsam in eine Zukunft ohne Militarismus, ohne Monopolgewalt, ohne Wiederkehr des Nazismus zu führen versprach. Der Geist der Beratungen und der Inhalt der

Beschlüsse aus dieser Zeit bleiben eine gültige Antwort an jeden, der behauptet, Sozialdemokraten und Kommunisten hätten nichts Gemeinsames.

Sie haben es. *Fritz Selbmann* erinnert noch einmal daran, und er vergißt es auch dort und gerade dort nicht, wo er im Interesse der heutigen Sicherheit und des künftigen Friedens für die Deutschen in beiden Staaten die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als *conditio sine qua non* von Bundeskanzler Brandt fordert.

Es bleibt dabei: antiimperialistischer Kampf, ob unmittelbar bezogen auf die deutschen und europäischen Sicherheitsprobleme oder hergeleitet aus der Notwendigkeit einer weltweiten revolutionären Antwort auf die Globalstrategie der USA und ihrer Partner im Unterdrückungs- und Ausbeutungsgeschäft — antiimperialistischer Kampf geht hier zuerst um die Aktionsgemeinschaft der Arbeiter, ihrer sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen, ihrer Gewerkschaften, ihrer Jugendverbände. Dieses Bewußtsein zu stärken, den Zusammenschluß der Demokraten und Sozialisten gegen Neonazismus und Militarismus heute zu fördern, das ist unsere Absicht, 25 Jahre danach. — *Red.*

Max Hölz
Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft

Gehalten vor dem Moabiter Sondergericht am 22. Juni 1921 in Berlin

Hölz: Hochansehnlicher, hochehrwürdiger Ausnahmesondergerichtshof!

Vorsitzender (scharf unterbrechend): Hölz, wenn Sie uns hier beleidigen wollen, dann entziehe ich Ihnen sofort das Wort.

Hölz: Ich betonte es schon: Sie haben die Macht und damit das Recht. Ob Sie mir das Wort zu Anfang, in der Mitte oder am Ende der Verhandlung entziehen, das ist doch Jacke wie Hose. Ich werde reden, solange wie Sie mich reden lassen und was ich will und was ich empfinde. Wenn ich rede, dann rede ich. Ich rede nicht, um mich zu verteidigen. Wenn ich mich verteidigen würde, dann müßte ich mich schuldig fühlen. Ich aber fühle mich nicht schuldig, am allerwenigsten vor einem bürgerlichen Gericht, das ich nicht anerkenne.

Wenn ich in diesen Saal geführt wurde, dann drängte sich ein Bild vor meine Seele, aus meiner Kinderzeit. In einem Dorf, in dem ich zur Schule ging, bin ich ein einziges Mal in einem Puppentheater gewesen und habe den Dreyfuß-Prozeß gesehen. Und wenn ich Sie hier so sehe, dann muß ich immer an die Holzpuppen des Marionettentheaters denken. (Heiterkeit im Zuhörerraum, die der Vorsitzende rügt.)

Hölz: Ich will Sie nicht beleidigen, ich will nur ausdrücken alles das, was ich empfinde. Ich betrachte Sie eben als Holzpuppen ohne Gefühl. Sie haben kein Herz.

Zur Anklagerede des „Herrn“ Staatsanwaltes will ich mich gar nicht äußern. Die Anklagerede des Staatsanwalts ist eine Leichenrede für die bürgerliche Gesellschaft, von der er angestellt ist und von der er sich sein Honorar holen mag. Auch zu den Ausführungen meiner Verteidiger habe ich nichts hinzuzufügen. Meine Verteidiger sind mir geistig weit überlegen, in praktisch revolutionärer Hinsicht stecke ich alle drei in die Tasche.

Sie verhandeln hier gegen eine menschliche Bestie, so schreit die Bourgeoisie, so schreit die bürgerliche Pressemeute, so klingt es auch aus der Anklagerede des „Herrn“ Staatsanwalts. Nun gut, ich als sogenannter Angeklagter — der ich aber nicht bin — *denn ich bin der Kläger* — habe das Recht, hier einige Worte zu meiner Persönlichkeit zu sagen. Ich will Ihnen diese Bestie sezieren, ich will sie Ihnen so auseinanderlegen, daß Sie ein wirkliches Bild von dieser Bestie bekommen.

Ich bin als Sohn eines Schneidemühlenarbeiters geboren. Mein Vater hat sich viele

Max Hölz: Anklagerede gegen die bürgerliche Gesellschaft

Jahre als Tagelöhner durchgeschlagen. Wir waren sechs Geschwister, zwei sind in frühester Jugend gestorben. Mein Vater war ein arbeitsamer Mann, aber er hatte ein heißes Temperament. Er war kein Kriecher. Sobald er sah, daß er Speichel lecken sollte, ist er seiner Wege gegangen. So kam es, daß wir sechs oder sieben Dörfer durchwanderten. Ein häufiger Schulwechsel für mich war die Folge. Ich hatte aber nicht einmal Zeit, die häuslichen Aufgaben der Landschule zu erfüllen. Mit elf Jahren mußte ich bereits mitverdienen. Ich hütete zuerst die Gänse, später war ich im Sommer Kuh- und Pferdehirt, im Winter mußte ich die Pferde der Dreschmaschine antreiben.

Meine Eltern waren sehr religiös und sind es heute noch. Mein Vater ist katholisch, meine Mutter protestantisch. Sie haben uns in ihrem religiösen Sinne erzogen. Ich kann mich an keinen Sonntag erinnern, an dem wir nicht in die Kirche gingen, und zwar nicht aus äußerlichen Gründen, um etwa gesehen zu werden, sondern aus innerem Bedürfnis heraus. Wir setzten uns nicht ein einziges Mal zu Tisch, ohne zu beten, wir gingen ohne Gebet nicht schlafen. — Mein Vater verdiente wöchentlich 10 Mark. Wir waren sechs Kinder, später waren wir vier. Wir mußten alle mitarbeiten und haben es redlich getan. Meine Eltern haben für meine Großeltern mitgesorgt. Ich mußte stundenweit das Essen zu meinen Großeltern in ein entferntes Dorf bringen. Ich habe gedacht, wenn ich aus der Schule komme, dann müßte ich auch für meine Eltern sorgen. Ich habe eine so ungeheure Achtung vor meinem Vater und vor meiner Mutter. Mein Vater ist nicht ein einziges Mal ins Wirtshaus gegangen. Mein Vater hatte nur ein Vergnügen. Er hat des Sonntags auf dem Sofa gesessen und eine einzige Zigarrre geraucht. Dieser Mann, groß im Arbeiten und gering an Bedürfnissen ist der Typ des nichtklassenbewußten Proletariats. Er ist ein großer Tierfreund, der aus einer Gutsbesitzerfamilie hervorgegangen ist. Er hatte in Ulm eine bessere Schule besucht, aber die Liebe zu den Pferden hatte ihn in den einfachen ländlichen Beruf zurückgeführt. Dieser Mann hatte nicht meine Gesinnung und hat sie heute noch nicht. Er schämt sich meiner. Man kann es von einem solchen Menschen auch nicht verlangen, daß er sich meine Gesinnung aneignet. Er kann mein Tun nicht begreifen, aber vielleicht kommt er noch dazu, es zu verstehen.

Als ich die Schule verließ, wäre ich gern Schlosser geworden, aber meine Eltern waren blutarm und konnten kein Lehrgeld bezahlen. Ich wurde nach der Konfirmation als Tagelöhner zu einem Gutsbesitzer gegeben. Ich habe alle Arbeiten, die auf dem Lande vorkommen, gemacht. Die Arbeiten sind mir nie lästig geworden. Ich hatte immer das Bestreben, vorwärts zu kommen, nicht nur um zu leben, sondern um zu verdienen, um einmal meinen Eltern das zu vergelten, was sie an mir und meinen Geschwistern getan haben. Auf mich setzten meine Eltern ihre größten Hoffnungen, da ich als das begabteste von ihren Kindern galt. In den zwei Jahren, die ich auf dem Lande zubrachte, habe ich mich in den wenigen Mußestunden durch Bücher so weit gebracht, daß ich mit der weiteren Umwelt in Berührung kam, mit einer Welt, die nicht auf meinem Dorf bekannt war.

Am Ende dieser zwei Jahre kam der erste selbständige und entscheidende Schritt in meinem Leben. Ich ging ohne Einwilligung meiner Eltern in die Stadt. Nach zwei Monaten kam ein weiteres noch größeres Wagnis. Mit sechzehn Jahren wanderte ich nach England aus und habe dort versucht, mein Fortkommen zu finden. Meine Wünsche gingen soweit in Erfüllung, als es mir gelang, eine Stellung als Volontär in einem technischen Büro zu erhalten. Man ist in England großzügiger als in Deutschland. Man verlangt dort nicht für jeden Posten ein Staatszeugnis oder ein Examen. Man kann sich dort aus eigener Kraft emporarbeiten. In England fragt man nicht, wer ist dein Vater. In England gilt der Mann, was er tut, was er leistet. Ich weiß heute, daß in England infolge des kapitalistischen Systems die gleiche Ausbeutung der besitzlosen Klasse stattfindet, damals fühlte ich mich freier als in Deutschland. Am Tage besuchte ich die Technische Hochschule in einem Londoner Vororte, während der Nacht habe ich in einem Autodroschenbetrieb die Wagen gewaschen. Durch diese Nacharbeit verdiente ich mir den Unterhalt, das Schulgeld und das Geld für die Bücher. In England habe ich sehr gehungert und oft nicht das Nötigste gehabt, um mir das trockene Brot zu kaufen. Ich habe einmal drei Tage lang keinen Bissen Brot genossen, so daß ich auf der Straße umfiel.

Wegen Erfüllung meiner Militärdienstpflcht mußte ich nach Deutschland zurückkehren. Ich fand nicht gleich Stellung in meinem Beruf als Techniker. Ich wurde zunächst in Berlin Hausdiener im Architektenhaus in der Wilhelmstraße. Ich versuchte unterdessen, eine Stellung zu finden, die meinen Kenntnissen entsprach. Es war damals eine schwere Zeit. Hunderte von Stellungsuchenden standen an den Plätzen, an denen der „Arbeitsmarkt“ ausgegeben wurde. Ich bin dann zu Siemens und Halske gegangen und haben den Arbeitern das Essen in der Mittagspause heraufgetragen. Erst nach langem Warten gelang es mir, bei Arthur Koppel in meinem Beruf als Techniker Beschäftigung zu finden. Ich wurde der alliierten Firma Bachstein zugeteilt und von hier aus zu einem Bahnbau nach Bayern geschickt. Bei dieser Tätigkeit sagten zu mir die Ingenieure: Hölz, Sie sind ein tüchtiger Mensch. Versuchen Sie es, noch zwei oder vier Semester eine technische Schule zu besuchen. Ich habe versucht, mich auf die technische Hochschule vorzubereiten. Von meinen Eltern konnte ich keine Mittel dazu bekommen. Ich wollte zunächst das Einjährigenzeugnis erlangen.

Ich ging nach Dresden, um dort eine „Presse“ zu besuchen. In Dresden ist es mir schwer gefallen, durchzukommen. Eine Stellung als Techniker konnte ich nicht annehmen, weil ich dann tagsüber hätte arbeiten müssen und mir keine Zeit für meine Schularbeiten geblieben wäre. So mußte ich mich nach allen möglichen Arbeitsgelegenheiten umsehen. Ich hätte ja stehlen können, wenn ich dazu veranlagt wäre, an Hunger dazu hat es nicht gefehlt. Ich habe mich aber nicht gescheut, als zwanzigjähriger Mensch des Abends Kegel aufzusetzen zum Vergnügen vollgefressener, fetter Bourgeois. Ich erhielt 75 Pfennig pro Abend. Mit derartigen Beschäftigungen verdiente ich soviel, um mich notdürftig über Wasser

zu halten. Endlich fand ich Stellung in einem Kinotheater in der Wettinstraße als Vorführer. Ich erhielt 25 Mark wöchentlich. Damit hatte ich Geld, um mir ein richtiges Zimmer zu mieten, um die „Presse“ zu besuchen und um mir Bücher zu kaufen. Infolge meiner doppelten Beschäftigung, als Schüler und Erwerbstätiger, führte ich eine sehr anstrengende ungesunde Lebensweise. Von der „Presse“ mußte ich nachmittags zu den Vorführungen in das Kinotheater, das ich erst nach Schluß der letzten Abendvorstellung verlassen konnte. Dann begann ich mit meinen Schularbeiten. Ich habe oft, wenn der Morgen schon graute, noch in meinen Kleidern über den Büchern gesessen. Dann ging ich, ohne im Bette gewesen zu sein, des Morgens in die Schule. Dieses Leben führte ich ein Jahr lang. Dann kam ich zur Generalaushebung. Die ärztliche Untersuchung stellte eine furchtbare Veränderung meiner körperlichen Beschaffenheit fest. Während ich bei einer Musterung wenige Monate zuvor tauglich zur Kavallerie befunden worden war, war ich jetzt kränklich und für den Dienst in der Linie untauglich. Die Militärärzte konnten sich die Ursachen meines plötzlichen körperlichen Verfalls nicht erklären. Ich wurde Ersatzreserve. Da ich mich selbst unfähig fühlte, mein bisheriges Leben fortzuführen, insbesondere unter häufigen Kopfschmerzen litt, konsultierte ich verschiedene Ärzte. Sie hatten den Verdacht, daß ich schwindsüchtig sei. Die Ärzte rieten mir übereinstimmend von weiteren Versuchen, das Einjährigexamen zu machen, ab und empfahlen mir auch eine Berufsausübung in freier Luft. Diesem Rate folgend, ging ich in das Vogtland, wo ich entsprechende Beschäftigung fand. Hier lernte ich meine Frau kennen und heiratete. Auf diese Weise bin ich im Vogtland kleben geblieben.

Bei Ausbruch des Krieges meldete ich mich bei den sächsischen Königshusaren in Großenhain als Kriegsfreiwilliger. Ich bin voller Begeisterung, im Glauben, für eine gute und gerechte Sache zu kämpfen, ins Feld gezogen. Ich hätte mich geschämt, zu Hause zu bleiben, während andere hinausziehen. Ich wurde der Stabswache des Generalkommandos zugeteilt. Ich vergesse nicht den Tag vor dem Ausrücken des Generalkommandos. Draußen in Neustadt hielt General von Carlowitz eine kräftige Ansprache an seine Truppen. Er sagte: „Wenn wir in Feindesland sind, dann wollen wir nicht einziehen als Räuber, Plünderer und Raubbrenner, sondern als Männer, die ihr Vaterland verteidigen.“ Ich bin überzeugt, daß General von Carlowitz seine Worte ehrlich gemeint hat. Aber wenige Tage nach diesen Worten, beim Einmarsch in Belgien, mußte der General sehen, daß es die Praxis nicht zuließ, sich an die schönen Reden zu halten, die er zu Hause geführt hatte. In Ypern fand das erste Treffen mit den Engländern statt. Bei unserem Weitermarsch sahen wir auf der Straße zwölf erschossene Einwohner, darunter zwei Mädchen von zirka zehn und zwölf Jahren, liegen. Diese Leute waren nicht im Gefecht gefallen, sondern standrechtlich erschossen worden. Auf unsere Fragen, warum diese Leute erschossen worden waren, wurde uns von unseren Kameraden geantwortet, es seien Franktireurs gewesen. Ein deutscher Leutnant sollte von einem der erschossenen Mädchen gefragt worden sein, wieviel die Uhr ist.

Bei dieser Gelegenheit soll das Kind ihn mit einer Pistole niedergeschossen haben. Wir bezogen Quartier in diesem Orte und wurden mit den Einwohnern bekannt. Hier stellte es sich heraus, daß die Beschuldigungen gegen die Erschossenen heller Unsinn waren. Es waren keine Franktireurs, das Kind hatte keine Pistole, Tatsache war lediglich, daß sie unschuldig niedergeknallt worden waren, von Rechts wegen. In dem Ort befand sich auch ein Haus, an dessen Tor war mit Kreide geschrieben: „Hier sind die Kinder der Erschossenen.“ In einem Raum befanden sich fünfzehn bis zwanzig Kinder. Das war für mich ein erschütternder Anblick.

Es kam nunmehr der Stellungskrieg. Zunächst behielt das Kommando General von Carlowitz, ihm folgte General von Schubert. Ich betone, daß ich vor beiden als Männern eine hohe Achtung hatte. Beide waren der Typ des ehrlichen alten Militärs. Sie sind mitten durch das Granatfeuer geritten. Erst als andere an die Spitze des Generalkommandos traten, begannen die Saufgelage und jenes wüste Treiben der Offiziere, das den Haß des gemeinen Mannes herausgefordert hat. Leute, die nie den Feind gesehen hatten, brüsteten sich mit dem damals noch seltenen Eisernen Kreuz. Ein Feldgendarm, von dem wir sagten, daß drei Männer nicht seinen Bauch umspannen könnten, hatte das Eiserne Kreuz für seine Spitzeldienste bekommen, während er schwindelte, daß eine schwere Granate fünf Meter vor ihm eingeschlagen und krepirt sei, ohne ihn zu verletzen. Ich habe gesehen, daß Verwundete, die schmutzig, hungrig und durstig von der Front kamen, nicht gepflegt, sondern von den Offizieren beschimpft wurden, daß sie nicht tapfer genug gekämpft hätten.

Ich bin dann zur Kavallerieabteilung 53 gekommen, der ich als Meldereiter zugeteilt wurde. Ich habe den ganzen Feldzug teils an der Somme, teils in der Champagne, teils in Galizien mitgemacht. Ich habe gesehen, daß Hunderte, ja Tausende verbluten mußten. Ich war von dem Erlebten so erschüttert, daß ich nachzudenken begann, zu welchem Zweck dieses Gemetzel stattfinde. Unter den Eindrücken der Kämpfe an der Somme und vor Ypern ließ mich die Frage nach dem Warum nicht los. Ich fühlte, daß hier etwas nicht stimmt. Ich war in das Feld gezogen in der festen Überzeugung, für eine gerechte und gute Sache zu kämpfen, aber meine Erlebnisse ließen mich erkennen, daß der Kampf, den wir führten, kein Kampf für das Recht war. Ich sah, daß Leute, die sich niemals gekannt und vorher einander kein Leid zugefügt hatten, sich in einer so grausamen Weise abschlachteten. Es ist mir wie Schuppen von den Augen gefallen. Mit meinen Kameraden konnte ich darüber nicht sprechen. Die Kavalleristen waren roh und hatten für mein Empfinden kein Gefühl. Als ich beim Abtransport gefangene Engländer gegen Mißhandlungen durch meine Kameraden zu schützen versuchte und ihnen Vorstellungen machte, wurde ich für einen Spion gehalten, besonders, weil ich vor dem Kriege in England gewesen war, mit den Engländern in ihrer Sprache reden konnte und auch für ihre Gefühle Verständnis zeigte. Beim Anblick gefallener und gefangener Engländer mußte ich stets daran denken, daß mir in England

viele Menschen Gutes getan hatten. Ich war ein Mensch, der mit sich selbst zu recht kommen mußte. Ich habe versucht, mich aus dem Labyrinth von Gedanken herauszuarbeiten. Nachdem der Zweifel mir meinen Kinderglauben genommen hatte und meine religiösen Vorstellungen ins Schwanken geraten waren, mußte ich alle Fragen noch einmal durchdenken. Man hatte uns gelehrt, daß es Reiche und Arme geben müsse und daß den Armen für ihr Leben in dieser Welt das Himmelreich sicher sei. Ich aber sah im Felde, daß es nur Unterdrücker und Unterdrückte gibt.

Bevor ich auf die Kämpfe von 1918 zu sprechen komme, möchte ich vorher ein Erlebnis einflechten, das für meine Wandlung von entscheidender Bedeutung wurde. Als wir 1915 zur Offensive vorrückten, da stießen wir über die feindlichen Linien vor. Wir durchschritten ein Gebiet, das vorher Franzosen und Engländer gehalten hatten. Wir trafen auf ein Leichenfeld. Die Gefallenen waren Franzosen, Engländer, Zuaven und Deutsche. Die Toten hatten sechs Monate unbeerdigt gelegen. Die Leichen sahen schwarz aus, aus den Augenhöhlen quoll eine dicke, gelbe Materie. Der Leichengestank war furchtbar. Man konnte nicht einige Minuten dort weilen, ohne sich das Taschentuch vor Nase und Mund zu pressen. Ich habe aber stundenlang bei diesen Leichen gestanden und mir die Frage immer und immer wieder vorgelegt: was würden die Angehörigen, die ihre Lieben „fürs Vaterland“ hinausgesandt haben, tun, wenn sie ihre Männer, Väter, Brüder, Söhne in diesem Zustand sehen würden? Ich glaube, dann würden sie alle Hebel in Bewegung setzen, um diesem Morden ein Ende zu bereiten. Ich habe einen sehr schweren Kampf durchgekämpft. Meinen Kindheitsglauben hatte ich verloren, aber eine neue Weltanschauung noch nicht gefunden. Dieses Rätsel ist von mir selbst und von den anderen, die ich fragte, nicht gelöst worden.

Während der Offensive 1918 sind wir von Cambrai vorgestoßen. Es war eine Zeit, wo unsere Verpflegungsschwierigkeiten auf den Gipfel gestiegen waren. Wir bekamen pro Tag eine gestrichenen Eßlöffel Marmelade und ein derartig geringes Quantum Brot, daß wir uns kaum auf den Beinen halten konnten. Wir mußten Märsche von 40 bis 50 Kilometer pro Tag machen. Erst vor Amiens kam es zum Halten. Es hieß, daß die Franzosen Verstärkungen erhalten hätten. Wir bekamen die Wahrheit dieser Meldungen bald zu spüren. Wir hielten an einer Waldecke, 100 Meter von unserer eigenen Artillerie. Die Artillerie begann von unserer Seite ein Trommelfeuer, eine halbe Stunde später setzte von drüben ein noch heftigeres Trommelfeuer ein. In einer Entfernung von 20 Metern schlug eine Granate ein. Ich merkte, es war ein Volltreffer, sie kreperte. Ich hörte schreien, und in acht Meter Entfernung brach ein Telephonist zusammen, der die zerstörten Drähte nach dem Beobachtungsstand reparierte. Es war ein junger Mensch, der achtzehn Jahre zählen mochte, aber wie ein Sechzehnjähriger aussah. Er war schwer getroffen. Wir bemerkten, daß sein Unterschenkel nur noch an der Wickelgamasche hing. Der Verwundete schrie immerfort: „Mutter! Mutter!“ Dieser Vorgang hatte mich so erschüttert, daß ich nicht wußte, was ich denken und tun sollte. Mein

eigenes Pferd war durch die Granate erschlagen worden. Wir mußten aus der Waldecke heraus. In diesem Augenblick trifft meinen Kameraden, mit dem ich vier Jahre im Felde war, eine Granate und riß ihm das ganze Kreuz heraus. Er blieb noch fünfzehn Minuten am Leben. Seine Augen waren schon völlig verglast. Er schrie andauernd meinen Namen. Dieser Anblick und die völlige Ohnmacht, nicht helfen zu können, haben mich so erschüttert, daß mich die Leute, die mich später bei meiner Rückkehr zu unserem Standort sahen, für geisteskrank hielten. Vor dem Rückweg hatte ich aber noch selbst weitere schwere Erlebnisse. Ein Infanterist, der aus der Feuerlinie kam, gab mir irrtümlich einen falschen Weg an. Ich geriet nun selbst mit meinem neuen Pferd, es war das Pferd des erschossenen Kameraden, in den feindlichen Geschosshagel. Mein Pferd bäumt sich, überschlägt sich, ich gerate unter das Pferd und bleibe in dieser Stellung, vom Sturz betäubt, sechs Stunden lang liegen. Als deutsche Soldaten später diese Stellung einnahmen, fanden sie mich und zogen mich hervor. Wir rückten nun 200 bis 300 m vor, dann wurde das Feuer so intensiv, daß wir uns in Deckung bringen mußten. Es befanden sich dort kleine Infanterielöcher, die nur für einen Mann bestimmt waren. Wir suchten zu Zweien in einem Loch Unterschlupf und warteten durstig, hungrig und frierend auf ein Schwächerwerden des rasenden Feuers. Aber das Feuer schwoll noch an. Eine Granate schlug in unserer Nähe ein und die aufgeworfenen Erdmassen verschütteten uns. Erst nach geraumer Zeit gelang es anrückenden Verstärkungen, während einer Feuerpause, uns auszugraben. Wir mußten dann den Rückzug antreten. Unsere Truppen konnten sich nicht mehr halten. Wir kamen dann in Ruhe in die Nähe von Verdun.

Ich hätte mich, da ich infolge der Verschüttung eine Gehirnerschütterung erlitten und auch einen Kontusionsschuß erhalten hatte, krank melden und ins Lazarett stecken lassen können. Aber ich hatte zur Genüge gesehen, wie die Militärärzte mit den verwundeten Kameraden umgingen und wußte, was ich von ihrer Behandlung zu halten hatte. Ich meldete mich von neuem zur Front und wurde einer Maschinengewehrabteilung zugeteilt. Trotzdem geriet ich wider Willen in die Klauen der Militärärzte. Als ich zur Maschinengewehrabteilung abkommandiert wurde, eiterten meine Füße infolge eingewachsener Nägel. Ich mußte deswegen zur Revierstube. Hier sah mich ein Arzt, der meine zwangsweise Überführung in das Lazarett bei Verdun zwecks Operation anordnete. Im Lazarett fragte ich den mich behandelnden Arzt, ob mir die Nägel wieder herausgerissen werden sollten. Ich hatte im Frieden schon eine derartige Operation durchgemacht. Der Arzt sagte, das ginge mich nichts an, das machen wir, wie wir wollen. Es stellten sich sieben Mann um mich herum, hielten mich fest, und der Chirurg riß mir die Nägel heraus. Ich zitterte, bekam Angstzustände, wurde unruhig und fing an zu toben. Um mich zu beruhigen und zu zeigen, daß man fertig sei, zeigte man mir die zerschundenen Zehen. In meinem Erregungszustand erschien mir dies wie Hohn. Ich bekam nun regelmäßig Angstzustände und wehrte mich mit den Fäusten gegen jeden Verbandwechsel. Daraufhin wurde ich einem Lazarett für Nervenkranke in

Süddeutschland überwiesen. Hier fand ich vernünftige Ärzte, Leute, die vor allen Dingen auf die Psyche, auf die Seele des Kranken Wert legten, die genau wußten, daß sie mit roher Behandlung sich nicht die Zuneigung der Kranken erwerben könnten. Nach sieben Wochen war ich so weit geheilt, daß ich als garnisondienstfähig entlassen werden konnte. Ich kam nun in die Kaserne und sollte dort Dienst machen. Hier zeigte es sich aber, daß meine Nerven weit mehr gelitten hatten, als man bisher angenommen hatte. Ich war dienstunfähig, und man schickte mich auf Erholungsurlaub ins Vogtland zu meiner Frau. Meine Kopfschmerzen waren seit meiner Verschüttung so heftig gewesen, daß ich oft verzweifelte. Die Bahnfahrt hatte mich sehr angestrengt. Es stellten sich derartige Kopfschmerzen ein, daß ich glaubte, wahnsinnig zu werden. Unter dieser Vorstellung beging ich den Selbstmordversuch, von dem die medizinischen Sachverständigen berichtet haben. Ich wurde nunmehr als militärdienstuntauglich mit einer monatlichen Rente von 40 Mark entlassen.

Ich suchte nun die Rückkehr in meinen bürgerlichen Beruf. Aber überall, wo ich Anstellung suchte, nahm man Anstoß an meiner Entlassung wegen Nervenleidens. Immer wieder erhielt ich den gleichen Bescheid: Wir können Sie zu unserem Bedauern wegen Ihres Leidens nicht einstellen. Endlich, nach viermaliger Anfrage und persönlicher Vorstellung erhielt ich eine Anstellung als Techniker bei der Firma Glaser. Ich wurde zu einem Bahnbau nach Lothringen geschickt und hatte die Aufsicht über 150 Arbeiter zu führen. Hier zeigte es sich bald, daß ich nicht mehr fähig war, in meinem alten Beruf zu arbeiten. Es war mir unmöglich, im geschlossenen Raum zu sitzen, zu rechnen und Konstruktionszeichnungen auszuführen. Ich wurde entlassen und mußte mich von neuem nach Arbeit umsehen.

Im November 1918 kehrte ich stellungslos in das Vogtland zurück. Ich kam nach dem kleinen Industriestädtchen Falkenstein, wo trostlose wirtschaftliche Verhältnisse bestanden. Bei 15 000 Einwohnern gab es 5000 Erwerbslose. Ich selbst wurde zum Vorsitzenden des Arbeitslosenrats gewählt. Sehr bald gerieten wir in Konflikt mit den Behörden. Die Erbitterung der armen Bevölkerung gegen den Bürgermeister war ungeheuerlich. Soweit es sich um Arbeitslose oder arme Leute handelte, hielt sich dieser treffliche Beamte streng an den Buchstaben des Gesetzes. Soweit seine Interessen und die Interessen der besitzenden Klasse in Frage kamen, konnte er auch anders. Er behandelte die Kriegerfrauen in der größten Weise. Ihre berechtigten Wünsche beantwortete er mit der Drohung, sie die Treppe hinunter werfen zu lassen. Den Arbeitslosen, die Arbeit oder eine erhöhte Unterstützung verlangten, da sie mit der gewährten Unterstützung unmöglich auskommen konnten, drohte er mit Herbeiziehung von Militär. Es bestanden zu dieser Zeit auch Schwierigkeiten hinsichtlich der Kohlenversorgung. Die armen Leute hatten nichts zu feuern. Es gibt in der Nähe von Falkenstein ungeheure Wälder, aber sie waren nur da, um die Geldsäcke der schon schwerreichen Besitzer noch mehr zu füllen. Der armen Bevölkerung war jedes Anrühren des Waldes bei schwerster Strafe verboten. Die Selbsthilfe der Arbeitslosen machte diesem wider-

sinnigen Zustand ein Ende. Auch der reiche Waldbesitzer, Kammerherr Baron von Trützschler-Falkenstein, mußte sich entschließen, in seinen Wäldern Holz schlagen zu lassen und zu billigem Preise der notleidenden Bevölkerung abzugeben. Auch setzte der Arbeitslosenrat durch, daß an die arme Bevölkerung Falkensteins Kartoffeln geliefert wurden, die früher nicht zu haben waren. Es stellte sich heraus, daß dem Bürgermeister in mehreren Fällen nicht nur Kartoffeln und Erbsen, sondern auch unrationierte Lebensmittel zum Kauf angeboten worden waren. Der Bürgermeister lehnte es im Gegensatz zu seinen Amtkollegen der Nachbarstädte ab, nur um den Geldsäckel der Stadt im Interesse der wenigen Begüterten zu schonen. Nachdem der Bürgermeister ein Plakat mit einem Aufruf des Arbeitslosenrates abgerissen hatte, wurde er bei der nächsten Demonstration gezwungen, an der Spitze des Zuges zu marschieren. Nach Beendigung des Demonstrationszuges alarmierte der Bürgermeister die höheren Amtsstellen in Dresden, mit dem Schreckgespenst eines roten Aufstandes in Falkenstein. Er erreichte es, daß auf Grund seiner Denunziation Militär nach Falkenstein geschickt wurde. Nachdem die Reichswehr in Falkenstein angekommen war, begannen die üblichen Verfolgungen. Die Mitglieder des Arbeitslosenrates, soweit sie nicht geflüchtet waren, wurden verhaftet und nach Plauen transportiert, nach den Versteckten wurde gefahndet. Auch bei mir wurde Haussuchung gehalten. Man durchwühlte alles und stöberte in jedem Schrank herum. Aber in dem Schrank, in dem ich steckte, suchten sie nicht. Am nächsten Tage zogen die Arbeitslosen in Scharen vor das Rathaus und forderten den Abzug der Truppen. Es kam zu Verhandlungen zwischen den Arbeitslosen und dem Militär. Die Soldaten erklärten, sie seien nur darum gegen Falkenstein marschiert, weil ihnen von ihren Führern gesagt worden war, es würde in Falkenstein geraubt und geplündert. Die Reichswehr zog dann ab. Wir nahmen den Bürgermeister und mehrere Stadträte als Geiseln fest und verlangten, daß die gefangenen Genossen freigegeben würden.

Auf Grund dieser Vorgänge begann die Zeit meiner Verfolgung. Ich wurde als Rädelsführer bei Landfriedensbruch gesucht; es wurde eine Belohnung von 3000 Mark auf meinen Kopf ausgesetzt. Ich mußte Falkenstein verlassen. Ich bin dann unter anderem Namen im Lande umhergereist und begann illegal für die revolutionäre Sache zu arbeiten. Nachdem ich mich gefühlsmäßig der Kommunistischen Partei angeschlossen hatte, lernte ich im Laufe meiner illegalen Agitation und auch durch das Lesen von kommunistischen Büchern sowie durch den Kursus, den ich mitgemacht hatte, die Aufgaben des revolutionären Kampfes kennen. Ich erkannte nunmehr, daß es nicht genügt, sich gefühlsmäßig auf die Seite der unterdrückten, besitzlosen Klasse zu stellen, sondern daß man für die soziale Revolution mit allen Mitteln kämpfen muß, die ich im Kriege so verabscheuen gelernt hatte. Ich war aus dem Kriege als Pazifist heimgekehrt. Aber aus den Vorgängen im Vogtlande und meiner anschließenden Beschäftigung mit der Theorie und Praxis des Klassenkampfes lernte ich, daß sich die Befreiung der Arbeiterschaft im wirtschaftlichen Kampfe durchzusetzen vermag, sondern daß ein Kampf

um die politische Macht notwendig ist, der mit allen Mitteln der Gewalt geführt werden muß, weil die Bourgeoisie die wirtschaftliche Knechtung der Arbeiterschaft mit allen Mitteln der Gewalt aufrecht zu erhalten sucht. Ich kam zu der Erkenntnis, daß die soziale Revolution kommt und kommen muß, weil sie in der gesamten Geschichte der Menschheit begründet liegt. Es besteht objektiv nicht der geringste Zweifel, daß der Druck auf die Massen immer stärker werden wird, bis die Massen erkennen, daß nur der schonungslose Kampf gegen ihre bisherigen Unterdrücker das Proletariat vor dem Untergang zu bewahren vermag. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben mich zum Todfeind der Bourgeoisie gemacht. Ich habe mich der proletarischen Sache zunächst aus wirtschaftlichen Ursachen angeschlossen. Nachdem ich einmal in die Bewegung eingetreten war, vertiefte ich mich in den Sinn der proletarischen Revolution. Ich habe mir nie eingeredet, daß man mit einem bewaffneten Putsch die soziale Revolution herbeiführen könne. Die soziale Revolution kommt als Ergebnis bestimmter wirtschaftlicher Bedingungen und sozialer Kräfte. Das schließt nicht aus, daß man die Revolution durch Aktionen zu fördern vermag, und das muß jeder echter Revolutionär in jedem Augenblick zu tun bereit sein, wenn er von den alten Gewalten zum Kampf gezwungen wird. Ich bin nur ein einfacher Soldat der Revolution. Zu meinem heißen Herzen ist nach und nach die wissenschaftliche Erkenntnis gekommen, daß die soziale Revolution eine eiserne Notwendigkeit ist. Wenn ich nicht die wissenschaftliche Überzeugung von dem Kommen der Revolution gewonnen hätte, so würden mich die vielen Enttäuschungen der letzten Jahre an dem Glauben, daß die soziale Revolution zum Siege kommen wird, irre gemacht haben. Die in der sozialdemokratischen und in der unabhängig-sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter werden der gewaltsamen Austragung des Klassenkampfes nicht aus dem Wege gehen können, auch dann nicht, wenn sie unter dem Einfluß ihrer sozialdemokratischen Führer sich nicht für, sondern gegen die Revolution erklären.

Bei meinen illegalen Wanderungen in Sachsen kam ich an einen kleinen Ort, wo Genossen mir mitteilten, daß man auf meine Spur gekommen sei. Die Genossen sagten: „Bringe dich in Sicherheit, lasse dir deine langen Haare scheren und verschwinde!“ Ich befolgte den Rat, ließ mir die Haare scheren, steckte sie in ein Kuvert und schickte sie dem Reichswehroberst von Berger, der die militärischen Verfolgungsmaßnahmen gegen mich leitete. Ich schrieb ihm dazu: „Hier sind die langen Haare des Hölz, die ihn verraten sollen, suchen Sie sich den Kerl dazu!“ Ich kehrte nach Falkenstein zurück und wurde bald nach meiner Rückkehr verhaftet, aber von den revolutionären Arbeitern ebenso schnell wieder befreit. Falkenstein ist ungefähr fünfmal hintereinander mit Reichswehrtruppen belegt worden. Jedesmal, nachdem die Truppen abgezogen waren, war die revolutionäre Bewegung in der Arbeiterschaft stärker geworden. Auf die Dauer konnte ich mich in Falkenstein nicht halten, zumal die Belohnungen auf meine Ergreifung dauernd erhöht wurden. Ich verließ Sachsen und begab mich nach Mittel- und Nord-

deutschland. Im Leunawerk bei Halle wurde ich verhaftet, aber von den revolutionären Arbeitern wieder befreit. Ich bin dann nach Hannover gegangen und habe dort einen Kursus mitgemacht. Ich agitierte nun eine Zeitlang in Mitteldeutschland, dann kehrte ich nach Falkenstein zurück. Ich sprach in öffentlichen Versammlungen und wurde verhaftet und von der revolutionären Arbeiterschaft abermals befreit. Ich wandte mich nach Weglau in Sachsen, wo ich agitierte und gefangene Genossen befreite. Während dieses unsteten illegalen Lebens habe ich in Hunderten, ja, Tausenden von Proletarierfamilien gelebt, bei denen ich Zuflucht fand. Ich selbst besaß keinen Pfennig. Die Arbeiter haben das Letzte, was sie hatten, mit mir geteilt. Die Leute hatten kein Fleisch, keine Butter, wenig Brot. Im Jahre 1919 habe ich schwer gehungert, und meine Genossen mit mir. Die Erkenntnis, daß Hunderttausende in Deutschland mit mir leben, die das gleiche Ziel der sozialen Revolution verfolgen, hat mich dazu gebracht, in dem Kampf auszuhalten und weiter zu kämpfen.

Kurz vor dem Kapp-Putsch landete ich in Begleitung mehrerer Genossen in Selten in Bayern. Wir wollten am nächsten Tage weiter fahren. Wir hatten schon die Fahrkarten nach Hof. Wir sahen verschiedene Zivilisten, die sich für uns auffällig interessierten. Wir bemerkten bald, hier ist dicke Luft, und beschlossen, nicht abzufahren, da wir annehmen mußten, auf dem Bahnhof verhaftet zu werden. Wir schlugen uns in den Wald, der tief verschneit war. Die Häsher blieben auf unserer Spur, unterstützt von bayerischen Gendarmen, und hetzten uns von 4 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Wir kamen abends 7 Uhr in Oberkottrau bei Hof an, um den Zug zu besteigen, da hörten wir, daß in Berlin die Regierung gestürzt sei. Diese Nachricht machte mich etwas dreist. Als ein Gendarm einen unserer Genossen anrempelte, gab ich ihm ein paar freche Antworten: „Sie kennen meinen Steckbrief. Wissen Sie denn überhaupt, wer Ihre Regierung ist? Vielleicht lassen wir Sie morgen zum Appell antreten, und dabei werde ich Sie mir aussuchen.“ Der Gendarm ging in das Bahnhofsgebäude zurück. Wir nahmen an, daß er nach Hof telephonierte, damit wir dort angehalten würden. Er kam aber mit vier anderen Kollegen wieder. Inzwischen hatten wir schon den Zug bestiegen. Die Gendarmen kamen in den Waggon und betraten unser Abteil, um mich zu verhaften. Sie forderten mich auf, auszusteigen. Ich sagte, ich gehe nicht heraus, ich bleibe hier. Die Beamten hielten mir ihre Revolver vor. Ich war mir immer darüber klar: wenn die mich fangen, dann ist es um meinen Kopf geschehen. Deswegen trug ich ständig eine Eierhandgranate bei mir, die ich vor dem Eintritt der Gendarmen bereit hielt und vor ihren Augen entsicherte. Ich rief den Gendarmen zu: „Wenn mich jemand anrührt, dann geht der ganze Wagen in die Luft!“ Die Gendarmen riefen den entsetzten Passagieren zu: „Drin bleiben! Sitzen bleiben!“, sie waren aber die ersten, die sich in Sicherheit brachten. Ich blieb als einziger im Waggon zurück und benutzte die Gelegenheit, um das Coupee auf der dem Stationsgebäude abgewendeten Seite zu verlassen. Ich stürmte über die Gleise hin-

weg, um mich meinen Verfolgern zu entziehen. Ich marschierte zu Fuß nach Hof und am anderen Tage nach Falkenstein zurück.

In Falkenstein bewaffnete sich die revolutionäre Arbeiterschaft. Sie hatte mehrere Gefechte mit der Reichswehr. Wir legten unser revolutionäres Hauptquartier nach Schloß Falkenstein. Die Bürgerwehren wurden entwaffnet. Dann zog ich mit einem bewaffneten Trupp nach Plauen. Dort wurden die politischen Gefangenen befreit. Es war der schönste Tag in meinem Leben, als ich den Genossen die Freiheit wiedergeben konnte. Wenn in der Verhandlung einige bürgerliche Zeugen behauptet haben, daß die Bourgeoisie sehr feige sei und auf diese Feigheit des Bürgertums die Erfolge der revolutionären Arbeiterschaft beruhen, so kann ich das nach meinen Erfahrungen bestätigen. Plauen ist eine Stadt von 150 000 Einwohnern. Es hatte eine Garnison und Schupo. Ich drang mit 50 Mann zum Gefängnis, ohne daß jemand wagte, mich daran zu hindern. Da ein Teil unserer Gefangenen von der Reichswehr weiter verschleppt war, so nahmen wir den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Dr. Huber als Geisel fest, mit der Erklärung, daß wir ihn nur freigegeben würden, wenn unsere gefangenen Genossen entlassen würden, und die Akten des Landgerichts, die man gleichfalls fortgeschafft hatte, uns übergeben würden. Dr. Huber, der uns als Reaktionär bekannt war, kann sich über schlechte Behandlung bei uns nicht beklagen. Wir haben ihn sofort nach dem Eintreffen der angeforderten Gefangenen und Akten unsererseits freigegeben. Wir bildeten eine reguläre Rote Armee. Wir hofften, daß die Weiterentwicklung der militärischen Aktion es ermöglichen würde, mit der Roten Armee des Ruhrgebiets in Fühlung zu treten. Wir hielten durch bis zuletzt. Erst als die Rote Armee des Ruhrgebiets aufgelöst war, wagte es die Regierung, gegen uns vorzugehen. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse hat mit einer Unverfrorenheit behauptet, es hätten niemals mehr als 150 Mann hinter Hölz gestanden. Wenn das der Wirklichkeit entsprach, und wenn die Aktion nicht von dem Willen des revolutionären Proletariats getragen gewesen wäre, warum hat die Regierung 40—50 000 Soldaten nach ihren eigenen Angaben gegen das Vogtland aufgeboden?

Bis zum Vormarsch der Reichswehr hatten im Vogtlande, auch in Falkenstein, Ruhe und Ordnung sogar im bürgerlichen Sinne geherrscht. Wir hatten die Fabrikanten aufgefordert, für die Rote Garde bestimmte Kontributionen aufzubringen. Die Fabrikanten stellten die Gegenforderung, daß wir den Schutz des Eigentums, der Häuser und der Menschenleben übernehmen. So bildete sich während der Kaptage zwischen der revolutionären Arbeiterschaft und der übrigen Bevölkerung, wenn auch kein friedliches, so doch ein erträgliches Verhältnis heraus. Das Bürgertum machte uns keine besonderen Schwierigkeiten. Das Bild änderte sich, als wir hörten, daß die Regierungen in Berlin und Dresden beschlossen hatten, Reichswehr in das Vogtland zu senden. Gegenüber der anrückenden bewaffneten Macht der Konterrevolution hatten wir keine Rücksicht zu nehmen. Wir droten der Bourgeoisie mit den schärfsten Repressalien. Wir erklärten, in dem Augenblick, wenn die Reichswehr kommt, werden wir die Häuser der Reichen in die

Luft sprengen und die Bourgeoisie abschlachten. Es wäre ein Wahnsinn gewesen, wenn der revolutionäre Vortrupp von einigen hundert bis tausend Mann sich von einer Truppenmacht von 40—50 000 Mann, die mit allen technischen Hilfsmitteln, vor allem mit Artillerie ausgerüstet war, hätte ruhig einkreisen lassen. Um unsere Drohungen nicht als bloße Worte erscheinen zu lassen, sondern um ihnen den Nachdruck der Tat zu geben, haben wir einige Villen der Bourgeoisie angezündet. Sonst ist der Bourgeoisie nichts geschehen. Es sind auch keine Mitglieder der Bourgeoisie geschlagen oder erschossen worden. Das vogtländische Proletariat zeigte sich trotz aller Entbehrungen weniger blutdürstig und grausam als die satte, aber psychisch blutgierige Bourgeoisie. Während der Kapptage ist kein einziger Bürger ums Leben gekommen. Nach einigen Tagen sahen wir, daß unsere Stellung unhaltbar wurde. Bei einem nächtlichen Appell erklärte ich der revolutionären Truppe, daß es nur zwei Möglichkeiten gäbe; einmal den Versuch zu machen, im geschlossenen Trupp sich zur tschecho-slowakischen Grenze durchzuschlagen und dann als geschlossener Verband auf fremdes Gebiet überzutreten, um interniert zu werden. Die zweite Möglichkeit bestand in der sofortigen Auflösung der Truppe, nach deren Vollzug jeder einzelne versuchen mußte, auf eigene Faust durch die Ketten der Reichswehr zu entkommen. Wir entschieden uns für die zweite Möglichkeit. Ich selbst begab mich mit meinen Begleitern abseits der Landstraße nach Wingall. Wir versteckten uns in einem Gehöft, wo uns ein Heuhaufen, der kaum vier bis fünf Menschen beherbergen konnte, als Zuflucht diente. Nach einigen Stunden wurde das Gehöft von der Reichswehr umstellt. Es war nachmittags und dämmerte bereits. Die Soldaten entdeckten unseren Heuhaufen und begannen mit den aufgepflanzten Seitengewehren in das Heu hineinzustechen. Wir hatten die Wahl zu rufen „Hier sind wir“, oder ganz ruhig zu sein. Wir blieben ruhig, obwohl wir den sicheren Tod vor Augen hatten. Wir waren darauf vorbereitet, jeden Augenblick den Stich eines Bajonetts in das Gesicht zu bekommen. Da ertönte das Signal zum Sammeln. Die Soldaten ließen von unserem Heuhaufen ab. Einige Kameraden wollten bleiben, ich aber sagte, das tun wir nicht, die kommen wieder. Wir entfernten uns schleunigst in der Richtung zur Grenze. Wir sind die ganze Nacht gewandert, naß, hungrig, frierend. Es regnete ständig. Am nächsten Morgen sind wir weitermarschiert, ohne zu wissen, wohin. Am Nachmittag gelangten wir wieder an das Gehöft mit dem Heuhaufen und erfuhren nun, daß die Reichswehr eine Stunde später nach unserer Flucht zurückgekehrt war und den Heuhaufen vollkommen durchstöbert und auseinandergeschüttelt hatte. Wir schlugen uns nunmehr über die Grenze. Wir gelangten nach Neudeck in Böhmen. Wir bestiegen den Zug in Eger. In Pilsen fielen wir als verdächtig auf. Die Gendarmen verfolgten uns. Auf dem Bahnhof wurden wir aus dem Zug herausgeholt. Wir waren naß und beschmutzt, man fand bei mir eine Eierhandgranate und verhaftete uns. Ich wurde zurück nach Eger transportiert. Die Tschecho-Slowakei erkannte mich als politischen Flüchtling an und lieferte mich nicht aus. Ich ging von der Tschecho-Slowakei in ein anderes Land, das ich nicht nennen

will. Ich kehrte später nach Deutschland zurück, nur zu dem Zweck, um den Genossen, die eingesperrt waren, zu helfen, um ihren Angehörigen Unterstützung zu verschaffen und zu versuchen, sie selber zu befreien. Ich bin während dieser Zeit weder agitatorisch für die Partei tätig gewesen, noch habe ich an Sitzungen teilgenommen. Ich richtete mein Augenmerk darauf, den Verurteilten und Inhaftierten zu helfen.

Was meine Mitwirkung in der Märzaktion 1921 betrifft, so bin ich erst nach Beginn des Aufstandes zu den Genossen geeilt und habe mich dem revolutionären Aktionsausschuß zur Verfügung gestellt. Ich übernahm die militärische Leitung eines Abwehrkampfes gegen eine Niederknüppelung der revolutionären Arbeiterschaft, immer bereit, aus dem Abwehrkampf in den Angriff überzugehen. Ich erkläre, daß ich aus bester Kenntnis weiß, daß weder die Vereinigte Kommunistische Partei, noch die Kommunistische Arbeiter-Partei, noch die Exekutive der Kommunistischen Internationale den bewaffneten Aufstand in Mitteldeutschland inszeniert haben. Gewiß haben alle drei Körperschaften ein Interesse daran, daß die Revolution vorwärts getrieben wird. Die Märzaktion entstand aus der Provokation Hörsings. Die revolutionäre Arbeiterschaft Mitteldeutschlands lehnte sich gefühlsmäßig dagegen auf, unter der Aufsicht bewaffneter Sklavenhalter zu arbeiten. Sie trat in den Streik, und an der Niederknüppelung dieses Streiks entzündete sich der Aufstand. Daß die Kommunistischen Parteien den einmal begonnenen Kampf nach Möglichkeit unterstützten, entsprach durchaus ihrer revolutionären Pflicht. Die Arbeiterschaft in Mitteldeutschland ist revolutionär bis auf die Knochen. Die mitteldeutsche Arbeiterschaft wartet jeden Tag und jede Stunde auf eine Aktion. Sie denkt, diese Aktion muß von einer Partei oder Gewerkschaft eingeleitet werden. Unzweifelhaft steht fest, daß die Regierung und vor allem Hörsing bemerkt hat, daß die revolutionäre Arbeiterschaft aus der Passivität zur Aktivität übergang. Und vielleicht hat Hörsing nicht ganz falsch spekuliert, daß früher oder später der Tag gekommen wäre, an dem die Parteileitungen die Massen zum bewaffneten Kampf aufgerufen hätten. Hörsing versuchte, den Kampf vorher in einem für sich günstigeren Moment zu entfachen. Deswegen schickte er seine grünen Jäger nach Mitteldeutschland. Bei meinem Eintreffen in Mitteldeutschland hatte noch kein Arbeiter eine Waffe. Ich befand mich in den Märztagen in Berlin. Ich hatte keine direkte Verbindung mit einer Partei. Ich wurde nicht geschickt, ich ging aus freiem Willen und eigenem Ermessen. Ich glaubte, es sei meine Pflicht als revolutionärer Kämpfer, hinzugehen und mich den Genossen zur Verfügung zu stellen. Als ich ankam, waren bereits Aktionsausschüsse gebildet. Nach den uns bekanntgewordenen Nachrichten mußte man glauben, daß das gesamte revolutionäre Proletariat geschlossen gegen die Provokation von Hörsing eintreten werde. Infolge der verräterischen Haltung der S.P.D. und insbesondere der U.S.P.D. kam eine einheitliche starke Aktion des Proletariats nicht zustande. Erst als in Eisleben und Hettstedt die Sipo nach dem Einrücken Verhaftungen vornahm und einzelne Genossen mißhandelt wurden, da griff die

Arbeiterschaft spontan zu den Waffen. Ich übernahm die mir zugeteilte militärische Aufgabe. Ich habe den Kampf geführt mit allen Mitteln, nicht weil ich die Gewalt über alles stelle, sondern weil ich erkannt habe, daß der Klassenkampf des Proletariats nur auf dem Wege der Gewalt zum siegreichen Ziele geführt werden kann. Vor zwei Jahren glaubte ich noch, daß die kommunistische Idee, daß der Gedanke der Befreiung des Proletariats ohne Anwendung von Gewalt als wirtschaftlicher Kampf durchgeführt werden könne. Ich hätte mich damals geschämt, einem Menschen, wie ich heute einer geworden bin, die Hand zu geben. Wenn die revolutionäre Arbeiterschaft Gewalt anwendet, so geschieht dies nur in Erwiderung der Gewalt, welche die herrschende Klasse dem proletarischen Existenzkampf und Aufwärtsstreben entgegensetzt. Die herrschende Klasse ist es, die zuerst Gewalt angewendet hat. Wenn heute in einer Versammlung ein kommunistischer Redner auftritt und seine Idee verkündet, so wird er verfolgt und Gewalt gegen ihn angewendet. Aber jede Anwendung der Gewalt durch die unterdrückte Klasse wird durch die öffentliche Meinung der Bourgeoisie als Unrecht, als Verbrechen gebrandmarkt. Die herrschende Klasse gewährt uns nur auf dem Papier Versammlungs- und Redefreiheit. In der Praxis werden kommunistische Zeitungen verboten und kommunistische Versammlungen verhindert; alles mit den Mitteln der Gewalt.

Die weißen Mörder stehen unter dem Schutze Ihrer korrupten Justiz. Tausende von Arbeitern hat man in den beiden letzten Jahren widerrechtlich getötet. Aber die bürgerlichen Gerichte versagen. Die bürgerliche Gesellschaft lechzt nach dem Blut der Arbeiterführer. Ich frage Sie nun, haben revolutionäre Arbeiter schon einmal einen einzigen Führer der bürgerlichen Gesellschaft getötet? Haben revolutionäre Arbeiter einen einzigen König, Minister oder Parteiführer getötet? Justizrat Broh: In Deutschland nicht.

Hölz (fortfahrend): Nicht einen einzigen Mord hat das revolutionäre Proletariat in Deutschland begangen. Wie viele politische Morde hat die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands auf dem Gewissen. Wie viele intellektuelle Führer sind durch die Hand der bürgerlichen Gesellschaft gemeuchelt worden. Ich erinnere nur an Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogisches, Landauer, Paasche, Eisner, Sült und an das letzte Opfer Gareis. Alle die Genannten sind nicht in offenem Kampfe gefallen, sondern hinterlistig ermordet worden. Sie legen mir einen Mord an dem Rittergutsbesitzer Heß zur Last. Rein menschlich bedauere ich die Tötung des Heß, aber Heß ist nicht gemeuchelt worden, sondern ist in Verbindung mit der revolutionären Aktion, wahrscheinlich im Kampfe gefallen. Ich nehme an, daß er eine Waffe gehabt und in seiner Angst zu der Waffe gegriffen hat. Wir hatten im Vogtlande die Macht, aber nicht ein einziger Richter oder Staatsanwalt ist mißhandelt worden. Aber wo Sie die Macht hatten, wurden aus dem Hinterhalt Hunderte von Proletariern gemordet. Überall kennzeichnen den Vormarsch der Reichswehr und Schupo ihre blutigen Spuren. Diese Verhandlung hat es bewiesen. In Schrapplau sind nicht drei, sondern sechs Arbeiter von der Schupo ermordet

worden. Die Leichen lagen ohne Waffen mit zerschossener Brust in den Kalköfen des Ortes. Aber kein Staatsanwalt, kein Richter, hat sich gefunden, um dieses Verbrechen zu sühnen. Im Leunawerk sind 46 Arbeiter von der Schupo ermordet worden!

Vorsitzender: Das sind einseitige Behauptungen von Ihnen, die nicht Gegenstand der Verhandlung waren. Ich verbiete Ihnen derartige Äußerungen.

Hölz: In Hettstedt sind zwei Arbeiter ermordet worden. Ein 58jähriger Arbeiter ist auf offener Straße um nichts erschossen worden. Ein 16jähriger Mensch, der sich auf der Straße nicht durchsuchen lassen wollte, wird an die Wand gestellt, erschossen, und als er dalag, da tritt ein Offizier heran und tritt ihm dreimal mit dem Stiefelabsatz ins Gesicht.

Vorsitzender: Wenn Sie so fortfahren, werden ich Ihnen das Wort entziehen.

Hölz: Das glaube ich, das wollen Sie nicht hören. Dieser Prozeß hat bewiesen, daß nicht ich der Angeklagte bin, sondern der bürgerliche Staatsanwalt. Alle Ihre Urteile sind Urteile gegen das revolutionäre Proletariat. Sie verurteilen mich nicht, sondern sich selbst. Ich bin überzeugt, daß Sie durch diesen Prozeß der Revolution mehr genützt haben, als ich während meiner ganzen revolutionären Tätigkeit.

Wenn ich nicht gesehen hätte, mit welcher Todesverachtung die revolutionäre Arbeiterschaft gekämpft hat, dann würde ich nicht die Kraft finden, um den Anstrengungen dieser Verhandlung körperlich gewachsen zu bleiben. Wenn ich in meiner Zelle die Zuversicht nicht verliere, so beruht dies auf dem Zusammengehörigkeitsgefühl mit allen proletarischen Kämpfern. Wenn ich Ihnen auf diese Weise entgegentreten konnte, Sie nennen es Frechheit, ich revolutionäres Klassenbewußtsein, dann ist es das Bewußtsein, daß ich nicht allein stehe in dem unermesslichen Kampfe. Es sind Millionen auf dieser Erde, die zu unserer Sache stehen, und es werden ihrer Hunderte Millionen werden. Diese Gewißheit gibt mir die Kraft und die Ausdauer, das auszuhalten, was mir jetzt auferlegt wird. Ich hoffe, daß das revolutionäre Proletariat Ihnen dereinst die Rechnung vorlegen wird für alles, was Sie der Arbeiterschaft angetan haben und was Sie auch mir antun werden. Ich hoffe, daß Sie Ihr Los so auf sich nehmen und es tragen, wie ich es getragen habe und tragen werde. Sie sagen, Sie fürchten sich nicht. Ich glaube es Ihnen, ich kenne Sie zu wenig, um Ihnen den persönlichen Mut abzusprechen. Aber ich behaupte, die bürgerliche Gesellschaft, deren Vertreter Sie sind, fürchtet sich heute vor dem revolutionären Proletariat. Darum verhandeln Sie gegen mich nur unter dem Schutze der bewaffneten Macht. Die Schupo ist dazu da, um das revolutionäre Proletariat zurückzuhalten.

Ich sagte schon, auf die Anklage will ich nichts erwidern. Ich erkenne die Ausführungen des Staatsanwalts, ich erkenne das Urteil des Gerichts nicht an. Für mich handelt es sich darum, vor der Arbeiterschaft klarzustellen, aus welchen Beweggründen ich gehandelt habe. Ich vertrete meine Handlungen mit dem Mute, den jeder revolutionäre Kämpfer haben muß. Und wenn ich einen Mann aus

revolutionärer Notwendigkeit erschossen oder den Befehl dazu gegeben hätte, so würde ich es sagen. Wenn Sie das Todesurteil gegen mich heute aussprechen, Sie töten nicht viel, Sie töten das Fleisch, aber den Geist können Sie nicht töten. Sie richten mich, wie Sie sagen, Sie schlagen ein Holz ab, und es stehen *tausend* andere Hölzer auf. Es werden unter diesen tausend Hölzern *eiserne* sein, die werden nicht mit Ohrfeigen Revolution machen. Es wird eine Zeit kommen, wo das Proletariat nicht mehr sagen wird, wir können nicht kämpfen, wir haben keine Waffen. Mit den Händen, mit den Fäusten wird es seine Gegner zerreißen! Solange die herrschende Klasse es fertig bringen kann, mit zwei bis drei Maschinengewehren 25 000 Demonstranten in die Flucht zu jagen, so lange wird Ihre Herrschaft dauern. Aber in dem Augenblick, wo sich das revolutionäre Proletariat auf die Gewehre stürzt und zertrümmert oder sie umdreht, dann kommt die wirkliche Revolution! Vor dieser Revolution mögen Sie und die herrschende Klasse zittern! Was 1918 in Deutschland vor sich ging, das war keine Revolution. Ich kenne nur zwei Revolutionen: die französische und die russische. Die deutsche Revolution wird alle Revolutionen an Grausamkeit übertreffen. Die Bourgeoisie zwingt das Proletariat zu Grausamkeiten. Die Bourgeoisie arbeitet mit kalter Berechnung. Das Gefühl ist auf seiten des Proletariats. Sie betrachten das Proletariat in der Politik als Stümper. Die Grausamkeiten, die Sie gegen das Proletariat anwenden, kann das Proletariat heute noch nicht erwidern, dazu hat es noch zu viel Gefühl, aber wie ich bereits sagte, es wird der Tag kommen, an dem das Proletariat zum Tier wird. Dann wird nur der kalte Verstand entscheiden. Das Proletariat wird sagen: es geht nicht mehr, daß wir das Herz sprechen lassen, die Faust muß den Ausschlag geben!

Wenn Sie heute über mich Ihr Urteil fällen, so betrachte ich es als ein Schulexamen. Wenn Sie mich freisprechen, was ich mir natürlich nicht einbilde und was Sie auch nicht können, dann würde es morgen in Berlin vier Tote geben: drei Richter und einen Angeklagten. Sie müßten sich aufhängen, weil Sie sich vor Ihren eigenen Klassengenossen nicht mehr sehen lassen dürften, und ich müßte mich hängen, weil ich mich vor dem revolutionären Proletariat schämen müßte. Ihr Urteil, wie es auch ausfallen wird, wird ein Klassenurteil sein. Sie können mich zu 10, 15 Jahren oder zu lebenslänglichem Zuchthaus, ja zum Tod verurteilen. Zehn Jahre Zuchthaus bedeuten für mich eine 4, mangelhaft, 15 Jahre Zuchthaus eine gute Note, lebenslänglich Zuchthaus, Zensur 1, wenn Sie mich aber zum Tode verurteilen, dann erhalte ich Zensur 1a, das ist das beste Zeugnis, das Sie mir ausstellen können. Dann beweisen Sie den revolutionären Klassen der Welt, daß ein wirklicher Revolutionär gelebt und sein Klassenbewußtsein mit dem Tode besiegelt hat. Ich bin ein Kämpfer, ich bin ein Mann der Tat:

„Das Wort kann uns nicht retten,
Das Wort bricht keine Ketten,
Die Tat allein macht frei.“

Meine Verteidiger legen Wert darauf, festzustellen, daß ich ein Idealist und ein

begeisterter Kämpfer bin. Wie Sie sich dazu stellen, ist mir gleich. Ich kann von Ihnen keine bürgerlichen Ehren verlangen. Sie können mir auch keine bürgerliche Ehre absprechen. Die bürgerliche Ehre, um die Sie sich streiten, habe ich nie besessen. Bürgerliche Ehre heißt für mich die Kunst, von der Arbeit anderer zu leben. Sie bedeutet Monokel im Auge, voller Bauch und hohler Kopf. Für mich gibt es nur eine proletarische Ehre, und die wollen Sie mir und können Sie mir nicht absprechen. Proletarische Ehre heißt Solidarität aller Ausgebeuteten, heißt Nächstenliebe, heißt, durch die Tat beweisen, daß man seinen Nächsten liebt wie seinen Bruder. Die Welt ist unser Vaterland und alle Menschen Brüder.

Ich habe Ihnen schwere Worte entgegengeschleudert. Ich rede im Prinzip nicht für Sie. Sie werden weiter das sein, was Sie sind: bürgerlicher Klassenrichter. Ich kann von Ihnen nicht verlangen, daß meine Worte irgendwelchen Eindruck auf Sie machen. Ich weiß, daß die bürgerliche Gesellschaft und Sie, als ihre Vertreter, nicht durch Worte, Propaganda, auch nicht durch Bücher zu uns kommen werden. Sie müssen vor eiserne Tatsachen gestellt werden, erst dann werden Sie sich beugen. Sie sagen, Sie fürchten sich nicht. Nun gut, beweisen Sie es doch, daß Sie sich nicht fürchten, beweisen Sie es dadurch, daß Sie den Mut haben, gegen Ihre eigenen Klassenbrüder und Genossen solche Urteile zu sprechen, wie Sie sie dauernd gegen revolutionäre Arbeiter verhängen. Sie aber sprechen nur harte Urteile gegen das revolutionäre Proletariat.

Der Staatsanwalt hat zu mir in der Voruntersuchung gesagt, wenn alle Arbeiter von Ihrer Idee durchdrungen sind, dann muß es doch ein Leichtes sein, daß Sie auf Grund des allgemeinen Wahlrechts die Macht bekommen. Ich habe ihm erwidert und sage auch zu Ihnen: Sie ziehen nicht die Konsequenz aus den tatsächlichen Machtverhältnissen. Wenn das deutsche Volk in seiner Ideologie, „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat“, durch Schule, Kirche, Staat und Presse erhalten wird, und gleichzeitig von demselben Faktor in dem Wahn bestärkt wird, es muß Reiche und Arme geben, der liebe Gott will das so, dafür kommen die Armen in den Himmel . . .

Vorsitzender: Das alles gehört nicht zur Sache. Sie müssen sich auf die Anklage verteidigen. Wir haben nicht die Pflicht, revolutionäre Reden mitanzuhören. Wenn Sie so fortfahren, werde ich Ihnen das Wort entziehen.

Hölz: Das deutsche Volk muß erst aufgerüttelt werden. Aber gerade Ihre Urteile werden bewirken, daß das Proletariat schneller herauskommt aus der Ideologie, die Sie ihm mit Hilfe von Schule, Kirche und Presse aufoktroziert haben. Das deutsche Proletariat muß aus diesem Schlafleben aufgerüttelt werden . . .

Vorsitzender: Ich entziehe Ihnen das Wort. (Der Vorsitzende steht auf und geht mit den Beisitzern in das Beratungszimmer.)

Hölz (durch die noch offene Tür in das Beratungszimmer den Richtern nachschreiend): Ihr könnt das Wort verbieten, Ihr tötet nicht den Geist.

Vorsitzender (noch einmal in den Saal zurückkommend): Der Angeklagte ist einstweilen abzuführen.

Hölz (laut rufend): Es lebe die Weltrevolution!

Hölz wird durch die Wache abgeführt. Seine Verteidiger eilen der Eskorte nach.

Anhang

Max Hölz im Licht der menschwissenschaftlichen Presse

Die vorstehend abgedruckte Rede, die Max Hölz vor den Richtern gehalten hat, ermöglicht es jedem, sich ein anschauliches Bild von der Persönlichkeit und den Beweggründen des Max Hölz zu machen.

Daß die bürgerliche Presse im Interesse des hinter ihr stehenden Großkapitals einen echten Revolutionär mit Haß verfolgt, ist selbstverständlich. Daß aber Blätter, die angeblich im Dienste des sozialen Klassenkampfes stehen und die aus Arbeitermitteln erhalten werden, ihren Lesern einen proletarischen Kämpfer als gemeinen Verbrecher oder als Geisteskranken schildern, ist so bezeichnend, daß es angebracht ist, diese Pressestimmen den eigenen Worten des Hölz gegenüberzustellen.

Das Berliner Organ der U.S.P.D., die „Freiheit“, schreibt in ihrer Abend-Ausgabe vom Donnerstag, 23. Juni 1921:

„Nach dem Krieg kam die Revolution. Leute wie Hölz, die ohne jede sozialistische Erziehung die militaristische Schule theoretisch und praktisch durchgemacht hatten, sahen in der Revolution auch nichts anderes als eine Reihe von Gewaltakten gegen Personen und Sachen. Schlugen im Kriege Soldaten Soldaten tot, so schlagen während der Revolution Arme Reiche tot. Es lebe die nackte Gewalt! In den Klassenkampf des Proletariats gegen den Kapitalismus griff Hölz auf eigene Faust nach militaristischen Gepflogenheiten und verbrecherischen Traditionen ein.

Wer den Prozeß gegen Hölz verfolgt hat, der kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, wenn er bisher noch daran gezweifelt haben sollte, daß Hölz mit allen seinen Handlungen nicht die Spur revolutionärer Taten vollbracht hat.

Hölz machte persönlich vor Gericht den Eindruck eines preußisch-deutschen Unteroffiziers mit beschränktem geistigen Horizont. Hinter seiner niedrigen fliehenden Stirn haben große Gedanken und hohe Ideen keinen Raum. Nichts von wahrhafter Kraft und heroischer Entschlossenheit war in seinem Auftreten zu entdecken. Gewiß, hin und her gebrauchte Hölz gegen die Richter und Zuhörer Schimpfwörter, wie sie jedem vertraut sind, der jemals das Unglück hatte, militaristische Kasernenhöfe zu bevölkern. — Wenn man absieht von den Sprengungen, Brandstiftungen und Plünderungen, dann bleibt übrig ein Prozeß, wie wir ihn vor dem Kriege oft genug erlebt haben. Ein Prozeß, in dem sich irgendein

Unteroffizier oder Offizier wegen Mißhandlungen gewöhnlicher Soldaten zu verantworten hatte. Alles zusammen gibt einen Prozeß gegen irgendeinen nicht politischen Schwerverbrecher.“

In dem Kieler unabhängig-sozialdemokratischen Organ, die „Republik“, schreibt Willi Meix am 25. Juni 1921:

„Max Hölz ist zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt worden. Der arme Teufel ist zu bedauern, erstens deshalb, weil er keine milden Richter gefunden hat und zum andern, weil er weder ein Revolutionär noch ein Bandit ist. Nach unserer Ansicht gehört der Mann ins Irrenhaus, weil er die fixe Idee hat, Revolution und Krieg zu führen mit Stangen und Zangen, mit Willkür und Menschlichkeit, mit Räuberromantik und Pathos — so erscheint er uns als ein an geistigen Störungen leidender Rebell. Ein interessanter Fall für Psychiater. Vielleicht meldet sich noch einer zum Wort. Nach siebenjährigem Beispiel des Hinmordens, ist es doch absolut kein Wunder, daß solche Einfaltspinsel wie Max Hölz in die Arena treten.“

Der „Vorwärts“, das Zentralblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, schrieb am 23. Juni 1921:

„Max Hölz, dessen Prozeß gestern zu Ende ging, ist kein Kommunist, sofern man unter einem Kommunisten überhaupt noch einen Politiker verstehen will. Max Hölz ist ein Husar, und seine Tragödie ist eine Soldatentragedie nach dem Weltkrieg.“ —

Der „Vorwärts“ streitet Hölz jedes militaristische Talent ab, obwohl die Aussagen der militärischen Sachverständigen als Zeugen, des Polizeimajors Folte und des Generaloberarzt Dr. Evers auf das deutlichste erkennen ließen, daß Hölz als militärischer Führer durchaus ernst genommen wurde. Wenn der „Vorwärts“ seinen Lesern erzählt, Hölz sei nicht von regulärem Militär, sondern von Polizeitruppen besiegt worden, so verschweigt er, daß im Vogtland gegen Hölz 40—50 000 Mann Reichswehr aufgebieten waren, und daß der zur Bekämpfung des mitteldeutschen Proletariats aufgegebenen Schupo von der Reichswehr leihweise ein Panzerzug und eine Batterie aus Düsseldorf überlassen worden waren, während die revolutionäre Truppe ohne jede Artillerie natürlich unterliegen mußte. Der „Vorwärts“ fährt dann fort:

„Weil diese strategisch dilettantische Feldwebelnatur sich mit einigen eilig zusammengelesenen Lappen des kommunistischen Phrasenschatzes schmückt, versuchen es die geistig und sittlich total zusammengebrochenen Kommunisten, ihn als einen ‚Helden des Proletariats‘ hinzustellen. Ein scheußlicheres, aber auch komischeres Mißverständnis ist wohl noch niemals vorgekommen. Hölz ist die Verkörperung des Militarismus, der Gewaltpolitik um ihrer selbst willen, eine durch und durch ungeistige Natur. Man beschmutzt Rosa Luxemburg und auch Karl Liebknecht,

wenn man seinen Namen mit dem ihren in einem Atem nennt. Diese Führer des Kommunismus hatten sich, das Beste wollend, in eine Sackgasse verrannt, sie hatten die Gefolgschaft des Proletariats gesucht und die des vom Kriege geschaffenen Lumpenproletariats gefunden; sie kamen, von den Gipfeln der Idee herabsteigend, blind bis in die Nähe des gemeinen Verbrechertums, das im spartakistischen Gewande ihren Willen schändete, im militärischen sie erschlug. Hölz aber hat keine Gemeinschaft mit der geistigen Welt der Arbeiterbewegung, er ist überhaupt keine geistige Potenz — ...

Kann es überhaupt noch tiefer gehen? Allenfalls noch bis zur Ära Kammerer-Stellmacher, jener Wiener Raubmörder, die in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sich gleichfalls als Apostel des proletarischen Befreiungskampfes ausgaben und von einigen stumpfen Gehirnen auch als solche anerkannt wurden. Die Hölz-Begeisterung des Kommunismus ist nur eine letzte Zuckung vor dem Verenden.“

Jetzt lese man die Rede von Hölz noch einmal!

„Bismarck: Im Kampf um das Reich“

Dieser Titel — Nr. 7211 aus Reclams Universal-Bibliothek — wurde 1944 als Tarndruck verbreitet. Die Bewegung „Freies Deutschland“ zeichnete für Herausgabe und Druck verantwortlich; wer damit zu tun hatte, ob als Verteiler oder Besitzer, wer nach diesen Gedanken handelte oder sie auch nur aussprach, riskierte den Kopf.

Die Männer und Frauen der Bewegung „Freies Deutschland“ wußten um die tödliche Gefahr, aber eben nicht nur für sich und ihre Familien, sondern für Deutschland:

Unter Hitlers Führung geht Deutschland den Weg der Selbstvernichtung, den Weg in die Katastrophe. Am deutschen Volk ist es, Schluß zu machen mit den Hitlers, den großen wie den kleinen, sie auszuschneiden aus sich, eine deutliche Trennungslinie zu ziehen und so den einzigen Weg zur Rettung unseres Vaterlandes zu beschreiten.

Wie sehr das deutsche Volk noch immer verkannt und nach gewissen Nazielementen beurteilt wird, beweist eine Äußerung des amerikanischen Schatzsekretärs Morgenthau in seiner Rede am 20. Nov. 1943 in New York:

„Die deutschen Gefangenen reden jetzt schon vom nächsten Kriege, den Deutschland unter einem ‚neuen‘ Führer gewinnen werde. Diejenigen, die auf einen baldigen Zusammenbruch Deutschlands hoffen und rechnen, haben nicht mit deutschen Kriegsgefangenen gesprochen. Diese Gefangenen sind noch recht arrogant! Sie glauben an Hitler und behaupten, der Verlauf des russischen Feldzuges sei der Fehler der deutschen Generäle. Sie stehen verständnislos da, wenn man mit ihnen über Demokratie reden will. Sie sagen: was ist eine Nation ohne Führer? Das bedeutet Chaos! Merken Sie sich, meine Herren, die deutschen Gefangenen erklären jetzt schon, ihr nächster Führer werde den nächsten großen Krieg gewinnen“.

Hat Morgenthau recht? Wir können dazu nur eines sagen: wenn diese Meinung über Deutschland und die Deutschen einmal allgemeine Überzeugung im alliierten Lager werden sollte, dann allerdings wäre es nur sinnvoll, wenn die Siegermächte die nationale Einheit Deutschlands zerstörten und es zu einer Reihe von staatlichen Zwerggebilden atomisierten.

Wir wissen, Morgenthau hat nicht recht. Jene Gefangenen, die ihm gegenüber so selbstbewußt vom nächsten Krieg sprachen, sind die gleichen, der NS-Ideologie hemmungslos verfallenen Elemente, wie sie anmaßend bis zum Kriege überall in der Welt als angebliche Wortführer des Deutschtums auftraten. Es darf einfach nicht länger vorkommen, daß in den anglo-amerikanischen Kriegsgefangenenlagern jene Soldaten den Ton angeben, von denen der Exchange-Berichterstatter zu melden weiß:

„Es sind meist junge Soldaten, die aus der Hitlerjugend kommen und Fanatiker der nationalsozialistischen Idee sind. Sie machen aus ihrer Gesinnung kein Hehl und sind schwierig zu behandeln.“

Eines allerdings wäre notwendig: daß aufrechte, deutsche Menschen endlich Gelegenheit bekämen, als Deutsche offen zu den Zehntausenden ihrer mißbrauchten und irregeleiteten Volksgenossen in diesen Lagern zu sprechen . . .

Ebenso ist es an der Zeit, endlich Schluß zu machen mit der Nazipropaganda, die mit Zeitungen, Zeitschriften, Büchern und Rundfunksendungen aus Hitlerdeutschland durch Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes unentwegt in diese Lager geleitet wird. Es ist Zeit, daß die Wahrheit über Deutschland und den Nationalsozialismus endlich auch hier frei und offen ausgesprochen wird. Es ist Zeit, daß das „Freie Deutschland“ endlich auch hier seine Stimme erheben kann . . .

Die Zeit drängt. Der militärische Zusammenbruch und damit die drohende Katastrophe rückt für Deutschland näher und näher. Noch liegt das Gesetz des Handelns bei uns. Handeln aber müssen wir, wenn wir Deutschland retten wollen. So möge ein jeder seine Verantwortung bedenken und sein Tun danach einrichten, ehe es — vielleicht schon morgen — zu spät ist!

Das Wunder von Stalingrad

Am Abend des 20. Juli 1943 erfährt die Welt durch den Rundfunk von der Gründung eines Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in Moskau. Am nächsten Tage bemächtigt sich die Presse aller Länder — der Achsenstaaten natürlich ausgenommen — dieses Ereignisses und beginnt es, je nach ihrer Einstellung mit Freude oder widerwillig, mit Haß oder Hoffnung, mit Anteilnahme oder Ablehnung in ihren Blättern zu besprechen. Was war geschehen? . . .

Die Überlebenden aus dem Kessel von Stalingrad wurden von Hitler totgesagt. Jene wenigen, die dem Tod oder der Gefangenschaft entgingen und zurück nach Deutschland kamen, werden in ihrem eigenen Vaterland wie Freiwild gehetzt, als angebliche Deserteure von einem Konzentrationslager ins andere geschleppt. *Doch die Armee der Totgesagten lebt und hat den Kampf aufgenommen.* Ihre Stimme wird gehört, überall an der Front und weit hinein nach Deutschland und ebenso bei den Deutschen der ganzen Welt.

Am 12./13. Juli 1943 versammelten sich in Moskau die Delegierten der deutschen Kriegsgefangenenlager in der Sowjetunion und wählten ein Nationalkomitee von 32 Mitgliedern. Präsident des Nationalkomitees wird der bekannte Schriftsteller *Erich Weinert*, zu Vizepräsidenten werden zwei Offiziere, der *Major Karl Hess* und der *Leutnant Graf Einsiedel* gewählt. In diesem Komitee haben die verschiedensten Stände und Berufe, politischen Überzeugungen und religiösen Meinungen sich zusammengefunden, einmütig beseelt von dem Gedanken, daß es vor allem gelte, Hitler zu stürzen, um Deutschland zu retten. Wie

Himmlers Terror in Deutschland der Opposition das einheitliche Ziel des Sturzes der Hitlerdiktatur stellte, so brachte Stalingrad diese deutschen Frontsoldaten zur Besinnung auf ihre wahren Pflichten . . .

Gab es eine solche Besinnung auch in der Heimat? Kapitel 6 der illegalen Kampfschrift berichtete damals vom „anderen Deutschland“. Ist es 1970 in der Bundesrepublik sehr viel besser bekannt als 1944?

Das andere Deutschland.

*Bald steigt der Morgen hell herauf . . .
„Arbeiter-Marseillaise.“*

Das eine Deutschland kennt jedermann. Es ist das Deutschland der Militärparaden, SA.-Aufmärsche, der Wochenschauen, der PK.-Berichte, kurz jenes Deutschland, von dem der „Völkische Beobachter“ schreiben konnte: „Deutschland und Hitler, Hitler und Deutschland sind eins!“ Doch daneben gibt es ein Deutschland, von dem fast nie die Rede ist: das andere Deutschland. Das Deutschland des Kampfes gegen Hitler und sein Regime.

Von diesem Kampf soll hier berichtet werden. Nicht ausführlich und grundlegend. Nur einige Streiflichter sollen für einen Augenblick das Dunkel erhellen, in dem seit Jahren Hunderttausende von Deutschen, Männer und Frauen, jenen schweren Kampf gegen Hitler durchstehen, von dem bisher die Welt kaum noch erfahren hat.

Und warum? So wenig es möglich ist, heute bereits über den Krieg hinter den Fronten, über die Kämpfe der Partisanen in den Widerstandsbewegungen der besetzten Länder ins Einzelne gehend zu berichten, so wenig ist es möglich, heute und an dieser Stelle vom Kampf des antifaschistischen Deutschland einen genauen Tatsachenbericht zu geben. Aber eines soll hier versucht werden: der Allgemeinheit einen ungefähren Begriff davon zu geben, wie dieses andere Deutschland aussieht, das gegen Hitler kämpft, wie es seit 1933 gekämpft hat und bis zu seinem Sturz weiterkämpfen wird.

Eine Zelle arbeitet.

Der unterirdische Kampf der Opposition in Deutschland stützt sich auf die Zellen und das Kadersystem. Was bedeutet dies? Was ist eine Zelle? Was ist ein Kadersystem? Beide Begriffe überschneiden einander. Die Zelle ist die unterste Einheit, sind drei bis höchstens fünf Menschen der Opposition, die miteinander Verbindung halten. Einer von ihnen hat eine weiterreichende Verbindung. Durch sie ist er dem Kadersystem angeschlossen, jener Vereinigung einer Reihe von Zellen, die unter dem Gesichtspunkt der konspirativen Arbeit zusammengefaßt sind. Wie arbeitet eine solche Zelle? Was kann sie tun? Betrachten wir einen konkreten Fall. Vorauszuschicken ist noch, daß natürlich alle Namen, Ortsangaben usw.

frei von uns erfunden sind. Nicht erfunden dagegen, und im strengsten Sinne der Wahrheit entsprechend, sind alle Angaben über die illegale Arbeit der Zelle, wobei wir aus verständlichen Gründen eher geneigt sein mußten, ein Wort zu wenig, als eines zu viel zu sagen.

Die Zelle arbeitet in Berlin-Pankow. Sie besteht aus: dem Elektromonteur K., 43 Jahre alt, bei der Firma Lignose A.G. in Berlin SW als Vorarbeiter beschäftigt. P., von Beruf Angestellter, 27 Jahre alt, Buchhalter im Neuen Deutschen Verlag in Berlin-Tempelhof. S., Kaufmann, 59 Jahre alt, betreibt mit seiner Frau gemeinsam ein kleines Schuhwarengeschäft in der V.str. in Pankow, alle drei wohnen ungefähr in der gleichen Gegend und kennen sich gut seit Jahren. Von ihnen war K. freigewerkschaftlich organisiert im deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV). S. hatte als Katholik in den letzten Jahren für die Deutsche Staatspartei seine Stimme abgegeben, da er mit der Brünningschen Notverordnungs politik nicht einig ging. P. war zu jung, um sich vor 1933 politisch zu betätigen. Und hier einige Mitteilungen aus ihrer Arbeit:

1940.

Unter dem Eindruck der allgemeinen Siegesfreude, infolge des raschen Sieges über Frankreich, beschließt die Zelle, das Gedicht von Schiller ‚Die unüberwindliche Flotte‘ als Kettenbrief zu versenden. (Auf Schreibmaschine geschrieben, schickt jeder je einen Durchschlag an sechs ihm bekannte Adressen, mit einem Begleitschreiben, das jeden Empfänger zur Abschrift und zum Weiterversand an wiederum je sechs Adressen verpflichtet.) Noch halb betäubt vom Fanfaren-geschmetter der sich jagenden Sondermeldungen aus dem Führer-Hauptquartier, lesen viele Menschen nachdenklich diese Verse, in denen England als das letzte Bollwerk der Freiheit Europas, als der Unterdrückung letzter Felsendamm ge- feiert wird.

Nach dem Scheitern der deutschen Landungsversuche an der englischen Südküste und der ersten großen deutschen Luft-Niederlage in der Schlacht um England macht sich allgemein der Wunsch nach verstärktem Empfang ausländischer Nach- richtensendungen bemerkbar. Die Zelle verschickt ein Zirkular, in dem die tech- nischen Mittel zum Umbau eines Volksempfängers auf Auslandsempfang genau angegeben sind.

1941.

Der Überfall Hitlers auf die Sowjetunion bringt der Zelle neue, große Auf- gaben. K. wird von der Gestapo vorgeladen und verhört, aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Zelle muß mit äußerster Vorsicht arbeiten, da die polizeilichen Überwachungsmaßnahmen erneut verschärft worden sind. Die wieder häufiger einsetzenden nächtlichen Fliegeralarme werden überall dazu benützt, um an den Hauswänden und -türen Klebezettel und Parolen gegen den Krieg anzubrin- gen. Die Nazis führen dagegen Streifendienste in den Straßen durch, solange der Alarm anhält.

P. erhält auf Umwegen durch einen Bekannten eine längere Abhandlung, in der

Hitlers Werdegang bis zum Rußlandfeldzug mit Napoleons Aufstieg und Fall in Parallele gesetzt wird. Dieser Aufsatz wird in Auszügen verbreitet und findet großen Anklang. Aus Rundfunknachrichten stellt die Zelle Berichte über Zer- störungen in deutschen Städten zusammen und schickt sie als Feldpostbriefe an Frontsoldaten im Osten.

1942.

S. erhält ein Schreiben, in dem ihm mitgeteilt wird, daß er zum Hausluftschutz- wart ernannt sei und einen Kursus mitzumachen habe. Am Ende seiner Aus- bildungszeit soll S. auf den Führer vereidigt werden. Er fragt K. um Rat, was er tun soll. K. bedeutet ihm, daß ein Eid, der unter Drohung erzwungen sei, keine Gültigkeit haben könne.

P. wird zur Wehrmacht einberufen. Bei K. findet im Februar eine Haussuchung statt. Er wird vorübergehend in Haft genommen, doch da sie nichts bei ihm fin- den, wieder freigelassen. Auch er erhält eine Aufforderung, sich bei der Wehr- macht zu stellen. Aber K.s Betriebsführer, der ihn als guten Arbeiter schätzt, reicht ein Gesuch für ihn bei der Wehrmacht ein. K. wird vorläufig für uk erklärt. Für P., der in Lansberg (Warthe) ausgebildet wird, beschließen S. und K., in Zukunft die Frau von K. zu den Arbeiten der Zelle hinzuzuziehen. Die Basis der Zellenarbeit verbreitert sich. Immer neue Ansatzpunkte zu oppositioneller Tä- tigkeit werden gefunden. Die Zelle fordert in ihren Kreisen auf, überall die Spartätigkeit zu sabotieren, jedem klarzumachen, er solle ja den letzten Pfennig in Warenwerten anlegen, das gesparte Geld sei ohnehin verloren.

Außerdem Aufforderung zur Verbrauchssteigerung bei Gas, elektrischem Licht u. Wasser. Es werden genaue Anweisungen durchgegeben, wie hierbei zu verfahren ist. Gleichzeitig Ratschläge für die Arbeit im Betriebe: Materialverschwendung, Papiervergeudung usw.

Hinweise darauf, wie man den Sammlungen für das Winterhilfswerk usw. aus- weichen kann. Nichtbeteiligung oder geringstmögliche Beteiligung an der Spende von Woll- und Wintersachen für die Front, ebenso an der Metallspende des deut- schen Volkes. Immer wieder erneute Hinweise darauf, daß durch jede Hilfe für Hitler nutzlos der bereits verlorene Krieg verlängert wird.

P. kommt im Mai auf Urlaub nach Berlin, bevor er an die Front muß. Er ist sehr zufrieden, da er in seiner Kompanie gleich Anschluß gefunden hat. Er ge- hört zur Nachrichtentruppe und ist so, da sie dort ständig den Londoner und Moskauer Rundfunk abhören, über alles auf dem laufenden. Er bringt der Zelle einen Buchstabenkasten, den ihm ein Kamerad geschenkt hat, mit dem sie jetzt selbständig Streuzettel herstellen können. Die Zelle stellt Zettel her mit Zah- lenangaben über die ungeheuerlichen deutschen Verluste an der Ostfront.

K. hat Verbindung mit oben und bekommt jetzt regelmäßig die Zeitschrift Die innere Front geliefert, für die sich die Zelle einen festen Abnehmerkreis geschaf- fen hat.

S. verschafft einem jüdischen Ehepaar, das sich an ihn um Hilfe gewandt hat, ein

Quartier bei Freunden, wo sie 14 Tage unbemerkt wohnen können. In der Zwischenzeit sammelt die Zelle für die beiden Flüchtlinge Reisemarken und Gelder. Auch eine Kennkarte kann glücklicherweise für sie beschafft werden. So ausgerüstet, wird das Ehepaar versuchen, nach Frankreich ins unbesetzte Gebiet zu entkommen.

1943.

K.s Frau, sie ist sechs Jahre jünger als ihr Mann, wird im Januar dienstverpflichtet. Sie wird eingestellt als ungelernte Arbeiterin in einer der neuerrichteten Fabriken für Flugzeugbestandteile in Berlin-Adlershof. In ihrer Abteilung werden Propeller montiert. Die Arbeitszeit beträgt täglich zehn Stunden, doch haben sie sehr häufig nur 6—7 Stunden am Tag Arbeit, da die notwendigen Bestandteile meist nicht rechtzeitig eintreffen. Ihr Wochenlohn beträgt nach Abzug der Steuern usw. ganze RM 27,—.

Die militärische Katastrophe von Stalingrad, zu der später die Niederlagen in Tunis kommen, schafft ganz neue Grundlagen für die Arbeit unter den Frauen. K.s Frau berichtet darüber in der Zelle und erreicht, daß ein besonderes Material für die Frauen abgefaßt wird. Sie weiß es geschickt einzurichten, daß diese Zettel in alle Kästen verteilt werden, in denen die Frauen während der Arbeit ihre Sachen aufbewahren. Als die Flugblätter entdeckt werden, großes Hallo im ganzen Betrieb. Der Werkschutz mischt sich ein und macht photographische Aufnahmen vom Tatort und beschlagnahmt alle erreichbaren Flugblätter. Noch tagelang danach wird von dieser Sache im Betrieb gesprochen. Die Arbeit hat dadurch einen neuen Auftrieb bekommen.

Im Mai muß auch K. zur Wehrmacht einrücken. Schon im Januar mußte er eine Ausbildung bei der Flak mitmachen, um dann bei der Betriebsflak Dienst tun zu können. Jetzt hat er endgültig dran glauben müssen. Im April kam ein Beauftragter des Generals von Unruh in den Betrieb und schrieb alle auf, die ihm irgendwie tauglich vorkamen. K. geht zur Ausbildung nach Prenzlau. Er wurde bei der Musterung der schweren Artillerie zugeteilt.

Im gleichen Monat muß auch S. seinen Laden schließen. Ware bekam er schon lange keine mehr. Der Staat zahlt ihm eine kleine monatliche Entschädigung, da er zu alt ist, um in der Fabrik zu arbeiten. Dafür haben seine Frau und er Heimarbeit bekommen und nähen Revoltertaschen zusammen. Jede Woche haben sie eine bestimmte Mindestzahl abzuliefern. Die Arbeit wird nach Stücklohn bezahlt. Außerdem ist S. weiter im Luftschutzdienst tätig. Er ist im Hause bei den Mietern sehr beliebt, da er keine Luftschutzappelle abhält und auch keine Versäumnismeldungen an die Polizei weitergibt.

Die Zelle hat so gut wie aufgehört zu bestehen, aber ihre Arbeitsintensität hat sich vervielfacht. K. und P. sind beim Militär und arbeiten dort. K.s Frau ist fast immer im Betrieb und dort sehr aktiv und S. ist hauptsächlich im Luftschutz tätig, wo er bereits einige neue Gruppen ins Leben gerufen hat.

So vollzieht sich ein ständiger Wechsel innerhalb der Gruppen. Der Krieg wir-

belt die Menschen durcheinander und läßt sie nicht zur Ruhe kommen. Wie diese Zelle, arbeiten zahlreiche Gruppen der Opposition nicht nur in Berlin, sondern überall verstreut im ganzen Reich. *Ein einziges Kadersystem*, von denen es eine ganze Reihe nebeneinander gibt, die unabhängig voneinander arbeiten, *kontrollierte zu Beginn des Jahres 1942 über hundert arbeitende Gruppen in Berliner Betrieben.*

Zahllose Menschen hören regelmäßig die ausländischen Nachrichtensendungen, zahllose Menschen besprechen das Gehörte im Kreise ihrer Familie oder mit Freunden. Überall im Reich bestehen ähnliche Gruppen als Ansatzpunkte der Opposition, auf den Dörfern wie in den kleinen oder den mittleren Städten, genau so wie in der Großstadt. Von verschiedenster Herkunft und Gesinnung, umschlingt sie alle ein einigendes Band: der Haß gegen das Hitlerregime.

Und nicht nur in der Freiheit, auch in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern geht die Arbeit der politischen Kämpfer gegen das Dritte Reich weiter. Unentwegt führen sie auch dort, entsprechend ihren Möglichkeiten, den Kampf, bereiten sie sich vor auf die nahende, endgültige Abrechnung mit den Nazi-Schuldigen in Deutschland.

Doch unser Bild bliebe unvollständig, wollten wir nicht auch der Kehrseite der Medaille gedenken: daß die meisten dieser Gruppen und Kader heute noch ohne organisatorische Verbindung untereinander sind, ja vielfach aus konspirativen Gründen ohne Verbindung, miteinander arbeiten zu müssen.

Johannes R. Becher
Zu unseren Kulturaufgaben (1944)

1. Der Friede ist, was unsere Aufgaben betrifft, die Fortsetzung des Krieges gegen den Faschismus mit anderen Mitteln, vor allem mit ideologischen Mitteln. Dieser ideologische Kampf wird sich sowohl was seine Tiefe und Breite auf inhaltlichem Gebiet anbelangt, steigern, als auch in bezug auf seinen Charakter, der zu einem Massen- bzw. Volkscharakter werden muß.

Die Totalniederlage erfordert eine Totalkritik auf allen Gebieten. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Kritik nur beschränkt bliebe auf die politische und militärische Führung. Es wäre ebenso verhängnisvoll, wenn die Naziclique als die Alleinschuldigen gebrandmarkt würden. Sie sind zwar die Hauptschuldigen, aber die Tatsache, daß und wie sie hauptschuldig werden konnten, bedeutet, daß unsere gesamte geschichtliche Entwicklung zur Kritik steht.

2. Der ideologische und moralische Zustand des deutschen Volkes nach dem Krieg. Einerseits eine tiefe Verwahrlosung aufgrund der nazistischen Einflüsse, besonders in der Jugend. Die Umerziehung der Hitlerjugend, eine der Hauptaufgaben. Besonders nach dem Krieg wird der Nazismus, was er ideologisch vorstellt, erst ganz aufzeigen: nämlich seinen *Nihilismus*. Andererseits kann es nicht ausbleiben, daß nach solch einer Katastrophe Abermillionen aufgeschlossen werden für neue Wege, und bereit sind, umzulernen und antiimperialistischen Kräften zu folgen.

3. Die Frage der „Umerziehung des deutschen Volkes“. Bei diesem Umerziehungsprozeß handelt es sich um einen Politisierungs- und Demokratisierungsprozeß — um ein *nationales Befreiungs- und Aufbauwerk größten Stils auf ideologisch-moralischem Gebiet*. Der Nazismus hat das deutsche Volk entdemokratisiert und entpolitisiert. „Erziehung zur Freiheit“ bedeutet: Demokratisierung und Politisierung des deutschen Menschen. Es handelt sich darum, das deutsche Volk zu befreien von all dem reaktionären Unrat seiner Geschichte, wie es sich in Hitler am krassesten offenbart hat, und dem deutschen Volk aus seiner Geschichte und aus der der anderen Völker alle die positiven Kräfte zuzuführen, die es als Nation lebensfähig erhalten und es davor bewahren, erneut imperialistischen Abenteurern anheimzufallen.

Diese Umerziehungsarbeit geht aus von folgenden Fragen:

a) Kriegsschuldfrage;

b) Geschichte der NSDAP; die NSDAP war von Anfang an eine antinationale, antisozialistische Partei, eine Revanche- und Kriegspartei, mit dem einzigen Auftrag, die Niederlage im ersten Weltkrieg umzuspielen in den Sieg in einem zweiten, im einzigen Interesse des Monopolkapitals und von ihm betraut mit der zusätzlichen Aufgabe, das Monopolkapital mit der für einen Krieg nötigen Masse zu versehen, da die alten Parteien, incl. der Sozialdemokratie, über keine geeignete Massenbasis mehr verfügten.

c) Die geschichtliche Bedeutung Hitlers: Hitler der schlimmste Feind Deutschlands, der Deutschlandfeind — kein polemisches Schlagwort, sondern eine geschichtliche Tatsache. Man muß unbedingt die Mehrheit des deutschen Volkes davon überzeugen, daß sie nicht gegen Hitler sind, weil er den Krieg verloren hat, sondern, daß sie gegen Hitler sind, weil er den Verkörperer einer reaktionären imperialistischen Lösung der deutschen Frage darstellt.

d) Kritik der Geschichte der letzten 30 Jahre.

e) Gesamte Kritik der deutschen Geschichte.

4. In diesem ideologischen Kampf tritt im Gegensatz zur Nazianarchie und ihrem Nihilismus die Partei auf als geistige Ordnungsmacht: mit ihrer Lehre von der objektiven Wahrheit. Mit festen Maßen und Wertungen gegenüber den nazistischen Zwecklehren und deren Begriffs-inflation stellt der Marxismus feste, saubere Größenverhältnisse wieder her im Reich des Begrifflichen. Marxismus: als die fortgeschrittenste und als die vollendete deutsche Denklehre. Marxismus: Krönung der deutschen klassischen Philosophie.

Die Partei als eine Partei neuen Typs, in welcher aufgehoben ist der Dualismus zwischen Erkenntnis und Handeln. Die Partei ist sowohl das Erkenntnisorgan objektiver Wahrheiten als auch das Vollzugsorgan dieser objektiven Wahrheiten, das heißt der geschichtlichen Notwendigkeiten. Damit hebt sich für den einzelnen in der Partei der Antagonismus auf zwischen Vorstellung und Sein, Wesen und Erscheinung.

Eine besondere Tragik in diesem Krieg, wie überhaupt in der deutschen Geschichte, ist es, daß beste Kräfte mit bestem Glauben einer schlechten Sache dienen, das heißt, daß die Vorstellung, die der einzelne von sich selbst hat, nicht identisch ist mit dem, was er ist bzw. was sein Kampf geschichtlich bedeutet. Die Partei als Verwirklicherin der Subjekt-Objekt-Identität.

5. Welches sind die Hauptkräfte in diesem Umerziehungsprozeß? Für diese Erziehung zur Freiheit müssen die breitesten Volksmassen, d. h. die Mehrheit

des deutschen Volkes gewonnen werden. Nur wenn es uns gelingt, eine Massenstimmung der Empörung gegen den Faschismus-Imperialismus zu erreichen, kann von einem Erfolg dieser Arbeit gesprochen werden. Jede Organisation hat auf ihrem Gebiet diesen ideologischen Kampf zu führen. Besondere Bedeutung werden dabei die Gewerkschaften haben. Abgesehen von Organisationen müssen besonders drei Gruppen für diesen Kampf gewonnen werden:

A) der Lehrer, vom Dorfschullehrer bis zum Hochschulprofessor. Kein Dorf, das geistig wieder aufleben kann ohne den Lehrer. Die besonders schwierige Situation unter der deutschen Jugend kann ohne die Gewinnung der Lehrer nicht gemeistert werden.

Folgende Wissensgebiete stehen im Vordergrund:

1. Pädagogik. Kritik des deutschen Erziehungswesens: auch der Erzieher muß erzogen werden.
2. Geschichtsunterricht. Wer die Schulbücher schreibt, schreibt Geschichte.
3. Philosophie. Herstellung fester Maße und Werte im Begrifflichen. Frage der Logik, der Abstraktion und des Denkens im Zusammenhang.
4. Gesellschaftswissenschaften. Die Vernachlässigung der Gesellschaftswissenschaften in Deutschland eines der ideologischen Hauptübel.

B) Alle Anstrengungen müssen gemacht werden, um für diesen ideologischen Kampf gegen den Faschismus und Imperialismus den Pfarrer und die Geistlichkeit zu gewinnen.

C) Die Literatur im weiteren Sinne (Film, Presse, Radio, Theater eingeschlossen) wird vor Aufgaben gestellt sein, wie sie noch niemals in der deutschen Geschichte zu lösen waren.

6. Die Literatur im engeren Sinne, die sogenannte schöngeistige Literatur.

a) Die Literatur wird ihrem Gehalt nach eine antifaschistische, antiimperialistische, eine wahrhaft nationale und demokratische Literatur sein.

b) Sie wird eine nationale und demokratische Literatur sein in dem Sinn, daß sie sich an die gesamte Nation wendet, daß sie zu einer allen Volksschichten zugänglichen Literatur wird. d. h. zu einer Volksliteratur im besten Sinne des Wortes.

c) Die antifaschistische Literatur wird eine demokratische Literatur sein, in dem Sinne, daß sie die Mehrheit der deutschen Schriftsteller und ihre besten Kräfte gewinnt. Die antifaschistische Literatur wird zur herrschenden deutschen Literatur, zu einer neuen Nationalliteratur werden. Der Faschismus wird besonders

versuchen, in der Kriegsliteratur sich wieder festzusetzen und zu propagieren. Entlarvung dieser Kriegsliteratur nicht als einer *Nachkriegsliteratur*, sondern als einer *Vorkriegsliteratur*: als den Versuch, durch „Heroisierung“ ein neues imperialistisches Kriegsabenteuer vorzubereiten.

7. Zunächst ist festzustellen, was die antifaschistische Literatur im Ausland betrifft:

a) Welche Werke von dem bereits Geschaffenen kommen für eine Verbreitung in Deutschland in Betracht.

b) Welche Werke sind zu diesem Zweck in Vorbereitung.

c) Frage der Übersetzungsliteratur, besonders der Sowjetliteratur.

d) Propagandaliteratur über die Sowjetunion.

8. Organisationsfragen.

a) Welches sind die Kulturorganisationen. Was setzen wir an deren Stelle?

b) Verlagswesen.

c) Frage der Presse und der Zeitschrift.

9. Besonders günstige Möglichkeiten bietet uns die Tatsache, daß in Deutschland von den Nazis die meisten Kulturinstitute geschlossen sind, Bücher und Zeitschriften nicht erscheinen. Demgemäß sind wir es, die diese Institute wieder eröffnen und breiten Schichten der deutschen Intelligenz die Möglichkeit geben, in ihren Beruf zurückzukehren und zu arbeiten.

10. Um alle diese Fragen gründlich zu untersuchen, ist es notwendig, einen Kreis von Genossen zu schaffen, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, Richtlinien ausarbeitet und zu erwägen, was von diesen Richtlinien heute schon zu verwirklichen ist.

Von der Erfüllung dieser Aufgaben hängt es weitgehend ab, ob die Partei ihren geschichtlichen Aufgaben gewachsen ist bzw. ob Deutschland als geschichtliche Kraft noch eine Rolle spielen wird oder nicht.

Moskau, 25. 9. 1944

Aktionsgemeinschaft SPD/KPD, München 1945

I.

In Fortsetzung der Beratungen über eine gemeinsame Plattform der antifaschistischen Parteien in München trafen am 8. August 1945 im Arbeitsministerium München Vertreter der SPD und KPD zusammen.

Anwesend waren:

für die KPD —

Ludwig Ficker

Josef Hirsch

Alois Pfaller

Bruno Goldhammer

für die SPD —

Albert Rosshaupter

Dr. W. Högner

Hans Schmidt

Karl Kröpelin

Christl Roith

Als demokratischer Gewerkschafter nahm Gustav Schiefer als Gast und zur Information für die Gewerkschaften teil.

Gen. Rosshaupter eröffnete die Sitzung mit der Feststellung, daß diesmal keiner von den ehemaligen Angehörigen der BVP anwesend sei, nachdem in der letzten Sitzung ausdrücklich festgestellt worden war, daß auf jeden Fall am 8. August das bisherige Resultat der Plattformverhandlungen festgelegt werden sollte.

Gen. Ficker (KPD) schildert die Ursache des Fehlens der an den Beratungen beteiligten BVP-Mitglieder. Stadtpfarrer Dr. Muhler habe ausdrücklich erklärt, daß er das größte Interesse an diesen Beratungen habe, daß er jedoch an diesem Tage verhindert sei. Anders verhalte es sich mit Dr. Bauer, der ein unbedingter Anhänger des Zusammengehens der antifaschistischen Parteien sei, jedoch offenbar mit Rücksicht auf das Zögern seiner Freunde es zunächst einmal den Arbeiterparteien überlasse, zu einem Resultat zu kommen. Das Fehlen der beiden ehemaligen Reichstagsabgeordneten Helmrich und Schwarzer ließe sich nicht nur durch die komplizierte Verständigung erklären, sondern auch durch politische Hemmungen. Er sei jedoch der Meinung, daß die Potsdamer Konferenz und die Proklamation General Eisenhowers es nötig machen, daß zunächst auch ohne die BVP die Arbeiterparteien ihrerseits zu einem Übereinkommen gelangen. Ein gemeinsamer Schritt der Arbeiterparteien wird auch die fortschrittlichen Kräfte im Bürgertum mobilisieren.

Hirsch (KPD) stellt fest, daß ein großer Umwandlungsprozeß in den Kreisen der ehemaligen BVP vor sich gehe. Die fortschrittlichen Kräfte suchen neue Wege, um gegenüber den reaktionären Kräften zur Geltung zu kommen.

Rosshaupter (SPD) erklärt sich mit den Ausführungen Fickers einverstanden und verlangt Fortführung der Verhandlungen zwischen den Arbeiterparteien.

Die heutige Sitzung müsse eine Entscheidung bringen. Die Äußerungen des Herrn Schwarzer in der ersten Zusammenkunft mit den Mitgliedern der BVP seien bereits bezeichnend gewesen. Herr Schwarzer habe damals ganz richtig gesagt, daß man heute noch nicht wisse, welches Gesicht die künftige BVP haben werde. Es sei ganz natürlich, daß nach den Erfahrungen der letzten 12 Jahre ein neuer Entwicklungsprozeß die untere Geistlichkeit und deren antifaschistische Anhänger zum Ringen mit den anderen Auffassungen in der BVP zwingen. Wir müssen diesen Prozeß vor sich gehen lassen. Aber für uns müssen wir jetzt selbst zu Beschlüssen kommen. Nach dem Wortlaut der Proklamation Eisenhowers ist die Bildung von Parteien und Gewerkschaften zunächst örtlich zugelassen.

Die Aufgabe der heutigen Beratung müßte es sein, Inhalt und Umfang der Verwirklichung der Beschlüsse von Potsdam für unseren Rahmen festzulegen.

Ficker (KPD) betont, daß wir gar nicht erwarten dürften, daß die Militärregierung zu uns komme. Die Initiative müsse bei uns liegen. Wir hätten einen Vorschlag für eine Aktionsgemeinschaftsplattform ausgearbeitet und schlagen bei deren Annahme eine gemeinsame Anmeldung beider Parteien durch eine Delegation bei der Militärregierung vor.

Dr. Högner (SPD) erklärt sich mit diesen Auffassungen einverstanden. Er schlägt vor, uns genau entsprechend dem Wortlaut der Proklamation örtlich als Parteien anzumelden.

Gen. Goldhammer (KPD) legt die ausgearbeitete Deklaration einer Aktionsgemeinschaft der SPD und KPD in München vor. Schon bei dem Verlesen der Deklaration zeigt es sich, daß ihrem Inhalt von allen Seiten zugestimmt wird.

Schmidt (SPD) ist der Meinung, daß, wenn dieser Deklaration zugestimmt würde, er nicht einsähe, weshalb überhaupt beide Parteien selbständig nebeneinander auftreten sollten. Er frage sich, ob nicht eine sofortige Verschmelzung angebracht wäre, denn es sei doch nicht denkbar, daß man einer solchen Deklaration zustimme, in einem eventuellen Wahlkampf aber gesondert gegeneinander operieren würde.

Über diesen Punkt entspinnt sich eine sehr lebhafte Debatte, die äußerst sachlich und kameradschaftlich durchgeführt wird. Gen. Ficker (KPD) findet die Worte des Gen. Schmidt äußerst begrüßenswert, da tatsächlich die Idee der Einheitspartei der Arbeiterklasse als ein Ziel der Aktionsgemeinschaft beider Parteien erstrebt werden müsse. Aber dazu sei ein Prozeß der Zusammenarbeit nötig, denn erst aus der Gemeinschaft in der Aktion erwachsen die Voraussetzungen für die Einheit. Das bedeutet durchaus nicht, daß es bei einem evtl. Wahlkampf zu störenden Auseinandersetzungen kommen müsse.

Gen. Rosshaupter (SPD) ist ebenfalls der Meinung, daß die Aktionsgemeinschaft erst die Voraussetzungen für eine evtl. Einheitspartei schafft. Er äußert dabei die Auffassung, daß die Genossen der KPD wahrscheinlich es etwas schwerer hätten, von ihrer früheren sich auf die heutige Haltung umzustellen. Gen. Gold-

hammer (KPD) widerspricht dem und sagt, daß es eben einige prinzipielle Fragen gebe, die erst in der Praxis und in der Theorie abgeklärt werden müssen, um zu der höheren Einheit einer einheitlichen Arbeiterpartei zu gelangen. Das aber könne sich erst entwickeln, wenn durch die Zusammenarbeit für die Aufgaben des Tages, in denen es heute keine Differenzen geben dürfe, ein wirkliches Sichkennenlernen entstünde. Wir seien uns doch wohl einig darin, daß die Aktionsgemeinschaft als grundlegender Schritt heute geschlossen werden müsse.

Gen. Högner (SPD) erklärt, daß er jedes Wort der vorgelegten Deklaration unterschreibe. Einige geringfügige redaktionelle Korrekturen würden wohl auf keinen Widerspruch stoßen.

Gen. Schiefer (Gewerkschaften) erklärt ebenfalls seine Zustimmung zur Deklaration und zur Abschließung der Aktionsgemeinschaft. Er schlägt eine ergänzende Korrektur vor, die neben den Parteien auch die Gewerkschaften einschließt. Gleichzeitig ersucht er darum, ihm zu gestatten, seine Kollegen von den ehemals christlichen Gewerkschaften darüber zu verständigen, daß die Gewerkschaften in einer selbständigen Erklärung diesen Schritt begrüßen sollten und daß mit der Delegation der Arbeiterparteien gleichzeitig zwei Vertreter der Gewerkschaften die Anmeldung bei der Militärregierung vollziehen sollten.

In der weiteren Debatte betont Gen. Kröpelin (SPD), er habe genügend positive Kommunisten kennengelernt, die absolut zu einer solchen Aktionsgemeinschaft stehen würden. Natürlich gebe es auch unheilbare bei beiden Parteien. Aber die übergroße Mehrheit sei durch die harte Schule der Vergangenheit belehrt worden. Er habe die größte Freude und Genugtuung über das, was die vorgelegte Deklaration zum Ausdruck bringe. Nachdem Gen. Roith, Gen. Schmidt und Gen. Hirsch ebenfalls ihre Zustimmung zum Ausdruck gebracht hatten, nimmt Gen. Rosshaupter die Abstimmung über die Deklaration vor. Die Deklaration wird einstimmig angenommen und vom Arbeitsminister Rosshaupter, Dr. W. Högner, Stadtrat Kröpelin, Schmidt und Roith für die SPD, Ludwig Ficker, Alois Pfaller, Stadtrat Hirsch und Bruno Goldhammer für die KPD unterzeichnet. Einmütig wird ebenfalls beschlossen, die nächsten organisatorischen Schritte gemeinsam zu unternehmen.

Gen. Pfaller (KPD) schlägt vor, daß Gen. Högner den Anmeldungsantrag sofort formulieren, die Delegierten der Parteien bestimmt und die Deklaration zur Veröffentlichung auf Plakaten und Flugblättern der Militärregierung vorgelegt werden sollen. Diese Vorschläge werden ebenfalls einstimmig angenommen. Die KPD bestimmt als Delegationsmitglieder die Gen. Ficker und Hirsch, während die SPD sich noch die Benennung vorbehält, ebenso Gen. Schiefer für die Gewerkschaften. Es wird beschlossen, daß die Delegation am Freitag, dem 10. 8. bei der Militärregierung vorsprechen wird.

Das Resultat der Besprechung der Delegation wird in der nächsten Sitzung am Montag, dem 13. August erörtert und die entsprechenden Schlußfolgerungen werden dann gezogen werden. Damit wird die Sitzung geschlossen.

II.

Aktionsgemeinschaft der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei in München.

Die Potsdamer Konferenz hat den Weg zur demokratischen Erneuerung unseres Volkes und unserer Heimat geöffnet. Die demokratischen politischen Parteien als Ausdruck der Volksmeinung und als Organe der politischen Willensbildung sind nach über einem Jahrzehnt nationalsozialistischer Unterdrückung wieder berechtigt, an die Öffentlichkeit zu treten. Die ungeheuerliche Schmach, mit der das Hitlerregime unsere Nation bedeckt, das namenlose Elend, das die Nazidiktatur über Deutschland gebracht hat, die schwere, aber verpflichtende Verantwortung für die Wiedergutmachung der Schäden, die das Naziregime den Völkern Europas zugefügt, die Pflicht zur Wiedergutmachung der Verbrechen, die Hitler an vielen unserer eigenen Landsleute begangen, die Notwendigkeit einer strengen und gerechten Sühne, die restlose Ausrottung des Nazismus und des Militarismus und der entschlossene Wille zur Wiederaufrichtung unseres Volkes und unserer Heimat auf einer neuen, wahrhaft demokratischen Grundlage —

das alles verlangt gebieterisch von den demokratischen Parteien eine neue Politik!
Es gilt aus der Vergangenheit zu lernen, um diesen neuen Weg gehen zu können, —

den Weg der radikalen demokratischen Erneuerung Deutschlands!

Die Arbeiterparteien, die Parteien des arbeitenden Volkes, sind entschlossen, diesen Weg zu gehen! Sie haben erkannt, daß dieser Weg die entscheidende Voraussetzung ist für die Errichtung ihres großen Zieles. Die Errichtung einer gerechten sozialen Ordnung ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Arbeitslosigkeit und Lohnsklaverei auf der einen — ohne egoistische Willkür und Bereicherung auf der anderen Seite. Dieses Endziel ist eine neue, brüderliche, wahrhaft sozialistische Gesellschaft!

Die Arbeiterparteien sind sich, unbeschadet noch vorhandener verschiedenartiger Auffassungen über die Möglichkeit der Erreichung dieses Zieles, *einig* in dem Willen, die *gegenwärtig* notwendigen Schritte *gemeinsam* zu gehen, die die große Aufgabe von *Heute* umfassen:

Die Demokratisierung des politischen, sozialen und kulturellen Lebens der Nation!

Die Arbeiterparteien fühlen ihre Verpflichtung gegenüber tausenden heroischer Anhänger der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei, gegenüber den Gewerkschaftlern und freien Kulturschaffenden, aber auch gegenüber den Antifaschisten anderer Parteien und den Parteilosen, die in unermüdlichem illegalen Kampfe gegen die Hitlerdiktatur ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Gesundheit eingesetzt und geopfert haben. Ihr Opfer hat uns das Gebot zum Zusammenstehen, zu einheitlichem Handeln auferlegt!

Deshalb fordern wir, die sozialdemokratische und die kommunistische Partei als ersten Ausdruck ihres öffentlichen Auftretens alle Männer, Frauen und Jugendlichen, die sich die Reinheit des Handelns als Menschen, als Deutsche und als Werktätige auch in dem Pfuhl von Blut, Trümmern und Schande bewahrt haben, in den Hitler unsere Heimat verwandelt hat, zu einheitlichem, brüderlichem Zusammenstehen, zu solidarischem antifaschistischem Zusammenwirken auf für die Verwirklichung folgender lebensnotwendiger *Sofortaufgaben*:

1. *Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Nazi-partei! Restlose Säuberung aller öffentlicher Ämter und wichtiger privaten Stellungen von aktiven Nazis.* Strengste Bestrafung aller jener Nazis durch deutsche Gerichte, die sich gemeiner Verbrechen durch aktive Teilnahme an Hitlers Blutregime schuldig gemacht haben, außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die sich vor den Gerichten der Vereinten Nationen zu verantworten haben. Schärfste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit fortzusetzen, Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung der noch versteckten Naziführer, Gestapo-Agenten und SS-Banditen.

2. *Enteignung des gesamten Vermögens der Nazi-Bonzen und Kriegsverbrecher.*

3. *Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit!*

4. *Demokratische Rechte und Freiheiten für das Volk!*

Organisationsfreiheit, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit für die antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften, für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Ausschluß der nationalsozialistischen Volksfeinde.

5. *Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit* für alle diejenigen, die Menschlichkeit und Fortschritt als Grundlagen ihres Handelns betrachten!

6. *Freiheit für Wissenschaft und Kunst*, für die demokratische Entfaltung der Kultur!

7. *Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung!* Demokratische Wahlen von Betriebsvertretungen der Lohn- und Gehaltsempfänger in allen Betrieben und Büros. Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und der gewählten Belegschaftsvertretungen in allen Fragen des Wiederaufbaues. Tarifliche Sicherung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors.

8. Übergabe aller Betriebe, die lebenswichtigen, öffentlichen Bedürfnissen dienen, und aller Betriebe, die sich bisher im Besitz von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis befanden, in die Hände demokratischer Organe der Gemeinde oder des Landes! Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der arbeitenden Bauern oder der Landarbeiter!

9. Ehrliche und aufrichtige, von echter Würde getragene Zusammenarbeit mit den Organen der Alliierten, die als Treuhänder der Beschlüsse von Potsdam fungieren.

10. Anerkennung und Erfüllung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch

Hitlers Raubkrieg und Unterdrückungspolitik anderen Völkern zugefügten Schäden.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben wollen wir im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zusammenstehen, in der Gemeinde wie im Betrieb und Büro, überall da, wo wir uns zusammenfinden zu den ersten Schritten des schaffenden Volkes aus der Entmündigung zur Freiheit!

Keine Wiederholung der Fehler von 1918:

Schluß mit der Spaltung des arbeitenden Volkes!

Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion!

Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die Ausrottung des Faschismus mit der Wurzel und zum Aufbau eines neuen, wahrhaft freien, demokratischen Deutschland!

München, den 8. August 1945

Für die sozialdemokratische Partei:

A. Rosshaupter, Arbeitsminister

Dr. W. Högner

Karl Kröpelin, Stadtrat

Hans Schmidt, Stadtrat

Christl Roith, Stadtrat

Für die kommunistische Partei:

L. Ficker, Straßenb.-Arb.

S. Hirsch, Stadtrat

Alois Pfaller, Dek.-Maler

B. Goldhammer, Bibliothekar

III.

Sitzung am 13. August 1945, München

Anwesend sind: Ficker, Pfaller, Hirsch, Goldhammer (KPD). — Rosshaupter, Schmidt, Roith, Kröpelin, später Falter, Berlin (SPD).

Nach Verlesung und Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 8. August erscheint Genosse Falter, Berlin (SPD) mit Material der SPD Berlin. Genosse Rosshaupter (SPD) stellt dazu informatorisch fest, daß im Norden die ganze antifaschistische Bewegung viel weiter fortgeschritten ist als wir hier im Süden, das sei allerdings verständlich durch die Einstellung der russischen Besatzungsmacht.

Gen. Schmidt (SPD) gibt Bericht über den Besuch der Delegation bei der Militärregierung, der allerdings bewußt unangemeldet vor sich ging. Der Verantwortliche wurde nicht angetroffen. Der Offizier, der mit Gen. Schiefer (Gewerkschaften) verhandelte, erklärte sich für nicht zuständig, er wisse nur etwas von der geplanten Zulassung von Gewerkschaften (am 10. August), von den Parteien wisse er nichts. Auf Dienstag, den 14. August, sei eine erneute Besprechung angesetzt, die in erster Linie den Gewerkschaften gelten soll. Gen. Hirsch (KPD) ergänzt den Bericht und stellt fest, daß der betreffende Offizier überhaupt nur für Gewerkschaftsfragen zuständig oder nicht einmal das gewesen sei.

Man habe, nachdem man sich nun angemeldet habe, vereinbart, daß nicht nur die Vertreter der Gewerkschaften, sondern auch die der Parteien am Dienstag vorsprechen sollen.

Gen. *Goldhammer* (KPD) besteht darauf, daß die Parteien unbedingt zu der Besprechung erscheinen müssen, denn jetzt sei man jedenfalls angekündigt und die Herren hätten Zeit gehabt, sich darüber mit ihren Vorgesetzten zu verständigen. Man könne sich eben nicht darauf verlassen, eingeladen zu werden oder auf Rundfunkbekanntmachungen zu warten. Die Dringlichkeit, die Potsdamer Beschlüsse auch anzuwenden, müsse deutlich vor Augen geführt werden.

Gen. *Rosshaupter* (SPD) schließt sich der Auffassung von Goldhammer völlig an. Er betont, daß seiner Meinung nach bestimmte deutsche Kreise ein Interesse daran hätten, nach wie vor ohne Volkskontrolle weiterzuarbeiten und daß ihnen deshalb jede Parteibildung ein Greuel sei. Außerdem hätten dieselben Kreise innerhalb ihrer eigenen Reihen große politische Auseinandersetzungen und fürchten, durch ein öffentliches gemeinsames Auftreten der Arbeiterparteien ins Hintertreffen zu geraten. Wir hätten in unserer Sitzung am 8. August ausdrücklich beschlossen, daß Parteien und Gewerkschaften ihre Anmeldung gleichzeitig auf den Tisch legen sollten. Dieser Beschluß sei richtig und man solle ihn auch deshalb durchführen.

In der weiteren Aussprache erklären auch die Gen. Roith, Kröpelin (SPD) und Pfaller, sowie Ficker (KPD) mit dieser Auffassung übereinzustimmen. Dementsprechend wird einmütig beschlossen, daß zu der Dienstag-Besprechung die Vertreter beider Parteien mit den Gewerkschaftsvertretern bei der Militärregierung erscheinen.

Nach einer kurzen Information des Gen. *Rosshaupter* (SPD) über die Reise des Gen. Dr. Högner (SPD) nach Frankfurt, aus der hervorgeht, daß die Frage des Justizministeriums in ganz zweifelhafter Weise und ungelöst behandelt worden ist, spricht Gen. *Goldhammer* (KPD) über die weiteren Aufgaben des jetzt bestehenden Koordinationsausschusses. Er hebt hervor, daß nach dem Abschluß der Aktionsgemeinschaft erst die richtige Zusammenarbeit beginne und daß deshalb die Besprechungen zu einer laufenden Arbeit werden müßten. Die Vielfalt der Aufgaben, politische und kommunalpolitische, soziale und organisatorische Zusammenarbeit zu sichern, müsse von dem gebildeten Ausschuß so gelöst werden, daß die sich nach der Legalisierung bildenden Organisationen dauernd Anregungen für die praktische Zusammenarbeit erhalten, vor allem schon im Hinblick auf Betriebs-, Gewerkschafts- und Kommunalfragen, aber auch im Hinblick auf die Sicherung der Organisationen vor dem Eindringen nazistischer und unlauterer Elemente.

Gen. *Ficker* (KPD) schlägt vor, gemeinsame Abwehrvorbereitungen gegen das Einschleichen von Nazis jetzt schon festzulegen.

Gen. *Falter* (SPD), Berlin, berichtete in diesem Zusammenhang von der Schaffung von Kontrollkommissionen in jedem Ortsverband. Die Neuaufnahme

jeder Partei wird dem gemeinsamen Aktionsausschuß beider Parteien vorgelegt, außerdem erfolgt eine laufende Information über diejenigen Ablehnungen, die die eine Partei bereits vorgenommen hat, so daß die andere Partei sich entsprechend verhalten kann.

Es wird daraufhin beschlossen, daß ein gemeinsamer Entwurf zur Sicherung des Organisationsaufbaus ausgearbeitet werden soll. Beauftragt werden damit die Gen. Roith (SPD) und Pfaller (KPD).

Nächste Sitzung mit Bericht der Delegationen und Vorlegung des Entwurfs zur Sicherung des Organisationsaufbaues am 17. August im Arbeitsministerium.

Fritz Selbmann
Conditio sine qua non

Die definitiv letzte Großkundgebung, auf der ich in Leipzig sprach, fand auf dem Meßplatz statt. 20 000 Teilnehmer marschierten unter roten Fahnen und mit unzähligen Transparenten auf, unter ihnen viele sozialdemokratische Arbeiter und Reichsbannerleute. Kennzeichnend für unsere politische Linie ist ein Zitat aus meiner Rede, das dem Bericht in der SAZ über die Kundgebung entnommen ist: „Wir schlagen der SPD von hier aus vor, noch diese Woche in allen Leipziger Betrieben gemeinsame Belegschaftsversammlungen durchzuführen und gemeinsame Maßnahmen gegen den Faschismus zu besprechen. Wir schlagen vor, einen roten Massenselbstschutz in allen Betrieben, in allen Straßen aufzubauen“. Zum Unglück verhallten auch diese Vorschläge und Appelle an die Führer der SPD ebenso wie bereits unser Aufruf vom 30. Januar zum Generalstreik gegen die Nazidiktatur. Anders als ihre Führung reagierten die einfachen Arbeitermitglieder der SPD und der Gewerkschaften. In fast allen Städten und größeren Betrieben kam es zu einheitlichen Aktionen der Arbeiter gegen die bereits bewaffnet auftretenden Schlägertrupps der Nazis und des Stahlhelms. Bis Mitte Februar wurden die innerpolitischen Absichten und Pläne der Nazis deutlicher und alarmierender erkennbar. Schon war Ritter von Epp als Reichskommissar nach Bayern entsandt; in Preußen begann Göring mit der Säuberung des Polizei- und Verwaltungsapparats; im ganzen Reich kursierten Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Marsch der SA nach Berlin, eine Kopie von Mussolinis Marsch auf Rom im Jahre 1922.

In dieser Situation entschloß ich mich — es war etwa am 15. Februar —, den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Leipzig, Heinrich Fleißner, aufzusuchen. Ich meldete mich telefonisch bei ihm an. Mein Besuch wurde akzeptiert. Ich begab mich ins Polizeipräsidium, obwohl ich schon halb illegal lebte und keineswegs sicher war, ob ich aus der Wächterburg — dem Leipziger Polizeipräsidium — ungeschoren wieder herauskommen würde. Ich wurde bei Fleißner vorgelassen, er bat mich, Platz zu nehmen, und dann entspann sich, von nebensächlichen Floskeln entkleidet, der folgende Dialog. „Herr Polizeipräsident“, begann ich, „die Entwicklung im Reich und in Sachsen, insbesondere die Nachrichten über illegale Aktivitäten der SA, veranlassen mich, Ihnen eine ernste Frage zu stellen. Sie wissen, daß Gerüchte im Umlauf sind, wonach die SA einen Marsch auf Berlin vorbereitet, also eine ungesetzliche Gewaltaktion zur Durchführung oder Deckung eines Staatsstreiks. Ich bin gewiß, daß diese Gerüchte von bestimmter Seite mit bestimmter Absicht lanciert werden, und zweifle nicht daran, daß bei der SA die Bereitschaft zu einer solchen Gewalt-

Fritz Selbmann: Conditio sine qua non

aktion besteht. Ebenso sicher bin ich aber, daß die Arbeiterschaft sich einem solchen Marsch widersetzen wird. Ich weiß, daß zumindest in Sachsen in vielen Orten gemeinsame Aktionen von Arbeitern aus den Reihen der SPD, der KPD und des Reichsbanners vorbereitet sind. Ich habe daher folgende Frage: Wenn die SA marschieren sollte und die Arbeiter gehen auf die Straße, was tut in diesem Falle die Polizei?“

Der Polizeipräsident saß in seinem Sessel, die Hände vor dem Bauch gefaltet, und sah mich gesenkten Kopfes halb von unten her mit der Miene eines Mannes an, der es nicht versteht, daß jemand zu ihm kommen und ihm so schwierige und komplizierte Fragen stellen kann, so, als ob er nicht schon genug andere Sorgen hätte. Dann sagte er mißmutig und mit einem Ausdruck von Überlegenheit in der Stimme, der so offensichtlich gekünstelt war, daß er mir nicht entgehen konnte: „Die Polizei tut ihre Pflicht“.

„Da ich die bisherige Art der Pflichterfüllung der Polizei kenne“, erwiderte ich, „so bedeutet das, daß die Polizei gegen die Arbeiter vorgehen wird, wenn sie auf die Straße gehen?“

Es sollte eine Frage sein, aber der Mann antwortete nicht, er blickte mich nur mißbilligend und — wie es schien — ein wenig neugierig an. Ich ließ nicht locker:

„Sie sind sich doch darüber klar, Herr Polizeipräsident, daß Sie in vierzehn Tagen einen Reichsstatthalter in Sachsen haben und daß Sie dann keine Entscheidungsmöglichkeit mehr haben“.

Da sagte Heinrich Fleißner, sozialdemokratischer Polizeipräsident von Leipzig, etwas, was die Prinzipienlosigkeit und Kapitulantenhaftigkeit der Denkweise dieses Mannes und seinesgleichen offenbarte:

„Wir haben 1920 überlebt, wir haben 1923 überlebt, wir werden auch das überleben“.

„Soll das heißen, Genosse Fleißner“, ich redete ihn jetzt absichtlich als Genossen an, „daß Sie dem Beispiel von Bergemann folgen werden?“

Bergemann war Regierungspräsident von Düsseldorf und der erste sozialdemokratische Staatsfunktionär aus der Ära Severing, der zu den Nazis überlief. Fleißner schien durch meine Anspielung nicht einmal provoziert zu sein, sondern machte den Versuch, mir seine Überlebens Theorie zu erläutern, merkte aber offensichtlich selbst, daß er bald in Ungereimtheiten geriet. Plötzlich hörte er auf zu reden, ja, er sah mich zuletzt nicht einmal mehr an.

Ich war zutiefst betroffen und schämte mich in diesem Augenblicke wahrhaftig für die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich solche Führer gefallen ließen. Hier hatte ich nichts mehr zu tun, ich wiederholte zwar noch einmal meine Frage, was die Polizei nun wirklich tun werde, und Fleißner sabbelte noch einmal seinen Spruch von der Pflicht, die seine Polizeibeamten erfüllen würden. Dann stand ich auf, er erhob sich ebenfalls, ich wünschte ihm ein allzeit gutes Gewissen und ging hinaus. In der Tür warf ich noch einen Blick zurück. Der Poli-

zeipräsident stand wie eine Zinnfigur hinter seinem schweren Schreibtisch. Mir schien es im letzten Augenblicke, als ob er sich nur mit Anstrengung aufrecht halte und kurz davor stehe, in sich zusammenzufallen.

Zwei Wochen später war Manfred von Killinger, ehemaliger Freikorpsführer wie Ritter von Epp und wie dieser ein alter Putschist, Reichskommissar in Sachsen, und als ich, nun schon Gefangener im Polizeigefängnis, im Mai 1933 erstmals, zur Freistunde in den Hof kam — am 2. Mai waren die Gewerkschaften gleichgeschaltet, ihre Häuser besetzt und ihre Führer verhaftet worden —, da traf ich auf dem Gefängnishof unter den an diesem Tage Verhafteten — Heinrich Fleißner. In meiner Zelle aber hing an der Wand ein Auszug aus der Gefängnisordnung und dieses Merkblatt war noch unterschrieben — von Heinrich Fleißner. Er saß in seinem eigenen Gefängnis.

(Aus: Fritz Selbmann, „Alternative, Bilanz, Credo“, Halle 1969)

Nun ist es vorüber, das Treffen von Erfurt, es ist Vergangenheit, es ist Geschichte geworden. Und tatsächlich haben fast alle Meinungsmacher der westlichen Welt es ein „historisches Ereignis“ genannt. „Historisch“ — na schön: Gewiß ist es von Bedeutung für die Zeitgeschichte, wenn die Regierungschefs der beiden deutschen Staaten zum erstenmal nach zwanzig Jahren eigenstaatlicher, ja noch mehr, diametral entgegengesetzter Entwicklung auf allen Teilgebieten des gesellschaftlichen Lebens sich am Verhandlungstisch gegenüber-sitzen, um mehr zu tun, als sich die allen Beteiligten längst bekannten Vorwürfe zu machen, die der Scheidungsrichter alle Tage zu hören bekommt: die haßvollen Vorwürfe und der Streit darum, welcher Teil der kaputtgegangenen Gemeinschaft nun Schuld habe an der Entfremdung, dem Auseinanderleben, der Trennung, der Spaltung und den nie anders als bei ehemals Zusammengehörigen so tiefreichenden, so glühenden Gefühlen des Hasses und der Feindschaft. Ein historisches Ereignis also, dieses Treffen von Erfurt. Aber was in Erfurt gesagt und getan wurde, hatte nicht alles das Format des historisch Bedeutsamen. Es ist ein einfach Ding und erscheint dem historisch Bewanderten eher läppisch als wesentlich, sich an einem Hotelfenster zu zeigen und televisionsgerecht staatsmännisch ernst mit dem Kopf zu nicken. Es ist schon viel mehr und von geschichtlicher Symbolität, wenn der Kanzler des Staates, in dem die Mörder Ernst Thälmanns frei herumlaufen, am Tatort der Untat der Flagge und der Hymne des Staates, in dem Ernst Thälmann heute noch lebt, seine Reverenz erweist, ohne Worte, aber nicht ohne Würde.

Was aber dann am Konferenzstisch gesagt wurde, war doch sehr unterschiedlich. Da saßen sie sich nun gegenüber, der Chef der Regierung des ersten sozialistischen Staates deutscher Nation und der Kanzler des deutschen Teilstaates, in dem die Kräfte des Monopolkapitals Macht und allesvermögenden Einfluß haben. Gewiß

war der Repräsentant der DDR im Vorteil: er spielte auf eigenem Platz und zwar gilt das nicht nur geografisch, sondern auch und vor allem politisch. Er hatte eine Konzeption für diese erste Begegnung mit dem westdeutschen Kanzler, er konnte sich auf den Entwurf eines Vertrages zwischen den sich gegenüber-sitzenden Vertretern der beiden deutschen Staaten stützen, der mehrere Monate vor der Begegnung dem auf der anderen Tischseite zugesandt worden war. Und er tat dann noch ein Übriges: er gab eine in ihrem Umfang, vor allem aber in ihrem Inhalt dem Beratungsgegenstand voll gerecht werdende mündliche Erklärung ab, die es in sich hatte.

Ich habe in einem langen, ganz der Politik gewidmeten Leben — ich war Abgeordneter des Preußischen Landtags und des Deutschen Reichstags, ich war zwölf Jahre lang politischer Gefangener Hitlers und ich war schließlich mehr als dreizehn Jahre Minister — einen Sinn und ein Organ für politische Deklarationen und für Verhandlungsplattformen entwickelt. Als ich die Rede des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR gehört hatte, war ich aufs höchste gespannt auf die Antwortrede des westdeutschen Kanzlers und ich wußte, daß es Willy Brandt schwer haben würde, dieser von weitausgreifenden und weit-hinausweisenden Gedanken erfüllten, in zwingender Logik formulierten und wirklich staatsmännischen Konzeption einer deutschen Politik etwas Gleichwertiges, etwas Entsprechendes entgegenzusetzen und so wenigstens in Rede und Gegenrede einen Zustand der Verhandlungspartität zu schaffen.

Dann kam also diese Antwortrede und sie war wirklich „enttäuschend“. Das lag nicht an der Kürze der Rede — kurze Reden können besser sein als lange Reden, sind es sogar meistens — es lag an ihrer Leere, an ihrer erschreckenden Armut, ja Dürftigkeit. Willi Stoph hatte von Politik gesprochen, von deutschen, nationalen und internationalen politischen Problemen. Willy Brandt sprach wie ein ambulanter Händler, der an den Türen klingelt und politischen Kleinkram, Nipp- und Neppsachen an Dienstmädchen und Hausmütterchen verscherbelt. Dabei hatte ich noch das Gefühl, daß der Mann seinen Ramsch nicht einmal gut verkauft. Willi Stoph sprach von der friedlichen Koexistenz der beiden deutschen Staaten; Willy Brandt redete vom Reiseverkehr. Willi Stoph sprach vom Eintritt der beiden deutschen Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen; Willy Brandt redete vom Telefonieren in Berlin. Willi Stoph sprach von der europäischen Sicherheit; Willy Brandt redete von den Verlobten, die nicht zusammenkommen können. Willi Stoph sprach von der Nacht, die durch den leichtsinnigen Umgang mit A-, B- und C-Waffen über Deutschland kommen könnte; Willy Brandt dachte an die Hochzeitsnacht seiner an der Politik leidenden Königskinder. Es war enttäuschend, es war beinahe peinlich.

Auf eine Frage wollte Willy Brandt in Erfurt partout nicht eingehen, er mied sie, wie der Teufel das Weihwasser, und dabei war es doch, wie auch der Kanzler Westdeutschlands wußte, die einzig oder doch vor allem wichtigste Frage, die Frage aller Fragen. Sie stand im Vertragsentwurf der DDR, der seit Monaten

auf Bonner Amtstischen liegt und die der Vertreter der DDR auch in seiner Erfurter Erklärung des langen und breiten Vortrag und erklärte. Es ist die Frage nach der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die westdeutsche Bundesrepublik.

Warum zielt sich der westdeutsche Kanzler so konsequent, auf diese Frage, wie überhaupt auch auf die konkrete Frage nach der strategischen Konzeption der Bonner Politik, einzugehen, auf sie eine klare eindeutige Antwort zu geben? Brandt und seine Regierung geben doch vor, nicht gegen eine Anerkennung der DDR zu sein. Der Bundeskanzler hatte in seiner Regierungserklärung zum erstenmal von zwei deutschen Staaten auf deutschem Territorium gesprochen. Damit war die staatliche Souveränität des sozialistischen Staates deutscher Nation im Grunde anerkannt. Ein Regierungschef überlegt sich doch wohl, was er sagt, er redet nicht einfach so ins Unreine daher. Aber schon in dieser Regierungserklärung war der Wurm drin. Natürlich mußte man, nachdem alle Welt von Neu-Delhi bis Montreal darauf gekommen war, nicht mehr bestreiten, daß die DDR ein Staat ist. Das hatten die Adenauer und Erhardt und Kiesinger und Barzel und Strauß zwanzig Jahre lang getan, bis sie erfahren mußten, daß sich die Geschichte solche Abstrusitäten wohl einige Zeit, aber nicht alle für Zeiten gefallen läßt. Brandt hatte nicht umsonst zwei Jahre lang als Außenminister die Berichte seiner Diplomaten gelesen und wußte, daß jede westdeutsche Außenpolitik, vor allem aber die für eine eigene Profilierung unerlässliche Ostpolitik der Brandt-Scheel-Koalition unwirksam, unsinnig, ja absurd werden mußte, wenn sie an solche Fossilien wie „SBZ“, „Phänomen“, „Gebilde“ oder gar „Pankow“ festhielt.

Also sprach Brandt am 28. Oktober von der Bundestagstribüne aus von zwei deutschen Staaten, erinnerte sich dann aber schnell an Erich Mühsam's „Lampenputzer“ und hängte eiligst den Satz an, daß die DDR für die westdeutsche Bundesrepublik nicht Ausland sein dürfe. Die DDR ist also ein Staat, aber für die BRD soll er unentwegt nur den Charakter stark eingeschränkter staatlicher Souveränität haben. „Nicht Ausland“, das kann doch nur heißen: „Inland des westdeutschen Staates“, der für sich natürlich alle Attribute staatlicher Souveränität beansprucht, die ihm von der DDR auch nicht bestritten werden.

Nun sollte Brandt nach zweijähriger Tätigkeit als Außenminister gelernt haben, daß die Floskel „nicht Ausland“ im internationalen diplomatischen und völkerrechtlichen Verkehr gar nichts hergibt. Nicht der kleinste Referent in einem Außenministerium oder der unterste Botschaftssekretär werden sich an dieser Sprechübung eines schlechtinformierten Regierungschefs stören, einfach weil sie ohne Sinn und politischen Gehalt ist. Politisch relevant ist allein der ausdrückliche Akt der völkerrechtlichen Anerkennung durch die im Vertragsentwurf der DDR vorgesehene Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen unter Beachtung der Normen des Völkerrechts.

Zu den die Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten belastenden

Argumenten gehört die Behauptung, die Forderung der DDR nach völkerrechtlicher Anerkennung sei eine untragbare Vorbedingung, durch die das Gespräch unnütz und unzulässig erschwert werde. Was ist daran? Die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR durch den westdeutschen Verhandlungspartner ist in der Tat eine Bedingung für jede Verhandlung. Sie ist eine *conditio sine qua non*. Ohne die Erfüllung dieser Bedingung ist jede Verhandlung sinnlose Zeitvergeudung. Man muß sich die Situation doch einmal vorstellen: Da sitzen sich zwei Regierungschefs gegenüber mit der erklärten Absicht, eine Vereinbarung abzuschließen. Welchen Wert hat aber ein Vertragsabschluß, wenn der eine Partner dem anderen das von ihm beanspruchte Recht, als Subjekt des Völkerrechts zu handeln, vorzuenthalten entschlossen ist? Die Forderung nach Anerkennung der DDR als Subjekt des Völkerrechts ist also keine sachfremde Vorbedingung für Verhandlungen, sondern einfach die Klärung des Status der Verhandlungspartner und der Frage des Wertes und der Verbindlichkeit ihrer Unterschrift.

Aber überlassen wir alle diese Juristereien, die im Grunde gar nicht so kompliziert und undurchschaubar sind, den Rechtsgelehrten und den Kolumnisten aller Zeitungen hüben und drüben. Bleiben wir bei den politischen Aspekten der Verweigerung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die BRD und bei den geschichtlichen Erfahrungen. Ich habe mehr als 50 Jahre deutscher Geschichte bewußt miterlebt. In die erste Hälfte dieser Zeit fallen zwei Weltkriege, die den Weltbeherrschungsplänen des deutschen Imperialismus entsprangen, Kriege, die allen europäischen Völkern unendlich schmerzliche Opfer an Menschenleben und -leid und an den notwendigsten Gütern der Lebensfristung gebracht und die schließlich Deutschland im zweiten Weltkrieg in ein Land der Trümmer, der zerstörten Städte und der vernichteten Arbeitsstätten verwandelt haben.

Der deutsche Imperialismus war — das hängt mit seinem weltgeschichtlichen Zuspätkommen zusammen — allezeit besonders aggressiv, besonders reaktionär, besonders räuberisch. Seine Kriegsziele und Welteroberungspläne waren immer maßlos, zügellos und wild erpresserisch. Im ersten Weltkrieg setzten die deutschen Imperialisten ihrem vom Zaun gebrochenen Krieg keine geringeren Ziele als die Eroberung der Erzbasen von Brie und Longwy, die Gewinnung eines endlosen Siedlungsraumes im Osten, der Kornkammer Ukraine, die Oberaufsicht über Polen und die baltischen Provinzen, die Hegemonie über die Landbrücke nach Südostasien mit dem Drehpunkt Bagdad, sowie die Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes.

Der Krieg ging verloren, die Wunschträume des deutschen Imperialismus scheiterten. Anstelle des so wütend erstrebten Landgewinns gingen große Teile des Reiches verloren: Elsaß-Lothringen, zeitweise auch das Saargebiet, Grenzkorrekturen gegenüber Belgien und Dänemark, vor allem aber im Osten der Verlust von Ost-Oberschlesien und des „Korridors“ sowie Danzigs. Der deutsche Im-

perialismus war geschlagen, aber er überlebte. Es ging der Kaiser und seine Generale blieben; vor allem aber blieb das imperialistische Herrschaftssystem in Deutschland erhalten. Der deutsche Imperialismus war aufs Haupt geschlagen, aber er blieb am Werk, wütend-rachgierig, großmachtlüstern wie eh und je und er gab nicht einen Tag lang seine Pläne zur Weltbeherrschung auf. Die Außenpolitik der Weimarer Republik war revanchistisch vom ersten Tage an: von der verdorrten Hand Scheidemanns bis zur Dolchstoßlegende und der Kriegschuld-lüge beherrschte alle Register der Meinungsmanipulation der verbissene Wunsch nach Revanche für Versailles, das Streben, die Ergebnisse des ersten Weltkrieges rückgängig zu machen.

Die letzten Kriegsgefangenen waren noch nicht wieder zu Hause, die Tränen der Kriegswitwen waren noch nicht getrocknet, da putschten die alten kaiserlichen Generale und die dem deutschen Imperialismus von jeher dienstwilligen Politiker in Berlin und in München, und es waren weniger als sieben Jahre seit der Niederlage der imperialistischen Kriegspolitik vergangen, da schoben die Hintermänner des deutschen Revanchismus und Militarismus ihren Mann, den stockreaktionär-dummen und offen käuflichen Kriegsverlierer, den Kommisskopf Hindenburg an die oberste Stelle, die die Republik zu vergeben hatte.

Zu den konsequenten parlamentarischen Vertretungen der Kräfte des imperialistischen Deutschland zählte die Deutsche Volkspartei, und deren führender Kopf war Gustav Stresemann, im Jahre 1923 zum erstenmal Reichskanzler und später wiederholt Außenminister der Weimarer Republik. Die Krönung seiner mit erstaunlicher Zielsicherheit und Konsequenz betriebenen Politik war jenes Vertragswerk, das als Locarnopakt registriert ist und um dessentwillen dann die Herren vom Stockholmer Nobelkomité dem Syndikus der deutschen Kriegspolitik sogar den Friedenspreis um den Hals hängten. Der Locarnopakt war das Musterstück der Stresemannschen Politik des „labilen Gleichgewichts“ zwischen Ost und West. Der Pakt band die Außenpolitik des deutschen Imperialismus an den Westen, insbesondere an die stärkste kontinentale Militärmacht, das lange Zeit von Briand repräsentierte Frankreich. Aber der Vertrag ließ bewußt und beabsichtigt die Grenzprobleme im Osten Deutschlands offen und in der Schwebe. Es blieben offen die Grenzprobleme zur Tschechoslowakei, die Probleme Ost-Oberschlesiens, „Polnischer Korridor“ und Danzig. Der Locarnopakt war in praxi das Dokument der verweigerten Anerkennung des status quo im Osten Europas, des verweigerten Sich-abfindens des wiederaufgerichteten deutschen Imperialismus mit den Ergebnissen des ersten Weltkrieges im Grenzbereich zwischen dem Deutschen Reich und seinen östlichen Nachbarn.

Es genügt, sich die genannten Ortsnamen noch einmal zu vergegenwärtigen, um zu erkennen, wie in ihnen das Verhängnis des zweiten Weltkrieges umschlossen ist: Sudetengebiet, Ost-Oberschlesien, polnischer Korridor, Danzig. Es waren die mit Bedacht und gewissenlos offen gehaltenen Wundmale der deutschen Irredenta im Osten, aus denen der dumpfbrütende Chauvinismus im Weimarer

Reich seine vergiftende Kraft sog. Dem beschränkten Kasernenhofidol Hindenburg folgte an der Spitze des Reiches der vom deutschen Finanzkapital — beinahe auf offenem Markt — gekaufte Demagoge und ehemalige Reichswehrspitzel; den in der Weimarer Republik von rechts bis halblinks, von Cuno bis Hermann Müller und Brüning schwankenden Regierungen folgte die offene Diktatur des reaktionärsten, kriegslüsternsten Teils der durchweg revanchistischen deutschen Bourgeoisie. Und nun wurde die Verweigerung der Hinnahme der Folgen des ersten Weltkrieges an des Reiches Ostgrenze zum unverhüllt gehandhabten Instrument der psychologischen Vorbereitung eines neuen Kriegsabenteuers.

Es begann mit dem Sudetenkonflikt und der Zerschlagung der Tschechoslowakei. München war eine direkte Folge von Locarno. In Gleiwitz und Danzig begann der zweite Weltkrieg. Der deutsche Imperialismus trat zum zweitenmal zur Neuverteilung der Welt an. Es war Gustav Stresemann, der dem Verbrecher gegen die Menschheit, dem Paranoiker Hitler den Weg in seinen Krieg wies.

Der zweite Weltkrieg endete wiederum mit dem Fiasko der Weltbeherrschungspläne des deutschen Imperialismus, die noch phantastischer und wahnwitziger waren als im Krieg von 1914 bis 1918. Die imperialistische Herrschaft über Deutschland erlebte ihre schwerste Katastrophe. Der Krieg endete nicht eher, als bis mit der Eroberung der Reichshauptstadt auch der letzte Quadratmeter deutschen Territoriums zum besetzten Gebiet geworden war. Die bedingungslose Kapitulation war diesmal von den Generalen selbst unterschrieben worden, und so war die Wiederkehr einer neuen Dolchstoßlegende nicht mehr zu erwarten. Und dennoch — heute wissen wir, daß gerade in der Stunde der tiefsten Krise des deutschen Imperialismus die Keime der Renaissance seiner neuen Kriegspolitik gelegt wurden.

Als Hitler im Bunker der Reichskanzlei, körperlich zerrüttet und geistig das Opfer wahnwitziger Zwangsvorstellungen, seinen Zyankalipotod vorbereitete, ernannte er den gescheiterten U-Boot-Strategen Dönitz zu seinem Nachfolger als Staatschef, sein Mundwerk Goebbels zum Reichskanzler und Martin Bormann, eine der übelsten Kreaturen aus dem Nazidschunzel, zum Parteiobersten. Goebbels nahm schon am anderen Tage die Zyankalikapsel wie Himmler, als er in Knechtverkleidung aufgestöbert wurde und wie der dicke Göring, als er zum Galgen geholt werden sollte; Bormann verschwand so spurlos, wie er es verdient hatte. Im fernen Schleswig-Holstein aber begann der „letzte Reichspräsident“ Dönitz die ersten Maschen zu häkeln zu jenem noch von Goebbels erträumten neuen Bunde der Restmacht des deutschen Imperialismus mit den westlichen Gliedern der Antihitlerkoalition.

Das Teufelsbündnis zwischen Dönitz und Montgomery mißlang, noch waren die Absprachen von Teheran und Jalta zu frisch und zu unübersehbar. Dönitz kam nach Nürnberg auf die Anklagebank und „good old Monty“ ins Britische Museum bzw. ins Wachsfigurenkabinett, was beinahe dasselbe ist.

Indessen aber begann der deutsche Imperialismus seine Selbststreckung über den Kahlschlag, diesmal in devotester Unterordnung unter den USA-Imperialismus. Der kalte Krieg begann; Churchill hielt seine Rede in Fulton und Byrnes, dieselbe in Stuttgart, das Ruhrgebiet wurde der Viermächtekontrolle entzogen, die Bi- und Trizone geschaffen, der Marshallplan in Gang gesetzt, und als Flick und Krupp aus dem Kriegsverbrechergefängnis zurückkehrten, war die Konzernentflechtung an der Ruhr und anderswo längst als Farce untergegangen. Und unter dem Patronat des Generals Clay und des als Hochkommissar verkleideten New Yorker Bankiers John McCloy hatte Konrad Adenauer die deutsche Nation gespalten und dem deutschen Imperialismus den größeren und wirtschaftlich ergiebigeren Teil des Reiches als seine neue Operationsbasis gerettet. Hitler war gegangen, und Goebbels und Himmler und Göring; Dönitz und Heß saßen in Spandau. Die Generale Hitlers aber waren nur einige Jahre Personaldirektor oder Generalvertreter oder Versicherungsboß oder einfach Pensionär auf Zeit oder Memoirenautor oder V-Mann für einen westlichen Nachrichtendienst. Als dann aber Adenauer auf dem Petersberg war und in der Bundeswehr die neue Wehrmacht wieder erstand, da wurden aus den alten Generalen Hitlers die neuen Generale der NATO und sie befehligten nun in deren Stäben ihre alten Kriegsgegner. Aus den Wehrwirtschaftsführern Hitlers wurden die Bundesverdienstkreuzträger Heinrich Lübkes. Die Kriegsfinanziers Abs und Pferdenges waren nicht nur die wirtschaftskundigen Berater Adenauers, sondern auch Ludwig Erhardts und Kiesingers, der übrigens seine zwölf Jahre Nazimitgliedschaft ins Bundeskanzleramt einbrachte, und so für Kontinuität sorgte, als der Kommentator der Nürnberger Rassengesetze seinen Platz im Palais Schaumburg räumte.

Der deutsche Imperialismus war nicht mit dem Nazismus untergegangen, er lebte weiter, wenn auch nur im westlichen Teil des Landes, das einst Deutschland hieß. Diesen Namen hatten die Herren am Rhein nun ihrem „Naturschutzpark der Restauration“ gegeben. Damit war aber zugleich in entlarvender Offenheit das Hauptziel des neuen, alten deutschen Imperialismus zu Protokoll gegeben: die Wiederherstellung des alten Reiches in seinen Grenzen vor dem Kriege, damit aber nichts anderes als die Wiedergewinnung der Plattform für einen nochmaligen, für einen dritten Versuch, Europa „neu zu ordnen“. Die Ziele des deutschen Imperialismus, der heute so herrschsüchtig, so besitzgierig und im übrigen so herrenrassenüberheblich wie irgendwann in seiner Geschichte ist, sind dieselben wie in den dunkelsten Zeiten deutschen Verhängnisses. Dies wurde deutlich schon in den Anfangsjahren der Kanzlerschaft Adenauers. Der „Alte“ hatte nie daran gedacht, auf den Status Westdeutschlands als Separatstaat unter Anlehnung an seine ideologie- und systemverwandten westlichen Verbündeten zu verzichten um einer ihm immer verdächtig erschienenen Einheit mit dem sozialistisch gewordenen Ostteil des Deutschland erhalten gebliebenen Territoriums willen. Gewiß gehörte es auch in Adenauers kältesten Kriegsjahren

zum guten politischen Ton, von der „Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit“ zu reden. Aber der „Fuchs“ aus Köln hatte es einmal und damit für alle Zeiten klargestellt, was er darunter verstand. Er hatte einmal in verblüffender Naivität und ganz undiplomatischer Biederheit ausgeplaudert, daß er nie an Wiedervereinigung geglaubt, immer aber nur an die „Befreiung der Ostzone“, d. h. aber an die Aufhebung der Eigenstaatlichkeit der DDR, an ihre Eroberung und Eingliederung in den Machtbereich des im Westen wieder erstandenen deutschen Imperialismus gedacht habe.

Dies war zwanzig Jahre lang die strategische Konzeption der Politik des westdeutschen Teilstaates. Und diese Konzeption stand nicht nur auf dem Papier, sie wurde zwanzig Jahre lang praktiziert. Keinem anderen Zweck diente die Unterstützung der „Back-roll-Politik“ John Foster Dulles, die Vorwärtsstrategie des Franz Joseph Strauß mit seinem „Fall Rot“, die unter Brentano etablierte Hallstein-Doktrin mit den Intrigen gegen die DDR in allen Hauptstädten der Welt und auf allen Sportplätzen und die Wühltätigkeit und „grauen Pläne“ der „gesamtdeutschen“ Sabotageminister von Kaiser und Lemmer bis Herbert Wehner. Keinem anderen Zweck diente auch die auf allseitige Schädigung der DDR gerichtete Wirtschaftspolitik der westdeutschen Bundesregierung.

Diese Politik hat sich nicht ausgezahlt. Die DDR wurde zwar in ihrer Entwicklung gehemmt und materiell geschädigt. Aber sie überstand die westdeutschen Pressionen mit erstaunlichem Gewinn an Kraft, Profil und Autorität. Auch die Versuche, mit Gewalt das Rad der Geschichte im Osten zurückzudrehen, mit dem großangelegten Putschversuch des Tages X am 17. Juni 1953, den geplanten Grenzprovokationen unmittelbar vor dem 13. August 1961 und mit dem heimtückisch eingefädelten Zangengriff über die CSSR im Jahre 1968, sind an der Festigkeit und Wachsamkeit der Leute im Osten gescheitert. Es war wirklich Zeit für einen Wechsel der Methoden in der Politik gegenüber der DDR und dem Lager des Sozialismus.

Diesen Methodenwechsel soll nun die „neue Ostpolitik“ der Koalition Brandt-Scheel bringen. Machen wir uns nichts vor: diese „Neue Ostpolitik“ ist nur ein Teilstück der Globalstrategie der USA. Präsident Nixon, zu dem sich Kanzler Brandt mit der erklärten Absicht begeben hat, dessen Segen für den Gang nach Erfurt einzuholen, wird diesen Segen ohne Zögern erteilen; ist er doch der Meinung, daß nur eine sozialdemokratisch drapierte Politik Aussicht auf nachhaltige Wirkung auf die Lage in den sozialistischen Ländern habe.

So stehen nun die Dinge zwischen Erfurt und Kassel. Brandt redet von Nicht-einmischung und Achtung vor der Integrität des Verhandlungspartners, aber noch besteht das Handschellengesetz und die Präambel zum Mehrwertsteuergesetz, noch hintertreibt die westdeutsche Bundesrepublik die Mitarbeit der DDR in der Weltgesundheitsorganisation und im Weltpostverein. Noch und vor allem weigert sich die westdeutsche Bundesrepublik, klar und eindeutig sich zum Vertragsentwurf der DDR und zur völkerrechtlichen Anerkennung zu äußern. Die

Opposition aber, die immerhin — CDU/CSU und NPD zusammengezählt — über die Mehrheit der Wählerstimmen verfügt und die morgen wieder auf der Regierungsbank sitzen kann, redet laut und unmißverständlich über ihre Gründe der Ablehnung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, spricht offen davon, daß sich die westdeutsche Bundesrepublik nicht die Hände für eine Einmischung in die inneren Vorgänge in der DDR binden lassen dürfe. Das also ist der Sinn der Verweigerung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR.

In Erfurt wurde Willy Brandt vom Regierungschef der DDR nach der strategischen Konzeption der Regierung der Bundesrepublik gefragt. Brandt hat die Frage nicht beantwortet. Aber die Antwort liegt auf der Hand. Willy Brandt hat sich wiederholt als außenpolitischen Adepten und Bewunderer Gustav Stresemanns bekannt. Die Bewunderung Willy Brandts gilt der Locarnopolitik, dieser Politik des doppelten Bodens, der Bindung an den Westen und des Offenhaltens der völkerrechtlichen Stabilisierung im Osten als Aufrechterhaltung der Möglichkeit, von sich aus auf die Änderung des Status quo hinzuwirken.

Mag Willy Brandt den großbürgerlichen Starpolitiker bewundern. Es wird ihm nicht gestattet sein, die Politik Stresemanns gegenüber dem sozialistischen Osten Europas zu wiederholen. Daran wird alles Gerede über menschliche Erleichterungen nichts ändern. Ohne die völkerrechtliche Anerkennung der DDR wird es keine Fortschritte in der von der Kleinen Koalition angepriesenen neuen Ostpolitik geben, damit aber auch keinen Fortschritt in der Profilierung der jetzigen Bundesregierung und ihrer Behauptung gegen die sie hart bedrängende Opposition der reaktionären Repräsentanten des fortschrittfeindlichsten Teil des westdeutschen Monopolkapitals. Und auch das müßte klar sein: ohne die völkerrechtliche Anerkennung der DDR wird es auch keine der so emphatisch angesteuerten menschlichen Erleichterungen im Verkehr zwischen Ost und West geben.

Conrad Schuhler

Zur Notwendigkeit eines internationalen Revolutionskonzepts

Marxens Revolutionstheorie bezog sich auf die industriell entwickelten kapitalistischen Gesellschaften. Seine zentralen Konzepte der gesellschaftlichen Arbeit, der sozialen Macht und des allgemeinen Reichtums entstanden aus der Analyse des durchlaufenden Prozesses kapitalistischer Produktion. Dessen letztes, ihn selbst beendendes Produkt ist die Arbeiterklasse „für sich“, die objektiv und subjektiv zur Revolution instandgesetzte Klasse der „unmittelbaren Produzenten“.

Das Konzept ist historisch in doppeltem Sinn: Der Gegenstand wird in seinem zeitlichen Fortlauf analysiert; dieser Fortlauf ist eine Projektion der zum gegebenen Zeitpunkt auffindbaren Tendenzen. Auch die dialektische Qualität der Theorie ist eine doppelte: Nicht nur werden die projektierbaren kontradiktorischen Kräfte in die Analyse einbezogen, marxistische Theorie selbst entfaltet historische Wirkung. Wo in die Praxis übersetzt, verändert sie das Kräfteverhältnis zwischen systemstabilisierenden und systemauflösenden Faktoren.

Wie ihr Gegenstand *muß* sich daher auch marxistische Theorie ständig weiter entfalten. Das Revolutionskonzept muß anhand der aktuellen Struktur des kapitalistischen Systems konkretisiert werden; es muß das kontradiktorische Potential marxistischer Praxis einschließen. Von beiden Enden zieht sich die Linie, die die empirische Ausgangsposition Marxens von der heutigen scheidet. Deren herausragende — und prozessual zusammenhängende — Besonderheiten sind: a) Die internationale Struktur des Kapitalismus; b) Die Existenz des sozialistischen Weltsystems.

I. Neue Strukturelemente in der gegenwärtigen Phase historischer Entwicklung

a) *Die internationale Organisation des Kapitalismus*

Wir sind Zeuge eines fundamental wichtigen Vorgangs, nämlich der Entwicklung von konkurrierenden Nationalkapitalismen hin zu einem internationalen monopolkapitalistischen System, der tendenziellen Ablösung nationaler Imperialismen durch einen global strukturierten Imperialismus. Der Punkt ist nicht, daß der Kapitalismus den gesamten Globus als sein Ausbeutungsfeld organisiert bzw. zu organisieren sucht. Dies war auch — notwendig — die Praxis der reiferen Nationalkapitalismen. Das Neuartige besteht in dem fortgeschrittenen Versuch, die Interessen der verschiedenen nationalen Monopole in eine gesamtimperialistische Strategie zu integrieren, die Monopolherrschaft selbst zu internationalisieren. Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um einen gradlinigen Fortlauf. Erhebliche Gegentendenzen sind wirksam. Die Formierung des Kapitalismus auf internationaler Ebene bedeutet Macht- und Profitvorteile für die herrschende

Klasse der am weitesten fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft, der USA also. Die industriell unterentwickelten wie die zweitrangigen kapitalistischen Gesellschaften werden vom überlegenen Ausbeutungsapparat der US-Monopole profitreich in deren Partikularinteresse bewirtschaftet. Die nationalen Monopole und ihre politischen Apparate, die Staaten, setzen sich dagegen zur Wehr durch interne Regulierungsmaßnahmen und/oder regionale Zusammenschlüsse (Beispiele: Exportförderung/Importdiskriminierung; Einfrieren des Lohnniveaus; EWG). Ein „global integrierter“ Imperialismus beherbergt bedeutende systembedrohende Faktoren: Der unterschiedliche technologische (und soziale) Entwicklungsstand der „Partner“ führt zu permanenten internationalen Kontroversen; gleichzeitig treibt die Eigenbehauptung in der Globalkoalition die nationalen Monopole in eine Position zunehmender „Unnachgiebigkeit“ gegenüber finanziellen und politischen Forderungen der einheimischen Arbeiterklasse.

Diese prekäre Situation eignet keineswegs nur den oben so genannten zweitklassigen kapitalistischen Ländern (Westeuropa, Skandinavien, Japan, Kanada). Die USA sind von ihr nicht ausgenommen. Ihr Herrschaftsanspruch im imperialistischen System — untermauert u. a. durch gigantisches Militärpotential und permanenten Kapitalexport — verschleudert Milliarden ökonomischer Werte und läßt weitere Milliarden Jahr für Jahr aus dem Land fließen. Die internationale Dominanz der US-Monopole basiert also auf der Vergeudung und Reduzierung der ökonomischen Kapazität der USA. Dies ist um so folgenschwieriger, als die nationalen US-Monopole gerade in einem integrierten Imperialismus mit der verschärften Konkurrenz der „Partner“ rechnen müssen. Folgenschwierig, denn: Zwar ist die Arbeitsproduktivität in den USA fast doppelt so hoch wie in Westeuropa und Japan, das Lohnniveau allerdings übersteigt das der genannten Länder um das Drei- bis Vierfache. Damit sind die „Lohnkosten“ pro Produkteinheit doppelt so hoch wie in den konkurrierenden kapitalistischen Volkswirtschaften. Auch in den USA ist also mit Sicherheit ein verstärkter Druck auf die Löhne zu erwarten. Die erwähnten Faktoren haben denn bereits dazu beigetragen, daß die Reallöhne der Arbeitenden in den USA in den letzten drei Jahren um keinen Deut gestiegen sind, die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten dagegen erheblich zugenommen hat.

Die „Gegentendenzen“ wären wirksam auch ohne die Durchführung des Konzepts der Integration des imperialistischen Weltsystems. Tatsächlich ist das Konzept ein Versuch, den Auflösungstendenzen des internationalen Kapitalismus zu begegnen, die u. a. aus der ungleichartigen Entwicklung der Nationalkapitalismen resultieren. Wesentliche Triebkraft hinter dieser Politik ist die mächtigste und am weitesten fortgeschrittene Abteilung des „reifen“ Kapitalismus: das internationale Monopolkapital (allein die Auslandsunternehmen der USA produzieren ein höheres Jahreseinkommen als alle einzelnen Volkswirtschaften der Erde mit Ausnahme der zwei größten). Ihr spezifisches Interesse fällt eng neben das allgemein-imperialistische der Überwindung der „internationalen kapitalisti-

schen Anarchie“, das der möglichst reibungslosen internationalen Organisation der Ausbeutung. Erdumspannende Militärpakte, internationale Wirtschafts- und Währungsagenturen usw. sind bloß die direkt sichtbaren Belege des bereits Erreichten. Die „souveränen“ Staaten selbst sind ganz wesentlich durch die internationalen Monopole gesteuert (manchmal gewiß über Umwege, beispielsweise über den Druck der US-Regierung, der Nato- und anderer militärischer Führungsstäbe).*

Die Internationalisierung der Ausbeutung und ihr Systemcharakter — Konflikte und Wandel in einem Teil verändern die Bedingungen aller übrigen Teile — erfordern ein internationales Revolutionskonzept, das Art und Intensität der Gegentendenzen und insbesondere ihren Zusammenhang umfaßt. Diese Gegentendenzen finden sich zunächst im unmittelbaren Ausbeutungsfeld des Imperialismus, in den industriell unterentwickelten Regionen und den kapitalistischen Metropolen, als Manifestationen des Widerspruchs kapitalistischer Praxis. Sie finden sich aber auch — und das ist das zweite neue Strukturelement — in der Negation dieser Praxis: in der Existenz des sozialistischen Weltsystems.

b) Die Existenz des sozialistischen Weltsystems

Sozialistische Staaten sind in einem sehr direkten Sinn Produkt kapitalistischer Widersprüchlichkeit. Die Oktoberrevolution fand in einem Rußland statt, dessen Herrschaftspotential durch einen Krieg aufgezehrt worden war, der seinerseits der militärische Ausdruck konfligierender Interessen nationaler Imperialismen war. Die Errichtung weiterer sozialistischer Staaten erfolgte im Anschluß an den zweiten imperialistischen Weltkrieg — gegen diesmal bereits aufmerksam-feindliche „Alliierte“, und nicht denkbar ohne den militärischen und politischen Schutz des ersten sozialistischen Staates. 1950 umfaßte das sozialistische Staatensystem mehr als ein Drittel der Menschheit. Die historische Lebenserwartung des Kapitalismus war — potentiell — dramatisch reduziert. Wieso? Das fundamentale kapitalistische Prinzip der Profitmaximierung bedeutet ineins die niedrigst mögliche Entfaltung der Massenkaukraft (da Lohnerhöhungen den Profit schmälern würden). Damit besteht die Tendenz, daß die produzierten Waren im Inland nicht abgesetzt werden können (da den Massen das Geld fehlt), und daß Gewinne nicht zu Neuinvestitionen verwendet werden (da die Endnachfrage zu gering ist, s. o.). Folglich müssen Waren und Kapital exportiert werden. Genau dies geschieht auch, wobei der Kapitalexport an Bedeutung zunimmt. Die Existenz des sozialistischen Weltsystems bedeutet potentiell die Schließung eines riesigen Marktes und Kapitalanlagefeldes für den tendenziell expansiven Kapitalismus, sie bedeutet in jedem Fall die Liquidation des monopolistischen Diktats über Markt und Investitionen in diesem Gebiet.

* Zum Entwicklungsstand der imperialistischen Globalstrategie in Theorie und Praxis im einzelnen siehe Conrad Schuhler, Globalkonzept des Imperialismus für die siebziger Jahre (voraussichtlich) in den Mai- und Juni-Heften der Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln.

Analoges gilt für einen zweiten Punkt: das Angewiesensein der kapitalistischen Produktionsapparate auf Rohstoffimporte. Auch hier ist der Ausbeutungsspielraum des internationalen Monopolkapitalismus durch die pure Existenz sozialistischer Staaten eingeschränkt.

Der Entzug von Märkten, Investitionsfeldern und Rohstoffquellen ist ein den Globalimperialismus beschneidender Faktor auch dann, wenn die freigesetzten ökonomischen Kapazitäten nicht aktiv gegen den Imperialismus eingesetzt, sondern zunächst ausschließlich zum Aufbau der Wirtschaft der sozialistischen Staaten verwendet würden. Im internationalen Kontext wäre eine solche Strategie allerdings ein unvertretbares Minimum; darüber hinaus ließe sie gegen die längerfristigen Interessen der Gesellschaften des sozialistischen Staatensystems selbst.

Wie der Imperialismus durch den praktisch gewordenen Sozialismus vor schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Probleme gestellt wird (der „Wettbewerb der Systeme“ ist ja keineswegs nur ein im engeren Sinn ökonomischer; so hat die Arbeiterklasse im Kapitalismus zweifellos auch aufgrund des Beispiels der sozialistischen Gesellschaften ihre historischen Bedürfnisse neu definiert, was zu einer Erhöhung ihrer Reproduktionskosten und zu solch „störenden“ Forderungen wie betriebliche und überbetriebliche „Mitbestimmung“ geführt hat), so wird umgekehrt der Aufbau des Sozialismus durch den internationalen Monopolkapitalismus entscheidend behindert. Die erklärte und erwiesene Bereitschaft der Imperialistenklasse, ihr Ausbeutungsfeld militärisch zu sichern und auszuweiten und die dementsprechenden gigantischen Kriegsvorbereitungen zwingen die sozialistischen Staaten, anderweitig dringend benötigte Ressourcen und Produktionskräfte für die Rüstungsproduktion einzusetzen. Dies sowie Strategien der wirtschaftlichen Diskriminierung, politische Propaganda und Infiltration machen organisierte Wachsamkeit und gründliche Leistungskontrolle notwendig, die ihrerseits Tendenzen der Bürokratisierung und Hierarchisierung bestärken können. Gerade das Interesse am Aufbau der eigenen Gesellschaften als sozialistische erfordert von den betreffenden kommunistischen Parteien eine Strategie, die den „Aufbau des Sozialismus im sozialistischen Weltsystem“ als ineins abhängigen und mitgestaltenden Teil der weltrevolutionären Bewegung begreift, von deren Gesamtfortschritten auch der jenes Teils bestimmt wird.

II. Widersprüche innerhalb des Ausbeutungsfeldes des Imperialismus

a) „Dritte Welt“

Die Verbündeten in dieser weltrevolutionären Bewegung stellen die Gruppen, die von der Imperialistenklasse in ihrem Herrschaftsbereich ausbeuterisch bewirtschaftet werden: die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Metropolen und die Völker in den industriell unterentwickelten Regionen. Diese letzten sind die offensichtlichsten und am meisten verstümmelten Opfer des internationalen Monopolkapitals. Elend, Arbeitslosigkeit, jährlich über 25 Millionen Hunger-

tote, ständiger Abfluß von Rohstoffen und Profiten in die Metropolen sind einige Konsequenzen der imperialistischen Aktivität in diesen Ländern, die nach Ressourcen und Produktivkräften sehr wohl imstande wären, in einer nach ihren eigenen Interessen vorgenommenen Planung aus dem Armutsbereich relativ schnell herauszukommen (wie z. B. von China und Cuba begonnen).

Eben insofern die Entwicklung und Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums durch die Menschen in diesen Regionen durch die globale Ausbeutungsstruktur des Imperialismus verhindert wird, stehen die Völker in den industriell unterentwickelten Gebieten objektiv in der weltweiten Widerstandsfront gegen den internationalen Kapitalismus. Und eben deshalb ist es eines der Hauptinteressen der Monopolpropaganda, diesen Sachverhalt zu verdunkeln, ideologische Lügen zu verbreiten.

Die Propaganda konzentriert sich einmal auf eine den Imperialismus rechtfertigende „Erklärung“ der wirtschaftlichen Stagnation — nicht der imperialistische Ausbeutungsapparat, sondern Kapitalmangel, Übervölkerung und „fortschrittshemmende“ kulturelle Standards werden verantwortlich gemacht —, zum anderen auf die Positionszuweisung dieser Völker im internationalen System als „Dritte Welt“, „arme Welt“, „Südwelt“ — gleich weit entfernt von kapitalistischem und sozialistischem Weltsystem bzw. in politischen Kategorien gar nicht zu erfassen.

Diese „Theorien“ sind einwandfrei als Herrschaftslügen zu entlarven. Die Feststellung, daß die industriell unterentwickelten Länder über relativ weniger Kapital verfügen als die industrialisierten Länder, ist zutreffend und trivial. Worauf es ankommt, ist, daß auch in den unterentwickelten Regionen jährlich volkswirtschaftliche Überschüsse — die Differenz zwischen produziertem Einkommen und Produktionskosten — erwirtschaftet werden, die zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums hinreichen, und insbesondere, daß eine am wirtschaftlichen Fortschritt der Region ausgerichtete ökonomische Planung deren volkswirtschaftlichen Überschuß bedeutend erhöhen würde. Hier liegt der Hund begraben. Denn: Produktion und Verwendung des volkswirtschaftlichen Überschusses orientieren sich nicht am wirtschaftlichen und sozialen Interesse der einheimischen Bevölkerungen, sondern an dem der „Investoren“, sprich des internationalen Monopolkapitals und der jeweiligen nationalen Kooperationscliquen. Durch seine „Auslandsinvestitionen“ und die Steuerung des Weltmarkts bestimmt das internationale Monopolkapital die wirtschaftliche Entwicklung der industriell unterentwickelten Länder. Es bestimmt, daß nur Investitionen mit fantastisch hoher Kapitalverzinsung vorgenommen werden — die Profite in der „armen Welt“ sind viermal höher als in der „reichen“; es bestimmt, daß der weitaus größte Teil des in der „armen Welt“ produzierten Reichtums in die „reiche“ fließt — nur Bruchteile des Profits werden an Ort und Stelle reinvestiert; es bestimmt, daß der Aufbau eigenständiger nationaler Industrien in der „armen Welt“ eingedämmt wird — mit seinen Monopolmitteln verhindert

es die Entstehung nationaler Konkurrenz, was Produktionsverknappung und Preiserhöhung bedeutet; es bestimmt, daß der Preis der von den industriell unterentwickelten Ländern am Weltmarkt angebotenen Rohstoffe und Agrargüter sich im Verhältnis zu den von ihm selbst angebotenen Industrieprodukten laufend verschlechtert — die hieraus resultierenden Verluste übersteigen bei weitem den Betrag der sogenannten „Entwicklungshilfe“; es bestimmt, daß diese „Entwicklungshilfe“ in seinem und keineswegs im Interesse eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung der „armen Welt“ vergeben wird — zwei Fünftel der „Hilfe“ der USA, des mit Abstand größten „Geldgebers“, ist sogenannte Militärhilfe, bedeutet also die militärische Stützung reaktionärer Regimes; der Rest wird im wesentlichen ganz offen zur Aufforstung der US-Auslandsinvestitionen verwendet.

Angesichts dieser Belege des „industriellen Kindermordes“ durch das internationale Monopolkapital ist es lächerlich, von „indirekten positiven Wirkungen“ der Monopolinvestitionen in den industriell unterentwickelten Regionen zu reden. Monopole entfalten stets wachstumshemmende Wirkungen — wieviel mehr in der Frühphase industrieller Entwicklung, wo es auf die Beschäftigung aller brachliegenden Produktivkräfte und auf allgemein wachstumsorientierte Investitionen ankommt, und wieviel mehr noch, wenn es sich in dieser Phase um ausländische Monopole handelt, die u. a. für einen ständigen Abfluß der ohnehin knappen Investitionsmittel sorgen. Wer Theorie nicht traut, mag sich in der Praxis umschauen — 25 Millionen Hungertote per Jahr sollten Hinweis genug sein, daß es mit den „indirekten positiven Wirkungen“ der Monopolausbeutung in der „armen Welt“ nicht getan ist.

Ebenso lächerlich ist das Argument, wesentlicher Ursachefaktor des Elends in diesen Gebieten sei deren Übervölkerung. Tatsächlich ist die Bevölkerungsdichte pro Raumeinheit in den kapitalistischen Metropolen erheblich höher. Gemeint sein kann nur, abgesehen von den nicht seltenen Fällen schlichten Betrugs oder platter Ignoranz, daß in bezug auf das Volkseinkommen zu viele Menschen vorhanden sind. Dies ist nicht eine Erklärung der Armut, sondern lediglich eine spezielle Art der Definition: eine, die sich propagandistisch-politisch mißbrauchen läßt. Wenn von den beiden Größen Produktionskapazität/Produktionsstruktur und Bevölkerung vornehmlich die zweite als zu verändernde namhaft gemacht wird, erhöhen sich die Chancen der Stabilisierung der ersten bedeutend. Die Dezimierung der Bevölkerung erübrigt die Reorganisation des sozioökonomischen Systems. Das System, unfähig, die Bedürfnisse der Mitglieder zu befriedigen, schafft sich seine Mitgliedschaft selber, handlich zur reibungslosen Ausbeutung. Die Kampagne einer weltweiten Geburtenkontrolle — geschürt von der höchst einflußreichen Weltbank, deren Präsident McNamara sinnigerweise früher Verteidigungsminister der USA war — ist eine der Abwehrfronten des Imperialismus gegen die geschichtliche Forderung seiner internationalen Konkurserklärung.

Auch der dritte „Erklärungsfaktor“ aus der Propagandaküche bourgeoiser Wissenschaft und Journaille — die „fortschrittshemmenden kulturellen Standards“ — entbehrt der Fundierung. In der billigsten Formulierung wird von „abendländischen Wertetafeln“ gesprochen, in deren Zentrum der Wert des Privateigentums stehe und ohne die wirtschaftliches Wachstum nicht stattfinden könne. Dazu passen Charakterisierungen der „Eingeborenen“ als faul, undiszipliniert und magiegläubig, also rundherum unfähig zur Arbeit in moderntechnisierten Produktionsstätten. Aufgeputzter präsentieren sich Konzepte der mangelhaften Leistungsmotivation und mangelnden „Empathie“ — der Fähigkeit, soziale Beziehungen als formalisiertes Spielen von „Rollen“ mit An- und Gegensatz zu durchschauen.

Die primitiven wie die fachtechnisch anspruchsvolleren Konzeptentwerfer übersehen zweierlei. Erstens ist es keineswegs so, daß wirtschaftliche Entwicklung nur auf dem einmal in Europa vorexerzierten Weg in Gang gebracht und gehalten werden kann. Im Gegenteil. Bestimmte vorindustrielle soziale Organisationsweisen — beispielsweise kollektive Agrarbewirtschaftung — können als Basis bei der Übernahme industrieller Produktionsweisen dienen. Andere „traditionale“ Strukturen mögen hemmend wirken. Die Vorstellung jedoch, daß nur ein „Kulturkreis“ über die Requisiten industrieller Entwicklung verfügt, ist hoffnungslos ethnozentrisch (und selbst für kapitalistische Entwicklung durch das Beispiel Japan widerlegt).

Zweitens aber ist empirisches Faktum, daß die kulturelle *Modernisierung* der Industrialisierung der unterentwickelten Gesellschaften längst davongelaufen ist. Während immer mehr Menschen „modern“ erzogen werden und sich orientieren, bleiben die Möglichkeiten „moderner“ Betätigungen hinter der Nachfrage immer mehr zurück. Diese Entwicklung gilt — je länger die Betroffenen ausgebildet sind desto mehr — für Asien, Afrika und Lateinamerika. Es gilt auch für Abermillionen, die ihre ländliche Heimat wegen Beschäftigungs- und Nahrungsmangels verlassen mußten und jetzt in den Elendsquartieren am Rand der Städte hausen. Diese Menschen führen einen verzweiferten Überlebenskampf, der längst die meisten traditionellen Standards herausgebrannt hat. Ihre Resignation, mangelnde Initiative und Leistungsfreudigkeit sind nicht die Folgen „fortschrittshemmender traditionaler Werthaltungen“, sondern verursacht von Unterernährung und der tausendfachen Erfahrung der Ausweglosigkeit der eigenen Existenz.

Es sind mehr Faktoren anzuführen, um die These der angeblichen fortschritts-hemmenden kulturellen Eigenart der Völker in den industriell unterentwickelten Regionen zu widerlegen. Der oft beklagte Überhang von Unternehmungen und Unternehmern im tertiären (Dienstleistungs-)Sektor ist gewiß von Übel für die wirtschaftliche Perspektive der Länder; er ist andererseits aber ein Beleg für die Energie und wirtschaftliche Kalkulationsfähigkeit einer Vielzahl von Einheimischen, die nur deshalb gebündelt im tertiären Sektor vorkommen, weil der

Industriegütersektor von (in der Regel internationalen) Monopolen blockiert wird und weil die nationalen Machtcliquen sich und der restlichen „Lumpenbourgeoisie“ den dritten — unproduktiven — Sektor als finanzielle Jagdgründe organisiert haben — unter dem Schutz der davon höchstens positiv berührten internationalen Monopole.

Für afrikanische und asiatische Länder spielt die Erfahrung der Kolonialzeit und insbesondere des antikolonialen Befreiungskampfes eine bedeutende Rolle beim Abbau der „traditionellen“ Werte und der Entstehung neuer spezifischer Standards der Solidarität und des Fortschritts. Dieser Kampf um politische Freiheit war gegen den Imperialismus in seiner nackten politischen Form des Kolonialismus geführt worden. Tatsächlich ist er nur der Form, nicht der Substanz nach gewonnen worden. Die formale politische Autonomie war Vorbedingung zu eigenständigem sozio-ökonomischen Fortschritt. In den meisten Fällen ist es bei der Vorbedingung geblieben. Daß dem so ist, liegt nicht an Kapitalmangel, Übervölkerung oder fortschrittsfeindlicher Kultur dieser Länder; es liegt an der globalen Ausbeutungsstruktur des internationalen Monopolkapitals.

Entwicklung bedeutet also für die Völker in den industriell unterentwickelten Regionen Kampf gegen den Imperialismus, wie Nkrumah es zusammenfaßte. Nicht nur der Gegner, auch das Ziel des Kampfes steht fest: Aufbau des Sozialismus im industriell unterentwickelten Land und Zugehörigkeit zum sozialistischen Weltssystem. Produktion und Verwendung des volkswirtschaftlichen Überschusses im Interesse eines am materiellen und sozialen Fortschritt der Gesellschaftsmglieder orientierten Wirtschaftswachstums kann nur stattfinden bei Vergesellschaftung der Produktionsmittel und umfassender Planung des Wirtschaftsprozesses, d. h. bei sozialistischer Organisation der Gesellschaft.

Diese sozio-strukturelle Bedingung ist notwendig, doch nicht hinreichend. Jedes industriell unterentwickelte Land ist angewiesen auf Außenbeziehungen. Diese Abhängigkeit ist besonders schwerwiegend, da ein Großteil des volkswirtschaftlichen Überschusses in der Regel zunächst durch den Export eines oder einiger weniger Güter produziert werden muß. Solange dieser Export in Menge und Preis von imperialistischen Agenturen bestimmt werden kann, ist eine selbständige und effektive Wirtschaftsplanung unmöglich. Dasselbe gilt für Importe. In den ersten Phasen der Entwicklung besteht ein notwendiger Bedarf an Investitionsgütern und in gewissem Maß an Fachwissen. Eine diesbezügliche Abhängigkeit vom imperialistischen System, die binnen kurzem das eigene Entwicklungskonzept ruinieren würde, kann nur vermieden beziehungsweise durchbrochen werden durch die Kooperation des industriell unterentwickelten Landes mit dem sozialistischen Weltssystem und seine schließliche Integration in dieses. Der Kampf gegen Armut, gegen Unfreiheit, ist ein Kampf gegen den Imperialismus. Es ist ein Kampf nicht für irgendeinen „dritten Weg“, sondern für den Aufbau des Sozialismus, im eigenen Land und notwendig im internationalen Maßstab.

b) Die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Metropolen

Analog zu ihrer Darstellung in den industriell unterentwickelten Ländern verbreitete imperialistische Propaganda, daß die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Metropolen als Teil der globalen Widerstandsfront gegen den Imperialismus nicht vorkommt. Die vielfältigen Varianten lassen sich auf drei einander teilweise überlappende Basisbehauptungen reduzieren: 1. Es existiert keine Arbeiterklasse mehr; 2. Die Interessen der Arbeiterklasse fallen mit denen der herrschenden Klasse zusammen; 3. Die Arbeiterklasse hat sich ihr historisches Erstgeburtsrecht abkaufen lassen, sie ist hoffnungslos korruptiert.

Von der ersten These gibt es zwei Versionen: Entweder wird die spätkapitalistische Gesellschaft als völlig klassenlose, als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ hingestellt, oder als von „neuen“ Klassen zusammengesetzt, den Inhabern von „Herrschaftspositionen“ und denen, die zu gehorchen haben (u. a. Dahrendorfs Konzept). Diese Zwei ist eine „Alle in einem Boot“-Variante. Die „Unternehmer“ sind der Motor des Fortschritts, der allen zugute kommt. Was dem Unternehmer der Profit, ist dem Arbeiter der stets besser dotierte Arbeitsplatz. Im internationalen Maßstab drückt sich die Idee bisweilen als „Reiche versus Arme Länder“ aus. Sich für links haltende Theoretiker erklären, daß Ausbeutung heute nur noch oder jedenfalls ganz vorwiegend international stattfindet, d. h. daß die Armen Länder von Kapitalisten- und Arbeiterklasse der Reichen Länder gemeinsam ausgebeutet werden. An die Stelle des Klassengegensatzes in den kapitalistischen Metropolen sei eine Ausbeuterkoalition getreten. Die dritte These schließlich trägt die Vorstellung, daß zwar die Interessen der Arbeiter denen der herrschenden Klasse abstrakt entgegenstehen mögen, daß jedoch die materielle Potenz der „Überflußgesellschaft“ groß genug sei, die Bedürfnisse der Arbeiter jeweils innerhalb des Systems zu befriedigen, zumal der von der herrschenden Klasse regulierte gesellschaftliche Manipulationsapparat diese Bedürfnisse nach Art, Intensität und Formulierung entscheidend beeinflusse.

Das Schlagwort von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ umfaßt, bestenfalls, ein Mißverständnis. Tatsächlich gleichen sich die Lebensbedingungen von immer mehr Menschen immer mehr an. Immer mehr fallen unter die Kategorie der „Unselbständigen“, müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um leben zu können. Die monopolistische Güter- und Bewußtseinsindustrie verbreitet kulturelle und materielle Standardausrüstungen, wischt also frühere individuelle und Gruppenunterschiede aus. Normierungen im Ausbildungs- und Arbeitsprozeß komplettieren diese Art Vergesellschaftung der allgemeinen Lebensbedingungen. Allerdings: Es gleichen sich die Lebensbedingungen *innerhalb* einer Gruppe an, deren Mitglieder im wesentlichen definiert sind durch ihre Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeit. Es handelt sich um eine horizontale Nivellierung, die um so mehr ins Auge fällt, als eine Gruppe an Umfang die anderen überragt. Das, was Schelsky und andere als Mittelstand bezeichnen, ist der große Teil der „Unselbständigen“, deren übereinstimmende Stellungen im Produktionsprozeß

zu übereinstimmenden Ausrüstungen an Konsumgütern und Bewußtsein führen. Dieser Prozeß der internen Homogenisierung darf nicht verdecken, daß vertikale Nivellierung *nicht* stattfindet. Es ist vielmehr so, daß der „Mittelstand“, ausgegeben als gesellschaftliches Leitbild, als Endstation individueller und partieller Gruppenmobilität dient und so die „Oberschicht“ nach unten abschirmt. Indem er dem beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft, der nicht dem „Mittelstand“ angehört, als Ziel der Aufstiegsambitionen für sich oder die Kinder offensteht, vermittelt er die Illusion einer „durchlässigen“ Sozialstruktur, in der einzelne und womöglich alle aufgrund von Fleiß und Können nach „oben“ kommen können. Tatsächlich findet Bewegung nur statt auf der Skala der Differenzierungen *innerhalb* der Gruppe der Arbeiter. Die allgemeine gesellschaftliche Schichtstruktur bleibt davon unberührt.

Die Theoretiker der Mittelstandsgesellschaft oder anderer Schichtungskonzepte können die Nichtexistenz der Arbeiterklasse besonders deshalb leicht deklarieren, weil sich ihre Kategorien auf die Klassenstruktur einer Gesellschaft gar nicht beziehen. Klassenanalyse nämlich meint Analyse der politisch-ökonomischen Machtverteilung. Die liberale Vorstellung eines Gruppenkarusells, das um die Herrschaftsposition kreist, die schließlich einer Gruppe für eine Weile zufallen, worauf die anderen zu gehorchen haben, können wir beiseite legen. Unsere Frage ist: Wer besitzt aufgrund welcher Faktoren die Macht, über den Wirtschaftsprozess und damit über das Leben anderer zu entscheiden? Die prinzipielle Antwort ist einfach wie je. Wer Eigentum an Produktionsmitteln besitzt, kann sich Arbeitskraft kaufen, bestimmt den Arbeitsprozeß und eignet sich das Produkt der Arbeit an. Am Anfang steht der Eigentumstitel, den ihm der Staat sichert, ebenso wie die anderen obigen „Rechte“, die aus dem Eigentum „erwachsen“. Am anderen Ende steht der Arbeiter, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, eben weil er kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzt. Ein Teil des Produktes (in Form von Geld) muß der Kapitalist dem Arbeiter abtreten, da dieser in der Regel nicht aus Vergnügen arbeitet, sondern um sich und seine Familie am Leben zu erhalten. Für den Kapitalisten kommt es — schon aus Gründen der Sicherung und des Ausbaus seiner „Marktposition“ — darauf an, diesen Teil möglichst klein zu halten; der Arbeiter hätte ihn gern möglichst groß. Jede reale Verbesserung der Position des Kapitalisten ist eine Verschlechterung der Situation des Arbeiters und umgekehrt. Im gesellschaftlichen Maßstab stehen sich also die Interessen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse antagonistisch gegenüber. Sowohl die Arbeit selbst, für den Arbeiter das Mittel potentieller Selbstentfaltung, für den Kapitalisten warenhaft gehandeltes Produktionsmittel, als auch das Produkt der Arbeit sind Gegenstand der Klassenauseinandersetzung, die in kapitalistischen Klassenstaaten stattfindet, deren Gesetze und Machtapparate prinzipiell im Dienst der Kapitalistenklasse stehen.

Diese ebenso trivialen wie fundamentalen Zusammenhänge versucht reaktionäre Propaganda durch eine Reihe ideologischer Abwehrthesen wegzuerklären.

Kapitalisten lenken nicht mehr die Wirtschaft, das Regime der Manager ist angebrochen. Zur Leitung moderner Industrieunternehmen bedarf es einer Heerschar von Experten und Entscheidungsspezialisten. Zu diesem Zweck ernennt das von den Kapitaleignern kontrollierte Überwachungsgremium Vertrauensleute, die die täglichen Geschäfte führen und unternehmenspolitische Entscheidungen vorbereiten. Die letzte Entscheidung liegt bei besagtem Überwachungsgremium („Aufsichtsrat“ oder wie immer geheißen). Tatsächlich hat sich eine gewisse Autonomie der Top-Führungskräfte herausgebildet, deren Gruppenwerte und materielle Interessen jedoch die Organisation der Produktion unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung zwingend verlangen. Der Klassengegensatz ist nicht eine persönliche Angelegenheit zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Welche Personen als bezahlte Agenten die Interessen des Kapitals vertreten, ist prinzipiell gleichgültig. Daß sich die Kapitalisten beim Ausbeutungsgeschäft mehr und mehr auf das Einstreichen der Dividende konzentrieren, ist nur ein weiterer Beleg für die historische Überlebtheit kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Dabei hat sich innerhalb des kapitalistischen Systems eine Gruppe von bezahlten Agenten formiert, deren Interessen mit denen des Kapitals zusammenfallen.

Der Staat hat eine neue Funktion, er ist heute Sachwalter des ganzen Volkes. In den Vokabeln „Gemeinwohl“, „formierte Gesellschaft“, „soziale Symmetrie“, „konzertierte Aktion“ usw. irrlichterte diese Weisheit jüngstens durch die Bundesrepublik. Der SPD-Spruch „Volkspartei“ gehört zur selben Kategorie. Wie es das „ganze Volk“ als Interessenmonolith nicht gibt, so ist das „Gemeinwohl“, auf das hin Gesellschaft zu „formieren“ wäre, ein Nebelgespinnst. Die fundamentalen Gegensätze zwischen der Ausbeuterklasse und der ihrer Arbeit und ihrer Arbeitsleistung beraubten Arbeiterklasse sind ihrer Substanz nach unversöhnlich. Die Vorstellung, daß der Staat — die politische Exekutive — über den Klassen schwebend zwischen diesen vermitteln könne, ist falsch. Der Staat ist Ausdruck und Stabilisator der Klassenherrschaft. Und zwar nicht nur, indem er die Einhaltung der Klassengesetze — allen voran das Eigentumsrecht — erzwingt, sondern als aktiver Agent der Interessen der „Wirtschaft“. Es ist eine empirische Feststellung, daß der Staat in allen kapitalistischen Metropolen eine Abteilung der herrschenden Klasse darstellt. Ein Paradebeispiel dafür lieferte die sogenannte Große Koalition in der BRD, wo SPD-Minister Schiller — ideologische Beschörfungsformeln zur Pazifizierung der Arbeiterschaft von sich gebend — die Wirtschaftsrezession auf Kosten der Arbeiter und durch Hochpumpen der Profite fürs erste „überwand“.

Klassengegensätze gab es in den Anfängen des Kapitalismus, als die Arbeiter wirklich schlecht dran waren; das ist heute durch die Tarifpartnerschaft abgelöst, bei der sich gesellschaftlich verantwortungsbewußte Unternehmer und starke Gewerkschaften gegenüberstehen. Der Zusammenschluß der Arbeiter zu Gewerkschaften war eine der fundamentalen Selbsterhaltungsmaßnahmen der Arbeiterklasse. Ohne diese Organisation, blutig durchgesetzt gegen brutale Attacken der

Kapitalistenklasse, und ohne den permanenten Kampf der organisierten Arbeiterschaft wäre der Arbeitslohn heute bedeutend geringer und wären die Arbeitsbedingungen noch schlechter. Was erreicht wurde, wurde nicht von einer „aufgeklärten Unternehmerschaft“ aus sozialem Verantwortungsbewußtsein freiwillig abgetreten, sondern von der Arbeiterschaft in Generationen erkämpft. Gemessen am Ziel, über die eigene Arbeit und die Produkte der Arbeit zu verfügen, hat die Arbeiterbewegung noch einen weiten Weg zu gehen. „Tarifpartnerschaft“ liegt auf einer Station an diesem Weg und ist auch da nur eine Methode, nämlich die, über bestimmte legalisierte Kanäle die Klassenposition der Arbeiter zu verbessern. Wie weit diese Methode sinnvoll einzusetzen ist, hängt von dem politischen Bewußtsein der Arbeiter und der politischen Stärke der Arbeiterbewegung ab, dann auch von der Situation der Unternehmerklasse. Mit der „Tarifpartnerschaft“ hat sich der Klassenwiderspruch nicht erledigt; sie ist eine der Formen, in denen er sich ausdrückt.

Welche Propagandaformel auch immer, sie erweist sich als zu dünn, um den antagonistischen Widerspruch in den kapitalistischen Metropolen zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der Ausbeuterklasse zu überdecken. Das gilt auch für das von manchen Neuen Linken gebrauchte Argument der gemeinsamen Ausbeutung der „Dritten Welt“ durch Kapital und Arbeit der Metropolen. Nicht nur bedeutet der in den Zahlungsbilanzen der kapitalistischen Metropolen im Verkehr mit den industriell unterentwickelten Ländern festzustellende Waren- und Kapalexportüberschuß eine Verknappung der Arbeitsplätze und der auf den Markt gebrachten Güter; die herrschende Klasse kann aus der fantastischen Verzinsung des „Auslandskapitals“ ihren internationalen und nationalen Ausbeutungsapparat weiter festigen und ausbauen. Die Einfuhr billiger Nahrungsmittel, Textilien u. ä., die ganz gewiß ohne die Superausbeutung der industriell unterentwickelten Gesellschaften durch das internationale Monopolkapital so billig nicht sein würden, — wobei diese „Billigkeit“ vor allem dem Profit des Importmonopols dient und den Konsumenten kaum erreicht — liegt ebenfalls weniger im Interesse der Arbeiter als in dem der Ausbeuterklasse.

Auf einer völlig anderen Ebene bewegt sich die oben angeführte These, nach der das Interesse der Arbeiter zwar objektiv in Widerspruch zu dem der herrschenden Klasse stehe, die subjektive Einsicht darin ihnen aber auf unabsehbare Zeit durch materielles Wohlergehen und Bewußtseinsmanipulation verwehrt sei. Zunächst ist diese Feststellung schon als Zustandsbeschreibung falsch. Weder ist materielles Wohlergehen eine allgemeine Erfahrung der Arbeiter (und Arbeitslosen), noch fehlt ihnen generell das Selbst-Verständnis als ausgebeutete Klasse. Von 200 Millionen US-Bürgern leben 30 Millionen in offiziell registrierter Armut. Das Verhältnis ist in der BRD — wo es solche Statistiken nicht gibt — kaum anders. Die Armee der Ratenzahler ist ein weiterer Beleg, für wie wohlhabend sich Arbeiter im Verhältnis zu ihren Bedürfnissen halten können. Die Durchschnittsfamilie mit vier Mitgliedern und 800 DM im Monat lebt nicht im Überfluß; sie hat Bedürf-

nisse, die weit über ihr Einkommen hinausreichen. Sie weiß auch, daß andere mehr haben und leichter leben. In jeder einschlägigen bourgeoissoziologischen Untersuchung wundert sich der Autor, wie klar das Bewußtsein des sozialen Zwangs bis hin zum Ausgebeutetsein unter Arbeitern ist.

Das Problem liegt also nicht in erster Linie in der mangelhaften subjektiven Einsicht der Arbeiter in ihre aktuelle Situation. Der Punkt ist vielmehr, daß die „Unzufriedenheit“ noch nicht den Grad absoluter Unerträglichkeit angenommen hat, daß ihre Erbitterung auf handgemachte Haßobjekte (Kommunisten, Studenten, Gastarbeiter, Schwarze, Juden usw.) abgeleitet wird, und daß schließlich und vor allem das Bewußtsein fehlt, wie der gegenwärtige Zustand geändert und was von ihnen dabei getan werden könnte. Der Glauben an die eigene Ohnmacht, gut gestützt durch praktische Erfahrung, und das Unvermögen, eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln, sind die wesentlichen Ursachen der politischen Passivität großer Teile der Arbeiterschaft.

Diese Faktoren sind jedoch keineswegs unveränderlich. Die zunehmend barbarische Qualität des staatsmonopolistischen Kapitalismus — die vollkommene Entfremdung der Arbeit im Produktionsprozeß durch verstärkten Leistungsdruck und Automation; die Verwüstung der Umwelt durch Verschmutzung von Luft und Wasser, Ruinierung der natürlichen Rekreatationszonen und der städtischen Siedlungszentren; die Verschwendung des gesellschaftlichen Reichtums in Form von gigantischen Rüstungsausgaben u. ä. — sowie die Selbst-Diskreditierung der sogenannten reformistischen Führung der Arbeiterschaft in Gewerkschaften und Parteien, die dabei ist, sich historisch als inkompetent und korrupt zu entlarven — das alles sind Faktoren, die zur Erleichterung der subjektiven Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten des verschärften objektiven Klassenwiderspruchs beitragen. Das System selbst liefert also die Gegenstände des Konflikts, durch dessen realistische Organisation die revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse ständig weitere Teile der Bevölkerung mobilisieren kann.

c) Widersprüche zwischen nationalen und sektoralen kapitalistischen Gruppen

Die Formierung der einzelnen Abteilungen des internationalen Monopolkapitalismus unter dem Gesichtspunkt des imperialistischen Globalinteresses haben wir als eine der fundamentalen Entwicklungen in der gegenwärtigen historischen Phase bezeichnet. Diese Entwicklung verläuft nicht gradlinig und nicht ohne Kämpfe zwischen den einzelnen, auf ihrem Partikularinteresse beharrenden Systemteilen. Die Kollisionen zwischen Nationalstaaten innerhalb des Imperialismus sind offensichtlicher Ausdruck der zentrifugalen Qualität der konkurrierenden Profitinteressen nationaler Kapitalismen. Die national herrschende Klasse versucht, über ihren staatlichen Apparat eine möglichst günstige Position im internationalen Ausbeutungssystem herauszuholen. Eine zweite Widerspruchslinie verläuft innerhalb der Nationalstaaten zwischen dem mehr am einheimischen

Markt interessierten Unternehmerblock und dem mehr im internationalen Rahmen operierendem Monopolkapital.

Am Beispiel der BRD läßt sich die Bedeutung dieser Widersprüche für die interne und internationale Politik kapitalistischer Nationalstaaten demonstrieren. Ohne zu übersehen, daß die Widersprüche auch quer durch die Parteien verlaufen, sind doch folgende Akzente zu sehen. Eine CDU-NPD-Koalition wäre die staatliche Organisation des nationalistischen Aspektes, nach außen aggressiv, nach innen protektionistisch und faschistoid. Eine SPD/FDP-Koalition ist intern und extern eher orientiert an den Interessen des gesamtimperialistischen Systems. Unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um die Friedenssicherung und der legalen Bedingungen des Klassenkampfes in der BRD ist es daher richtig, die beiden Koalitionen voneinander zu trennen; dabei bleibt jedoch die SPD-FDP-Koalition als das zu erkennen, was sie ist: politischer Ausdruck der internationalistischen Variante des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der sein langfristiges Eigeninteresse aufgehoben weiß im Schicksal des globalimperialistischen Systems.

III. Haupt- und Nebenwidersprüche? Zur revolutionären Qualität der drei Hauptströme des internationalen Widerstands gegen den Imperialismus

Die Mehrdimensionalität der Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems führt zu den Fragen ihres Zusammenhanges und ihrer Gewichtung. Antwort darauf lieferten marxistische Theoretiker vor allem in den Konzepten des „Hauptwiderspruchs der Epoche“ und des „schwächsten Glieds“ in der imperialistischen Ausbeutungskette. Daß diese Antworten — häufig je nach dem empirischen Standort der Theoretiker — verschieden ausfielen, ist nicht verwunderlich. Der spezifische Charakter der eigenen Ausbeutung und die Bedingungen des eigenen revolutionären Kampfes beeinflussen auch die theoretisch geprüfte Wahrnehmung. Daß die Konzepte nicht abstraktem Erkenntnisdrang entspringen, sondern als Maßstab der Allokation des revolutionären Gesamtpotentials fungieren sollen, also direkt die Chancen der eigenen revolutionären Bewegung beeinflussen, ist ein weiterer Faktor, der objektive Analyse erschwert.

Fast alle theoretisch-strategischen Entwürfe können entlang den beiden obigen Momenten eingeordnet werden. In Theorien wie „Aufbau des Sozialismus in einem Land (bzw. aktueller: in einem Weltsystem)“ und dem vor allem in Linksbewegungen der kapitalistischen Metropolen diskutierten „Eigenen Weg zum Sozialismus“ steckt eine Überbewertung des eigenen national oder blockmäßig begrenzten Problemhorizontes, die in der gegenwärtigen Phase fatal sein kann. Die kommunistischen Parteien der sozialistischen Staaten würden in einen „nationalen Syndikalismus“ verfallen, wenn sie glaubten, Inseln des Sozialismus in einer weitgehend vom Imperialismus kontrollierten Welt schaffen zu können. Die deformierende und blockierende Wirkung des Imperialismus auf die Entwicklung der sozialistischen Staaten selbst in eine Tatsache, die 1968 in der CSSR besonders offen an den Tag gelegt wurde. Das wird sich in der Zukunft — mit

der internationalen Durchorganisation des Imperialismus und der zunehmenden Manifestierung seiner Widersprüche — weiter verschärfen. Das unmittelbare Eigeninteresse der kommunistischen Parteien und Völker der sozialistischen Staaten erzwingt eine internationale revolutionäre Strategie.

Einem eher noch größeren Mißverständnis öffnet die These vom „Eigenen Weg zum Sozialismus“ in den kapitalistischen Metropolen den Weg. Selbstverständlich hat sich die Strategie der Arbeiterbewegung an der spezifischen empirischen Situation zu orientieren. Die ist aber gerade dadurch gekennzeichnet, daß man es nicht mit einem in nationalen Begriffen faßbaren Gegner zu tun hat. Der nationale Ausbeutungsapparat ist nur eine Abteilung der internationalen Unterdrückungsmaschinerie des Imperialismus, von deren Gesamtstruktur daher die notwendig internationale Perspektive der Arbeiterbewegung abhängen muß.

Die internationale Solidarität der Arbeiterklasse — in den kapitalistischen Metropolen, in den sozialistischen Staaten und in den industriell unterentwickelten Regionen — ist nicht allein ein Gebot der Humanität, sie ist materiell fundiert; es handelt sich um Interessenidentität. Im Gegensatz zu den angeführten Varianten des „Eigenen Weg / Eigenes Land“-Theorien wird dies in den Konzepten vom Hauptwiderspruch explizit gemacht. Indem ein Widerspruch als strategisch entscheidender vorgestellt wird, dessen Aufhebung das globale imperialistische System zum Einstürzen bringt, wird ein Rezept der Kanalisierung aller revolutionären Potentiale auf diese Widerspruchsebene hin produziert. Tatsächlich ist der unmittelbare strategische Wert solcher Konzepte gering. Denn die Antwort auf die Frage, wie die Aufhebung eines Widerspruchs des Imperialismus berühren wird, berührt nicht per se das Problem, wie das historisch vorhandene Revolutionspotential optimal einzusetzen ist. So kann gleichermaßen gefolgert werden, daß ein Sieg der Arbeiterklasse in den Metropolen und ein Sieg des sozialistischen Weltsystems über das kapitalistische den Imperialismus historisch liquidieren werden. Diese Schlußfolgerungen sind allerdings nichts weiter als Tautologien, in unserem Zusammenhang nutzlos. Die strategische Bedeutung des Widerspruchs allein begründet noch kein internationales Revolutionskonzept. Die zusätzliche Frage ist: Reicht das auf dieser Ebene einsetzbare Potential hin, den Widerspruch revolutionär aufzulösen?

Sowohl die (sowjetische) Theorie der „Friedlichen Koexistenz“ wie die (chinesische) der „Dörfer versus Städte im Weltmaßstab“ beanspruchen, beide Fragen positiv zu beantworten. Während die chinesischen Kommunisten für eine Strategie der Volkskriege in der „Dritten Welt eintreten, die 1. wie durch das chinesische Beispiel demonstriert, vom Imperialismus nicht gewonnen werden können („Dritte Welt“ als schwächstes Glied der imperialistischen Ausbeutungskette) und 2. damit den Imperialismus seines absolut lebensnotwendigen Ausbeutungshinterlandes berauben (ihn also global zum Einsturz bringen), zielt die KPdSU auf das „Überholen“ des Kapitalismus im „friedlichen Wettstreit“, das 1. durch den zügigen Aufbau des Sozialismus im eigenen Weltsystem möglich ist, und 2. damit

den Kapitalismus als historisch abgewirtschaftetes System zum Abtreten zwingt („historisch abgewirtschaftet“, weil mit dem „Überholen“ das Ausbeutungsfeld des Imperialismus sich laufend und laufend schneller verkleinert; sich die internationalen Austauschbedingungen immer mehr gegen den Imperialismus kehren; der Fortschritt in den sozialistischen Gesellschaften Signalwirkung auf die ausgebeutete Klasse in den imperialistischen Ländern und die Völker der „Dritten Welt“ hat; das Potential des Monopolkapitals zur Unterdrückung und Sistierung des antiimperialistischen Widerstandes im eigenen Herrschaftsbereich sich verringert; im sozialistischen Weltsystem mehr und mehr Mittel erarbeitet werden, die zur Unterstützung dieses antiimperialistischen Kampfes und des Aufbaus neuer sozialistischer Gesellschaften eingesetzt werden können).

Ganz offenbar sind die Theorien an der je unterschiedlichen historischen Erfahrung und an der spezifischen Position der beiden nationalen Gesellschaften im internationalen System orientiert. Im übergeordneten Zusammenhang einer globalen antiimperialistischen Strategie wird jedoch deutlich, daß die Konzepte sich nicht nur nicht ausschließen, sondern daß Fortschritte auf der einen Ebene abhängen von Fortschritten auf der anderen und auf diese wieder zurückwirken usw., wobei allerdings die Theorie der „Friedlichen Koexistenz“ deshalb schwerer wiegt, da in ihr die Fundamente solcher revolutionärer Rückkopplungsprozesse umrissen sind. So gäbe es ohne die beträchtliche Hilfe des sozialistischen Weltsystems heute kein sozialistisches Cuba mehr, noch wäre der US-Imperialismus so erfolgreich vom vietnamesischen Volk gestoppt worden. Ohne die schnelle und planvolle Entfaltung des gesellschaftlichen Reichtums in den sozialistischen Staaten ist diese notwendige Unterstützung nicht realisierbar — ein Argument, das um so schwerer wiegt, wenn man die gegenwärtige Unterstützung nationaler Befreiungsfronten durch die sozialistischen Staaten für zu gering hält. Andererseits vergrößert sich der Spielraum zum Ausbau des Sozialismus im sozialistischen Weltsystem in dem Maß, in dem der Unterdrückungsapparat des Imperialismus in den industriell unterentwickelten Regionen gebunden, in seiner Brutalität und Fortschrittsfeindlichkeit entlarvt wird und schließlich, durch den Sieg der sozialistischen Bewegungen, ein Stück Potenz verliert.

Das Beispiel Vietnam demonstriert deutlich, wie sich das Aufeinanderangewiesensein der revolutionären Potentiale auch auf die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Metropolen erstreckt. Die amerikanische Arbeiterklasse hat in den letzten drei Jahren trotz ständig steigender Arbeitsproduktivität keine Erhöhung ihrer Realeinkommen erlebt, da sie u. a. mit Preiserhöhungen und Kriegsteuer für den Krieg der herrschenden Klasse zu bezahlen hat (dazu kommen der absolut entfremdende Zwang, in einer US-Kriegswirtschaft arbeiten zu müssen, die Brutalisierung und Militarisierung der US-Gesellschaft, der rapide Zerfall der städtischen Wohngebiete, der natürlich die Arbeiter besonders hart trifft usw.). Das Eigeninteresse diktiert der Arbeiterklasse, gegen diesen Krieg Front zu machen. Der interne Ausbeutungscharakter des Systems, sonst halb zugedeckt

durch finanzielle Beruhigungsmittel und Stillhalte-Denkvorschriften, ist durch den Krieg offen gelegt. Der Freiheitskampf der Vietnamesen hat viele zum ersten Mal die wahre Natur des Systems erkennen und konsequent zu aktiven Mitkämpfern in der Widerstandsbewegung im eigenen Land werden lassen. Die Stärke dieser Bewegung wird über den Ausgang des US-Krieges in Südostasien mitentscheiden. Und damit auch über die eigene Zukunft: ob nämlich die herrschende Klasse der USA sich auf Dauer als Ausbeutungsherr des Pazifiks einrichten und dadurch ihre historische Lebenserwartung beträchtlich verlängern kann — oder nicht.

Siege und Niederlagen im Kampf gegen den Imperialismus sind Siege und Niederlagen für alle drei revolutionären Ströme gemeinsam; und ob es Siege oder Niederlagen sind, hängt nicht zuletzt davon ab, daß der Kampf gemeinsam und koordiniert geführt wird.

Angesichts der immer noch gewaltigen Ressourcen des Imperialismus, die großteils zur Stabilisierung der internationalen Ausbeutung disponibel sind, ist die Vorstellung eines isolierten Durchbruchs eines der drei Ströme mit alsbald folgendem Zusammenfall des Gesamtsystems unrealistisch. Ein internationales Revolutionskonzept muß daher die beiden Fragen umfassen: Wie kann das Revolutionspotential an jeder einzelnen Widerstandsfront optimal ausgebaut werden? Wie können die einzelnen Potentiale international aktiviert und „ausgetauscht“ werden?

IV. Elemente eines internationalen Revolutionskonzepts

Der globale Nenner dieser Notizen erlaubt nur recht generelle Thesen, die in einem präziser zu entwickelnden Konzept zu beachten sind. Diese sind:

a) Aufbau der revolutionären Potentiale

In den kapitalistischen Metropolen. Zwei Faktoren bestimmen die aktuelle und entfaltbare Potenz der Arbeiterbewegung: das Ausmaß revolutionären Bewußtseins in der Arbeiterschaft und die allgemeine Verfassung der Klassenauseinandersetzung. So gewaltig seine internen Widersprüche das kapitalistische System auch erschüttern mögen, in eine rationale ausbeutungsfreie Gesellschaft transformiert werden kann es nur durch den bewußten revolutionären Akt der Arbeiterklasse. Nur in quantitativ wie qualitativ ständig expandierenden konkreten Aktionen der Selbstverteidigung und Selbsthilfe kann dieses Bewußtsein als Ergebnis praktischer Erfahrung in der Arbeiterklasse um sich greifen. Solche Aktionen werden weder verlässlich „spontan“ entstehen, noch führen sie in jedem Fall und automatisch in revolutionäre Richtung. Die Mobilisierung der Arbeiterschaft und die Durchsetzung revolutionärer Prinzipien ist vielmehr die Aufgabe der organisierten Avantgarde der Arbeiterklasse. Dieser ihr fortgeschrittenster Teil muß darüberhinaus bei der Artikulation und Organisation des Widerstandes der von der kapitalistischen Ausbeutung erfaßten Schichten und Gruppen helfen, die

außerhalb der Arbeiterklasse stehen. Je mehr Massen im antimonopolistischen Kampf mobilisiert werden, desto energischer kann und muß die sozialistische Avantgarde den Klassenstandpunkt der Arbeiter durchsetzen.

In der allgemeinen Verfassung der Klassenauseinandersetzung sind diesem Kampf wesentliche Ausdrucks- und Erfolgsbedingungen vorgegeben. Ein faschistisch organisierter Klassenstaat liefert eine andere, ungünstigere Kampfperspektive als eine „sozialdemokratisch“ regulierte Klassenherrschaft des Kapitals. Der Charakter der Basiselemente der Sozialstruktur — Erziehung, Kommunikation, „politisches System“, Gesetzgebung usw. — ist von immenser Bedeutung. Mit ihnen wird der Spielraum abgesteckt, innerhalb dessen zunächst pure Selbstverteidigung organisiert werden kann, ohne deren Erfahrung und Erfolg die „Systemfrage“ nicht gestellt werden wird. Insofern eben ist der Kampf um — die Ausgangsbasis der Arbeiterklasse verbessernde — Reformen revolutionär.

Im sozialistischen Weltsystem. Sein revolutionäres Potential bestimmt sich nach dem sozialistischen Bewußtsein der Menschen und dem Entwicklungsstand des gesellschaftlichen Reichtums. Aufbau des Sozialismus meint keineswegs nur die optimale Entfaltung der Produktivkräfte im technologisch-instrumentalen Sinn; Maßstab der gesellschaftlichen Organisation sind nicht allein die höchst erreichbaren Produktionsziffern. Selbstverständlich ist ökonomisch-instrumentales Denken eine unverzichtbare Priorität, solange der internationale Unterdrückungsapparat des Imperialismus funktioniert. In diesen materiellen Aufbau, geleitet und kontrolliert von der politischen Organisation der Arbeiterklasse, muß jedoch eingeschlossen sein der planvolle Ausbau des Sozialismus als Erkenntnis-, Motivations- und Beteiligungssystem aller Arbeitenden.

In den industriell unterentwickelten Regionen. Zwar müssen Generalisierungen hier besonders behutsam vorgenommen werden, doch lassen sich — als Konsequenzen der imperialistischen Ausbeutung — allgemeine Tendenzen einwandfrei erkennen. Zwei vor allem sind festzuhalten: die „Modernisierung“ — Erziehung und Ausbildung inkl. der Übernahme „moderner“ Erwartungen — läuft der „Industrialisierung“ davon; die wirtschaftliche Entwicklung verläuft „dualistisch“, d. h. inmitten der allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation der Region existieren einige wenige, in ihrem Umfang und ihrer Wachstumsfähigkeit beschränkte städtische Inseln industrieller Entwicklung.

Die erste Tendenz sorgt dafür, daß in städtischer Intelligenz und Arbeiterschaft „natürliche“ Verbündete der in immer tieferes Elend geratenden Landbevölkerung entstehen. Der zweite Faktor hat zur wesentlichen Folge, daß Jahr für Jahr Millionen Menschen aus den ländlichen Stagnationsgebieten in die Städte wandern, die ihrerseits absolut unfähig sind, die zuwandernden Massen sozial und ökonomisch zu „integrieren“. So entstehen in den Städten riesige „Lumpenproletariate“, die ohne eine Revolutionierung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse auf eine Verbesserung ihrer Position nicht hoffen können.

Das revolutionäre Potential umfaßt also die arbeitende Landbevölkerung und

die städtischen „Lumpenproletariate“ — deren objektive Bedingungen unmittelbar auf Revolution drängen — und die städtische Intelligenz und Arbeiterschaft — deren subjektive Einsicht am weitesten fortgeschritten ist und die immer weniger vom Produktionsapparat absorbiert werden können. Gemäß ihrer Stellung im Produktionsprozeß entwickelt die Arbeiterschaft am ehesten Solidarität, Disziplin und organisatorische Fähigkeit; sie ist daher die gegebene Schaltstelle, von der aus die einzelnen Basen des revolutionären Widerstandes zu entwickeln und zu koordinieren sind. Nach ihrer systematischen Interessenlage weist sie auch am eindeutigsten und weitesten über das kapitalistische Ausbeutungssystem hinaus; sie ist daher der wesentliche Garant einer sozialistischen Überwindung der bestehenden Produktionsverhältnisse.

b) Die internationale Aktivierung der Revolutionspotentiale

In den kapitalistischen Metropolen. Realistische Aufgabe der revolutionären Arbeiterklasse ist, den vom Imperialismus an den beiden übrigen Fronten des internationalen Klassenkampfes eingesetzten Unterdrückungsapparat aufzuhalten bzw. in seiner Kapazität zu vermindern. Diese Aufgabe hat eine theoretische und eine aktivistische Komponente.

Das Stillhalten und Stillschweigen großer Teile der Bevölkerung zu imperialistischer Politik ist u. a. auf die sehr erfolgreiche ideologische Hetze und Rechtfertigung durch die Systempropaganda zurückzuführen. Mit der Charakterisierung der „Entwicklungsländer“ als kulturell rückständige, denen vom fortschrittlichen Westen „geholfen“ werden muß, wird dem Monopolkapital ein riesiger internationaler Ausbeutungsraum offengehalten. Mit der Denunzierung des „Sowjetblocks“ als freiheitsfeindlich und militantisch sollen der Sozialismus als historische Alternative zum Kapitalismus überhaupt diskreditiert und aggressive Maßnahmen gegen den „Sowjetblock“ gerechtfertigt werden. Gegen beide Herrschaftslügen muß fundierte Kritik entwickelt und in der Gesellschaft verbreitet werden, um dem aggressiven Imperialismus auf längere Sicht sein Legitimationsgerüst zu entziehen.

Neben dieser allgemeinen Aufklärungsarbeit steht die Entwicklung von politischem Druck an spezifischen Punkten der internationalen Klassenauseinandersetzung (Vietnam, Atomwaffensperrvertrag usw.). Durch die Mobilisierung aller Sympathisanten und die Dramatisierung des Problems durch Massendemonstrationen u. ä. wird öffentliche Meinung angemeldet, deren Sog die politischen Agenten des Systems mitbewegt.

Im sozialistischen Weltsystem. Basierend auf seiner materiellen Potenz und seiner Selbständigkeit als Faktor im internationalen Staatensystem kommt dem sozialistischen Weltsystem unter dem Aspekt der internationalen Aktivierung der revolutionären Potentiale die Hauptbedeutung zu. Seine internationale politische Strategie muß die revolutionäre Entwicklung in den kapitalistischen Metropolen und in den industriell unterentwickelten Regionen flankieren und unterstützen.

Wo nationale Befreiungsfronten in prinzipiell ausbaufähigen Positionen kämpfen, muß die politische Unterstützung durch ökonomische und militärische ergänzt werden. Wirtschaftshilfe wird überragend wichtig nach dem Sieg im nationalen Befreiungskampf. Vorgegeben sind dieser Strategie die Bedingungen der globalen Friedenssicherung und der Wahrung der eigenen Entwicklungssubstanz. *In den industriell unterentwickelten Regionen.* Der Entwicklungsphase des Kampfes wie der Natur der Widerstandsbasen nach macht eine direkte Aktivierung dieses Revolutionspotentials zur Unterstützung der beiden anderen Fronten nur begrenzt Sinn. Wichtig ist, die Strategien innerhalb dieses „Hauptstromes“ zu koordinieren und die Unterstützungsaktionen der beiden anderen Abteilungen in diese einzugliedern.

V. Reorganisation der aktuellen revolutionären Praxis

Die obigen Hinweise enthalten bzw. erlauben Vorschläge zur Organisation des antiimperialistischen Kampfes, wie sie aus der Beschaffenheit des Kampfgebietes — des internationalen Systems — ableitbar sind. Es sind Wegweiser für eine revolutionäre Praxis, deren aktueller Zustand vielen der gesetzten Erfordernisse nicht entspricht.

Die Organisation der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Metropolen hat in Form und Inhalt ein reformistisches Übergewicht. Organisationsformen mit bürokratischen Kompetenzlinien und faktisch weitgehender Autonomie der Entscheidungszentren stehen tendenziell dem notwendigen kämpferischen Involvement der einzelnen Arbeiter und der daraus folgenden Expansion des revolutionären Bewußtseins in der Arbeiterschaft entgegen. Auch inhaltlich tendieren die Bürokratien der Massenorganisationen, eingerichtet als Klassenvertretung im bestehenden institutionellen Rahmen, zum Verlust der systemübersteigenden Perspektive, d. h. Reformen werden oft genug nicht primär unter dem Aspekt der Vermittlung der Revolution verfolgt. Schließlich wird der politische Bewegungsraum, der durch reformerische Strategie dazugewonnen wird (hierin liegt die nicht zu unterschätzende Bedeutung der Massenorganisationen), nicht zur Ausdehnung des Kampfes an der Basis genutzt, wodurch allein eben Reformen innerhalb einer revolutionären Strategie ihren Sinn gewinnen. Neben der — absolut erforderlichen — organisierten Klassenvertretung auch im Rahmen des bestehenden institutionellen Systems müssen verstärkt Organisationsformen der politischen Mobilisierung entwickelt werden, in denen Menschen innerhalb von ihnen überschaubarer Zusammenhänge selbst aktiv werden können. Eine sozialistische Avantgarde-Partei scheint am ehesten in der Lage, die revolutionäre Stoßrichtung und die notwendige Koordination dieser Anstrengungen zu garantieren. Die internationale Aktivierung des revolutionären Potentials wird ebenfalls oftmals verhindert durch die Orientierung an der eigenen Verhandlungsposition am internen politischen Markt oder an der von der kapitalistischen Propaganda do-

minierten „öffentlichen Meinung“. Ein „eigener Weg zum Sozialismus“ unter diesen Vorzeichen ist nichts anderes als internationaler Opportunismus (siehe CSSR 1968).

Im sozialistischen Weltsystem ist wirtschaftlicher Aufbau nicht mehr von „Kulturrevolution“, d. h. Durchsetzung und Vitalisierung sozialistischer Strukturen und Inhalte innerhalb und außerhalb der kommunistischen Parteien zu trennen. Anzeichen deuten darauf hin, daß die fortschrittlichen Kräfte eine entsprechende Strategie in die Praxis umsetzen. Das gilt auch für ein zweites, ganz entscheidendes Problem: die Koordination der nationalen Elemente des sozialistischen Weltsystems nach innen. Dieses umschließt Gesellschaften von unterschiedlicher Entwicklungsstufe und vorsozialistischer Tradition. Konsequentermaßen ergeben sich unterschiedliche Prioritäten beim Aufbau des Sozialismus, was um so eher zum Problem wird, als dieser Aufbau sinnvollerweise integriert stattzufinden hat.

Unter internationalen Gesichtspunkten ist ein mählicher Wechsel von der Überbetonung der Sicherung und Entwicklung des eigenen Bestandes (inkl. ideologieleerer Politik gegenüber den industriell unterentwickelten Staaten und den kapitalistischen Metropolen) zu offensiver Unterstützung und Ergänzung der anderen revolutionären Ströme zu erkennen. Diese Praxis der Solidarität muß entschieden weiter ausgebaut werden.

In den industriell unterentwickelten Regionen sind u. a. zwei der oben postulierten Bedingungen nicht erfüllt: Die Koordination der städtischen und der ländlichen Potentiale sowie die systematische Einbeziehung des städtischen „Lumpenproletariats“ in die revolutionäre Strategie. In vielen Ländern arbeiten stadt- und landorientierte Bewegungen sogar gegeneinander, häufig eine Folge der überwiegend reformistischen Qualität der Stadtbewegungen.

Eine Reorganisation der Praxis an allen drei Fronten entlang den oben angeführten Linien würde uns der Lösung der revolutionären Aufgabe in der gegenwärtigen Epoche näherbringen — nämlich dem Ausbau und der Koordination der drei Hauptströme des revolutionären Widerstandes gegen den Imperialismus in einem durch die internationale Formierung des Kapitalismus und die Existenz des sozialistischen Weltsystems wesentlich neu strukturierten Feld des internationalen Klassenkampfes.

Michael Geismeyer Der deutsche Imperialismus in der Klemme

Ansatzpunkte einer antikapitalistischen Strategie

„Es soll sich wohl an einer Stelle das eine Heer aufstellen und erklären: ‚Wir sind für den Sozialismus‘, an einer anderen Stelle das andere Heer aufstellen und erklären: ‚Wir sind für den Imperialismus‘, und das wird dann die soziale Revolution sein!“¹ So verspottet Lenin in einem Aufsatz zur nationalen Selbstbestimmung das papierene Revolutionsverständnis, das von den großen historischen Alternativen her Ziele und Formen des konkreten Kampfes deklarieren zu können glaubt.

Revolutionäre Politik hat die Aufgabe, die Vielzahl der konkreten Widersprüche und Probleme in ihrer tatsächlichen Bedeutung zu erkennen, einzugreifen in die wirkliche Bewegung und so real einen bewußten Beitrag zum Sturz des Imperialismus zu leisten. Für Lenin war jede nationale Problematik, jede Reformdiskussion, jede demokratische Bestrebung, jede wissenschaftliche Auseinandersetzung, jede diplomatische Reiberei, ja sogar jede Panne und bürgerliche „Affäre“ Ansatzpunkt revolutionärer Politik, eben weil er den Systemcharakter des Kapitalismus, den Zusammenhang seiner einzelnen Widersprüche verstand.

I. Grenzen und Schwierigkeiten des deutschen Imperialismus.

Dem ersten Anschein nach mag der Kapitalismus in der Bundesrepublik auf festeren Füßen stehen, als etwa in Italien, Frankreich oder Großbritannien. In Deutschland hat man die Avantgarde der Arbeiterbewegung weitgehend physisch ausgerottet, man hat hier nach 1945 verhindern können, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung wieder die Massenbasis erhielt, die sie vor 1933 hatte, man hat schließlich versucht, durch das KPD-Verbot endgültige Tatsachen zu schaffen: Dem kalten Krieg ganz und gar den Weg freizumachen, den Marxismus-Leninismus aus dem organisatorischen und geistigen Leben der Bundesrepublik zu verjagen.

Die BRD ist das westeuropäische Land mit der geringsten Wahlstimmenzahl der Linken.

Gleichzeitig ist der deutsche Kapitalismus schon wieder zur „Schwellenmacht“ (Strauß) aufgestiegen, als hätte er nicht die beiden Kriege verloren: er ist — nach der Sowjetunion — die stärkste Industriemacht, Exportmacht und neuerdings wohl auch schon Militärmacht in Europa.

Und doch ist das nur eine Seite der Sache.

1. Der große Bruch,

an dem die BRD noch heute laboriert ist die Niederlage des Faschismus.

Es war nach 1945 in mancher Beziehung schwieriger als nach dem ersten Weltkrieg, die Herren Krupp, Flick und Abs samt ihren Politikern und Generälen in die Nachkriegszeit zu retten. Zu Recht beklagt die „Nationalzeitung“ jenen „lähmenden Traditionsverlust, Personalverlust und Verlust an internationaler und nationaler Reputation, an dem der heutige Staat leidet“. Der demokratische Anspruch, den man nach dem „Zusammenbruch“ wohl oder übel erheben mußte (wie ausgehöhlt auch immer), neue Grundsätze wie „nie wieder Krieg“, die Entnazifizierung des Erziehungswesens usw. (sei es auch oft nur vorgetäuscht) — diese unvermeidliche äußerliche Wende hat mit den Jahren Substanz bekommen, hat vor allem in der neuen Generation Fuß gefaßt. Die Ablehnung des nationalen Chauvinismus durch die überwältigende Mehrheit der Schüler, Studenten und jungen Arbeiter, ihre Bejahung von — wenn auch oft noch unkonkreten — demokratischen Prinzipien sind historisch neue Faktoren in Deutschland (man wird unter anderem auch diesen Zusammenhang heranziehen müssen, wenn man erklären will, warum erstmals in Deutschland studentische Unruhe nicht einmal zum Teil ins „nationalrevolutionäre“, ins chauvinistische Fahrwasser geriet).

2. Der dritte Mann.

Im Gefolge der vernichtenden Niederlage des Faschismus, d. h. der deutschen Monopole, entstand auf deutschem Boden ein antifaschistisch-demokratischer, schließlich sozialistischer Staat.

Gewiß gelang es den alten Herren, den größeren Teil Deutschlands für sich zu retten. Sicherlich bildet die Bundesrepublik ein relativ geschlossenes System und die westdeutschen Arbeiter blicken zumeist keineswegs vorbildsuchend oder besonders solidarisch auf die DDR. Und doch ist die Deutsche Demokratische Republik, mag sie auch da und dort noch technisch rückständiger sein, zum permanent wirksamen Faktor im Klassenkampf in der BRD geworden: denken wir an die Krise nach 1929, als Millionen arbeitslos und obdachlos wurden, als man Millionen Arbeiter mit wirklichem Polizeiterror niederhielt. Ähnliches leistet sich heute wohl der amerikanische Kapitalismus; der westdeutsche könnte sich derartige Methoden der Profitmaximierung *nur bei Strafe seines Untergangs* erlauben. Deshalb sitzt in der Bundesrepublik bei Tarifverhandlungen, bei Gesetzesberatungen über die Bergarbeiterumschulung, den sozialen Wohnungsbau usw. Walter Ulbricht regelmäßig, wenn auch unsichtbar, mit am Tisch. Ins Extrem zugespitzt ist dieser Tatbestand in dem auch in dieser Hinsicht besonderen Gebiet Westberlin.

Die Schwelle, von der an wirklich massenhafte, bewußt ausgetragene soziale Kämpfe möglich werden, ist in der BRD aus verschiedenen Gründen angehoben;

doch ist jeder Anfang einer solchen Auseinandersetzung für das System heute bedrohlicher denn je.

3. Das Ende der Adenauer-Politik.

Einen Bruch in der Entwicklung des deutschen Imperialismus stellt die Krise, wenn nicht Niederlage, seiner Nachkriegsideologie und -Staatsräson dar; die Tatsache, daß der vor allem von der CDU geschaffene militant-abendländische, mc-carthyistisch-freiheitliche Expansionismus an eine Grenze stieß.

Sicher war es ein großer Erfolg des Imperialismus, die alten Machtverhältnisse zu restaurieren, aus den NS-Restkadern eine neue Waffe zu schmieden und den „Ausgleich“ und die Integration nach Westen hin zu schaffen. Dazu bedurfte es des Deckungsschildes des von Adenauer verkörpert christlichen Militarismus und der äußeren Voraussetzung der westlichen Dulles-Politik — beides Bedingungen, die auf der realen Erwartung des Feldzugs gegen den Osten beruhten.

Die Realität dieser Erwartung schwand zunehmend und merkbar vom Ende der fünfziger Jahre an; das in den dunklen fünfziger Jahren noch vielerorten gierig aufgesogene Geplärr der abendländisch — mc-carthyistischen Freiheit fand zunehmend unwillige Zuhörer. Gerade weil die Vehemenz und die Geschlossenheit der westdeutschen Nachkriegsideologie vom Heimholen der Brüder und Schwestern lebten, kann man den 13. August 1961 als eine Art entspannungsförderndes, zum Denken anregendes historisches Datum ansehen. (Auf die internationalen Zusammenhänge dieser Entwicklung kommen wir noch zu sprechen.)

Das Dilemma der herrschenden Politik, mit Realitäten kalkulieren zu müssen und zugleich die Ergebnisse des letzten Weltkrieges nicht bejahen zu wollen, hat unter anderem die aktuelle Krise der Außenpolitik, den Zerfall der „gemeinsamen Ostpolitik“ und scharfe taktische Auseinandersetzungen ausgelöst. Eine Folge dieser Unsicherheit ist, daß in der Bevölkerung ein zunehmender Teil — wenn auch nach wie vor, sogar mehr denn je SPD-orientiert — wirklich für den Weg der Verhandlungen, des Ausgleichs auf der Basis des politischen und territorialen status quo eintritt. Es ist *objektiv* eine demokratische und Friedenskraft, die da an Boden gewinnt.

Die angedeutete Krise ist keineswegs nur außenpolitischer Natur; gerade wegen der angedeuteten Identität der inneren und äußeren Adenauer-Politik brachte sie den Anfang einer Art „Liberalisierung“ im geistigen Leben der BRD, die Auflockerung des bislang verböhrt-geschlossenen Antikommunismus. Über den Bereich der Linken hinaus hat die Abstumpfung der Kalten-Kriegs-Hysterie die Aufmerksamkeit auf gesellschaftspolitische Fragen gelenkt.

4. Gestiegener Reformdruck

Das Ausbleiben der gierig erwarteten Expansionsmöglichkeit und auch das Ausbleiben des Zustroms ausgebildeter Kräfte aus der DDR nach dem August 1961

gehören zu den Ursachen des Dilemmas, daß am Ende der Wiederaufbauphase eine wirtschaftlich und gesellschaftlich krisenhafte Phase, eine Periode verstärkten Reformdrucks die Zeit der einfachen Aufwärtsentwicklung ablöste.

Bekanntlich ist *jede Reformdiskussion* dem kapitalistischen System letztlich durch das Mißverhältnis von gesellschaftlicher Ordnung und Entwicklung der Produktivkräfte aufgezwungen, ist — im Einzelfall mehr oder weniger deutlich — Ausdruck der Überlebensfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft und konkreter Ansatzpunkt systemoppositioneller Politik. Womit wir es heute in der Bundesrepublik zu tun haben, ist mehr als *ein* solcher Ansatzpunkt, mehr auch als eine zufällige Summierung mehrerer Reformprobleme. Wir haben es mit dem Zwang zur allseitigen Entwicklung und Effektivierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu tun, der Folgen hat von der Konzerngröße und -struktur über die Wirtschaftsplanifikation bis zum Bildungswesen, vom Verkehrswesen bis zum Verwaltungsapparat an der Spitze, in den Ländern und den Gemeinden.

Auf der einen Seite steht heute das sich entwickelnde, zusammenhängende Lager der antidemokratischen, staatsmonopolistischen Effektivierungsreformer von der konzern gelenkten Studienverkürzung über die Notstandsgesetze und die Aushöhlung des Parlamentarismus zugunsten einer zentralisierten Bürokratie; von den Bundeswehrplänen zur „Zivilverteidigung“ und Militarisation des öffentlichen Lebens, von der Konzertierung der Gewerkschaften bis zur Entmachtung der unteren Selbstverwaltung — viele Bataillone bilden zusammen die schon weithin aufmarschierte Armee der staatsmonopolistischen *Formierung* (wir beschränken diesen Begriff nicht auf seine Erfinder aus der CDU, sondern meinen damit auch einen guten Teil gerade des „modernen“ Flügels der Sozialdemokratie; es gehört in diesen Zusammenhang, wenn die SPD das Ministerium für Wissenschaft und Forschung, ein besonders mitten in dieser Reformproblematik stehendes Amt, nicht mit einem — häufig von Demokratisierungsvorstellungen angekränkelten — sozialdemokratischen Bildungspolitiker besetzte, sondern mit dem parteilosen, aus dem der Großindustrie nahestehenden „Wissenschaftsrat“ berichtigten Prof. Leussink).

Objektiv auf der anderen Seite des Grabens stehen die Notstandsgegner, die demokratische Studentenbewegung, die Befürworter einer demokratischen Bildungsreform, die Streikenden, die die Konzertierung störten, viele Gewerkschafter, die Gemeindepolitiker, die um ihre Finanzen und um soziale Einrichtungen kämpfen, kurz die objektiv *demokratischen* Kräfte und Regungen, die in ihrer Bewußtheit heute noch sehr unterschiedlich sein mögen, verschiedenen Parteien angehören, weit zurück sind hinter der Gegenpartei, was die Erkenntnis des Systemcharakters der Auseinandersetzung, den Zusammenhang und die Solidarität der einzelnen Kräfte betrifft.

Gleichzeitig verstärkt die genannte Reformdiskussion die von unten kommenden Bestrebungen nach Teilreformen, beispielsweise wird durch die in Gang gekommenen Veränderungen in der Wirtschaft und in der staatlichen Wirtschaftslei-

tung die Mitbestimmungsfrage und die Frage der Vermögensverteilung aktiviert.

5. International in der Klemme.

„Deutschland“ — gemeint ist die BRD — sei ein „wirtschaftlicher Riese“, der nach dem Willen einer feindlichen Welt ein „politischer Zwerg“ bleiben soll — lehrt F. J. Strauß.

„Deutschland“, wieder an die Schwelle zur Weltmacht aufgestiegen, sieht sich nach dem „Versailler Vertrag und der Teilungslinie von Jalta“ zum drittenmal in der Geschichte der Gefahr eines „internationalen Diktats“ gegenüber, schreibt Strauß' persönlicher Referent, Marcel Hepp. Schon wieder „Bändigung“, „Knebelung“, „Komplotz“, weil „wir“ (der deutsche Imperialismus) durch den Atomwaffensperrvertrag zum „Habenichtes“ verdammt werden, weil die „großen Welt-aufteiler“ USA und Sowjetunion im übler „Kumpanei“ angeblich die Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges betreiben. Das bedeutet: „deutsche Politik wird unmöglich“, Rechtsansprüche verblassen, gar wird „Ulbricht im Besitz seines deutschen Schrebergartens bestätigt“ (vgl. dazu Marcel Hepp, „Der Atomsperrvertrag“, Seewald, Stuttgart 1968 und Franz Joseph Strauß, „Entwurf für Europa“, Seewald, Stuttgart 1966; oder auch den Bayernkurier, den Rheinischen Merkur und BILD).

Diese Töne der aggressivsten Vertreter des deutschen Monopolkapitals kommen nicht von ungefähr:

Die BRD ist — ähnlich wie das Reich vor den beiden letzten Kriegen — schnell wieder zum wirtschaftlichen, politischen und militärischen Machtfaktor geworden. „Wir“ haben auch das drittemal wieder eine eingestanden expansive Zielsetzung: Erstens die Angliederung der DDR, zweitens die Wiedergewinnung der früheren Ostgebiete, als Drittes die speziell bundesrepublikanische Formung der NATO-Politik, nämlich die Absicht, ein vereinigt West- und schließlich ein „westliches“ Gesamt Europa zu erzwingen; ein Europa, dessen Mittelpunkt und Führungsmacht das wiedererstandene kapitalistische Gesamtdeutschland werden soll (vgl. F. J. Strauß a. a. O.).

Diese Politik verliert heute nicht nur die internationale Rückendeckung, die sie zu Zeiten Adenauerscher Einfachheiten besaß; die „Großmächte“ sind sogar wirklich dabei, ihr kaum überwindbare Hindernisse in den Weg zu stellen. Will man diesen Wandel verstehen, so muß man seine Ursachen benennen:

a) In höherem Maß als erwartet hat sich die neue Ordnung in den sozialistischen Staaten Osteuropas gefestigt, ist nicht zuletzt auch die DDR zum dauerhaften und wichtigen Teil der sozialistischen Gemeinschaft geworden. Wichtiger Ausdruck des Nachziehens des sozialistischen Lagers war der Bruch der atomaren Vorherrschaft der USA etwa 1959. Nun sahen sich nicht mehr allein die sozialistischen Länder der Gefahr amerikanischer Atomschläge gegenüber, die USA selbst mußten erkennen, daß die Politik der Stärke und der atomaren Erpressung für

sie ganz persönlich zum Risiko geworden war, daß ein europäischer „Stellvertreterkrieg“ nicht mehr möglich war.

b) Gleichzeitig ließen die kubanische Revolution, der Kampf Vietnams und die allgemeine Bedrohung der Positionen des US-Imperialismus in der dritten Welt diesen zunehmend sein „Gesicht“, d. h. die Spitze seiner Aggressivität, von Europa abwenden.

Die Folgen wurden am klarsten im militärisch-politischen Bereich der NATO-Konzeption sichtbar. „Crisis management“ und „Flexible Response“ traten an die Stelle der alten Doktrin der sogenannten „massiven Vergeltung“. Überhaupt wurde es dem Westen, voran den USA, zu gefährlich, sich von den Bonner Kamikaze-Politikern in einen automatischen atomaren Schlagabtausch ziehen zu lassen: die Bonner atomaren „Mitbestimmungspläne“ blitzten in allen entscheidenden Punkten ab; die Nonproliferation, die Nichtweitergabe von Kernwaffen wurde zu einem Prinzip der US-Politik. Die wutbebenden Äußerungen der zitierten CSU-Politiker sind gerade durch diese Entwicklung verursacht.

Wir übersehen nicht, daß in dem oben angesprochenen Zeitraum die BRD zu einer führenden Wirtschaftsmacht in Europa wurde, daß sie an internationalem Einfluß, insbesondere in der EWG, gewann, daß gleichzeitig die großmachtdchauvinistische Strömung in der deutschen Politik wieder ungeheuer zunahm.² Die NPD ist ein, freilich ein alarmierender Aspekt dieser Entwicklung. Gerade die genannten Tendenzen haben aber den Kampf der anderen kapitalistischen Staaten Europas gegen eine bundesdeutsche Vorherrschaft verstärkt und haben zu Bemühungen der USA geführt, ihre Rolle im Westen wirtschaftlich (z. B. Kennedy-Runde) und militärisch (Sperrvertrag) zu sichern.

Doch bestimmt heute die innerimperialistische Konkurrenz nicht mehr allein das internationale Bild. Überlagert und beeinflusst werden diese Widersprüche von einem zunehmend wichtigeren Faktor, dem Einfluß und der Stärke des sozialistischen Lagers. Die Abhalfterung der Dulles'schen Europapolitik durch die USA basierte, wie wir sahen, nicht im mindesten auf friedenspolitischer Besinnung Washingtons, sondern auf harten Tatsachen. Die Spuren von Realismus, die gegenüber der DDR aufkeimen, sind die Folgen erkämpfter und abgesicherter Positionen.

Der Atomwaffensperrvertrag ist ebenso ein Paradebeispiel für die zunehmenden Widersprüche zwischen Bonn und Washington wie für die aktive Ausnutzung und Gestaltung dieser innerimperialistischen Rivalität zu einem komplexen Arrangement, dessen Wert eben darin besteht, daß Bonn der Weg zur Bombe verlegt wird. Schubler unterschätzt in seinem Aufsatz („Zur Notwendigkeit eines internationalen Revolutionskonzepts“) wohl etwas die innerimperialistische Konkurrenz, obwohl gerade dieser Faktor für ein „internationales Revolutionskonzept“ besonders wichtig wäre; ein Zusammenwachsen des imperialistischen Teils der Welt zum „global integrierten System“ entspricht nicht der Gegenwart und kaum der Zukunft des Imperialismus, es scheint uns vielmehr eine von meh-

reren einander widersprechenden Entwicklungstendenzen des imperialistischen Systems zu sein.

II. Der Kampf um die Zukunft Europas

Weil die Niederlage der roll-back-Politik gerade nicht auf einer Veränderung des Wesens und der Zielsetzung des Imperialismus beruhte und weil eben dieser Imperialismus noch keineswegs entmachtet ist, kam es zunächst nur zu einer Verlagerung der Fronten, zu einer neuartigen Verschränkung der verschiedenen Ebenen der Klassenausinandersetzung. Die einst so geschlossene, übersichtliche Scheidelinie des Kalten Kriegs hat sich aufgelöst in ein konzertiertes System verschiedener Konflikte: sei es auf der Ebene des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbaus des Sozialismus, der Außenpolitik oder des ideologischen Kampfs; oder sei es die Entwicklung der demokratischen antikapitalistischen Bewegung.

Durch die Verhältnisse gezwungen (und durch einige Probleme und Schwächen des sozialistischen Lagers ermutigt) hat sich der Imperialismus für Europa eine neue, langfristige Offensivstrategie zurechtgelegt, die von folgenden Annahmen ausgeht:

a) Die USA und insbesondere eine sich entwickelnde EWG könnten einen ökonomischen Vorsprung gegenüber den osteuropäischen Ländern halten oder gar ausbauen.

b) In den sozialistischen Ländern könnten nationalegoistische Tendenzen im Verein mit aktivierten bürgerlich-liberalistischen Traditionen Einfluß auf die Politik und die gesellschaftliche Entwicklung gewinnen.

c) Schließlich könnte es einen Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus geben, wenn einerseits die marktwirtschaftliche und nationale Zersplitterung des sozialistischen Lagers und andererseits die Entschärfung des Leninismus, die Korruption oder Entmachtung der führenden Kommunistischen Parteien gelingt (wobei als Übergangsform alles recht ist).

Aus der Fülle der hierzu erschienenen imperialistischen Klassenkampfliteratur sei auf das von Kiesinger/Strauß und von sozialdemokratischen Ostexperten weitgehend übernommene Konzept des US-Präsidentenberaters Zbigniew K. Brzezinski verwiesen („Alternative zur Teilung — neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik“, Köln 1966).³

Führende Ostologen rechnen besonders mit den Wirkungen einer einseitigen Integrations-Eskalation: Eine erfolgreiche EWG mit demnächst integrierter Ostwirtschaftslenkung (selbstverständlich als *politisches* Mittel verwandt) könnte ihre gemeinsame Stärke wirksamer zur nationalen Differenzierung im Osten einsetzen. Sollte gleichzeitig der wirtschaftliche Zusammenschluß der sozialistischen Staaten nicht vorankommen oder gar Rückschläge erleiden, so wären die kleinen osteuropäischen Staaten kaum imstande, die riesigen Aufgaben der For-

schung, der Atomenergie, der elektronischen Industrie zu lösen; die Abhängigkeit wenigstens einiger von ihnen wäre die Folge.

Am Horizont erscheint Strauß' Vision: „Wir sollten daran denken, daß Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien usw. genauso zu Europa gehören wie die Schweiz, Holland und Belgien.“⁴ „Jeder Schritt in Richtung auf die Einheit Europas und damit in Richtung auf die Stärkung und Autonomie Europas wird eine Veränderung des Status quo zur Folge haben — selbstverständlich zugunsten des Westens.“⁵ Und schließlich: „Deutschland ist der geographische Mittelpunkt der neuen gesamteuropäischen Konstellation, die ich hier beschrieben habe.“⁶

In der Tat blockierte z. B. der frühere stellvertretende Ministerpräsident der CSSR, Ota Sik, die Teilnahme seines Landes am RGW-Projekt des Aufbaus einer eigenen, übernationalen Computer-Industrie, weil es für die CSSR „rentable“, günstige Verkaufsangebote von IBM usw. gab.

Der Sieg des Sozialismus in dieser komplizierten Auseinandersetzung ist nicht leicht und schon gar nicht automatisch oder selbstverständlich.

Immerhin gelingt es da und dort, die „Kontaktwelle“ zu zielen, auf die Ebenen von Experten, Künstlern, Kulturbeamten usw. zu beschränken: einerseits soll die Arbeiterklasse im Westen immun bleiben, andererseits sucht man sich drüben „weltoffene“, oft kleinbürgerlich beeinflusste Zielgruppen mit Multiplikatorenfunktion. „Man wird kaum eine rasche Lösung erwarten können ... Während dieser Periode müssen wir die osteuropäischen Völker durch kulturelle und wirtschaftliche Bindungen stärker an Westeuropa heranziehen ...“⁷ Besser noch als der eben zitierte, auf diesem Gebiet etwas schwerfällig und unglaublich wirkende Strauß kann das freilich die Sozialdemokratie.

In der Bundesrepublik ist es gelungen, in ein Netz von (mehr oder weniger) progressiven Verlagen, von Symposien und Kongressen die „guten Kommunisten“, wie man sie hin und wieder findet, einzuweben und sie auszuspielen gegen die bösen Kommunisten, vor allem die in der DDR. Zum Beispiel zeichneten sich Ernst Fischer (damals ZK der KPD), Lombardo-Radice (ZK der KPI) im Westfernsehen in Anti-DDR-Sendungen aus und Roger Garaudy (damals ZK der KPF) bei der Katholischen Akademie in Bayern.

Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß es in dieser europäischen Auseinandersetzung nicht um spitzfindiges Ideologengezänk geht. Es geht um den Frieden in Europa, um die nächsten Schritte zur Bändigung des Imperialismus, um die Einheit von Sozialismus und Demokratie und schließlich um die gesellschaftliche Zukunft ganz Europas.

Gelingt es, mit den anstehenden Fragen des politischen und ideologischen Kampfs fertigzuwerden und die neue Etappe der Industrialisierung zu bewältigen, dann ist in der Tat eine riesige Schlacht geschlagen. Die Aufgabe ist lösbar. Im Grunde steht dahinter die alte Frage der Arbeiterbewegung, der ständige Kampf um eine zugleich einflußreiche und revolutionäre, marxistische Politik und Organi-

sation; steht dahinter auch die Grundfrage des Sozialismus, die Frage nach der Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung über die kapitalistische. Diese Frage, von Marx theoretisch geklärt, wird heute in Europa im Kampf zweier sich widersprüchlich vorwärtswandelnder Gemeinschaften *praktisch* ausgetragen.

Welche Perspektiven für den Sturz des deutschen Imperialismus eröffnet diese Auseinandersetzung?

Es bedarf keiner besonderen Begründung, daß Erfolge der „neuen Ostpolitik“, der Zersetzung des Sozialismus, dem Imperialismus — vor allem dem deutschen — riesige Expansionschancen brächten, jeden Machtwechsel für lange Zeit verbauen würden. Allein vorübergehende Erfolge des Imperialismus, eine zeitweise Labilität des Sozialismus würden den Frieden in Europa gefährden, Spekulationen insbesondere um die Einverleibung einer isolierbaren DDR Nahrung geben, d. h. zu offensivem „crisis management“, zu Blitzkriegsplänen reizen und damit objektiv die Gefahr eines Weltkriegs heraufbeschwören.

Die Rolle der neuen Bonner Regierung ist ambivalent; einerseits ein — besonders für die DDR — gefährlicher Stoßtrupp des modernen Antisozialismus, ist sie andererseits — zu mehr Realismus genötigt — ein erster Erfolg des Sozialismus in der beschriebenen europäischen Auseinandersetzung. Welcher der beiden Aspekte historisch faktenschaffende Kraft erhalten wird, wird nicht allein von Bonn, sondern auch vom sozialistischen Lager und von den demokratischen Kräften in der BRD abhängen.

Noch hat Bonn kein Grundprinzip des deutschen Imperialismus „verraten“; auch die angedeutete Reise in den Weltkrieg ist offengehalten, solange man mit der DDR nur Schautänze aufführt, gerade weil man so — laut Wehner — mit den anderen leichter zu echten Abschlüssen zu kommen glaubt. Das ist der alte Plan, nur mit den Nachbarn der DDR zu einem zunächst verbindlichen Gewaltverzicht zu kommen, was einem Nichtangriffspakt für den Fall des Konflikts mit der DDR gleichkommt — und für später alles offen läßt.

Gelingt dem Sozialismus der Sieg in diesem wirklich kontinentalen Kampf um die Sicherung des politischen und territorialen status quo, um den Nachweis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überlegenheit, dann wird das der anti-imperialistischen Bewegung im Westen großartige Möglichkeiten eröffnen. Der genannte Aufsatz von Schubler enthält einige Hinweise auf die Folgen eines derartigen, dem Imperialismus aufgezwungenen Expansionsverzichts. Hauptleidtragender wäre der deutsche Imperialismus; gerade er — so, wie er entstanden ist, wie er heute noch besteht — wäre am wenigsten in der Lage, sich problemlos zum schwedischen Modell zu mausern. Er gliche dann eher einem zugebundenen Kochtopf, der das Anwachsen des inneren Drucks selten überlebt.

Diese Perspektive bedeutet für uns freilich keine positive Automatik, sondern allein, daß der Gegner in eine zunehmend bittere Zwangslage gedrängt werden kann, aus der es freilich immer mehr als nur einen Ausweg — darunter einige

tödliche — gibt. Nur eine echte gesellschaftliche Alternative in der BRD selbst kann sichern, daß am Ende mehr als nur eine Krise des Imperialismus, sondern seine endgültige Beseitigung steht.

III. Zur Notwendigkeit einer demokratischen gesellschaftlichen Alternative.

Wir haben herausgearbeitet, daß — vor allem — die Entwicklung des internationalen Klassenkampfes die reale Perspektive eröffnet, dem deutschen Imperialismus noch in diesem Jahrhundert ein Ende zu machen. Die Schwächen der Linken in der BRD wie die angeführten Krisenpunkte des Imperialismus zeigen die besondere Bedeutung des demokratischen Kampfes in der Auseinandersetzung mit dem deutschen Imperialismus. Der Kampf gegen die Remilitarisierung, gegen Atomwaffen und für Abrüstung erreichte echte Breite, er traf und trifft eine Kernfrage des Systems. Nicht anders steht es mit der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, den Zielen der Studentenbewegung, dem Kampf um Mitbestimmung...

Wo finden heute die zahlreichen in Einzelfragen oppositionellen Menschen in der BRD eine für sie annehmbare politische Alternative, die identifizierbare Zusammenfassung zur progressiv demokratischen Kraft? In der SPD-Linken? Im dritten Fernsehen?

Wo vermitteln sich einzelne Positionsgewinne mit dem notwendigen, in ihnen selbst angelegten totalen Alternativanspruch? (Die Frage bezieht sich nicht nur auf Wahlen, aber auch auf sie.)

Eine kontinuierliche Kraft kann kaum daraus entstehen, daß sich die Linke da und dort vorübergehend an SPD-Initiativen anhängt, wenn auch solche „Bündnisse“ im Einzelfall politisch nützlich sein mögen. So wichtig die progressiven Tendenzen in und unter dem Bonner Parteienkartell sein mögen, die Kommandantur bleibt in der Baracke und im Kanzleramt. Die Praxis, Reformbewegungen zu integrieren, kann langfristig nicht allein durch die Organisation der bewußtesten, der sozialistischen Kräfte gebrochen werden, sondern nur durch die schrittweise Realisierung des breiten, aus der demokratischen Initiative wachsenden alternativen Zusammenschlusses, der gleichermaßen die Zerstörung des sozialdemokratischen Integrationsmechanismus wie die Verwirklichung der Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten darstellt.

Wie soll je die Existenzfrage an den Kapitalismus gestellt werden können aufgrund dieses oder jenes Ausbruchs einer sozialen Gruppe, dieser oder jener Reformbestrebung oder sogar durchgesetzten Teildemokratisierung? Selbst wenn der genannte Integrationsmechanismus versagt, würde organisatorisch und politisch der objektiv interessenmäßig angelegte Gleichklang der Bestrebungen nicht realisiert, könnte die notwendige systemnegierende *konzertierte Aktion* der Demokraten nicht erreicht werden.

Die Existenz einer *Kommunistischen Partei* ist nicht die Lösung des angedeuteten Dilemmas, sondern eine wichtige Voraussetzung seiner Lösung; ihre Auf-

gabe kann nirgends in Europa, am wenigsten in der Bundesrepublik sein, selbst die umfassende antikapitalistische Alternative, die Zusammenfassung der Volkskräfte zu verkörpern. Ihre Rolle ist der tatsächlich umwälzende Beitrag, feste, treibende, organisierende Kraft der demokratischen Volksbewegung zu werden. Die „Stärkung der Avantgarde“ gibt es nicht für eine Minute jenseits der praktischen Aufgabe, das Gesicht nach draußen zu wenden, die demokratische Alternative zu entwickeln, sich weder Selbstbestätigung noch Illusion zu gestatten. Die angeführten Ansatzpunkte sollen der in diesem Heft aufgestellten Forderung entsprechen: „Das Revolutionskonzept muß anhand der aktuellen Struktur des kapitalistischen Systems konkretisiert werden.“ Weil diese Forderung häufig, auch in *Schuhlers* Aufsatz, einfach in die Losung „Kampf für den Sozialismus“ übersetzt wird, erscheint eine Bemerkung erforderlich:

Was ist der Klasseninhalt einer „selbständigen demokratischen Alternative“, einer „fundamentaloppositionellen Bewegung“ usw., was meint die Verlängerung dieser Bewegung zu der geforderten „progressiven Demokratie“? (Der Ausdruck ist dem programmatischen Beschluß der KPF vom Mai 1968 „Für ein Frankreich der progressiven Demokratie“ entlehnt und meint sowohl „fortschrittlich“ wie „fortschreitend“.)

Dem zum Militarismus, zur Entdemokratisierung, zum Faschismus tendierenden Monopolkapitalismus gegenüber steht das demokratische, antimonopolistische Bündnis, das von der Arbeiterklasse geführt wird. Der letztgenannte Punkt unterscheidet die demokratische Alternative vom sozialdemokratischen Betrug, er sichert den Fortschritt der Bewegung, er sichert unter den Bedingungen der einmal erkämpften Macht der neuen Demokratie die Verwirklichung der Volksinteressen, die Öffnung des Wegs zum Sozialismus (definiert durch Georgi Dimitroffs Strategie der Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront).

In ihrem Wesen ist diese Strategie nichts Neues; neu erscheint allenfalls, daß ein anderer Weg zum gesellschaftlichen Fortschritt in der deutschen Wirklichkeit weniger denn je denkbar ist; weder eine abstrakt sozialistische Alternative noch isolierte Demokratisierungen des Systems von innen heraus sind realistisch; neu ist auch, daß angesichts der Formierung und Zentralisierung des Staatsmonopolismus konkrete Demokratisierung, Friedenspolitik und die Führung der Arbeiterklasse mehr denn je Synonyme geworden sind, daß schließlich die Etappe der progressiven Demokratie weniger denn je durch eine Mauer vom Sozialismus getrennt ist.

¹ W. I. Lenin. Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung, in Bd. 22 S. 363, 364

² Vgl.: Die BRD — Führungsmacht Europas? in: Marxistische Blätter, Frankfurt/M. H. 4/1969

³ Empfehlenswert ist auch die Zeitschrift von Radio Free Europe, die „Osteuropäische Rundschau“; sie hieß früher „Hinter dem eisernen Vorhang“ und wandelte sich ohne personellen Bruch, nach wie vor CIA-finanziert, zum wissenschaftlichen Sprachrohr des liberalen und wahren Sozialismus.

⁴ F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966 S. 46

⁵ Strauß S. 102

⁶ Strauß S. 137

⁷ Strauß S. 44

⁸ Auf einer Pressekonferenz in Wien tat der bulgarische Parteichef Schiwkoff die als „zynisch“ vermeldete, aber keineswegs so gemeinte Äußerung, die Aktion des 21. August 1968 werde womöglich einmal den Friedensnobelpreis erhalten.

Bericht über die Comisiones Obreras

Gewerkschaft heißt auf spanisch *sindicato*. Doch jene Riesenbürokratie, die heute in Spanien den Namen *Sindicatos* trägt, ist alles andere als eine Gewerkschaftsorganisation im Sinne einer authentischen Arbeitervertretung. Es ist ein dem Modell der nazistischen deutschen Arbeitsfront vergleichbarer staatlich gelenkter Apparat, in dem — in einer die Klassengesellschaft leugnenden Zwangsharmonie — Arbeiter, Angestellte und Unternehmer zusammengeschlossen sind. Er dient einer dirigistischen Kontrolle des gesamten Arbeitslebens und war jahrzehntelang die Domäne der faschistischen Falangepartei.

Diesen „vertikalen“ Syndikaten gegenüber bildeten sich von 1962 an die ersten *comisiones obreras*, Arbeiterkommissionen (gelegentlich auch Arbeiterräte genannt). Sie entstanden in einzelnen Fabriken als echte, d. h. nicht bevormundete Interessenvertretung der Arbeiter bei Lohnverhandlungen mit den Unternehmern. Der „kürbiskern“ hat in Heft 1/67 über Entstehung sowie über die gewerkschaftliche und sozialistische Programmatik der *comisiones* berichtet.

Die Arbeiterkommissionen haben sich inzwischen über das ganze Land ausgebreitet. Von ihnen ging der Anstoß zu den größten Demonstrationen der letzten Jahre aus. Sie stellen, da in ihnen die verschiedenen Kräfte der Linken zusammenwirken, die seit dem Bürgerkrieg ernsthafteste Opposition gegen Franco und die mit ihm verbündeten Kräfte dar.

Die *comisiones* sind nach wie vor illegal. Streik und freie Versammlung sowie die öffentliche Forderung danach gelten immer noch als Verbrechen. Die Gerichte — bis vor kurzem waren es noch die Militärgerichte — verhängen hohe Freiheits- und Geldstrafen gegen Mitglieder der *comisiones*. Ihre Führer vor allem isoliert man durch jahrelange Untersuchungshaft. Am empfindlichsten werden den Unternehmen mißliebige Kommissionsmitglieder durch Entlassung getroffen. Sie finden in keinem anderen Betrieb eine neue Stelle und sind oft jahrelang arbeitslos.

Die folgenden Protokolle sind Auszüge aus längeren Interviews, die Ende des vergangenen Jahres in Madrid veranstaltet wurden und demnächst als Buch veröffentlicht werden sollen. Sie informieren über Entstehung, Praxis, Aufbau und das politische Selbstverständnis der Arbeiterkommissionen.

Bundesaußenminister Walter Scheel drapierte seine Visite bei der Madrider Regierung mit dem Empfang von vier spanischen Oppositionspolitikern. Obwohl neben zwei Monarchisten auch ein linker Christdemokrat sowie ein hervorragender sozialistischer Theoretiker dazugehörten, waren die Arbeiter-

kommissionen nicht vertreten. Doch sprachen diese Politiker zweifellos auch im Interesse der *comisiones obreras* und aller anderen linken Gruppierungen, als sie später erklärten, mit der bei Scheels Besuch ebenfalls zur Sprache gekommenen Lieferung von 250 Krauss-Maffei-Panzern an die Madrider Regierung werde „dem spanischen Volk kein Gefallen getan“. Angesichts des wachsenden Widerstands der spanischen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen das Franco-Regime muß sich die Bundesregierung im Falle einer Ratifizierung dieses „Geschäfts“ darüber im klaren sein, daß sie mitschuldig wird, wenn je ein Schuß aus diesen Panzern auf streikende Arbeiter abgefeuert werden sollte. Allein die Lieferung der Panzer wäre indessen schon die Fortsetzung der Hilfe des deutschen Großkapitals und Hitlerdeutschlands für die Franco-Diktatur. — *Red.*

Juán, 40 Jahre alt, Metallarbeiter, Automobilfabrik „Pegaso“
Wie entstand in eurem Betrieb die Arbeiterkommission?

Bei uns im „Pegaso“-Werk waren wir zunächst nur vier Arbeiter — wir trafen gelegentlich zusammen und sprachen über unsere Lage. Meist in der Mittagspause. Als die Sache mit den Kollektivverträgen aufkam, waren es bereits zwölf, fünfzehn oder gar zwanzig, ungelernte Arbeiter und Facharbeiter, die gingen zur Direktion, um über die Löhne zu verhandeln. Damit war die Kommission gebildet. Jedesmal, wenn die Verhandlungen zu Ende waren, löste sich die Kommission wieder auf. Mit der Zeit wurde uns klar, daß die Kommission von Dauer sein mußte, weil unsere Probleme weiterbestanden. Wir beschlossen also, uns in Form einer permanenten „Arbeiterkommission“ zu organisieren. Im Anfang waren wir nur wenige, aber schon bald sprachen wir mit Kollegen aus anderen Abteilungen und bildeten in allen Abteilungen des Betriebs Kommissionen; schließlich gründeten wir eine Allgemeine Kommission, in der alle Abteilungen mit zwei oder drei Leuten vertreten waren.

So wie bei Pegaso verhält es sich eigentlich auch bei den anderen Metallbetrieben, bei Barreiros, Standard, Schneider & Creuzot und anderen. In manchen, vor allem kleineren Betrieben, haben die Kommissionen noch wenig Mitglieder. Oft sind es nur eine Handvoll. Aber immerhin kann man sagen, daß es praktisch in allen Metallbetrieben Kommissionen gibt. Inzwischen ist es so, daß sich die Provinzkommission darum kümmert, dort Kommissionen einzurichten, wo es noch keine gibt.

Gibt es bei euch eine Jugendkommission?

Die Jugendkommissionen kamen später dazu. Sie entstanden nicht etwa unabhängig von den anderen, sondern erwuchsen aus den spezifischen Bedürfnissen der Jugendlichen: so etwa aus der Notwendigkeit eines kürzeren Arbeitstags sowie aus dem Verlangen nach Fortbildungs- und Erholungsmöglichkeiten. Von den 5000 Arbeitern bei Pegaso sind etwa 200 bis 300 Jugendliche. Die Jugendkommission kümmert sich um deren spezifische Probleme, so um mehr

Zeit für die Fortbildung, um Erholungsmöglichkeiten. Sie hat inzwischen die durchgehende Arbeitszeit erreicht.

Welches waren bisher die wichtigsten Aktionen der Arbeiter von Pegaso?

Es ist nicht leicht, sich an das genaue Datum jeder einzelnen Aktion zu erinnern. Die erste war, glaube ich, am 10. März 1964 während des Nationalkongresses der Syndikate. Die Arbeiterkommissionen von Madrid hatten alle Arbeiter aufgerufen, vor dem Gebäude der Syndikate am Paseo del Prado zu demonstrieren und zu zeigen, daß sie nicht mit dem Kongreß einverstanden waren, weil sie durch keinen wirklichen Arbeitervertreter repräsentiert waren. Von Pegaso nahmen etwa tausend Arbeiter teil. Ich erinnere mich, daß von den vierzehn Demonstranten, die dort verhaftet wurden, zehn von unserem Betrieb waren. Aus Protest gegen diese Verhaftungen streikten wir am nächsten Tag. Wir nahmen die Arbeit erst wieder auf, als man uns bestätigte, daß die Verhafteten sich wieder auf freiem Fuß befanden. Unter den Arbeitern herrschte große Freude, als wir erfuhren, daß die *compañeros* dank unserer Aktion wieder frei waren. Es ist vielleicht interessant zu wissen, wie es kam, daß so viele Arbeiter unseres Betriebes an der Demonstration teilnahmen. Ungefähr zehn Tage vor dem Beginn des Kongresses kursierten im Betrieb offizielle Mitteilungsblätter, die den Kongreß ankündigten. Auch konnte man darüber in den Zeitungen lesen. Wir benutzten diese Blätter und die entsprechenden Zeitungsausschnitte, um den Arbeitern klarzumachen, daß in diesem Kongreß kein Vertreter von uns sein würde.

Vor dem Syndikatshaus verlangten wir laut Rechenschaft über das, was drinnen vorging. Einer der Zivilgouverneure der Provinzen blickte aus dem Fenster und schrie: „Was habt ihr da zu suchen?“ Als wir antworteten, wir wollten wissen, was bei dem Kongreß vorgehe, schrie er den Polizisten zu: „Auf sie! Das sind Kommunisten!“ In diesem Moment gingen die Prügel los und wir machten, daß wir davorkamen.

Ähnlich verliefen zwei Straßendemonstrationen im September des gleichen Jahres.

Im Januar 1965 wurde in unserem Betrieb ein Provinztarif zwischen der Unternehmensleitung und den Syndikaten vereinbart. Wir erhielten kaum Informationen. Wir demonstrierten verschiedentlich vor dem Direktionsgebäude. Eines Tages reichte es uns, und wir setzten uns nach Arbeitsschluß vor die Tür. Nach zwei oder drei Stunden kam die Polizei. Man jagte uns davon, schloß für drei Tage den Betrieb und entließ schließlich 39 Arbeiter.

Damals ging es unter anderem auch um die Höhe des Familienzuschlags. Schon seit einigen Jahren lief eine gerichtliche Klage der Arbeiter gegen das Unternehmen. Der Prozeß kam aber nicht voran. Um unsere Unzufriedenheit auszudrücken, beschlossen wir, etwa drei Wochen lang nach der Arbeit geschlossen bis zu den Pegaso-Wohnvierteln zu marschieren, anstatt die Busse zu nehmen. Einige Gruppen marschierten sogar bis Madrid. (Das Werk liegt einige Kilometer außerhalb der Stadt.)

Arturo, Ende 30, Metallarbeiter, „Pegaso“-Automobilfabrik
 Zu den bedeutendsten Aktionen gehörte die Teilnahme an den allgemeinen Demonstrationen am 27. Januar 1967. Wir bei Pegaso waren damals schon soweit, daß zu unseren Versammlungen 90 bis 95 Prozent aller Arbeiter kamen. Die Versammlungen fanden entweder vor dem Büro des Verbindungsmanns der Syndikate statt oder auf dem Fußballplatz, der ebenfalls auf dem Werks-
 gelände liegt. Nach der Mittagspause blieben uns 20 bis 25 Minuten Zeit, die wir zur Diskussion unserer Probleme benutzten. In der Regel waren wir zwischen zwei- und dreitausend. Wir berieten vor dem 27. Januar, ob wir an den Demonstrationen teilnehmen sollten oder nicht, in welcher Form und ob wir zusätzlich streiken sollten. Da all das in diesen Versammlungen offen beraten wurde, waren natürlich alle Einzelheiten der Werksleitung und der Polizei bekannt. Wir beschlossen schließlich zu streiken und ins Stadtzentrum zu marschieren. Als wir das Werksgelände verlassen wollten, stand schon eine Kette mit Maschinengewehren bewaffneter Zivilgardisten (*Guardia Civil*) bereit. Es gab ein erbittertes Handgemenge. Ich erinnere mich an einige *companeros*, die ihr Hemd aufrissen und den Polizisten zuriefen: „Feiglinge! Schießt doch, wenn ihr Mut habt.“ Als man einigen *companeros* den Ausweis wegnahm, wurde die Prügelei ernst. Wir schnappten uns den Personalchef und brachten ihn in den Befehlswagen der Polizei. Die Ausweise wurden uns wieder ausgehändigt und die Arbeiter beruhigten sich. Mit den Bussen fuhren wir dann zu der zentralen Demonstration in der Stadt.

Juan

Ich will vom 24. März 1967 erzählen. Es sollte eine Generalversammlung der Metallkommissionen der Provinz Madrid stattfinden. Die Versammlung sollte in einem verlassenen Fabrikgebäude an der Plaza Mariano de Cavia tagen. Wir waren etwa tausend Vertreter aus allen Metallbetrieben Madrids. Nach einer halben Stunde, wir hatten gerade angefangen, erschien die Polizei. Voran der Polizeichef von Madrid, Yague. Man sagte uns, die Versammlung sei verboten, und zwang uns die Fabrik zu verlassen. Am Ausgang nahm man uns allen die Ausweise ab. Hundert Arbeiter, darunter ich, wurden festgenommen. Auf dem Polizeipräsidium wurden wir verhört, danach ließ man die Hälfte frei. Der Rest wurde in das Zentralgefängnis Carabanchel transportiert. Nach drei oder vier Tagen wurden wir, bis auf einen, freigelassen. Diesem einen wurde vorgeworfen, er habe die Versammlung geplant und organisiert. Nach einer Woche aber ließ man ihn frei, nachdem wir vor Gericht erklärt hatten, er sei nicht für die Versammlung verantwortlich gewesen.

In jenen Tagen gab es bei Pegaso zahlreiche Streiks und Versammlungen, bis die Polizei das Fabrikgelände für drei Tage schloß. Wieder wurden 39 Arbeiter entlassen, zum größten Teil Leute der Kommissionen. Einige von ihnen haben bis heute keine neue Arbeit gefunden.

Arturo

Also, bei Pegaso passierte folgendes. Ich war nicht mit verhaftet und kann erzählen, was geschah. Am Montag nach der Versammlung an der Plaza Mariano de Cavia versammelten wir uns im Fabrikhof, wo wir den Kollegen erklärten, was vorgefallen war und die Namen der Verhafteten bekanntgaben. Für den nächsten Tag beriefen wir eine neue Versammlung ein. In der Zwischenzeit forderten wir die Direktion auf, sich auch ihrerseits um die Freilassung der festgenommenen Kollegen zu bemühen. Angesichts der Stimmung unter den Arbeitern war die Direktion sehr beunruhigt; sie versprach, ihr Möglichstes zu tun. Am Dienstag fanden zwei Betriebsversammlungen statt, eine in der Mittagspause, eine nach Arbeitsschluß. Die Arbeiter waren sehr aufgebracht. Als am Mittwoch die Kollegen noch immer nicht freigelassen waren, entschlossen wir uns in einer erneuten Versammlung zum Streik. Die Belegschaft sollte sich den ganzen Tag über auf dem Fabrikhof aufhalten. Die Direktion drohte mit der Polizei und mit Aussperrung. Die Arbeiter antworteten: „Macht, was ihr wollt, wir bleiben solange hier, bis die *companeros* frei sind!“

Die Polizei erschien, die Fabrik wurde für vier Tage geschlossen, aber noch am selben Tag wurden unsere Kollegen freigelassen. Und zwar nicht nur die acht von Pegaso, sondern alle fünfzig.

Das hat uns gezeigt, daß man die Unternehmer und die Regierung zu einem bestimmten Handeln zwingen kann, wenn die Arbeiterklasse sagt: „Hier sind wir!“

Im übrigen wurde uns auch unser Familienzuschlag ausgezahlt.

José, Anfang 30, Redakteur, Kommission Grafisches Gewerbe
Wie entstehen die Arbeiterkommissionen?

Ich denke, daß die Arbeiterkommissionen unter anderem als eine Antwort der Arbeiterschaft auf die Situation des Landes entstehen. Die Entwicklung der Industrie schafft Bedingungen, die zu einem konkreten Kampf führen. Für die Unternehmer auf der einen Seite genügt es nicht, daß die Arbeitsbedingungen ausschließlich von den Staatssyndikaten reglementiert werden. Auf der anderen Seite haben wir eine neue Generation von Arbeitern, die die Repressionen der Zeit nach dem Bürgerkrieg nicht unmittelbar erlitten haben und über eine weit größere politische Beweglichkeit verfügen als die Älteren.

Die Folge dieser Situation sind Kollektivverträge; zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte setzten sich Unternehmer und Arbeiter an einen Tisch. Die Position der Arbeiter bei diesen Verhandlungen ist sehr heikel — aber immerhin besteht die Möglichkeit, sich mit den Unternehmern auseinanderzusetzen, und von dieser Möglichkeit machen die Arbeiter Gebrauch.

Es entstanden also in den einzelnen Unternehmen Kommissionen, die die Aufgabe hatten, konkrete Forderungen der Unternehmensleitung zu unterbreiten und kollektive Lösungen auszuhandeln. Da ständig neue Fragen anstehen, wur-

den die einzelnen Kommissionen zu einer dauernden Einrichtung. Die Arbeiter der Fabriken benennen die Kommissionsmitglieder, deren Aufgabe es ist, mit der Geschäftsleitung und den Funktionären der Staatssyndikate zu verhandeln. Dies waren die Ausgangsformen der Arbeiterkommissionen — sie kamen zustande ohne konkrete Planung und ohne eine festgelegte Perspektive für die Zukunft. Was für Arbeiterkommissionen gibt es? Wie gliedert sich die Bewegung?

An der Basis sind die Kommissionen der Fabriken. Alle anderen, „übergeordneten“ Kommissionen haben koordinierende Aufgaben. Jeder der dort tätig ist, muß einer Fabrikkommission angehören. Die Kommissionen der Fabriken sind entscheidend.

Aus den Fabrikkommissionen werden ein oder zwei Arbeiter in die Provinzialkommission gewählt. Dominieren in einer Provinz bestimmte Industriezweige, so gibt es neben den lokalen Kommissionen und der Provinzialkommission außerdem Branchenkommissionen. In den Provinzkommissionen können praktisch alle Probleme der einzelnen Betriebe erörtert werden, soweit sie nicht von den lokalen Kommissionen allein gelöst werden. So hat sich beispielsweise die Madrider Provinzkommission des Grafischen Gewerbes auf ihrer letzten Sitzung mit drei Betrieben befaßt, von denen einer ganz besonders arbeiterfeindlich ist und üble Repressionsmittel praktiziert. Es ging um Fragen der Betriebssicherheit, ein Kollege hatte ein Bein verloren. Oder etwa die U-Bahn: Dort droht eine verschleierte Massenentlassung, die viele Angestellte zu vorzeitigen Rentnern macht.

Von den Provinzkommissionen wird nun beraten, was man gegen solche Betriebe unternehmen kann. Die Provinzkommission umfaßt etwa vierzig Personen. Ein gewählter Arbeitsausschuß legt der Kommission einen konkreten Plan vor, der auf dem Ergebnis der gemeinsamen Beratung beruht. Die Maßnahmen, die beschlossen werden, sind sehr unterschiedlich. Etwa: Diskussion mit den Arbeitskollegen am Fabriktor — sehr wichtig! Planung einer Versammlung. Verteilen von Flugblättern und anderem Material, das sich mit spezifischen Problemen des Betriebes befaßt. Gelegentlich werden auch demonstrativ die Fensterscheiben des Betriebes eingeschmissen oder die Türen bemalt. Der Arbeitsausschuß und die Provinzkommission bereiten einzelne Gruppen für ihre Aktionen vor, oft — wenn die Sache hinreichend diskutiert ist — leitet der Ausschuß die Aktionen in eigener Verantwortung und berichtet der Provinzkommission erst bei der nächsten Sitzung.

Besondere Probleme, die sich aus dem Verhältnis zu den Staatssyndikaten und zu den Bestimmungen des Syndikatsgesetzes ergeben, werden vornehmlich von den Branchenkommissionen beraten und dann vor die Provinzkommission gebracht. Manchmal auch vice versa: Die Provinzkommission legt einen bestimmten Beschluß der Branchenkommission vor, die ihrerseits entscheidet, ob er für die Fabrikkommissionen des jeweiligen Industriezweiges richtig ist, und die gegebenenfalls eigene Entscheidungen trifft über die Abfassung bestimmter Do-

kumente, Information an die Presse oder eine Abordnung zu den Staatssyndikaten.

Innerhalb der Provinzkommissionen ist neben dem Arbeitsausschuß die *comisión de solidaridad* besonders wichtig. Dieser Ausschuß ist mit der Beschaffung und Verteilung von Mitteln für die politischen Gefangenen und deren Familien sowie für entlassene Arbeiter beauftragt.

Die Provinzkommissionen delegieren per Wahl einige ihrer Mitglieder in die Interkommission (*Inter*). Die *Inter* ist das höchste Organ der Arbeiterkommissionen innerhalb einer Provinz. In ihr sind alle Industriezweige der Provinz mit etwa zwei Delegierten vertreten. Die *Inter* hat ebenfalls einen Arbeitsausschuß. Dieser ist, wenn man so will, das Exekutivorgan der Arbeiterkommissionen. In diesem Ausschuß werden alle Fragen des unmittelbaren politischen Kampfes und Fragen der Strategie beraten. Dies ist die einzige Stelle, an der auch Projekte erörtert werden, die nicht von der Basis vorgeschlagen worden sind; für ihre Verwirklichung ist allerdings die Billigung durch die gesamte *Inter* erforderlich.

Gegenwärtig sind in Madrid in folgenden Branchen Arbeiterkommissionen tätig: Baugewerbe, Grafisches Gewerbe, Metall, Banken, Staatliche Eisenbahnen, Holz, Backgewerbe, Chemie, Textil und Öffentliche Verwaltung. Daneben gibt es die Jugendkommissionen, ursprünglich in den Arbeitervierteln entstanden, jetzt als selbständige Kommissionen in den Fabriken.

Es handelt sich bei all dem nicht um ein der Bewegung aufgesetztes Organisationsschema, sondern um eine organische, historisch aus den Notwendigkeiten der Koordinierung des politischen Kampfes hervorgegangene Gliederung. Im Anfang, als die Zahl der Kommissionen noch gering war, reichte die Provinzkommission aus. Sowohl die Interkommissionen als auch die Arbeitsausschüsse erwiesen sich erst später als notwendig. Genauso verhält es sich mit der Koordinierung auf nationaler Ebene. Zunächst kam man mit einer jährlichen Generalversammlung aus. Inzwischen sind aufgrund des Anwachsens der Bewegung monatliche Zusammenkünfte nötig geworden. Da die Arbeiterkommissionen keine hauptamtlichen Funktionäre haben, sondern alle Delegierten gleichzeitig in den Fabriken arbeiten, finden die monatlichen Zusammenkünfte in den einzelnen Zonen statt (wie Katalonien, Levante etc.).

Geronimo, 35 Jahre alt, Soziologe

Wenn Franco stirbt — hat die Linke in Spanien dann eine Möglichkeit, in die politische Entwicklung einzugreifen?

Nein — das Spiel wird vorerst zwischen den Kräften der Rechten gespielt. Die spanische Linke kann die Machtposition der Rechten darum nicht gefährden, weil sie noch keine zusammenhängende politische Bewegung darstellt und nicht in der Lage ist, eine Front zu bilden. Die CNT, d. h. das, was von der alten anarchistischen Gewerkschaft noch übrig ist, hat sich zu einem Teil von den

Staatssyndikaten kaufen lassen. Die Kommunistische Partei ist eine zahlenmäßig kleine Organisation, allerdings sehr gut organisiert; in ihrer Struktur hat sie sich in den letzten Jahren entwickelt — aber es ist eben eine kleine Partei. Die UGT, die klassische sozialistische Gewerkschaft der Republik (damals mit 2 Millionen Mitgliedern neben der CNT die mächtigste Arbeiterorganisation des Landes), ist heute innerhalb des Landes nur noch eine Fiktion — es gibt sie eigentlich nur im Baskenland und in geringerem Maß in Galizien. Und was die Linkskatholiken betrifft, so kann man sie zwar fortschrittlich, aber nicht links im revolutionären Sinne nennen.

Welches Gewicht hat die Studentenbewegung?

Die politische Bewegung an der Universität hat ihre Wirkung auf diejenigen gesellschaftlichen Schichten, aus denen sich die Studentenschaft rekrutiert. Sie verdankt ihren Effekt dem Umstand, daß die Presse ihr wesentlich mehr Bedeutung zugemessen hat als dem politischen Kampf der Arbeiterschaft, der weitaus schärfer verfolgt wird und schwieriger ist. Die Studentenschaft ist aber selbst keine revolutionäre Kraft.

Welches ist die Rolle der Arbeiterkommissionen innerhalb der revolutionären Bewegung und vor allem innerhalb der Arbeiterbewegung in Spanien?

Die Arbeiterkommissionen haben eine Übergangskontrolle. In einem bestimmten Moment, wenn sie ihre Aufgabe erfüllt haben, werden sie sich auflösen. Diese ihre Aufgabe besteht darin, eine bislang nicht vorhandene Tradition der Arbeiterbewegung zu schaffen; neue Arbeiterführer sind aus ihr hervorgegangen, es haben sich junge Kader gebildet, und zwar sowohl in den neuen Industriegebieten wie auch auf dem Land. Diese Übergangsrolle ist die einzige Garantie dafür, daß in der Zukunft die Linke die Möglichkeit hat, mit einem gewissen Mindestmaß an gegenseitiger Verständigungsbereitschaft zu arbeiten, d. h. es ist den Arbeiterkommissionen gelungen, zwischen den verschiedenen politischen Kräften ein Klima des Zusammengehens und der Einheit bei konkreten Aktionen zu schaffen, etwas, was in Spanien bislang unvorstellbar war. Die verschiedenen politischen Gruppen streiten sich, aber soweit sie in den Arbeiterkommissionen sind, arbeiten sie zusammen. Und das ist der erste Schritt in Richtung auf ein gemeinsames Handeln.

Aber sobald in Spanien ein bestimmtes Maß an Freiheit vorhanden sein wird, wird keine der verschiedenen politischen Gruppen es zulassen, daß sich eine einzelne politische Partei der Arbeiterkommissionen bemächtigt. In dem Moment, in dem die Entstehung freier Gewerkschaften möglich sein wird, werden die Arbeiterkommissionen wieder in ihre ursprünglichen Bestandteile zerfallen. Die wahre Rolle der Arbeiterkommissionen besteht darin, daß sie den Intellektuellen die Wirkungslosigkeit ihres Handelns vor Augen geführt hat und die Unfähigkeit der Parteien zur Zusammenarbeit bloßgestellt hat. Und darüber hinaus natürlich die Einigung der gewerkschaftlichen Gruppen der einzelnen Parteien. Ich glaube allerdings nicht, daß sie in der Lage sein werden, sich als

Nachfolger der gegenwärtigen Syndikate zu behaupten, was ihre immense Bedeutung als Organisation des Übergangs nicht im geringsten schmälert.

Die Gründe?

In Spanien hat es nie eine Einheitsgewerkschaft gegeben. Es gab immer bedeutende parteigebundene Gewerkschaftsbewegungen, die nur gelegentlich zusammengearbeitet haben. Der Verkalkungsprozeß der Exilparteien hat die Scheuklappen nur größer werden lassen. Die Tatsache, daß die Parteien ins Exil gehen mußten, hat bewirkt, daß die übliche Tradierung von Ideen und politischem Bewußtsein von Person zu Person unterbrochen wurde. Die Arbeiterkommissionen haben diesen Bruch in der Kontinuität früher zur Kenntnis genommen als die Parteien und die einzig richtige Konsequenz gezogen, indem sie ihre Arbeit auf völlig neue Basis stellten. Damit wurden sie zwar zur einzig realen politischen Kraft der Arbeiterklasse, auf der anderen Seite fehlt ihnen aber der institutionelle Rückhalt, über den die Parteien durch ihre Mitgliedschaft in den verschiedenen internationalen Organisationen sowie aufgrund ihres eigenen Apparats verfügen. Es ist darum unwahrscheinlich, daß die Arbeiterkommissionen auf die Dauer die anderen politischen Organisationen ersetzen oder gar überleben.

Luis, 27 Jahre, Techniker, Kommission Chemie

Was ist das Ziel der Arbeiterkommissionen?

Die Produktionsverhältnisse zu verändern.

Ist damit alles gesagt?

Glaubst du etwa nicht?

Welches sind die Beziehungen zwischen den Arbeiterkommissionen und den herkömmlichen politischen Organisationen der Linken?

Wir sind eine organisierte Bewegung und streben die absolute Einheit der Arbeiterklasse an. Wir glauben, daß auch die UGT (Unión General de Trabajadores, die alte sozialistische Gewerkschaft) sich in dieser Bewegung integrieren kann, und wir werden zusammen kämpfen. Auch mit allen fortschrittlichen politischen Parteien werden wir in gemeinsamen Aktionen zusammengehen, und zwar in allen Aktionen, in denen wir uns einig sind. Darüberhinaus werden wir ständigen Kontakt halten, um unseren politischen Standpunkt jeweils zu vertreten. *Wie sind die verschiedenen ideologischen Gruppierungen in den Arbeiterkommissionen vertreten?*

Die verschiedenen politischen Gruppen sind nicht als Organisationen in den Arbeiterkommissionen vertreten. Die Mitglieder der Kommissionen sind in ihrer Eigenschaft als Arbeiter dabei: die Katholiken unter uns als Arbeiter und nicht als Katholiken, die Sozialisten als Arbeiter und nicht als Sozialisten und die Kommunisten als Arbeiter und nicht als Kommunisten usw.

Gibt es eine politische Organisation, die durch ihre Mitgliederzahl in den Kommissionen mehr als die anderen Einfluß hat oder eine Kontrolle ausübt?

Im Sinne der politischen Orientierung kann das durchaus der Fall sein, nicht aber im Sinne einer organisatorischen Vormachtstellung.

Es könnte also sein, daß sich in bestimmten Entscheidungen der ideologische Einfluß einer politischen Gruppe widerspiegelt.

Ja, das kann der Fall sein.

Verhält es sich so, daß je nach Provinzen unterschiedliche Einflüsse dominieren?
Statistik interessiert uns wenig, zumal wir keine Wahlen veranstalten. Ich weiß zum Beispiel nicht, ob in Katalonien mehr Katholiken aktiv sind als anderswo. Wichtig ist, was sie machen! Und für einen in den Kommissionen aktiven Kommunisten muß es wichtiger sein, einen Katholiken zu unterstützen, der auf vorbildliche Weise die Interessen der Arbeiterklasse verteidigt, als einen bornierten oder feigen Genossen. Auf diesem und keinem anderen Wege gelangen wir zur Einheit.

Legt man Wert darauf, daß die verschiedenen ideologischen Gruppierungen in der Interkommission vertreten sind?

Ja, aber nicht im Sinne einer numerischen Repräsentanz. Wir möchten vermeiden, daß ausschließlich eine bestimmte Auffassung zu Wort kommt. Alle an der Basis vorhandenen Meinungen müssen sich auch in der Interkommission widerspiegeln. Die Mehrheit wird natürlich immer die Mehrheit der Aktivsten und Fähigsten sein.

Aber gerade diese könnten zum Beispiel hier die Katholiken und dort die Kommunisten sein.

Ja, natürlich.

Wie halten es die Kommissionen mit der Disziplin?

Wenn man die Disziplin im faschistischen Sinne als Gehorsam versteht, so haben wir keine. Disziplin allerdings im Sinne der Befolgung von Beschlüssen halten wir für notwendig.

Ist es vorgekommen, daß an der Basis Beschlüsse nicht befolgt wurden?

Im Zusammenhang mit großen Aktionen ist das noch nicht vorgekommen. Da bislang immer ein demokratisches Einverständnis über die wichtigen Fragen bestand, standen wir noch nicht vor dem Problem. Die Arbeiter in den Fabriken haben sich immer, soweit es jedem einzelnen möglich war, an den Aktionen beteiligt. Nehmen wir als Beispiel die Aktion vom Mai 1968: In diesem Fall ging die Nichteinhaltung der Beschlüsse auf das fehlerhafte Funktionieren der demokratischen Entscheidungswege zurück. Der Ausnahmezustand machte es unmöglich, in den Fabriken Versammlungen in der für die Diskussion der Frage notwendigen Anzahl abzuhalten. Da viele Arbeiter nicht an den Diskussionen über den Ort der Demonstrationen zum 1. Mai teilgenommen hatten, erschienen sie auch nicht. Und dabei handelte es sich nicht um eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, sondern um eine Detailfrage. (Anm. d. Verf.: Die Frage des Orts war darum wichtig, weil die Interkommission beschlossen hatte, daß eine zentrale Demonstration aller Madrider Arbeiter in der Gran Via, der Haupt-

geschäftsstraße, stattfinden sollte, wo es der Polizei ein Leichtes gewesen wäre, die Demonstranten einzuschließen. Die Demonstration fand statt, allerdings verteilt. Alle befragten Mitglieder der Kommissionen bezeichneten die Wahl des Demonstrationsorts als eine Fehlentscheidung.)

Was würde geschehen, wenn eine große Anzahl von Fabriken mit einem Beschluß der Inter nicht einverstanden wäre?

Sehr einfach. Der Beschluß würde nicht durchgeführt. Mehr noch, bei unserem demokratischen Verfahren würde ein solcher Beschluß gar nicht erst zustande kommen. Wenn eine hinreichend große Anzahl von Fabriken mit einer geplanten Aktion oder einer zu treffenden Entscheidung nicht einverstanden ist, dann kommt es eben nicht zu einem Beschluß. Ohne Ursache keine Wirkung.

Wie verhält es sich mit der Disziplin in Fällen von getroffenen Beschlüssen?

Das Problem steckt bereits in der Form, wie man zu Beschlüssen kommt. Es handelt sich um die Frage der Mehrheit. Von der einfachen Mehrheit machen wir nur Gebrauch in Fällen, bei denen es um rein technische Dinge geht. In allen anderen Fällen streben wir Einstimmigkeit an. Ein Beschluß, der mit 51 gegen 49 Stimmen angenommen wird, ist für uns kein Beschluß. Wir hielten das für bloße Formaldemokratie.

Gibt es Bestrebungen, auch innerhalb des Heeres Kommissionen zu gründen?

Die Kommissionen werden nicht gegründet, sondern bilden sich von allein. Es waren ja auch nicht die russischen Arbeiterräte, die innerhalb der russischen Armee die Soldatenräte gründeten. Die Mitglieder der Arbeiterräte der Fabriken diskutierten mit den Soldaten und versuchten sie zu überzeugen. Und genau das tun wir. Es geschieht manches, um innerhalb des Heeres das für die Bildung von Kommissionen notwendige Klima zu schaffen.

Ist das Modell der Arbeiterkommissionen auf andere Länder anwendbar?

Es wird angewandt. Es muß nicht immer genauso heißen. Aber wenn wir, die Mitglieder der Kommissionen, die Arbeiterbewegung in anderen Ländern verfolgen, so erkennen wir in manchen Formen des Kampfes das Prinzip der Arbeiterkommissionen wieder. In Italien sahen wir es im Kapf der Bauern der Emilia, ebenso im Französischen Mai und wenn du so willst: in welche Richtung geht letzten Endes die Streikbewegung, die ihr kürzlich (Anm.: Herbst 1969) in der Bundesrepublik erlebt habt?

Jürgen Theobaldy
Die Freiheit für Bobby Seale

Irgend jemand
den ich nicht kannte
gab mir das Plakat:
Freiheit für Bobby Seale
und ich trug es
während der Demonstration

Ich bin nicht sicher
ob Mr. Seale es je erfahren wird
daß so ein Plakat getragen wurde
während der Demonstration
in Heidelberg am 13. Dezember 1969:
sein Genosse von der Black Panther Partei
— Emigrant in Algerien —
durfte ja nicht einreisen
in die Bundesrepublik an jenem Tag
und es gab noch niemanden, dies zu verhindern
und der Minister sagte später:
es war ein Versehen
und wahrscheinlich hatte der Minister
es vornehmer gesagt:
es handelte sich um ein Versehen

Auf jeden Fall
hatte er gehandelt
und Mr. Seale in den Staaten
hatte allein vier Jahre Gefängnis
als Ordnungsstrafe gefaßt
ich sah ein Bild von ihm:
wie er gefesselt und geknebelt
im Gerichtssaal sitzt
und es war eine Zeichnung
und somit ohne Beweiskraft
denn verboten war zu fotografieren
während dieses Prozesses
und während anderer Prozesse sicher auch

Ich trug also das Plakat:
Freiheit für Bobby Seale
während der Demonstration

Jürgen Theobaldy: Die Freiheit für Bobby Seale

in Heidelberg am 13. Dezember 1969
gegen den Imperialismus
und für den Sieg im Volkskrieg
und ich kenne ihn nicht
ich habe ihn noch nie wirklich gesehen
ihn, den ich nicht wage
Genosse zu nennen
jenen Menschen der angeklagt ist
in den Vereinigten Staaten
und in den noch nicht vereinigten Staaten
wegen Verschwörung

Aber ich trug das Plakat:
Freiheit für Bobby Seale
während einige
die ich nicht erkannte
die Glastüren des Amerika-Hauses zertrümmerten
und wie lange war der Weg dorthin
und seit wann sprechen wir
in aller Offenheit vom US-Imperialismus
und von seinen Lakaien
und seit wann wissen wir mehr
über jene Länder
als daß ihre Bewohner verhungern
weil sie ihre Kühe nicht schlachten
und wie groß das Problem ist
den Unwissenden zu erklären
daß ihre Kühe nicht heilig sind
aber Gott

Also trug ich das Plakat:
Freiheit für Bobby Seale
während einige
die ich nicht erkannte
in die Vorhalle des Amerika-Hauses einbrachen
und zerstörten, was in aller Eile
zu zerstören war: neben anderem
auch jene Bilder junger Künstler
so junger Menschen wie wir
— wie die Zeitungen später schrieben —
und da waren wir also
nicht solidarisch mit unserer Generation
aber der Minister kam am anderen Tag

— ein anderer Minister als jener
der die Einreise verweigerte
des Genossen von Bobby Seale
— des Emigranten in Algerien —
und doch der gleiche Minister
durchaus dem anderen verwandt —
und der kam vorläufig zu spät zu handeln
und erklärte: er sei derjenige
der die Kunst verstünde
und er werde die zerstörte kaufen
aber er hat nur die Verkäufer verstanden
und die Demonstranten hat er verstanden
und weil er gegen die einen war
so war er mit den andern

Aber die ich nicht erkannte
haben keine Kunst zerstört
sondern demonstriert
gegen den US-Imperialismus
und für den Sieg im Volkskrieg
Freiheit für Bobby Seale
und das war nicht die Frage
was wohl wichtiger sei:
Die Kunst oder das Leben
denn die ist beantwortet
auch von jenen Ministern
und auf ihre Weise
aber das war die Frage:
in wessen Dienst die Kunst stehe
und in wessen Dienst Mr. Seale steht
nun gefesselt und geknebelt vor Gericht
und in wessen Dienst jene stehen
die ihn verhaften anklagen fesseln knebeln
die ihn verurteilen werden
wegen Verschwörung
und das war die Frage:
in wessen Dienst jene stehen
die seinen Genossen
— den Emigranten in Algerien —
nicht einreisen ließen
am 13. Dezember 1969 in die Bundesrepublik
so ganz aus Versehen

Josef Schleifstein
Zu Peter Weiss' Trotzi-Bild

Am gleichen Tag, an dem die Deutsche Kommunistische Partei in München eine Kundgebung zum 100. Geburtstag Lenins veranstaltete, veröffentlichte die „Süddeutsche Zeitung“ auf einer ganzen Seite die Antwort von Peter Weiss an Lew Ginsburg auf dessen kritische Bemerkungen zu dem Weiss'schen Stück „Trotzki im Exil“, die in der „Literaturnaja Gazeta“ erschienen waren. Ich weiß nicht, wieviel Raum Weiss gegeben worden wäre, wenn er in diesen Tagen den Wunsch geäußert hätte, an gleicher Stelle über die historische und aktuelle Wirkung Lenins zu schreiben. Und ich will auch nicht — und kann gar nicht — für die „Literaturnaja Gazeta“ sprechen. Aber es scheint mir doch sinnvoll, im „kürbiskern“, einer literarischen Zeitschrift der Linken, einiges zur geschichtlichen und politischen Funktion dessen zu sagen, was ich die Trotzki-Legende nennen würde, und zwar am Beispiel des Stückes von Peter Weiss.

Peter Weiss hat ein historisch-politisches Stück geschrieben. Er mußte damit rechnen, daß sein Anspruch ernst genommen und sein Stück mit historisch-politischen Maßstäben gemessen werden würde. Da er schon vor Aufführung des Stückes davon gesprochen hatte, ihm sei besonders an einer Einwirkung in die sozialistischen Länder gelegen, war ihm auch vorher klar, daß sein Trotzki-Stück in den politischen Auseinandersetzungen unserer Tage eine konkrete politische Funktion erlangen würde. In der „Süddeutschen“ betont Weiss, er habe zwei Dinge beabsichtigt: er habe „gerechte historische Proportionen“ wiederherstellen und die „Forderung nach Wahrheitsfindung höher als zeitbedingte parteipolitische Rücksichtnahme“ stellen wollen.

Es fragt sich, wo Weiss gesucht, und was er gefunden hat. Gesucht hat er fast ausschließlich in trotzkistischen Quellen, wenigstens wenn man nach den *Funden* schließen darf. Selbst in diesen Quellen hat er alles, was auch nur die Andeutung eines Schattens auf Trotzki hätte werfen können (beispielsweise aus der Trotzki-Biographie des polnischen Trotzkisten Isaac Deutscher) nicht entdeckt. *Gefunden* hat er — mit dem Eifer eines Entdeckers — die nunmehr vierzig Jahre alte, seit dem Erscheinen von Trotzki's Autobiographie im Jahre 1930 in Dutzenden historischen und biographischen Arbeiten bürgerlicher und trotzkistischer Autoren wiederholte *Trotzki-Legende* — und nur die hat er dramatisiert. Sie allein macht Inhalt und Absicht seines Stückes aus. Offensichtlich wollte Weiß — vierzehn Jahre nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion — die Stalinlegende durch die Trotzkilegende ersetzen. Kern dieser Legende ist seit Trotzki's „Mein Leben“ der Versuch, Trotzki zum besten Leninisten und zum engsten Gefährten Lenins zu machen. Peter Weiss weitet in seinem Stück diese Legende aus. Er macht obendrein aus Lenin den ersten Trotzkisten.

Wenn Weiss die geschichtliche Wahrheit wiederherstellen und nicht die soundsovielte — nur in der dramatisierten Form neue — Kopie der Trotzki-legenden liefern wollte, so bleibt unverständlich, warum er alles, was den tiefen ideologischen, politischen und organisatorischen Gegensatz zwischen Lenin und Trotzki ausmachte, verschweigt und sogar die Existenz dieses Gegensatzes nur in einem Zusammenhang erwähnt, wo er ihn auf das trivialste Niveau des „Sich-gegenseitig-Überspielenwollens“ reduziert. Warum nicht einmal die winzigste Andeutung, wie Lenin selbst über diesen Gegensatz gedacht hat?

Wenn Weiss ein *historisch*-politisches Stück schreiben wollte, so ist die spätere Rolle Trotzki's allerdings ohne Kenntnis und Analyse der politischen und organisatorischen Positionen, die er zwischen 1901 und 1917 in der russischen Sozialdemokratie einnahm, nicht verständlich zu machen. Trotzki's Antibolschewismus ist Punkt für Punkt geschichtlich belegt, in Dutzenden Aufsätzen, Polemiken, Briefen Lenins. (Und nebenbei bemerkt: während in der Bundesrepublik seit vielen Jahren zahlreiche Schriften von Trotzki und alle ihn verherrlichenden Biographien seiner Freunde von großen Verlagen publiziert wurden, erschien — bis zu diesem Frühjahr — in keinem dieser Verlage auch nur eine einzige Originalarbeit von Lenin. Zufall?) Warum umgeht Weiss die Entwicklung Trotzki's? Weil er „parteipolitische Rücksichtnahmen“ verabscheut?

Im Mai 1914 gibt Lenin eine zusammenfassende Darstellung der Wandlungen und Wanderungen Trotzki's in der russischen Arbeiterbewegung seit 1903. Da heißt es unter anderem: „Die alten Teilnehmer an der marxistischen Bewegung in Rußland kennen die Figur Trotzki's genau, und für sie lohnt es nicht, von ihr zu sprechen. Aber die junge Arbeitergeneration kennt sie nicht, und man muß von ihr sprechen, denn dies ist eine Figur, die typisch ist für alle jene fünf ausländischen Grüppchen, die faktisch ebenfalls zwischen den Liquidatoren und der Partei schwanken . . . Trotzki war in den Jahren 1901 — 1903 ein eifriger ‚Iskrist‘, und Rjasanow bezeichnete seine Rolle auf dem Parteitag von 1903 als die Rolle des ‚Leninschen Knüppels‘. Ende 1903 ist Trotzki eifriger Menschewik, d. h. er ist von den Iskristen zu den ‚Ökonomen‘ übergelaufen; er verkündet: ‚Zwischen der alten und der neuen ‚Iskra‘ liegt ein Abgrund.‘ 1904/5 rückt er von den Menschewiki ab und nimmt eine schwankende Haltung ein, wobei er bald mit Martynow (‚Ökonomist‘) zusammenarbeitet, bald die absurd linke ‚permanente Revolution‘ verkündet. 1906/7 nähert er sich den Bolschewiki, und im Frühjahr 1907 erklärt er sich mit Rosa Luxemburg solidarisch.

In der Periode des Zerfalls geht er, nach langen ‚nichtfraktionellen‘ Schwankungen wiederum nach rechts, und im August 1912 geht er einen Block mit den Liquidatoren ein. Jetzt rückt er wiederum von ihnen ab, wobei er jedoch *dem Wesen der Sache nach* ihre armseligen Gedanken wiederholt.

Derartige Typen sind charakteristisch als Trümmer geschichtlicher Gestaltungen und Formationen von gestern, als die proletarische Massenbewegung in Rußland noch schlief und ein beliebiges Grüppchen ‚genügend Platz‘ hatte, um sich als

Strömung, als Gruppe, als Fraktion, mit einem Wort als eine ‚Macht‘ hinzustellen, die von Vereinigung mit anderen redet.“ (W. I. Lenin, Werke Bd. 20, S. 347/8)

Und psychologisch charakterisiert Lenin die Position Trotzki's so: „Mit Trotzki kann man nicht prinzipiell diskutieren, denn er hat keinerlei feste Anschauungen. Mit überzeugten Liquidatoren und Otsowisten kann und soll man diskutieren, aber mit einem Menschen, der sein Spiel damit treibt, die Fehler sowohl der einen wie der anderen zu bemänteln, diskutiert man nicht, ihn entlarvt man . . . als einen Diplomaten allerniedrigster Sorte.“ (a.a.O., Bd. 17, S. 351)

Nicht einmal der Schimmer eines Schimmers der grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen Lenin und Trotzki hat in das Weiss'sche Stück Eingang gefunden. Noch schlimmer wird es dort, wo diese Gegensätze in konkreten geschichtlichen Situationen in ein Idyll fleckenloser Freundschaft gekehrt werden, wie in den Szenen, die während des ersten Weltkrieges in Zürich spielen. Die zahlreichen Äußerungen Lenins aus diesen Jahren, die Trotzki's politische Haltung charakterisieren, sind leicht zu finden. Zu dieser Zeit sah Lenin in Trotzki einen *Kautskyaner*, einen Politiker, der versuchte, die seit Kriegsausbruch unverhüllt zutage getretenen Gegensätze zwischen Sozialchauvinisten und Internationalisten zu verhüllen.

Im März 1916 schreibt Lenin (in deutscher Sprache, hier in Lenins Schreibweise zitiert) in einem Brief an Henriette Roland-Holst über die politische Position Trotzki's in diesen Kriegsjahren: „Worin besteht unsere Differenz mit Trotzky? Das soll Sie interessieren. Kurz gesagt: er ist ein Kautskyaner, d. h. er will Einigkeit mit den Kautskyanern in der Internationale, mit Fraktion Tscheidze in Rußland. Wir sind absolut gegen solche Einigkeit.“ (a.a.O., Briefe Bd. 4, S. 186 f.)

Noch unmittelbar vor der russischen Februarrevolution von 1917, kurz nachdem Trotzki in Amerika eingetroffen war, schreibt Lenin an Inessa Armand, Trotzki habe dort in der Zeitschrift *Nowij Mir* sofort gemeinsame Sache gemacht mit dem *rechten* Flügel gegen die linken Zimmerwälder, und er setzt hinzu: „Da haben Sie es!! Das ist Trotzki!! Er bleibt sich immer gleich: voller Winkelzüge, ein Gauner, spielt sich als Linker auf und *hilft* den Rechten, solange er nur kann.“ (ebenda, S. 387)

Von alledem erfährt der Hörer und Leser des Weiss'schen Stückes nichts: dafür erscheint Trotzki 1917 als fix und fertiger Bolschewik. Wer könnte ahnen, daß Trotzki sich noch im Mai 1917 weigerte, mit seiner Gruppe — den sogenannten Meshrajonzi — der Bolschewistischen Partei beizutreten; daß er (nach den persönlichen Notizen Lenins) der bolschewistischen Verhandlungsdelegation am 10. Mai erklärte, er könne sich nicht einen Bolschewik nennen, es sei unmöglich, von ihm „die Anerkennung des Bolschewismus zu verlangen“. (Leninski Sbornik, Bd. 4, Moskau 1925, S. 301—303). Daß Trotzki erst im Juli 1917 zu den Bolschewiki kommt, als auch sehr kurzsichtige Leute sahen, daß die Mehrheit der

Arbeiter in den Industriezentren inzwischen bolschewistisch geworden war, hat Lenin später Trotzki nicht vorgeworfen. Aber konnten es die Bolschewiki einfach vergessen?

Peter Weiss führt die Trotzki-Legende in seinen Szenen nach der Oktoberrevolution folgerichtig zu Ende. Trotzki muß als der einzige kongeniale Partner Lenins, quasi als der von Lenin selbst „designierte“ Nachfolger erscheinen. Denn nur dann kann die spätere Rolle Trotzkis — und die Funktion des Trozismus — gemäß der von Trotzki selbst erfundenen Legende gedeutet werden. Auf keinen Fall darf daher nach dem Oktober 1917 von irgendeinem Gegensatz, von einer Auseinandersetzung zwischen Lenin und Trotzki gesprochen werden.

Weiss läßt Lenin nach dem Oktober 1917 sagen, es gäbe jetzt „keinen besseren Bolschewisten“ als Trotzki. Von nun an darf es in seinem Stück ganz und gar keinen Gegensatz, nicht die geringste Auseinandersetzung zwischen Lenin und Trotzki mehr geben. Und schon gar nicht sollen Hörer und Leser wissen, daß es sich um Auseinandersetzungen handelte, in denen es um *Leben und Tod der Sowjetmacht* ging. Übrigens bezeugen diese Meinungsverschiedenheiten, daß Trotzki auch nach dem Oktober die grundsätzlichen und taktischen Positionen der Bolschewiki nicht verstanden bzw. nicht anerkannt hatte. Weder Brest-Litowsk noch die Polemik in der Gewerkschaftsfrage werden im Stück von Weiss eines Wortes gewürdigt.

In den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ging es aber um die *nackte Existenz* der russischen Revolution. Die Auseinandersetzungen in der bolschewistischen Partei mit den „linken Kommunisten“ (Bucharin, Ossinski), die gemeinsam mit den Sozialrevolutionären die Notwendigkeit eines „revolutionären Krieges“ gegen den deutschen Imperialismus verkündeten, nahmen bekanntlich die schärfsten Formen an. Trotzki stieß als Volkskommissar des Äußeren am 9. Januar 1918 zur sowjetischen Delegation, die die Friedensverhandlungen führte. Seine Formel lautete: „Weder Krieg noch Frieden!“

Am 10. Februar 1918 brach Trotzki, gegen die Direktive Lenins, die wiederaufgenommenen Verhandlungen in Brest-Litowsk mit der Erklärung ab, die Sowjetregierung werde den Krieg einstellen, weigere sich aber die Bedingungen zu unterzeichnen. Das war — wie Lenin es vorausgesagt hatte — das Signal für den deutschen Generalstab, die Kriegshandlungen wieder zu beginnen. Die deutsche Offensive stieß kaum auf Widerstand und abermals erwies es sich, wie richtig Lenins Einschätzung gewesen war. Aber auch das genügte Trotzki noch nicht. Und obwohl Lenin unmittelbar nach Eintreffen der Nachricht von der deutschen Offensive die Anweisung gab, die Bedingungen zu unterzeichnen, wollte Trotzki erst die *Entfaltung* der deutschen Offensive abwarten.

In den Abendstunden des 18. Februar wiederholte Lenin kategorisch seine Forderung, zu unterzeichnen. Trotzki aber schlug vor, die Deutschen noch zu fragen, was sie beabsichtigen. Lenin erklärte dazu am gleichen Abend in der Sitzung des Zentralkomitees: „Wir haben jetzt keine Möglichkeit zu warten. Das hieße, die

russische Revolution zum alten Eisen werfen . . . Eine Anfrage an die Deutschen würde nur ein Fetzen Papier sein. Das ist keine Politik. Das einzige, was wir tun können, ist, den Deutschen die Wiederaufnahme der Verhandlungen vorzuschlagen . . . Wir schreiben Noten, sie aber nehmen indessen die Lager, die Eisenbahnwaggons, und wir krepieren. Es geht jetzt alles darum, daß wir die Revolution den Deutschen ausliefern, wenn wir mit dem Krieg spielen.“ (Von mir hervorgehoben. J. Sch. — Lenin, Werke Bd. 26, S. 524 f.)

Die Bedingungen für Sowjetrußland waren durch Trotzkis Hinauszögern der Verhandlungen und seinen eklatanten Disziplinbruch nur noch um vieles härter geworden. Das waren die Tage, in denen Lenin die Worte schrieb: „Es gilt, gegen die revolutionäre Phrase zu kämpfen, man muß sie unbedingt bekämpfen, damit nicht einst von uns die bittere Wahrheit erzählt werden: ‚Die revolutionäre Phrase vom revolutionären Krieg hat die Revolution zugrunde gerichtet.‘“ („Prawda“ vom 21. 2. 1918, in: Werke Bd. 27, S. 12)

Im Stück von Weiss kommt auch die Auseinandersetzung in der Gewerkschaftsfrage nicht vor. Auch sie betraf nicht nur ein höchst bedeutsames Problem, sondern sie fiel ebenfalls in eine für die Sowjetmacht äußerst schwere Situation. Diese Polemik hat für die spätere Entwicklung insofern eine exemplarische Bedeutung, als sie zeigt, daß Trotzki bereits zu Lebzeiten Lenins in einer sehr zugespitzten innerparteilichen Auseinandersetzung, in die der kaum genesene Lenin mit größter Konzentration und Leidenschaft eingriff, sich einer Methode zuwandte, die auf den organisierten *fraktionellen* Kampf hinauslief.

Zwischen Anfang November 1920 und dem X. Parteitag im März 1920 (also kurz vor der konterrevolutionären Kronstädter Meuterei) tobte eine heftige Diskussion in der Gewerkschaftsfrage, die von Trotzki mit einem Generalangriff gegen die Gewerkschaften und mit der Forderung nach ihrem „Durchrütteln“ ausgelöst worden war. In einem Artikel der „Prawda“ sprach Lenin am 21. Januar 1921 warnend von einer „Krise der Partei“, davon, daß sie „krank sei“ und „vom Fieber geschüttelt“ werde. (Lenin, Werke, Bd. 32, S. 27.) Zu Trotzkis Haltung sagte er: „Das ZK wählt eine Gewerkschaftskommission, der auch Gen. Trotzki angehört. Trotzki weigert sich, in dieser Kommission zu arbeiten, und erst durch diesen Schritt erfährt der ursprüngliche Fehler des Gen. Trotzki eine Übersteigerung, die im weiteren zur Fraktionsmacherei führt.“ (ebenda, S. 29) Noch auf dem X. Parteitag im März legt Trotzki gemeinsam mit Bucharin eine eigene Plattform vor, die mit 336 gegen 50 Stimmen abgelehnt wird. (Das nur nebenbei als Maßstab des *realen* Einflusses Trotzki'scher Positionen noch zu Lebzeiten Lenins).

Es gab eben nicht nur, wie Weiss in der „Süddeutschen Zeitung“ die „gerechten historischen Proportionen“ seines Stücks begründet, vor dem Oktober ernste Gegensätze zwischen Lenin und Trotzki. Nach dem Oktober gab es neue, und sie traten keineswegs erst nach Lenins Tod auf. Peter Weiss meint, Trotzkis Handlungsweise könne „in jedem Schritt motiviert werden“. Es gibt kaum eine Er-

scheinung, die nicht — von einem bestimmten Standpunkt — „motiviert“ werden könnte. Die Frage in diesem Zusammenhang ist, ob Trotzki's Schritte im Kontext einer bolschewistischen, leninistischen Strategie und Taktik motiviert werden können. Allein das ist auch für die spätere Entwicklung relevant.

Aber typisch für die Handlungsweise in den genannten Fragen ist gerade das *spezifisch Trotzki'sche* — der Hang zur *revolutionären Phrase* und zur heldischen Pose, die selbst in einer lebensgefährlichen Situation wie in Brest-Litowsk an die Stelle einer nüchtern-realistischen Analyse treten. (Zur Zeit der Oktoberrevolution schreibt Trotzki, zitiert von seinem trotzki'schen Biographen Deutscher: „Wenn sich das revolutionäre Deutschland nicht erhebt oder wenn die Bewegung zu schwach ist, dann werden wir unsere Regimenter in Bewegung setzen . . . , nicht um uns zu verteidigen, sondern um eine revolutionäre Offensive zu unternehmen.“ — Deutscher, Trotzki, Bd. 1, S. 257, Stuttgart 1962). In der Gewerkschaftsfrage ist es die Neigung zu rein *militärisch-administrativen* Methoden, die Trotzki den Beinamen „Patriarch der Bürokraten“ einträgt.

Gewissermaßen als Prognosen für die Zeit nach seinem Tode werden Lenin im Stück von Weiss Dinge in den Mund gelegt, die ausschließlich zum Ruhme Trotzki's und der Trotzki-legende gesprochen werden, mit dem historischen Lenin aber nichts zu tun haben. Lenin ist *absolut nicht* davon ausgegangen, daß „es unmöglich ist den Sozialismus in einem isolierten Land aufzubauen“; daß man sich „bei der Planung der Industrialisierung und Kollektivierung“ nicht beeilen dürfe; daß sich die Tendenz ausbreite, „das internationale Programm zu vernachlässigen“ (was immer das bei Weiss bedeuten mag).

Die weitsichtigen Entwürfe Lenins aus seinen letzten Lebensjahren belegen das genaue Gegenteil. Alles, was er darin als Vermächtnis hinterlassen hat, gilt dem Beweis der *Möglichkeit* und *Notwendigkeit* des Aufbaus des Sozialismus in Sowjetrußland (selbst dann, wenn die Arbeiterklasse eines fortgeschritteneren Landes der russischen Revolution nicht zu Hilfe käme). Und die letzten Arbeiten gelten darüber hinaus äußerst konkreten, realistischen, die nächsten Schritte planenden Vorschlägen für den sozialistischen Aufbau, die weit vorausblickend mit der großen historischen Entwicklungsrichtung verbunden werden.

Peter Weiss nennt also eine falsche Adresse, wenn er sagt, Trotzki habe sein „internationalistisches Anathema“ dem Stalinschen „Prinzip“ des „sozialistischen Aufbaus in einem Lande“ entgegengestellt. Es war niemand anders als *Lenin*, der die *Möglichkeit* des Aufbaus des Sozialismus in Sowjetrußland begründete, der allerdings diese Möglichkeit unterschied vom Problem des *endgültigen Sieges* des Sozialismus, solange die russische Revolution allein blieb und somit vor einer imperialistischen Intervention nicht sicher war.

Dazu nur einige der wichtigsten Äußerungen Lenins. In seinem Plan für das Genossenschaftswesen vom Januar 1923 schreibt er: „In der Tat, die Verfügungsgewalt des Staates über alle großen Produktionsmittel, die Staatsmacht in den Händen des Proletariats, das Bündnis des Proletariats mit den vielen Millionen

Klein- und Zwergbauern, die Sicherung der Führerstellung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. — ist das nicht alles, was notwendig ist, um aus den Genossenschaften, allein aus den Genossenschaften, die wir früher geringschätzig als krämerhaft behandelt haben und die wir in gewisser Hinsicht jetzt, unter der NÖP, ebenso zu behandeln berechtigt sind, ist das nicht alles, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten? Das ist noch nicht die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, *aber es ist alles, was zu dieser Errichtung notwendig und hinreichend ist.*“ (Von mir unterstrichen, J. Sch. — Lenin, Werke Bd. 33, S. 454.)

Am Ende des gleichen Aufsatzes fährt Lenin fort: „Unsere Gegner hielten uns oft entgegen, es sei ein sinnloses Beginnen von uns, in einem Lande mit ungenügender Kultur den Sozialismus einführen zu wollen. Aber sie irrten sich, und zwar deshalb, weil wir nicht an dem Ende angingen, an dem es nach der Theorie (von allerlei Pedanten) hätte geschehen sollen, und weil bei uns die politische und soziale Umwälzung jener kulturellen Umwälzung, jener Kulturrevolution vorausging, der wir jetzt dennoch gegenüberstehen. Uns genügt nun diese Kulturrevolution, um ein vollständig sozialistisches Land zu werden, aber für uns bietet diese Kulturrevolution ungeheure Schwierigkeiten sowohl rein kultureller (denn wir sind Analphabeten) als auch materieller Natur (denn um Kultur zu haben, braucht man eine bestimmte Entwicklung der materiellen Produktionsmittel, braucht man eine bestimmte materielle Basis).“ (Ebenda, S. 461.)

Nur auf diesem Hintergrund der festen Überzeugung Lenins, daß alle *inneren* Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland gegeben waren, wird auch jene — den Auffassungen Trotzki's und aller derjenigen, die ihm folgend und ihn imitierend den Internationalismus auf die bloße Phrase und auf den Kampf bis zum letzten sowjetischen Soldaten reduzierte entgegengesetzte — Idee *Lenins* verständlich, die er schon im Juni 1921 formulierte: „Unsere Haupteinwirkung auf die internationale Revolution üben wir jetzt durch unsere Wirtschaftspolitik aus. . . . Der Kampf ist im Weltmaßstab auf dieses Gebiet übertragen. Lösen wir diese Aufgabe, dann haben wir bestimmt und endgültig gewonnen.“ (Werke Bd. 32, S. 458.)

Um diese Fragen ging es *nach* dem Tode Lenins. Die Mehrheit des Zentralkomitees und der Partei entschied sich für die Verwirklichung des in Lenins letzten Aufzeichnungen entworfenen Plans des sozialistischen Aufbaus. Unleugbar spielte Stalin in diesen Entscheidungen eine bedeutende Rolle. Und ich kann an dieser Stelle nur wiederholen, was J. H. v. Heiseler und ich in unserem Vorwort zu dem Taschenbuch „Lenin über Trotzki“ (Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. Main) geschrieben haben: „Daß die historisch richtige Politik später von Stalin entstellt und verzerrt, daß in der Zeit des Stalinkultes ernste Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und viele schwere und unnötige Opfer gebracht wurden, ist die geschichtliche Schuld Stalins. Aber Trotzki, der nicht die wirklichen Fehler, sondern die politische Gesamtkonzeption der

KPdSU Angriff, kann in diesem Zusammenhang kein Verdienst für sich beanspruchen — seine politische Grundlinie hätte letzten Endes die Sowjetunion der kapitalistischen Umwelt und der faschistischen Aggression wehrlos ausgeliefert.“ Weiss wiederholt in der „Süddeutschen Zeitung“, Trotzki habe auch später im Exil auf eine innere Evolution in der Sowjetunion, auf die Überwindung „bürokratischer Deformierungen“ hingearbeitet, ja er habe sogar zur „Solidarität“ mit dem ersten Arbeiterstaat aufgerufen. Die Wahrheit über die geschichtliche Funktion des Trotzkismus als Strömung, die offen zur Konterrevolution in der Sowjetunion aufforderte und auffordert, sieht nach dem eigenen Zeugnis Trotzki anders aus.

Während Trotzki noch 1931 von der Möglichkeit einer „Reform“ der sowjetischen Partei und des sowjetischen Staates spricht, schreibt er 1936, zur Zeit der Nürnberger Naziparteitage und des Antikominternpaks: „Alles deutet darauf hin, daß es im weiteren Verlauf der Entwicklung unvermeidlich zum Zusammenstoß der kulturell gewachsenen Kräfte des Volkes mit der bürokratischen Oligarchie kommen muß. Einen friedlichen Ausweg aus der Krise gibt es nicht. Kein Teufel hat jemals freiwillig seine Krallen beschnitten. Die Sowjetbürokratie wird ihre Positionen nicht kampflos aufgeben. Die Entwicklung führt eindeutig auf den Weg der Revolution.“ (L. Trotzki, Verratene Revolution, S. 279, Frankfurt/Main, 1968.)

Das ist bis heute das *A und O des Trotzkismus* geblieben. Das bildet den Kern seiner realen Funktion in den Klassenauseinandersetzungen unserer Zeit. In allen seinen Spielarten ist der Trotzkismus nicht ein besorgter oder auch nur sachlicher Kritiker wirklicher oder vermeintlicher Fehler der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien, sondern ihr unversöhnlicher und gehässiger Feind. Im Antisowjetismus kann er es mit jedem Mc Carthy, Dulles oder Strauß aufnehmen. Überall, wo der Trotzkismus auftritt, ob in selbständigen Grüppchen oder unter dem Slogan des „Entrismus“ in sozialdemokratischen oder linkssozialistischen Parteien und Gruppierungen, immer stellt er sich als *zentrale*, vielfach als *einzige* Aufgabe den Kampf gegen die Kommunistischen Parteien, gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder. Mitunter suchen die verschiedenen trotzkistischen Strömungen, Differenzen der sozialistischen Länder für sich zu nutzen. So glaubten die sogenannten „Frankisten“ (nach ihrem Führer Pierre Frank, zu denen u. a. Ernest Mandel und die westdeutschen Trotzkisten um „was tun“ gehören) eine Zeitlang, Kuba gegen die Sowjetunion ausspielen zu können, während in Lateinamerika die trotzkistischen „Posadisten“ gerade Kuba besonders heftig angriffen. Ähnliche Widersprüche treten auch in der Haltung zum Maoismus auf. Was aber alle trotzkistischen Richtungen vereint, bleibt die uneingeschränkte, unbedingte Feindschaft gegen die Sowjetunion, gegen die kommunistischen Parteien. Allein dieser *antisowjetischen* Position verdankt die Theorie und Praxis des Trotzkismus (einschließlich der Schriften Trotzki und der Trotzkilegende) das Interesse, das sie bei allen kapi-

talistischen Gegnern der UdSSR und der kommunistischen Parteien gefunden hat. Sie haben den Nutzen für sich längst erkannt. Objektiv hat der Trotzkismus heute die Funktion, nach links strebende Kräfte von einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien, von einer Solidarisierung mit den sozialistischen Ländern fernzuhalten, um so die sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte zu spalten.

Und wenn Peter Weiss in der „Süddeutschen“ einräumt, es ließe sich allenfalls darüber streiten, ob sein Stück den sozialistischen Interessen dienlich sei, so kann er die Antwort nur im Verständnis der konkreten heutigen Funktion des Trotzkismus finden. Die von ihm dramatisierte Trotzkilegende konnte nur denen Freude bereiten, die den Trotzkismus seit langem als „linke“ Variante des Kampfes gegen die Sowjetunion, gegen andere sozialistische Länder und gegen die kommunistischen Parteien nutzen. Seinen vietnamesischen oder kubanischen Freunden konnte Weiss damit sicher nicht helfen, und denen in Westeuropa schon gar nicht. Für sie stellt sich das Verhältnis zur Sowjetunion so dar, wie es der Beobachter der KP Kubas auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien, Rodriguez, im Juni 1969 formulierte, als er sagte, zwischen der UdSSR und Kuba seien mitunter Meinungsverschiedenheiten aufgetreten, aber die KP Kubas sei der Auffassung, daß die Sowjetunion die Hauptfeste im Kampf der Völker gegen den Imperialismus sei und in diesen Jahren eine historische Rolle spielte, indem sie sowohl Kuba und die arabischen Länder als auch die Sache Vietnams unterstützte. Rodriguez schloß damals mit der Erklärung, daß Kuba bei jedem ernsthaften Zusammenstoß stets an der Seite der Sowjetunion stehen werde, gleich, ob es sich um sowjetische Aktionen gegen die Spaltung des sozialistischen Systems durch die Machenschaften des Imperialismus handele, oder um Provokation oder Aggression gegen das Sowjetvolk, von wo immer sie ausgehen mögen.

Dr. Hans Lamm
An den „kürbiskern“

Sehr geehrte Herren,

Sie verteilen zur Zeit eine 24 Seiten starke Broschüre, Sonderdruck 2/70, mit dem Titel „Vom Anschlag in Riem zum Anschlag gegen Links“.* Es kann nicht meine Aufgabe sein, sämtliche darin enthaltenen Irrtümer oder Fehlinterpretationen aufzuweisen, aber ich halte es für meine Pflicht als der am 11. März gewählte Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde München, mich zu Behauptungen, Vermutungen und Verdächtigungen zu äußern, die in Ihrer Publikation enthalten sind, soweit sie Juden, jüdische Institutionen und Organisationen in München betreffen.

Ihrer Darstellung kann nicht der Vorwurf erspart bleiben, daß sie, beginnend mit dem Kapitel „Chronologie der Ereignisse“, eine höchst einseitige und tendenziöse Aufzählung der Geschehnisse bietet. Über den Protestmarsch gegen das Attentat auf dem Flugplatz München-Riem äußerten Sie sich in unverständlicher Kürze. Ich darf deswegen kurz zitieren aus dem Aufruf der „Studiengruppe Nahost-München“ zu jenem Demonstrationzug: „... wir kamen zusammen, um für den Frieden im Nahen Osten zu demonstrieren... Wir wären Ihnen dankbar, wenn auch Sie an unserer Aktion teilnehmen würden, um somit Ihren Friedenswillen zu bekunden.“

Sämtliche Münchner Tageszeitungen berichteten am 13. Februar über die Veranstaltung. Ich zitiere aus der Süddeutschen Zeitung, Nr. 38: „Bei einer Zwischenkundgebung vor dem Münchner Büro der El-Al-Gesellschaft hob Dr. Hans Lamm hervor, die arabischen Terrorakte zuletzt in Riem hätten bei den Juden in der Landeshauptstadt eine Vielzahl von Gefühlen ausgelöst. Die Juden seien stolz auf die Leistungen des Staates Israel und dankbar für die nach dem Überfall in Riem von allen Seiten gezeigte Solidarität. Bemerkenswert war der Hinweis von Dr. Lamm, daß die Juden weder für die Araber noch für die irregeleiteten Attentäter Haß empfinden. Die Hand zur Versöhnung bleibe ausgestreckt und zwar ebenso hin zur arabischen Führung wie auch zu den jungen Arabern, die in München lebten und studierten.“ Auch der Münchner Merkur, Nr. 36, zitiert mich: „Wir verurteilen die Vorgänge, aber wir empfinden keinen Haß, wir wollen Frieden, nur Frieden“.

Auf Seite 8 Ihrer Broschüre behaupten Sie im Hinblick auf das Gebäude Rei-

* Anmerkung d. Red.: Liegt diesem Heft bei.

Hans Lamm: An den „kürbiskern“

chenbachstraße 27: „Tatsächlich handelte es sich jedoch weder um eine Synagoge noch um ein Altersheim, sondern um ein Gemeindehaus. Die Synagoge liegt unmittelbar neben dem Gemeindehaus, sie wurde von dem Brand nicht betroffen. Es ist typisch für den leichtfertigen Stil der „Tatsachendarstellung“ Ihres Autors, daß er behauptet, die Synagoge liege neben dem Gemeindehaus; hätte er sich jemals in die Reichenbachstraße bemüht, dann hätte er festgestellt, daß es sich eindeutig hinter dem Gemeindehaus befindet.

Ihr Mitarbeiter wirft der Polizei vor: „Sie lancierte wider besseres Wissen den Begriff ‚Altersheim‘ in die Presse“. Ich habe vor mir den Pressebericht der Kriminalabteilung I A der Münchner Polizeidirektion, der mit folgenden Worten beginnt: „Am 13. 2. 70, gegen 20.50 Uhr, brach im Anwesen Reichenbachstraße 27 ein Brand aus. Bei dem Haus handelt es sich um ein vierstöckiges Gebäude, in welchem sich das Altersheim der israelitischen Kultusgemeinde befindet. Außerdem sind in ihm ein Betsaal, Wirtschaftsräume sowie Büros untergebracht. Im Rückgebäude ist die Synagoge. Das Anwesen steht im Eigentum der israelitischen Kultusgemeinde.“ Auf der gleichen und der folgenden Seite stellen Sie eine Reihe von Fragen, die man als lächerlich abtun könnte, wenn ihr aufhetzender und die Tatsachen perfid entstellender Charakter nicht so offensichtlich wäre.

Ich zitiere die drei in Frage kommenden Absätze ungekürzt:

„Zu ihrer Meldung ‚Attentat auf Synagoge‘ veröffentliche die ‚AZ‘ ein Bild, auf dem betende Menschen zu sehen waren. Wurde in den Gebäuden an der Reichenbachstraße nur gebetet? Anwohner der Reichenbachstraße hatten nicht diesen Eindruck. Ihnen schien es zeitweise so, als handelte es sich dort um einen lebhaften Umschlagplatz im illegalen Waffenhandel. Sind das nur vage und unverbürgte Gerüchte? Selbst dann wäre es Aufgabe der Polizei gewesen, darüber die Öffentlichkeit zu informieren, den Angaben nachzugehen und sie schließlich mit einem klaren Ja oder einem klaren Nein zu beantworten.

Hat sie in diesem Zusammenhang David Wasserstein befragt? Er wird von informierter Seite als Leiter der Morija-Gruppe, einer rechtszionistischen Organisation bezeichnet. Hatte diese nicht in dem abgebrannten Gebäudeteil mindestens einen Stützpunkt, wenn nicht sogar ihr geheimes Hauptquartier? Was sagt die Polizei dazu, daß David Wasserstein sowohl der Leiter der Morija — im Untergrund —, als auch Vorsitzender der jüdischen Studentenorganisation in Bayern — für die Öffentlichkeit — sein soll?

Und noch eine Frage: Wohin gehört eigentlich der Junge, der einmal ganz am Rand einer Information auftauchte — als möglicher Täter, der aber wegen gerichtlich vorweg bestätigter Unzurechnungsfähigkeit nicht angeklagt werden könnte? Ist seine Unschuld erwiesen? Könnte er das unbewußte Werkzeug einer bewußten Tätergruppe gewesen sein? Soviele Fragen, so viele Antworten, die bisher nicht gegeben worden sind.“

Da ich nicht für die Münchner Polizei sondern nur für den Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde sprechen kann, vermag ich nicht alle Ihre Fragen zu be-

antworten, jedoch folgende Tatsachenfeststellung zu treffen: Ihre Unterstellung, daß es sich bei dem Gebäude der Kultusgemeinde „um einen lebhaften Umschlagplatz im illegalen Waffenhandel“ gehandelt haben könne, empfinde ich als Infamie. Sie würden mich zu Dank verpflichten, wenn Sie mir auch nur einen einzigen Anwohner der Reichenbachstraße benennen könnten, der eine solche Behauptung aufgestellt hat. Ob Herr Wasserstein von der Polizei befragt wurde, ist mir nicht bekannt; ich halte es jedoch für wahrscheinlich, da er im Anwesen seinen zweiten Wohnsitz hatte. Die von Ihnen genannte Gruppe ist keine „rechtszionistische Organisation“, sondern ein religiöser Jugendklub, der sich einmal wöchentlich, übrigens nicht in dem abgebrannten Gebäudeteil trifft. Deswegen sind in diesem Zusammenhang auch die Ausdrücke „Stützpunkt“ und „geheimes Hauptquartier“ völlig unangebracht und ebenso der Terminus „im Untergrund“. David Wasserstein ist und war niemals „Vorsitzender der jüdischen Studentenorganisationen in Bayern“.

Die Möglichkeit, daß ein Geistesgestörter der Attentäter war, ist von jüdischer Seite nie ausgeschlossen worden. Bereits in der Brandnacht wurde ich vom Fernsehen befragt, ob ich irgendwelche Vermutungen im Hinblick auf etwaige Attentäter hätte, und ich habe diese Frage mehrfach und eindeutig verneint. Dafür kann ich zwei Journalisten als Zeugen benennen.

Unerklärlich ist mir übrigens, warum Sie so großen Wert darauf legen, an mehreren Stellen Ihrer Broschüre darauf hinzuweisen, daß das Anwesen kein „Altersheim“ gewesen sei. Faktisch gehörten zu den Bewohnern fast ausschließlich hochbetagte Menschen, (wie ja auch die sieben ums Leben Gekommenen sämtliche Greise und Greisinnen waren) und außerdem zwei Studierende.

Auf den Seiten 12 und 13 drucken Sie unverkürzt einen Aufsatz „Hinaus aus München!“ ab, der am 17. Februar in „Münchner Stadtanzeiger“ erschien, entgegen verständlichen Vermutungen nicht ein offizielles Organ der Landeshauptstadt München. An dem Tag, an dem jener Artikel erschien, übersandte ich der Redaktion des Stadtanzeigers ein Manuskript mit der Überschrift „Keine Pogromhetze“, aus dem ich wenige Absätze zitieren darf: „Den Mordanschlag von München-Riem ‚Ausländern‘ als Gruppe anzulasten, ist lächerlich und ungerechtfertigt, da die zwei Jordanier und der eine Ägypter erst wenige Stunden vorher gelandet waren und den Transitraum des Flughafens gar nicht verließen . . . Die Greuelthat, der sieben arme alte Menschen zum Opfer fielen, ist noch völlig ungeklärt und es besteht im Augenblick keine Möglichkeit, zu sagen, ob sie von Deutschen oder von Ausländern verübt wurde . . . Es wäre der Gipfel dumm-dreister Demagogie, mich nun zu fragen, ob es mir lieber sei, wenn 7 oder 8 meiner Glaubensgenossen niedergeschossen und verbrannt werden, oder wenn einige Zehntausende von Ausländern ohne Rechtsschutz aus unserer Stadt entfernt werden. In einem freiheitlichen Rechtsstaat muß es möglich sein, beides zu verhindern. Noch nie war ein Unrecht dazu angetan, ein anderes Unrecht ungeschehen zu machen.“

Eben als traditionell erzogener Jude habe ich kein Verständnis für Fremdenhaß und Intoleranz gegen Ausländer. An mehreren Stellen unserer Heiligen Schrift (Altes Testament) werden wir gemahnt, Freundlichkeit gegenüber Fremden zu zeigen und es wird darauf hingewiesen, . . . ,denn ein Fremdling bist du gewesen im Lande Ägypten‘. Gastfreundschaft steht der ‚Weltstadt mit Herz‘ und Gastgeberin der Olympiade besonders gut an.“

Aus Ihren Ausführungen auf den Seiten 14 und 15 ist zu ersehen, daß Sie sich mit dem AStA in seiner Stellungnahme zu den Ereignissen identifizieren. In diesem Zusammenhang mag es Sie und Ihre Leser interessieren, daß der Pressereferent des AStA, nachdem er eine ausführliche pro-arabische Darstellung veröffentlicht hatte, es ausdrücklich mündlich und schriftlich abgelehnt hat, eine Gegendarstellung eines israelischen Studierenden zu publizieren.

Aus eigenem Wissen kann ich mich nicht zu der Demonstration am 21. Februar (Seite 15, 16 Ihrer Darstellung) äußern, da ich ihr fernblieb. Die von Ihnen angegebenen Teilnehmerzahlen stimmen nicht mit den Presseberichten überein und aufgrund meiner Kenntnis der Münchner jüdischen Gemeinde, bezweifle ich, daß „auch zahlreiche antizionistische Juden“ an dieser Protestdemonstration gegen Abba Eban teilgenommen haben.

Sicherlich stehen Sie und ich in verschiedenen politischen Lagern und beurteilen deshalb viele welt- und innenpolitische Ereignisse verschiedenartig. Aber in einem, so hoffe ich dennoch, dürfte zwischen uns keine Meinungsverschiedenheit bestehen, nämlich in der Überzeugung, daß es zu den ethischen Pflichten eines Journalisten gehört, bevor er Behauptungen aufstellt und daraus Schlüsse zieht, Tatsachen und Geschehnisse so unparteiisch, vollständig und fair darzustellen, wie nur menschenmöglich. Dies unterlassen zu haben muß ich Ihrem Mitarbeiter Helmut Karlson zum Vorwurf machen. Dankbar bin ich für Ihre Bereitschaft, diese richtigstellende Gegendarstellung zum Abdruck zu bringen.

Mit besten Grüßen

Dr. Hans Lamm, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde

Anmerkung der Redaktion: Wir haben diesen Brief von Dr. Lamm in voller Länge abgedruckt, obwohl wir nicht glauben, daß er „zahlreiche Fehler sachlicher Art“ richtigstellt, wie uns Herr Dr. Lamm angekündigt hatte. Hans Lamm hat sein Amt als Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in München erst nach den Geschehnissen angetreten, von denen in unserer Broschüre die Rede ist. Wir wissen uns mit Herrn Dr. Lamm völlig einig in den Ansichten, wie er sie in dem von ihm zitierten Leserbrief an den „Münchner Stadtanzeiger“ dargelegt hat. Es erscheint uns aber kennzeichnend, daß das Blatt diesen Brief nicht veröffentlichte. Die fast durchweg einseitige und verhetzende Stellung, die die Münchner Presse zu den Münchner Ereignissen bezog, war ein Hauptthema der Broschüre. Es hat offensichtlich an Aktualität nichts verloren.

Dokumentation Laufbursche geht, Prolet geht nicht

Zuchthaus, Literatur und einige Folgen

I

An das
Amtsgericht
Strafabteilung
752 Bruchsal
In Sachen

Bruchsal, 10. 3. 1969

Johannes Schmidt, Verwaltungsangestellter, 752 Bruchsal, Huttenstraße 20 b,
vertreten durch Rechtsanwältin Margarete Schwarz, 752 Bruchsal,
gegen

Ernst Siegfried Steffen, 66 Saarbrücken, Haus des Saarländischen Rundfunks,
Abteilung „Kulturelles Wort“,
wegen

Beleidigung und Verleumdung

erlaube ich mir durch Vorlage einer Strafprozeßvollmacht anzuzeigen, daß ich
Herrn Johannes Schmidt vertrete. Namens und in dessen Vollmacht erhebe ich
gegen Herrn Steffen

Privatklage

mit folgenden Anträgen:

1. Der Angeklagte wird wegen eines Vergehens der Beleidigung und Verleumdung in eine angemessene Bestrafung genommen.
2. Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekanntzumachen.
3. Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens einschließlich der notwendigen Auslagen des Privatklägers.

Gleichzeitig stelle ich namens und in Vollmacht des Privatklägers Strafantrag gegen den Angeklagten wegen dem nachfolgend beschriebenen Vorfall.

Der Privatkläger ist Verwaltungsangestellter bei der Landesstrafanstalt Bruchsal und dort in der Sozialabteilung tätig. Der Angeklagte verbüßte bis zum 21. 12. 1967 in der Landesstrafanstalt Bruchsal eine Zuchthausstrafe, deren Rest ihm zur Bewährung ausgesetzt wurde. Während der Strafverbüßung wurde ihm von der Anstaltsfürsorge eine Berufsausbildung als Schriftsetzer finanziert.

Im Januar 1969 veröffentlichte der Angeklagte in der Zeitschrift *kürbiskern* Nr. 1/69 des Damnitz-Verlages München einen Aufsatz unter der Überschrift

Dokumentation: Laufbursche geht, Prolet geht nicht

„Arbeit im Zuchthaus“. In diesem Aufsatz machte der Angeklagte unter anderem auch auf den Seiten 39 ff. Ausführungen über die Anstaltsfürsorge der Landesstrafanstalt Bruchsal, die fast durchweg beleidigenden und verleumderischen Charakter tragen und nicht das geringste mit sachlicher Kritik zu tun haben.

Im bezug auf den Privatkläger schreibt der Angeklagte auf Seite 41 folgendes: „Schmidt. Laufbursche. Sündenbock. Hilfsarbeiter. Prolet.“ Weiter unten fährt der Angeklagte wie folgt fort: „Da hocken Männer, die in der freien Wirtschaft wahrscheinlich gerade einen Hilfsarbeiterposten ausfüllen könnten, hinter Schreibtischen und geben vor, helfen zu wollen ...“

Der Angeklagte hat somit durch Verbreitung einer Schrift den Privatkläger öffentlich beleidigt und verleumdet. Seine Tat stellt ein Vergehen nach § 185 und § 187 StGB dar.

Da die Beleidigung öffentlich durch Verbreitung einer Schrift begangen wurde, ist dem Privatkläger nach § 200 StGB die Befugnis zur Veröffentlichung des Urteils zuzusprechen.

Der Privatkläger hat von der Beleidigung in der Zeitschrift *kürbiskern* am 3. 2. 1969 erfahren. Er hat daraufhin dem Angeklagten mit Schreiben vom 4. 2. 1969 an seinen Bewährungshelfer, Herrn Regierungsrat Zelter, und zuletzt mit Schreiben an ihn selbst vom 27. 2. 1969 einen Vergleich dahin angeboten, daß der Angeklagte sich für sein Verhalten entschuldigt und in der nächsten Nummer des *kürbiskern* seine Äußerungen zurücknimmt. Außerdem sollte er die bis dahin entstandenen Kosten tragen. Der Angeklagte hat jedoch den Abschluß eines Vergleiches abgelehnt. Auf das an ihn selbst gerichtete Schreiben hat er nicht einmal geantwortet. Die Durchführung eines Privatklageverfahrens, das zu einer angemessenen Bestrafung des Angeklagten führt, war daher unumgänglich.

Den fälligen Gerichtskostenvorschuß in Höhe von DM 20,— weise ich durch Kleben von Kostenmarken nach.

Anlage:

Zeitschrift *kürbiskern* 1/69

gez. Margarete Schwarz, Rechtsanwältin

An das
Amtsgericht
752 Bruchsal

Saarbrücken, 25. 3. 1969

Die Veröffentlichung des vom Privatkläger erwähnten Artikels in der Zeitschrift *kürbiskern* erfolgte auf Initiative und unter Verantwortung des Verlags, wie aus dem Impressum ersichtlich ist. Bereits aus diesem Grund ist die Klage an die falsche Adresse gerichtet.

Zum Inhalt der Klage ist zu sagen, daß es sich hier nicht um eine Beleidigung handelt; wenn ich Herrn Schmidt hier als „Sündenbock. Laufbursche. Hilfsarbeiter.“ bezeichnete, so wollte ich ihm damit mein Mitgefühl zum Ausdruck bringen für eine Art Tätigkeit, die er mir gegenüber privat selbst so inter-

pretiert hatte. Schmidt hat des öfteren seine Unzufriedenheit über seine Tätigkeit geäußert.

Ebenso ist die Bezeichnung „Prolet“ falsch verstanden und keineswegs eine Beleidigung; ich selbst verstehe darunter eine Auszeichnung.

Es ist lächerlich, daß der Artikel zum Anlaß für eine Privatklage genommen wird. In Beurteilungen, die über mich von Leuten in der Position eines Herrn Schmidt gemacht wurden, erscheinen wesentlich beleidigendere Bezeichnungen; nach meiner Auffassung sollten sich diese Leute damit vertraut machen, daß es auch für die andere Seite legitim ist, ein Urteil dieser Art abzugeben. Vielleicht kann das gerade Herrn Schmidt bei einer Verhandlung klargemacht werden, wenn ich all das über die Bruchsaler Fürsorge sagen kann, was sich literarisch aus Unglaubwürdigkeit nicht verwerten ließ. Ich freue mich sehr auf diese Verhandlung und habe bereits dafür gesorgt, daß dieses Verfahren die notwendige Publizität erhält, um mich vor weiteren Repressalien dieser Art zu schützen. Es geht m. E. einfach nicht an, daß sich Institutionen mit Öffentlichkeitscharakter einer Kritik dadurch entziehen, daß sie aus einer solchen Kritik eine persönliche Beleidigung konstruieren. Ich verweise dazu auf die folgenden Ausführungen in meinem Artikel, wo ich sage, daß es gut ist, daß diese Fürsorge wenigstens in dieser Form existiert.

gez. Ernst S. Steffen

Im Namen des Volkes

Urteil

Privatklagesache *Johannes Schmidt*, Verwaltungsangestellter, 752 Bruchsal, Huttenstraße 20 b, Privatk Kläger,
vertreten durch Rechtsanwältin Schwarz, Bruchsal,
gegen *Ernst Siegfried Steffen*, Gernsbach, Forstgartenweg 5, Angeklagter,
vertreten durch Assessorin Langmann,
wegen Beleidigung u. a.

Das Amtsgericht Bruchsal hat in der Sitzung vom 28. Juli 1969, an der teilgenommen haben

Amtsgerichtsrat Megerle, als Amtsrichter

Assessorin Langmann, als Verteidiger

Justizangestellte Oberst, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle für Recht erkannt:

1. Der Angeklagte *Ernst Siegfried Steffen* wird wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von DM 50,—, i. U. zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt.

2. Dem Beschuldigten *Johannes Schmidt* wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil dieser Entscheidung innerhalb von 2 Monaten nach Eintritt der Rechtskraft einmal in der Gesamtausgabe der BNN auf Kosten des Angeklagten veröffentlichen zu lassen.

3. Der Angeklagte trägt die Kosten einschließlich aller notwendigen Auslagen. Gründe:

1. Der Angeklagte *Ernst Siegfried Steffen* war früher Strafgefangener in der Landesstrafanstalt Bruchsal. Der Privatk Kläger *Johannes Schmidt* ist dort als Fürsorger beschäftigt. Steffen verfaßte unter der Überschrift „Arbeit im Zuchthaus“ einen Artikel und ließ diesen im Heft 1/69 der Zeitschrift *kürbiskern* veröffentlichen. Er befaßt sich darin mit der Gefangenenarbeit, aber auch mit Freizeitarbeiten von Gefangenen für die sogenannte Gefangenenfürsorge und in diesem Zusammenhang bringt er eine Qualifikation der einzelnen Fürsorger der Landesstrafanstalt. Bezüglich Schmidt heißt es lapidar: „Laufbursche. Sündenbock. Hilfsarbeiter. Prolet.“

Der Privatk Kläger hat wegen dieser Veröffentlichung am 10. 3. 1969 Strafantrag wegen Beleidigung stellen lassen.

In der Hauptverhandlung räumte der Angeklagte ein, das Schriftwerk verfaßt und zur Veröffentlichung gegeben zu haben. Er verteidigte sich damit, er habe nur im Telegrammstil die Art der Tätigkeit des Privatk Klägers beschreiben wollen. Eine Ehrabschneidung habe er nicht beabsichtigt. Außerdem habe Schmidt einem gewissen Gabel gegenüber geäußert, er habe untergeordnete Tätigkeiten zu verrichten, alles werde auf ihn abgewälzt und er sei mit seiner Arbeit nicht zufrieden. Zu letzterer Behauptung hat er fürsorglich Beweis angeboten. Von einer Beweiserhebung konnte indessen abgesehen werden, weil es nicht darauf ankommt wie Schmidt seine Arbeit bewertet, sondern wie Schmidt aufgrund der Äußerungen des Angeklagten in seinem Schriftwerk von den Lesern bewertet wird. Nach Auffassung des Gerichts sind die Qualifizierungen Laufbursche, Sündenbock, Hilfsarbeiter, Prolet zweifellos abwertende und kränkende Bezeichnungen für einen Fürsorger und der Angeklagte war sich darüber offensichtlich auch im klaren, denn er hat sich damit zu rechtfertigen versucht, daß Fürsorger der Landesstrafanstalt, wenn sie Beurteilungen über Strafgefangene abzugeben haben, sich gelegentlich auch in einer Art und Weise äußern, die für den Beurteilten beleidigend ist. Auch hat Steffen in der Hauptverhandlung eingeräumt, daß er das Wort Prolet als die Verächtlichung eines Proletariats betrachte. Demnach steht fest, daß der Angeklagte nicht nur eine Beleidigung begangen, sondern diese auch als Beleidigung erkannt hat und hat somit vorsätzlich gehandelt. Rechtfertigungsgründe für sein Tun gibt es nicht. Er war deshalb gemäß § 185 StGB schuldig zu sprechen, nachdem rechtzeitig Strafantrag gestellt wurde.

2. *Ernst Siegfried Steffen* wurde am 15. 6. 1936 in Heilbronn geboren. Er bezeichnete sich als freien Schriftsteller und ist zur Zeit als Volontär beim Südwestfunk bei einem Monatsgehalt von DM 400,— beschäftigt. Er wohnt jetzt in Gernsbach, Forstgartenweg Nr. 5. Steffen ist ledig und hat keine Kinder. Vorstrafen sind in seiner Strafliste eingetragen. Das Gericht hielt unter Abwägung aller Umstände eine Geldstrafe von DM 50,—, i. U. eine Gefängnisstrafe

von 5 Tagen für erforderlich, aber auch für ausreichend. Gemäß § 200 StGB war dem Privatkläger die Veröffentlichungsbefugnis zuzusprechen. Über die Kosten und notwendigen Auslagen war gemäß § 465 ff. StPO zu entscheiden, wie geschehen.

gez. Megerle, Amtsgerichtsrat

II

Im Januar 1969 wurde *Rudolf Hörmann*, zur Zeit Häftling der Strafanstalt Bruchsal, Abonnent des *kürbiskern*. Heft 1/69 wurde ihm jedoch nicht ausgehändigt. Als Grund für diese Maßnahme wurde der Beitrag „Arbeit im Zuchthaus“ von *Ernst S. Steffen* genannt.

Hatte Oberregierungsrat *Bollinger* ursprünglich nichts gegen die Bestellung einer „Zeitschrift für Literatur und Kritik“ einzuwenden, so änderte sich die Haltung des Oberregierungsrates angesichts des Prosastücks „Arbeit im Zuchthaus“ von *Steffen*.

Ein von der Anstaltsleitung einbehaltener Brief enthält folgenden Dialog zwischen Oberregierungsrat *Bollinger* und *Rudolf Hörmann*:

Bollinger: Da ist für Sie der *kürbiskern* gekommen.

Hörmann: Ja, ich sehe es.

Bollinger: Den bekommen Sie nicht ausgehändigt.

Hörmann: Warum nicht? Er wurde doch von Ihnen persönlich genehmigt?

Bollinger: Hier steht so ein Aufsatz von *Ernst S. Steffen* drinnen.

Hörmann: Sie meinen Gedichte?

Bollinger: Nein, nein — keine Gedichte; ich meine einen Aufsatz!

Hörmann: Ja was für ein Aufsatz denn?

Bollinger: Er schreibt da so Dinge über Bruchsal.

Hörmann: Ja und . . . ?

Bollinger: Mit Namensnennung und so.

Hörmann: Nun ja, das ist auch eine Zeitschrift für Literatur und Kritik.

Bollinger: Na, na — das ist keine Literatur, Lyrik oder Prosa! Alles Aufsätze von Kapitalismus und Sozialismus.

Hörmann: Ich sagte Ihnen doch, es ist eine Zeitschrift für Literatur und Kritik und im Kapitalismus und Sozialismus ist eben einiges kritikbedürftig.

Bollinger: Also — da reden wir gar nicht lang herum, den *kürbiskern* erhalten Sie nicht ausgehändigt!

Hörmann: Grund?

Bollinger: Der Aufsatz von *Ernst S. Steffen*.

Hörmann: Nun gut, mach ich eine Beschwerde, Sie sind nicht die letzte Instanz.

Bollinger: Also *Hörmann*, wir könnten Ihnen den *kürbiskern* schon aushändigen, wenn wir: a) den Aufsatz von *Steffen* schwärzen dürfen, oder b) die Seiten herausnehmen dürfen.

Hörmann: Kommt nicht in Frage.

Bollinger: Gut, die Zeitschrift kommt zu den Effekten auf die Kleiderkammer.

Hörmann: Noch eine Frage — wie lautet der Titel von *Ernst S. Steffens* Bericht?

Bollinger: Arbeit im Zuchthaus.

Hörmann: Vielen Dank. Auf Wiedersehen.

Hörmann wandte sich an den Justizminister des Landes Baden-Württemberg, in der Hoffnung, der *kürbiskern* werde in der Anstalt ebenso toleriert, wie *Springers Boulevardpresse* toleriert werde.

Die Beschwerde an den Justizminister wurde abgelehnt. Ebenso wurde *Hörmanns* Antrag auf eine gerichtliche Entscheidung vom Oberlandesgericht Stuttgart laut Beschluß vom 23. Juli 1969 verworfen. Auch hier wurde als Hauptgrund angegeben, *Steffens* Beitrag „Arbeit im Zuchthaus“ würde die Ordnung des Hauses erheblich gefährden.

In dem einbehaltenen Brief heißt es abschließend:

„Werktags beutet man uns aus. Sonntags werden fromme Reden geschwungen. Die Liebe wurde schon lange ermordet. Der humane Strafvollzug findet nur in der Presse statt, aber hinter den Mauern hört alles auf.“

Dazu *Rudolf Hörmann*:

Die Schwätzer: Wenn sie sagen: / Du bist unfrei — / so sage ich ihnen: / Ich bin frei! / Wenn sie sagen: / Du hast keine Freunde — / so sage ich ihnen: / Ich habe Freunde! / Wenn sie sagen: / Du bist zum Kotzen — / so sage ich ihnen: / Ihr seid zum Kotzen! / Wenn sie sagen: / Wir sind human — / so sage ich ihnen: / Ihr seid Schweine! / Wenn sie sagen: / Wir sind christlich — / so sage ich ihnen: / Ihr seid Heuchler! / Wenn sie sagen: / Wir sind gerecht — / so frage ich sie: / Was ist denn Recht? / Wenn sie aber sagen: / Sie werden entlassen — / so sage ich ihnen: / den Kampf an.

III

Am 25. März 1970 hat die Strafkammer VII des Landgerichts Karlsruhe in der Privatklagesache *Johannes Schmidt* gegen *Ernst Siegfried Steffen* im Namen des Volkes für Recht erkannt:

„Die Berufung des Angeklagten *Ernst Siegfried Steffen* gegen das Urteil des Amtsgerichts Bruchsal vom 28. 7. 1969 wird verworfen.

Aus den Gründen:

Die Kammer ist im Gegensatz zum Amtsgericht der Auffassung, daß die Charakterisierungen des Privatklägers ‚Laufbursche. Sündenbock. Hilfsarbeiter.‘ in dem gegebenen Zusammenhang keine Ehrenkränkung sind. In ihrem nach Abzug der erkennbar ironisierenden Einkleidung verbleibenden Aussagekern bezeichnen sie zutreffend die Stellung des Privatklägers als ‚Mädchen für alles‘ auf der untersten Stufe der hierarchisch gesehenen Einrichtung ‚Gefangenenfürsorge‘ . . .

Die Kammer ist jedoch der Überzeugung, daß die Bezeichnung ‚Prolet‘ auch unter den gegebenen, bereits erörterten Umständen eine Ehrenkränkung des Privatklägers ist. Soweit man diesem Ausdruck eine objektive Aussage entnehmen kann, bezeichnet er einen rohen, ungehobelten Menschen, eine Charakterisierung, die nach des Angeklagten eigener Entlassung in keiner Weise auf den Privatkläger zutrifft und die ihn in seinem ethischen Wert als Mensch wie in seinem sozialen Wert als Glied der Einrichtung ‚Gefangenenfürsorge‘ aufs schwerste mißachtet. Im übrigen ist aber ‚Prolet‘ ein Schimpfwort, durch das der also Bezeichnete in seinem menschlichen und gesellschaftlichen Wert herabgesetzt werden soll.

Diese Ehrenkränkung des Privatklägers läßt sich auch nicht durch das von dem Angeklagten verfolgte Ziel rechtfertigen. Zur Schilderung der Zustände in der Strafanstalt und zur Aktivierung der Öffentlichkeit im Sinne einer Reform bedurfte es dieser Beleidigung nicht. Weder die auf dieses Ziel bezogene Aussage noch die künstlerische Form würden beeinträchtigt, wenn das Wort ‚Prolet‘ in der Charakteristik des Privatklägers fehlte.“

Macht endlich dem KPD-Verbot ein Ende

Die Redaktion des „kürbiskern“ schließt sich dem Ersuchen an Bundesregierung und Bundestag an, das KPD-Verbot aufzuheben bzw. seine Wirkung zu beenden. Wir halten es für unerträglich, daß mit dem Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands seit nunmehr fast 14 Jahren (schon länger also als unter der Hitler-Diktatur)

die politische Bewegung diffamiert wird, die im Kampf gegen Faschismus und Krieg die größten Opfer gebracht hat, die Ideen von Marx, Engels und Lenin, der revolutionäre Impuls und die Aktion zur Befreiung der körperlich und geistig arbeitenden Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung kriminalisiert werden, über allen entschieden demokratischen und sozialistischen Bestrebungen und Organisationen die Drohung willkürlicher Verbote und Verfolgungen aufrecht erhalten bleibt.

Walter Fritzsche, Friedrich Hitzer, Oskar Neumann, Hannes Stütz.

Die Petition hat folgenden Wortlaut:

An die Deutsche Bundesregierung

An die Fraktionen der Parteien

An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Die Unterzeichner ersuchen die Deutsche Bundesregierung das noch bestehende KPD-Verbot aufzuheben bzw. eine Beendigung des KPD-Verbots zu ermöglichen.

Wir tragen unser Anliegen der Deutschen Bundesregierung vor und bitten, wirksame Schritte einzuleiten, um die gesetzliche Voraussetzung für eine Beendigung des KPD-Verbots zu schaffen.

Das ist nach Meinung von Mitgliedern der jetzigen Bundesregierung und kompetenter Staatsrechtler ohne Verfassungsänderung möglich.

Wir richten unser Ersuchen an die neue Bundesregierung, die in ihrer Regierungs-erklärung folgendes betonte:

„Wir wollen mehr Demokratie wagen . . .

Jeder Bürger soll die Möglichkeit erhalten an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken . . .

In einer Demokratie, in der dem kritischen Bedürfnis nach Informationen die Möglichkeit gegeben sein soll . . .

in einer Gesellschaft, die dem politisch Andersdenkenden mehr Freiheit bieten soll und ein Engagement zur Mitverantwortung ermöglicht.“

Diese angekündigten umgehenden Reformen können ein offenes und freies Ge-

spräch und eine Mitverantwortung der kritischen Partnerschaft, die für einen demokratischen Rechtsstaat lebensnotwendig sind, gewährleisten.

Das vor 13 Jahren ausgesprochene KPD-Verbot — eines der schlimmsten Relikte des Kalten Krieges — hat bis zum heutigen Tag die politische Atmosphäre vergiftet, die demokratische Entwicklung und die freie politische Willens- und Meinungsbildung entscheidend eingeengt und damit dem ständigen Abbau der Demokratie und der Rechtsentwicklung Vorschub geleistet.

Das KPD-Verbot wurde zu einem Instrument autoritärer Interessenvertreter, mit dem man nicht nur Kommunisten, sondern auch nichtregierungskonforme Bürgerinnen und Bürger, demokratische Organisationen und Gruppierungen diffamiert, diskriminiert, mit strafrechtlichen Maßnahmen, mit Repressalien und Drohungen durch staatliche Organe einzuschüchtern versuchte.

Die Tatsache der Gültigkeit und Wirksamkeit des KPD-Verbotsurteils vom 17. 8. 1956 wurde durch die im September 1968 konstituierte Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in keiner Weise eingeschränkt — im Gegenteil. Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist laut Informationen des früheren Bundesinnenministeriums durch Fortbestehen des KPD-Verbots dieser ständigen Verbotsdrohung ausgesetzt.

Seit Jahren bemühen sich Petitionskreise um die Lösung eines Problems, welches die Entwicklung einer lebensfähigen Demokratie im Innern unseres Landes und die friedliche Gestaltung der auswärtigen Beziehungen auf das Schwerste belastet,

um die Beseitigung des KPD-Verbots und dessen Auswirkungen.

Wir erwarten, daß das KPD-Verbot, das eine Einschränkung der Demokratie verursachte, zur Aufrechterhaltung und Erweiterung unserer Demokratie aufgehoben wird.

Wir dürfen daher die Erwartung aussprechen, daß die Lösung der Problematik des KPD-Verbots nunmehr schnell und wirksam in Angriff genommen wird.

Dezember 1969

Zentraler Arbeitskreis für die Aufhebung des KPD-Verbots

i. A. gez. Gertrud Bienko, Studienrätin a. D., Koblenz; Randolph Donhauser, München; Emil Menz, Pfarrer i. R., Mülheim-Ruhr; Dr. H. J. Meyer, Nervenarzt, Mayen; Otto Schönfeldt, Intendant a. D., Düsseldorf; Horst Symanowski, Pfarrer, Mainz; Olf Vetter, Journalist, Koblenz.

Zu den Unterzeichnern gehören u. a.:

Professor Dr. Wolfgang Abendroth, Marburg — Franz Ahrens, Journalist, Hamburg — Therese Angeloff, Schriftstellerin, München — Frank Arnau, Schriftsteller, München — Hans Bäumer, Betriebsratsvors. Thiemig KG, Buch-

druckerei, München — Knut Becker, Betriebsratsvors. Zeitungsverlag „Münchner Merkur“, München — Dr. Frank Benseler, Cheflektor, Neuwied/Rhein — Michael Bergmann, 2. Vors. IG Druck und Papier, Landshut — Reinhard Berlin, Chefredakteur, Lemgo — Dr. Wilhelm R. Beyer, Nürnberg — Professor Dr. Herbert Braun, Mainz — Fritz Dietl, Betriebsratsvors. Verlag und Druckerei Manz, München — Dr. Rudolf Führer, wissenschaftlicher Assistent, München — Otto Götz, Vorsitzender und Bezirksleiter IG Druck und Papier, München — Gerhard Grau, Journalist, Braunschweig — Dr. Paul Haag, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M. — Gustav Hagemann, Rektor i. R., Lemgo — Ludwig Hankofer, Mitglied des Orts- und Landesvorstandes der IG Druck und Papier Bayern, München — Professor Helmut Heinemann, Lüneburg — Professor Dr. Karl Moll, Mainz — Dr. Horst Holzer, Diplom-Soziologe, München — Helmut Hupe, Betriebsrat, Hannover — Max Kapfer, Schriftsetzer, Penzberg — Dietrich Kittner, Kabarettist, Hannover — Hans Erich Kopplin, Ingenieur f. d. graphische Gewerbe, Baldham — Paul Koymann, Vertriebsleiter, Ortsvorstandsmitglied der IG Druck und Papier, Leichlingen — Dagmar Krull, Betriebsrätin Piper-Verlag, München — Stephan Krull, Schriftsetzer, 2. Vorsitzender des DGB-Kreisjugendausschusses, Hemmingen-Westerfeld — Kans Kühn, Verleger, Osterode — Gerhard Kühnke, Betriebsratsvors., München — Rolf Küschenmidt, Mitglied des Ortsvorstandes der IG Druck und Papier, Hagen — Christa Kuntze, Buchhändlerin, Frankfurt a. M. — Rudolf Lachhammer, Betriebsratsvors. Buchgewerbehaus, München — Heinz Lattner, Maschinensetzer, Betriebsrat, 2. Ortsvors. der IG Druck und Papier, Opladen — Michael Lazarus, Vorsitzender des Freidenkerverbandes Bayern, München — Dr. Bernhard Marowski, Journalist, Hannover — Friedrich Middendorf, Kirchenpräsident a. D., Schüttorf — Artur Müller, Schriftsteller, Gröbenzell — Dr. Friedrich Müller, Verwaltungsgerichtspräsident i. R., Wiesbaden — Helmut Mündemann, Drucker, Hannover — Max Neumann, Betriebsratsvors. Bartels & Co., München — Eugen Nölle, Mitglied des Ortsvorstandes der IG Druck und Papier, Hagen — Dr. Wolfram Peperle, Dozent, Dortmund — Paul Polte, Schriftsteller, Dortmund — Professor Dr. Renate Riemeck, Frankfurt/M. — Dr. Erika Runge, Regisseurin und Schriftstellerin, München — Fritz Schmalzbauer, Jugendleiter IG Druck und Papier, München — Professor Dr. Franz Paul Schneider, Würzburg — Dr. Willy Schotttroff, Privatdozent, Mainz — Günter Selberg, Mitglied des Ortsvorstandes der IG Druck und Papier, Hagen — Ernst Späth, Landesjugendleiter, Betriebsratsvors. Franzis-Verlag, München — Professor Dr. Fritz Strassmann, Mainz — Dr. Martin Walser, Schriftsteller, Nußdorf/Überlingen.

Berufs- und Funktionsangaben dienen nur zur Information.

ANMERKUNGEN

LEW GINSBURGS „Jenseitige Begegnungen“ erschienen in „Nowyi mir“, Nummer 10 und 11/1969 (siehe auch „Christmann“ von L. Ginsburg in KÜRBISKERN 4/67). Die vorliegenden Auszüge wurden von VALENTINA KUZILLO, München, ins Deutsche übertragen.

ROLF HAUF'S Prosatexte sind dem Roman „Der Linkshänder oder Schicksal ist ein hartes Wort“ entnommen, der im Herbst 70 bei Piper erscheint.

DIETER PUDE, geboren 1947 in Heide/Holstein, studiert in Heidelberg Germanistik und Philosophie. Er arbeitet an einem Prosaband und wohnt in Heidelberg.

ECKART KRUMBHOLZ (siehe KÜRBISKERN 4/69)

ERWIN KURZ (siehe KÜRBISKERN 1/70)

Die ANKLAGEREDE von MAX HOLZ entspricht im Wortlaut dem stenographischen Bericht. Der Text wurde 1921 in Frankes Verlag GmbH, Leipzig-Berlin, veröffentlicht.

Die Notizen zur Rede von JOHANNES R. BECHER vor dem ZK der KPD 1944 in Moskau stellte uns freundlicherweise Frau Lilly Becher aus den Beständen des Johannes R. Becher-Archivs, Berlin, zur Verfügung.

FRITZ SELBMANN, geboren 1900, ehemaliger Reichstagsabgeordneter der KPD, 11 Jahre Haft in Gefängnissen und KZ's, 13 Jahre Minister in der DDR, jetzt Präsidiumsmitglied im Schriftstellerverband der DDR. Zum Leben von Fritz Selbmann siehe die Autobiographie: „Alternative, Bilanz, Credo“, Halle 1969.

CONRAD SCHUHLER, Jahrgang 1940, Diplomvolkswirt und Soziologe, wohnt in München; veröffentlichte u. a.: „Zur politischen Ökonomie der Armen Welt“, München 1968; „Black Panther“, München 1969.

MICHAEL GEISMEIER, Jahrgang 1938, Jurist in München.

JÜRGEN THEOBALDY (siehe KÜRBISKERN 4/69).

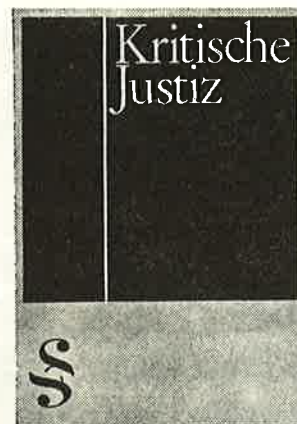
PROFESSOR DR. JOSEF SCHLEIFSTEIN ist Leiter des Instituts für marxistische Studien und Forschung, Frankfurt am Main.

HINWEIS: Der Presseausschuß der „Demokratischen Aktion“ veröffentlichte im Rahmen seiner Schriftenreihe eine Dokumentation von Kurt Hirsch: „CSU-Freundeskreis, Partisanen der Demokratie?“ Interessenten für Besprechungsexemplare und Probenummern können sich an den Pressedienst der Demokratischen Aktion, 8 München 2, Münzstraße 3, wenden.

BEILAGENHINWEIS:

kürbiskern sonderdruck 2/70, Buchscheck der FAZ, Marxistische Blätter, Grafikkreis der Neuen Münchner Galerie und Verlag Klaus Wagenbach.

kürbiskern. Zeitschrift für Literatur und Kritik. Verlegt von Hannes Stütz (GBR). Herausgeber und Redaktion: Walter Fritzsche, Friedrich Hitzer, Oskar Neumann, Hannes Stütz. Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Friedrich Hitzer. Erscheinungsweise vierteljährlich (März, Juni, September, Dezember). Einzelheft DM 4,80, Jahresabonnement DM 16,— zuzüglich Porto. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei Verlag und Redaktion: 8 München 13, Hohenzollernstraße 144, Telefon 30 37 83. Druck: F. C. Mayer, 8 München 23, Kunigundenstraße 19. © Copyright kürbiskern. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten. Postscheckkonto München 333 81. Deutsche Bank, Zweigstelle Kurfürstenplatz, Konto Nr. 35/00832. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.



Vierteljahresschrift Kritische Justiz

Im Abonnement jährlich 20 DM
für Studenten und Referendare jährlich 16 DM
Zustellgebühr jährlich 2 DM
Einzelheft 6 DM
Prospekte und Bestellungen beim Verlag

Die »Kritische Justiz« wendet sich an Juristen, die die gesellschaftlichen und politischen Bezüge ihrer Tätigkeit erfassen wollen.

Sie will nicht Recht und Justiz »politisieren«, sondern die ohnehin vorhandenen politischen Elemente und Wirkungen deutlich machen.

Die »Kritische Justiz« hat es sich zum Ziel gesetzt, nicht nur den Bereich zu bearbeiten und zu entschlüsseln, der den Justizjuristen interessiert, sondern darüber hinaus die Frage nach der Bedeutung (oder Bedeutungslosigkeit) der Justiz für die Gesellschaft zu stellen. Untersucht wird in den Beiträgen auch, inwieweit die rechtsförmige Regelung gesellschaftlicher Verhältnisse zunehmend durch andere Regelungsmechanismen ersetzt wird.

Aus dem Inhalt von Heft 1/70

Arbeitsgruppe
A. Götz v. Olenhusen
R. Hoffmann
R. Schmid

Nationalsozialismus und Recht
Recht auf geistiges Eigentum und Raubdrucke
Menschenwürde und Arbeitswelt
Versuch über Gustav Radbruch

Aus dem Inhalt von Heft 2/70

R. Wiethölter

L. Unterseher
H. J. Koch
Arbeitsgruppe

Zur politischen Funktion des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb
Gewerkschaftlicher Legalismus
Zum Sozialideal des Bundesarbeitsgerichts
Berufsbildungsgesetz: Ausbeutung statt Ausbildung

Die »Kritische Justiz« ist ein Wagnis, weil sie die in Deutschland übliche Linie der Fachzeitschriften verläßt, auf die Fassade des EINERSEITS – ANDERERSEITS verzichtet und es sich offen zur Aufgabe macht, das Beharrungsvermögen und obrigkeitliche und standesmäßige Denkweise, die unsere Justiz beherrschen, durch Kritik und Polemik abzubauen . . . Die Herausgeber haben erkannt, daß die Demokratisierung der Justiz und der Abbau autoritärer Fixierungen der Richter und Staatsanwälte weder mit generellen Argumenten noch mit gutem Zureden noch mit rein äußerlichen Reformen zu fördern ist, sondern daß nur die Kritik am Einzelfall, die Analyse von Entscheidungen und Entscheidungsgründen Wirkung und Einsicht verspricht.

Richard Schmid in »Gewerkschaftliche Monatshefte«

Europäische Verlagsanstalt

Frankfurt (Main) 70
Metzlerstraße 25

Marxismus Digest

Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften
herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

Heft 1

*Staatsmonopolistische
Wirtschaftsregulierung —
Inhalt, Formen, Methoden*

Enthält u. a. folgende Beiträge:
Regulierung und Programmierung der
kapitalistischen Wirtschaft: Wesen, Methoden und Widersprüche
Wesen, Möglichkeiten und Grenzen der
staatlichen Programmierung
Entwicklungsperspektiven der USA-Wirtschaft

Heft 2

Neokolonialismus

Enthält u. a. folgende Beiträge:

Einige Aspekte des staatsmonopolistischen
Charakters des Neokolonialismus und seines
ökonomischen Funktionsmechanismus
Die ideologischen Grundlagen des Neokolonialismus

Die neokolonialistische „Entwicklungshilfe“
des französischen Imperialismus
Der Neokolonialismus in Afrika

Heft 3 zum Thema

*Ökonomische Reformen
in den sozialistischen Staaten*
erscheint Ende Juli

Umfang je Heft durchschnittlich 160 Seiten
Preis pro Heft DM 8,—

Studentenpreis pro Heft DM 5,—

Jahresabonnement (4 Hefte) DM 26,—
Studentenabonnement DM 16,—

*Institut für Marxistische
Studien und Forschungen e. V.
6 Frankfurt/Main 1
Liebigstraße 6*

**Agitprop auf
Pläne-Platten von und
mit Dieter Süverkrüp,
Karl Marx, Conrads,
Hanns Ernst Jäger,
Guy Carawan, Dietrich
Kittner, Joan & José,
Mikis Theodorakis,
Flo de Cologne u. a.**

**Gesamtverzeichnis
anfordern beim
Verlag „pläne“ GmbH,
46 Dortmund,
Humboldtstraße 12**

**...hören
Sie mal
rot!
„pläne“**